

Ullrich Mies (Hg.)

DER TIEFE STAAT SCHLÄGT ZU

Wie die westliche Welt Krisen erzeugt
und Kriege vorbereitet

PROMEDIA

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Einleitung

I. Grundlagen und Bestandsaufnahme

Kapitalismus: ein totalitäres Vernichtungsprogramm

Taumelnder Hegemon im Aggressionsmodus –

Ausdruck einer globalen tektonischen

Machtverschiebung

Europäische Union: dem Kapital ergeben, der

Demokratie abhold

II. Der Krieg in den Köpfen

Die Münchner Sicherheitskonferenz 2018 – Bühne

für westliche Konflikt- und Kriegstreiber

Der Antisemitismusvorwurf als

Disziplinierungsinstrument und Diskurstotschläger

III. Transatlantische Kriegstreiber in Aktion

Die »Achse des Bösen« – die US-Israel NeoCon-

Connection

Tiefer Staat – Macht jenseits jeder Kontrolle

Die Blutspur der US-geführten Kriege seit 9/11:
Afghanistan, Jemen, Libyen, Irak, Pakistan, Somalia,
Syrien
Piratenstaat USA

IV. Die Wiederbelebung des Ost-West-Konflikts
Wie die »westliche Wertegemeinschaft« den Kalten
Krieg 2.0 installierte
Der neue Kalte Krieg und die geplante Eskalation des
Konflikts USA/Europa versus Russland
Könnte sich die souveräne Bundesrepublik
Deutschland aus einem Atomkrieg der USA und der
NATO gegen Russland heraushalten?

V. Der Krieg im Nahen und Mittleren Osten
Die Kontinuität des westlichen Imperialismus im
Nahen und Mittleren Osten
Die weltweite US-Kriegspolitik: Wettrüsten, Chaos
im Nahen und Mittleren Osten, Iran-Atomkonflikt
und Dollarimperialismus
US-Kriege und Stellvertreterkriege seit 1945: Jetzt
rückt Iran ins Fadenkreuz

Autorinnen und Autoren
Der Promedia Verlag im Internet

Ullrich Mies (Hg.)

DER TIEFE STAAT SCHLÄGT ZU

Wie die westliche Welt Krisen erzeugt
und Kriege vorbereitet

PROMEDIA

Ullrich Mies (Hg.)
Der Tiefe Staat schlägt zu



© 2019 Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien

ISBN: 978-3-85371-869-8

(ISBN der gedruckten Ausgabe: 978-3-85371-449-2)

Coverfoto: »City and ruins« von trahko/Adobe Stock

Fordern Sie unsere Kataloge an:

Promedia Verlag

Wickenburggasse 5/12

A-1080 Wien

E-Mail: promedia@mediashop.at

Internet: www.mediashop.at

www.verlag-promedia.de

Danksagung

Der Herausgeber bedankt sich bei allen, die als Autoren, Lektoren und Übersetzer dieses Buch ermöglicht haben. Besonderer Dank gilt Hannes Hofbauer und Stefan Kraft vom Promedia Verlag (Wien) für die angenehme und vertrauensvolle Zusammenarbeit, dem niederländischen »back-office« für die unermüdliche Kooperation und das Redigieren der Beiträge. Rudolf Hänsel hat freundlicherweise Kontakte zu Wissenschaftlern in Ex-Jugoslawien und Russland, Susanne Holsteiner zu Autoren in den USA vermittelt. Gabi Herb danke ich für Übersetzungsarbeiten.

Dieses Buch ist den Helden unserer Zeit gewidmet, die auch unter größter Gefahr für die eigene Existenz der Wahrheit verpflichtet bleiben:

Julian Assange,
Barret Brown,
Glenn Greenwald,
Chelsea Manning,
Edward Snowden

sowie den vielen Frauen und Männern, die weltweit
Korruption und Opportunismus widerstehen,
den hunderten hier nicht Genannten,
den weniger Berühmten und
tausenden Unbekannten.

Sie kämpfen gegen die abgrundtiefe Bösartigkeit und Ignoranz der
Herrschaftseliten, die die westlichen Demokratien zu
Fassadendemokratien umgebaut haben.

»Die letzte Epoche der Menschheit umfasst 5000 Jahre. Das ist nur ein Millionstel der Erdgeschichte. Aber diese Epoche unterscheidet sich grundsätzlich von der ganzen vorherigen Zeit: Es ist die Epoche der menschlichen Zivilisation. Die beginnende Metallverarbeitung bringt den Durchbruch zu technischem Denken und Handeln. Die gleichzeitig erfundene Schrift macht menschliche Erfahrung mitteilbar, summierbar und vererbbar, Geschichte wird eindeutig überlieferbar, die schöpferische Leistung des Menschen wird unsterblich. Private Aneignung der Produktionsmittel führt zur Dienstbarmachung des Menschen durch den Mitmenschen, an die Stelle der alten Solidarität zwischen Freien und Gleichen treten Befehl und Gehorsam zwischen Herr und Knecht. Der Staat entsteht als stabilisierender Ordnungsfaktor einer sich feindlich gegenüberstehenden Menschengemeinschaft. Macht und Zwang im Innern führen zu Gewalt und Unterwerfung im Verhältnis der Stämme und Völker untereinander: Der Krieg kommt in die Welt. Militärische Organisation ersetzt das natürliche Wachstum der menschlichen Gesellschaft. Reichtum und Armut steigen gleichzeitig ins Unermessliche. Klassenspaltung bewirkt den Verlust des ganzheitlichen Wesens des Menschen; Käuflichkeit aller Güter und Werte nimmt ihm seine Würde. So wird jeder Sieg auf dem Wege des Fortschritts zu einer Niederlage. Die Epoche der höchsten Schöpfungen des Menschen wird zur Epoche seiner tiefsten Selbsterniedrigung.«

Arno Peters¹

»Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt – die Wahrheit steht von alleine aufrecht.«

Thomas Jefferson, 3. Präsident der USA 1801-1809²

»Wenn gefragt wird, was heute die Menschheit und lebende Wesen auf der Erde am meisten bedroht, nennt man gewöhnlich nukleare, chemische oder biologische Waffen. Aber man vergisst dabei eine weitere wirklich schreckliche Massenvernichtungswaffe, die vor allem auf das menschliche Gehirn abzielt:

Information. Propaganda und Agitation. [...] Die Sanktionen, die Schaffung eines Gürtels von Militärstützpunkten entlang Russlands Grenzen – das alles ist nur die Fortsetzung der früheren Politik des Westens, es ändern sich nur die Methoden. Nach der Entwicklung von thermonuklearen Waffen durch die Sowjetunion und somit dem Bruch des Monopols der USA in diesem Bereich verwandelte sich das Wettrüsten in eine Form der Kriegsführung. Und das heutige Aufzwingen neuer Spiralen dieses Wettrüstens durch die USA verfolgt ein ganz konkretes Ziel: Russlands Wirtschaft zum Kollaps zu bringen. Und die USA werden diese Idee kaum aufgeben.«

Valentin Falin, Botschafter der UdSSR in der BRD 1971–1978³

»In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auch auf diese Weise geplant war.«

Franklin D. Roosevelt, US-Präsident 1933–1945

»Seit Generationen wird der Krieg als Weg zum Frieden und zur Ehre und zum Stolz des Landes verherrlicht. So darf es nicht mehr weitergehen. Das ist viel zu gefährlich. Wir müssen unsere Denkweise ändern. Das Gericht der letzten Instanz ist das Volk selbst. Es muss gebildet werden. Es muss beraten werden. Es muss erkennen, dass der Krieg ein äußerstes internationales Verbrechen ist. Es gibt keinen Ruhm. Es gibt keinen Grund für Massenmorde an unschuldigen Menschen. Wir müssen internationale Gerichte schaffen, die befugt sind, ihre Urteile gegen diejenigen durchzusetzen, die sich den Gesetzen widersetzen, die für den Frieden und die Sicherheit der Menschheit notwendig sind. Das ist eine Herausforderung.«

Benjamin Berell Ferencz, Chefankläger der Nürnberger Prozesse⁴

1. Arno Peters, Synchronoptische Weltgeschichte, Werk bestehend aus zwei Bänden, Hauptband und Indexband, Frankfurt 2000; Zitat aus der Einführung: »Die wichtigsten

Ereignisse der Vorzeit«. Zum Lebenswerk Arno Peters' siehe: Fritz Fischer, Der letzte Polyhistoriker. Leben und Werk von Arno Peters. Vaduz 1996

2. de.wikipedia.org; zuletzt aufgerufen 28.10.2018

3. Valentin Falin, »Ziel der USA: Russland zum Kollaps zu bringen«, sputnik, 23.02.2018, de.sputniknews.com; zuletzt aufgerufen 28.10.2018

4. Interview–Benjamin Berell Ferencz, 05. Juni 2018, U.S. Chief Prosecutor at Nuremberg Trials: www.americanbar.org; zuletzt aufgerufen 28.10.2018

Vorwort

Der große Erfolg des Buches »Fassadendemokratie und Tiefer Staat«⁵ hat uns ermuntert, mit dem vorliegenden Werk das Thema zu erweitern. Wir wollen namentlich den Hintergründen und Triebkräften der wirtschaftlich, politisch und moralisch zunehmend aus den Fugen geratenen, sogenannten westlichen Wertegemeinschaft nachspüren und dem daraus resultierenden Paradigmenwechsel entlang der internationalen Konfliktlinien auf den Grund gehen.

Die wichtigsten Schlussfolgerungen aus »Fassadendemokratie und Tiefer Staat« waren u.a., dass der im »alten« Europa sozialstaatlich eingehegte Kapitalismus, in Deutschland bekannt als »Bonner Republik«, mit dem Ende der Ost-West-Systemkonfrontation, also mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, keinen Grund mehr sah, sich länger unter einem Schafspelz zu verstecken. Mit wölfischer Brutalität fiel der von jeder sozialen Verantwortung enthemmte Kapitalismus nach 1990 zunächst über Osteuropa her. In wenigen Jahren hat er dort das alte Wirtschafts-, Bildungs-, Sozial- und Gesellschaftssystem zerstört.

Im Rahmen der EU-Freizügigkeit strömten schon bald Millionen gut ausgebildete, arbeitslose Fachkräfte für Billiglöhne in den Westen. Andere blieben im Osten und arbeiteten dort zu Hungerlöhnen an den verlängerten Werkbänken der Westkonzerne. Infolgedessen konnten die Arbeiter sowie kleinen Angestellten in der EU erfolgreich diszipliniert werden. Aus Angst um ihren Arbeitsplatz sahen sie seither wie gelähmt zu, wie ihre Reallöhne

dahinschmolzen und die sozialen Errungenschaften, für die ihre Väter und Großväter hart gekämpft hatten, Stück für Stück abgebaut wurden.

Unter dem enormen Druck der normativen Macht des Kapitals, vor allem der Finanzkonzerne, veränderte sich auch in ganz Europa die weltanschauliche Positionierung der politischen Führungskräfte. Nach und nach gestalteten sie ihre Parteien zu neoliberalen Erfüllungsgehilfen der zunehmend transnational agierenden Konzerne um. Diese Entwicklung kann man beispielhaft an der SPD verfolgen. Schließlich ist es überall in Europa den selbst ernannten politischen Eliten gelungen, ihre Parteien total auf neoliberalen Kurs zu zwingen und damit de facto in totalitäre Einheitsparteien zu verwandeln. Das Ziel dieser Entwicklung war – nach eigenem Bekenntnis –, die »Demokratie marktkonform« zu machen.

»Demokratie« und »Marktkonformität« sind jedoch ein Widerspruch in sich. Tatsächlich handelt es sich dabei um die Diktatur der Konzerne über die Demokratie. Die Wirtschaft ist schon lange nicht mehr für die Menschen da, sondern der Mensch ist zum Verfügungsfaktor der Wirtschaft geworden, ein Produktionsfaktor mit zwei Ohren. Dieser Zustand, der gern mit dem Begriff »liberale Ordnung« oder auch »liberale Weltordnung« umschrieben wird, hat inzwischen von allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen sowie zwischenmenschlichen Beziehungen zerstörerischen Besitz ergriffen. Die Eliten in der Wirtschaft und ihre gekauften und bezahlten Helfer in Politik, Medien und im Wissenschaftsapparat bejubeln den Neoliberalismus als die beste aller Welten, eine Welt, zu der es angeblich »keine Alternative« gibt.

Begünstigt durch den Neoliberalismus sind die sogenannten Eliten für Neuzugänge aus den unteren Schichten immer undurchlässiger geworden. Diese Entwicklung hat mit dazu

beigetragen, dass sich das Herrschaftskonglomerat von der Masse der arbeitenden Menschen zunehmend abschottet. Es gibt zwar vor, sich für das Wohl des Volkes einzusetzen, doch in der Realität haben die Eliten keinerlei Gespür mehr für die Sorgen und Bedürfnisse des »gemeinen Volkes«. Wenn deutsche Politiker, wie beispielsweise der Aufsichtsratsvorsitzende von BlackRock Deutschland und gescheiterter Kandidat für den CDU-Vorsitz, Friedrich Merz, als Lösung der Probleme vorschlagen, aus Deutschland eine Gesellschaft von Aktienbesitzern zu machen, dann erinnert das in fataler Weise an Königin Marie Antoinettes Spruch: »Wenn sie kein Brot haben, dann sollen sie doch Kuchen essen.«

Allerdings haben sich an der Basis der Bevölkerung in allen betroffenen Ländern in den vergangenen Jahren unterschiedliche Widerstandsbewegungen gegen die herrschende »liberale Ordnung« gebildet. Da die Eliten diese Entwicklung inzwischen als ernst zu nehmende Bedrohung ihres so gut funktionierenden und höchst profitablen Geschäftsmodells erkannt haben, diffamieren sie jegliche Kritik an der »liberalen Ordnung« als extremistisch, als links- oder rechtspopulistisch, als nationalistisch oder gar als faschistisch. Diese Entwicklung ist in allen Ländern zu beobachten, die der »liberalen Weltordnung« unterworfen wurden.

Die Eliten haben Entscheidungsprozesse auf die supranationale Ebene, z.B. auf die Welthandelsorganisation oder die transnationale Ebene der EU verlegt, wo Entscheidungen marktkonform, entsprechend der Forderungen transnationaler Konzerne getroffen werden. Parallel dazu wurden die Nationalstaaten entdemokratisiert. Damit hat die herrschende Eliten-Kaste ihr neoliberales Projekt zugleich in ein totalitäres verwandelt und in systemischen Kernfragen gegen echte demokratische Veränderungen wasserdicht gemacht.

Tatsächlich kann das System durch demokratische Wahlen nicht mehr abgewählt werden. »Die Griechen können wählen, wie sie wollen, sie müssen den Anordnungen der Troika – EU, Eurogroup und IWF – folgen.« Mit dieser Aussage hatte vor einigen Jahren der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble die »Vogel friss oder stirb«-Mentalität der Eliten auf den Punkt gebracht. Deren langfristige Herrschaftsabsicherung erfolgt wiederum durch den Tiefen Staat. Damit sind nicht demokratisch gewählte Führungsmannschaften in Regierungsämtern, Behörden, Militär- und Sicherheitsapparaten gemeint, die undurchdringlich mit den Eliten und deren profitablen Geschäftsmodell der »liberalen Ordnung« verfilzt sind.

Im vorliegenden Band »Der Tiefe Staat schlägt zu« wechseln wir nun die Perspektive und schauen uns die internationalen Konfliktformationen und Konfrontationslinien an. Renommiertere, internationale Autoren mit unterschiedlichen Berufsbildern und Erlebnishorizonten bringen in diesem Buch ihre langjährigen Erfahrungen zusammen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass alle Beiträge dieses Buches darin konvergieren, die Vereinigten Staaten als zentralen Treiber des neoliberalen Kapitalismus zu sehen, der im Volksmund treffender als Raubtierkapitalismus bezeichnet wird. Die US-Eliten sind ganz offensichtlich immer noch ihrem Weltbeherrschungswahn verhaftet. Und in der Europäischen Union hat – trotz wachsender interner Differenzen und Widersprüche – immer noch jener Teil der Eliten das Sagen, der auf Kosten der eigenen Bevölkerung lieber im Vasallenstatus gegenüber dem imperialen Washington verharrt. Das Motiv dieser Vasallen ist: Lieber im Rudel mit dem Leitwolf jagen. Denn dann fallen bei der neoliberalen Ausweidung der Welt immer ein paar Filetstücke für einen selbst ab. Wer sich gegen das Leittier

stellt, wird weggebissen und geht leer aus, oder es kommt noch schlimmer: Jeder Staat, der sich nicht den Hilfsorganisationen der liberalen Ordnung wie NATO, EU-Kommission oder WTO unterwirft, wird terrorisiert, bedroht und sanktioniert. Und wenn die Regierung des störenden Staates dann immer noch nicht klein beigibt, folgt ein »Farben-Regimewechsel« oder das Land wird letztlich mit Krieg überzogen, wie das Schicksal Jugoslawiens zeigt, das nach dem Ende des Kalten Kriegs alle der oben genannten Phasen erleiden musste.

Die Expansion von NATO und EU in die einst sozialistischen Länder Osteuropas und sogar in einige ehemalige Sowjetrepubliken war die logische und zwingende Folge des herrschenden Systems der »liberalen Ordnung«. Mit Hilfe gekaufter und bezahlter Eliten in diesen osteuropäischen Ländern und den blumigen Versprechen der EU glaubte eine total desorientierte, lokale Bevölkerung an ein Leben auf der Sonnenseite des Westens und fügte sich. So konnte die Osterweiterung relativ schnell und reibungslos vonstattengehen. Aber das eigentliche Ziel, der große Preis dieses NATO- und EU-Drangs nach Osten, war Russland mit seinen unermesslichen Bodenschätzen. Der Zugriff der westlichen Eliten und ihrer Konzerne auf diese Schätze war während der Regierungszeit von Präsident Boris Jelzin in den 1990er-Jahren zum Greifen nahe. Denn auch in Russland hatten sich dem Westen willfährige, korrupte Eliten an die Spitze der Macht geboxt.

Je mehr diese Schocktherapien die russische Wirtschaft und Gesellschaft chaotisierten, umso stärker formierte sich im Inneren des Landes der Widerstand gegen den vom Westen aufgezwungenen Neoliberalismus. Als Wladimir Putin an die Macht kam, wurde der Einfluss des Westens und dessen im Land bereits eroberten

Machtpositionen Schritt für Schritt wieder abgebaut. Mit Putin hat Russland heute seine volle Souveränität zurückerobert.

Heute trifft Moskau wieder Entscheidungen, die im Interesse des russischen Volkes und nicht in dem der NATO sind, nicht in dem der EU und erst recht nicht im Sinne der toxischen US-Spinne in ihrem imperialen Netz. Und genau das ist der wahre Grund, weshalb der russische Präsident und seine Regierungsmannschaft die meist gehassten Leute der neoliberalen Welteroberer in den USA, in der NATO und der EU sind.

Russland ist seit den 2000er-Jahren zu einem ernst zu nehmenden Gegengewicht der hegemonialen »liberalen Weltordnung« der westlichen Herrschaftskasten geworden. Russland und inzwischen auch China zeigen der Welt, dass es auch anders geht, und zu diesem Zweck entwickeln sie seit einigen Jahren politische, ökonomische und militärische Instrumente, die eine realistische Alternative zum neoliberalen westlichen Modell sein können.

Vor allem die wirtschaftliche Kraft und Dynamik Chinas im Zusammenspiel mit russischen Rohstoffen und fortgeschrittener Militärtechnologie haben zunehmend die Überheblichkeit der neoliberalen Eliten ins Wanken gebracht. Diese Unsicherheit wird durch chinesische Großprojekte wie die Neuauflage der Seidenstraße verstärkt, die das Potenzial hat, Chinas Einfluss im Mittleren Osten und in Osteuropa enorm zu stärken.

Allein durch die Existenz eines gut funktionierenden Chinas oder Russlands sieht der Westen sein lukratives Geschäftsmodell der neoliberalen Globalisierung gefährdet. Infolgedessen ist das Problem, mit dem sich die westlichen Eliten konfrontiert sehen, mit dem der Mafia und anderer Schutzgelderpresserbanden zu vergleichen: Was tun Schutzgeldgangster, wenn ein »Kunde« nicht

länger zahlen will? In der Vergangenheit haben Washington und die NATO genau wie die Mafia reagiert. Zuerst wird der »Kunde« malträtiert, und wenn er dann immer noch nicht gefügig ist, schickt man die uniformierten US- und NATO-Killertrupps, mit denen u.a. Jugoslawien, Irak, Libyen und Syrien die schlimmsten Erfahrungen gemacht haben.

Was aber sollen die westlichen Eliten tun, wenn ihre ausgemachten Erzrivalen wie Russland und China von Jahr zu Jahr stärker werden, während zugleich die eigenen Länder an Macht verlieren? Was tun, wenn die westlichen Führungskader weltweit längst nicht mehr so schalten und walten können, siehe Syrien, wie sie es noch vor knapp zehn Jahren getan haben? Bei der Beantwortung dieser Fragen geht ein Riss quer durch die westlichen Eliten. Speziell im sogenannten sicherheitspolitischen Establishment der USA, aber auch in Großbritannien und in geringerem Maße in Deutschland und Frankreich, behält die Denkschule der neokonservativen Falken die Oberhand. Diese Falken gehen davon aus, dass sie jetzt alles riskieren müssen, solange ihre Feinde Russland und China noch nicht übermächtig sind.

Die andere Denkschule, deren prominentester Vertreter Donald Trump ist, hat auch die Zeichen der Zeit erkannt, kommt aber zu gegenteiligen Schlussfolgerungen. Diese Denkschule will retten, was noch zu retten ist, d.h. das US-Imperium abwickeln, raus aus der NATO und dem Mittleren Osten und die bisher dort vergeudeten Ressourcen dazu benutzen, um die USA, die in vielen Regionen zum Entwicklungsland geworden sind, wieder aufzubauen.

Wie wir gesehen haben, steht das hysterisch aufgebrachte, global orientierte, außen- und sicherheitspolitische US-Establishment beider Parteien fast einmütig gegen Präsident Trump und vereitelt seine Pläne, wo immer möglich. Die Linie dieser US-Kriegstreiber wird von

ihren europäischen Kollegen nach Kräften unterstützt. Diese Kriegsfalken sind deshalb so hoch gefährlich, weil sie bereit sind, mit ihren politischen und militärischen Provokationen und ökonomischen Sanktionen ihre Gegner in die Konfrontation zu treiben, bis an den Rand des Abgrunds eines großen Krieges. Als Beispiel seien die ständigen und in ihrer Gefährlichkeit wachsenden US-/NATO-Manöver direkt an der russischen Grenze angeführt, ebenso wie die US-Provokationen in der Straße von Taiwan und im Südchinesischen Meer. Dabei wollen die USA eine Situation provozieren, in der sie die Oberhand haben und dadurch die andere Seite zum Nachgeben zwingen können. Der Kalte Krieg 2.0 lässt grüßen.

Die absichtliche Zuspitzung einer Konfliktsituation ist an sich schon problematisch genug. Geradezu fatal ist, dass vor allem die US-Kriegstreiber glauben, in einer solchen Krise alles unter Kontrolle zu haben. Dabei kann – wie der Autor dieser Zeilen aus eigener Erfahrung weiß⁶ – durch Fehlinterpretationen der Absicht des Gegners, durch Missverständnisse in den eigenen Reihen, durch technische Fehler und durch vieles mehr schnell eine Situation entstehen, deren Eigendynamik unaufhaltsam in den nuklearen Abgrund führt. Vor diesem Hintergrund ist die Haltung der NATO hochgradig kriminell. In der sich zuspitzenden Konfrontation mit Russland hat die NATO die diplomatischen Kontakte zu Moskau gekappt, statt sie zu intensivieren, und damit die Gefahr eines heißen Krieges massiv erhöht. Da alle westeuropäischen Mitgliedstaaten der NATO diese Politik mittragen, richtet sich dieser Vorwurf auch an die deutsche Bundesregierung und die sie in dieser Frage unterstützenden Oppositionsparteien FDP und Die Grünen. Sie alle spielen leichtfertig mit einem realen Krieg. Statt sich über die globale Erwärmung zu ereifern, sollten sie sich besser Sorgen um die

aktuell weitaus größere Gefahr der »nuklearen Erwärmung« der Erde machen.

Rainer Rupp,
im Januar 2019

5. Ullrich Mies/Jens Wernicke (Hg.), Fassadendemokratie und Tiefer Staat. Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter. Wien 2017

6. Rainer Rupp war ab 1969 bis zur Wende als Topagent der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR viele Jahre im NATO-Hauptquartier in Brüssel tätig. 1994 wurde er dafür in der Bundesrepublik zu zwölf Jahren Haft verurteilt, wovon er sechs Jahre absaß.

Einleitung

Von 1990 bis heute hat sich das transatlantisch-neokonservative Establishment aufgrund seiner imperialistischen NATO- und EU-Expansionsbestrebungen als Hauptkrisen- und Kriegstreiber erwiesen. Wie es der Tiefe Staat – der Dunkelraum der Herrschenden – vollbrachte, die Friedensdividende des Jahres 1990 schleichend zu zerstören und schließlich konsequent an die Wand zu fahren, ist Gegenstand dieses Buches.

Blicken wir kurz auf den Beginn der 1990er-Jahre zurück. Nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989, dem Zerfallsprozess der UdSSR um 1990/1991 und der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation 1991 glaubten viele Menschen an die Einlösung einer Friedensdividende. Armut, Konflikte und Kriege sollten der Vergangenheit angehören; eine globalisierte, freie Marktwirtschaft versprach Wohlstand für alle. Der Westen bejubelte das »Ende der Geschichte«⁷, weil die liberalen Demokratien unter Führung der USA als Sieger aus dem Systemkampf gegen die Staaten des »Kasernenkommunismus«⁸ hervorgegangen waren.

Nach fast 30 Jahren stellt sich die Frage: Was haben die politischen Führungen der westlichen Demokratien aus dieser Friedensdividende des Jahres 1990 gemacht? Um zu verstehen, wie die Zeit nach 1990 ablief, wollen wir uns in aller Kürze den Macht- und Herrschaftszentren zuwenden, so wie Bernd Hamm sie in dem Vorgängerbuch »Fassadendemokratie und Tiefer Staat. Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter« beschrieb, das ihm gewidmet war.

Nach seiner Darstellung steht an der Spitze die global herrschende ökonomische Klasse aus Reichen, Superreichen und

Billionen-schweren Vermögensverwaltern.⁹ Zu ihrem Funktionsumfeld gehören die CEOs internationaler Konzerne, es folgen Regierungen, schließlich die sogenannten Funktionseliten. In Anlehnung an das »Power-Structure-Modell« C. Wright Mills' beschreibt Hamm den Gesamtkomplex in Form konzentrischer Kreise:

- »Im innersten Kreis finden wir die globale Geldelite, die reichsten Individuen, Familien oder Clans mit einem Vermögen deutlich über einer Milliarde Euro.
- Den zweiten Kreis bilden die CEOs großer transnationaler Konzerne und die größten internationalen Finanz-Magnaten. Sie beschäftigen sich vor allem damit, den Reichtum des innersten Kreises und somit auch ihren eigenen zu mehren.
- Im dritten Kreis befinden sich die wichtigsten internationalen Politiker, einige in Regierungsfunktion, andere als Berater im Hintergrund und in internationalen Institutionen sowie die Spitzen des Militärs. Diese im engeren Sinn politische Klasse hat zwei Aufgaben: Sie muss die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts so organisieren, dass so viel wie möglich hin zu den beiden inneren Kreisen transferiert wird; und sie muss den politischen Zirkus einer vermeintlich pluralistischen Demokratie mit der erforderlichen Legitimität absichern.
- Im vierten Kreis finden wir die Spitzen der Wissenschaft, die Medienmogule, Rechtsanwälte, zuweilen auch prominente Schriftsteller, Stars aus Film und Musik, Künstler, wenige Vertreter von NGOs oder der Kirchen, ein paar Spitzenkriminelle – kurz: alles, was die Angehörigen der inneren Kreise für ihre Dekoration schätzen. Sie genießen den Zugang zu den

Mächtigen, sind gut bezahlt und werden alles dafür tun, diese Privilegien nicht zu verlieren.«¹⁰

Die global herrschende Klasse im Zentrum der Macht definiert Bernd Hamm wie folgt: »Die global herrschende Klasse tendiert dazu, sich selbst, vergleichbar mit feudalen Königen, von Gottes Gnaden hoch über alle anderen Menschen gesetzt zu sehen. Faschismus dürfte eine tragende Säule ihrer Ideologie sein und Krieg nur eines der Werkzeuge, um ihre Macht und ihre Gewinne zu steigern. Damit ist sie durch ein übergeordnetes Klasseninteresse miteinander verbunden. Zur Einigkeit im Klassenkampf lässt sich konstatieren: Es handelt sich um einen global geführten Klassenkampf ›von oben‹. Beim Begriff ›Klassenkampf‹ denkt jeder nur an Aktionen von Arbeitern, die ihre Klasseninteressen verteidigen, und vergisst dabei den viel bedeutenderen Klassenkampf, der von der herrschenden Klasse mithilfe des Staates organisiert wird.«¹¹

Da die meisten Menschen ihre Energie darin erschöpfen, das tägliche Leben zu meistern und in ihrem Umfeld die Reste von Mitmenschlichkeit zu bewahren, sind sie nicht einmal im Ansatz in der Lage, so verkommen zu denken, wie die Herrschenden handeln. Ein Blick in die Abgründe ist aber erforderlich, um die Zeit zu verstehen, in der wir leben. Darum sei hier nur kurz auf ein besonders gefährliches, weil maximal skrupelloses und machtvoll Segment westlicher Herrschaftsquellen, die Neokonservativen (NeoCons), hingewiesen. Sie sind die Vertreter des marktradikalen Kapitalismus und befördern als überzeugte Transatlantiker den Anspruch der USA auf Weltherrschaft ebenso wie die NATO/EU-Expansion. Diese NeoCons funktionieren als transatlantische Abrissbirne der internationalen Rechtsordnung, als Hetzer, Konflikt- und Kriegstreiber. Sie tragen Namen wie George W. Bush, Paul

Wolfowitz, Dick Cheney, Donald Rumsfeld, Tony Blair und Nicolas Sarkozy; auch deutsche Politiker gehören zu ihnen.

Bestens vernetzt sind sie mit dem finanzkapitalistisch-staatsterroristisch-militärisch-industriellen-Kommunikationskomplex (FSMIKK) sowie durch zahllose Transatlantiker-Think-Tanks, die gleichzeitig die Funktion geschlossener Elite-Bünde oder Geheimlogen haben. Ihre geopolitischen Ambitionen greifen in viele Länder aus. Den »War on Terror« als »nie endenden Krieg« hatten sie schon lange vor 9/11 konzipiert und ihn schließlich in alle Weltregionen exportiert. In den USA sind sie verantwortlich für die Konzeptionen eines Staates unter Ausschaltung von Bürgerrechten, Continuity of Government¹² genannt. Der gesamte Komplex der Homeland Security als militaristischer Sekundärkomplex nach innen ist eine Ausgeburt der 9/11-Ereignisse. Bespitzelung, Überwachung und innere Aufrüstung sowie die Vorbereitung auf den Ausnahmezustand gegen die Zivilgesellschaft dienen der eigenen Daseinsvorsorge dieser Herrschaftsquellen. Sie wollen sich vor realen¹³ und potenziellen Aufständen schützen. Mit der militärischen Aufrüstung nach innen sichern sie gleichzeitig ihr imperiales Projekt nach außen ab.

Tiefer Staat und neokonservative Akteure sind nicht voneinander zu trennen. Teile dieses Tiefen Staates sind für die Öffentlichkeit sichtbar, wie Regierungsmitglieder, kriegsaffine Parlamentarier oder Hassprediger in den Medien. Der wesentlichere Teil des friedensgefährdenden Täterkomplots entzieht sich der Öffentlichkeit, arbeitet langfristig orientiert im Hintergrund, bestimmt aber maßgeblich den Lauf der Dinge. Diese unterhalb des Radars der Öffentlichkeit wirkenden Kräfte setzen sich u.a. zusammen aus dem Finanzkapital, Rüstungskonzern- und Lobbykraft, Teilen von Regierungen wie Außen-, Kriegs- und

Finanzministerien, neokonservativen Think Tanks, Stiftungen und NGOs, PR-Wirtschaft und Mainstream-Medien, gekauften Wissenschaftlern, NATO- und EU-Entscheidungsgremien, Geheimdiensten, sowie der Sicherheits- und Überwachungsindustrie. Mithilfe ihrer transatlantischen Netzwerke haben die NeoCons über Jahrzehnte hinweg ihre ideologischen Statthalter in den maßgeblichen Führungspositionen u.a. der NATO, der europäischen Staaten, der EU-Bürokratie, in Parlamenten und Medien platziert und ihre Bastionen ausgebaut.

Um ihre Drohungen, Erpressungen, Sanktionen, Wirtschaftskriege, Farbrevolutionen, Regime-Umstürze und Kriege zu kaschieren, transformierten die NeoCons und ihre Ideologiehelfer in den Herrschaftsmedien die Begriffe »liberale Demokratie, Freiheit, Reformen, freie Märkte, Menschenrechte, nationales Interesse, Sicherheitsinteresse und Rechtsstaat« zu Propagandaphrasen. Ja, noch weit mehr: Sie haben die Sprache allumfassend manipuliert und verwenden Begriffe wie Freiheit oder Demokratie in einem völlig neuen Sinnzusammenhang. Das Perfide an dieser Methode ist, dass sie mit alten, positiv besetzten Begriffen operieren, um damit bei den Menschen positive Assoziationen zu erzeugen, gleichzeitig aber ihre eigentlichen Absichten zu verbergen.

In den 30 Jahren seit der Wende haben die Herrschaftsquellen der »westlichen Werteordnung« die Büchse der Pandora geöffnet und die Menschheit an den Rand des Dritten Weltkrieges geführt. Dieser Prozess begann mit der Filetierung Jugoslawiens, setzte sich fort mit der NATO- und EU-Osteroberung bis an die Grenzen Russlands, dem Anzetteln zahlreicher Konflikte und Kriege im Nahen und Mittleren Osten, dem Aufbau von Raketenabwehrsystemen in Polen und Rumänien, dem Ausbau von

US-/NATO-Stützpunkten in der EU¹⁴, der Kündigung u.a. des ABM-Vertrages 2002, des Iran-Atomabkommens und des INF-Vertrages 2018¹⁵, unzähliger Militärmanöver, endloser Provokationen und der systematischen Installierung neuer Feinde wie Russland und China. Auch das deutsche US-Statthalter-Regime ist daran aktiv beteiligt.

Krieg und Kapitalismus gehören untrennbar zusammen. Das ist Eugen Drewermanns unverrückbare Position. In seinem Beitrag »Kapitalismus: ein totalitäres Vernichtungsprogramm« skizziert er, dass die westlichen Mächte bereits zu Kolonialzeiten die Welt in Herrschaftsgebiete aufgeteilt hatten. Unter den Bedingungen des modernen Kapitalismus hätte sich daran nichts geändert. Stand früher das nationalistische Jubelgeschrei dem Ausrauben und Plündern fremder Länder als Pate zur Seite, so bedienten sich die westlich-kapitalistischen Staaten heute besonders perfider Propagandatechniken, um den weltweiten, globalisierten Kapitalismus unter dem Etikett von Demokratie, Freiheit und westlichen Werten als einzig denkbare Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und beste aller Welten anzupreisen. Tatsächlich aber hätte der Kapitalismus unter Führung der USA Millionen Menschen getötet und unbeschreibliches Leid und verheerende Zerstörungen angerichtet.

Jochen Scholz schreibt zum Thema: »Taumelnder Hegemon im Aggressionsmodus – Ausdruck einer globalen tektonischen Machtverschiebung«. Nach seiner Überzeugung beschreibt und kommentiert die veröffentlichte Meinung die überwältigende Zahl der Konflikte in der Welt in aller Regel völlig losgelöst von deren Ursachen. Dies sei zum einen eine verkürzte Darstellung und zum anderen wirkten sich Konflikte und Kriege auch überregional aus. Ursachenanalysen fänden nur dann den Weg in die veröffentlichte Meinung, wenn die Interessen Russlands oder Chinas thematisiert

würden. Durchgängiges Muster der westlichen Welt sei, die selbst verschuldeten Konflikte auf dieser Welt nicht zu untersuchen. Dies gelte für die Medien ebenso wie für Politik, die Denkfabriken, ja das gesamte außenpolitische Establishment des Westens und vor allem die US-Führungsmacht. Die Medienindustrie würde dem Westen grundsätzlich altruistische Motive zubilligen. Scholz stellt in seinem Beitrag klar, dass dem Aufstieg der USA zum bislang mächtigsten Imperium der Geschichte eine über hundertjährige globale geopolitische Konzeption zugrunde liegt. Vor allem habe die Konzeption Konflikte ausgelöst, stoße aber mit dem Aufkommen neuer Rivalen, insbesondere Russland und China, an ihre Grenzen.

Hannes Hofbauer analysiert unter dem Titel »Europäische Union: dem Kapital ergeben, der Demokratie abhold«, wie die herrschenden Eliten seit Beginn der europäischen Integration den gesamten Prozess zugunsten von Kapitalfraktionen realisierten. Bereits die allerersten Anfänge europäischer Einigungsbemühungen ab 1915 hätten vor allem ein Großraumprojekt Europa zur Förderung optimaler Kapitalverwertungsbedingungen unter der politischen Führung Deutschlands im Auge gehabt. Der Europagedanke wäre auch der NSDAP nicht fremd gewesen, insoweit existierten Kontinuitäten, nicht zuletzt auch personelle, wie sich am Beispiel von Hermann Josef Abs, dem jahrzehntelangen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank nachweisen ließe. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1952, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG mit gemeinsamem Agrarmarkt und hohen Zöllen gegen Agrarprodukte aus Afrika, Lateinamerika und Asien 1962 markierten die Startphasen der heutigen EU. Der Vertrag von Maastricht 1993 sei eine entscheidende Wende hin zu einem ökonomisch, währungs- und außenpolitisch einheitlichen Großraum mit der Hauptstadt Brüssel.

Maastricht hätte die Ost-Expansion institutionell vorbereitet, der Verzicht auf politische Kompetenzen der Nationalstaaten sei hierzu die Voraussetzung gewesen. Wesentliche Triebkraft des Prozesses sei das deutsche, nach Osten drängende Kapital. Maßgebliche Kompetenzen der Nationalstaaten seien auf die suprastaatliche EU-Ebene transformiert worden. Diese Entwicklungen hätte der in keiner Weise demokratisch legitimierte EU-Rat zu verantworten. Ziel der gesamten EU-Expansion sei gewesen, freie Fahrt für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräfte zu realisieren, die nationalstaatliche Demokratie zu schleifen sowie den Sozialstaat und die Lohnabhängigen unter maximalen Konkurrenzdruck zu setzen. Der Lissabon-Vertrag von 2009 als vorläufiger Schlusspunkt der EU-Integration setze der Entdemokratisierung der Nationalstaaten die Krone auf und erhebe die EU in den Stand eines suprastaatlichen totalitären Regimes.

Einem wichtigen Treffpunkt maßgeblicher Treiber des organisierten Unfriedens – der »Münchener Sicherheitskonferenz« – widmet sich Tilo Gräser in seinem Beitrag: »Die Münchener Sicherheitskonferenz 2018 – Bühne für westliche Konflikt- und Kriegstreiber«. Wolfgang Ischinger, überzeugter Transatlantiker und bundesdeutscher Ex-Botschafter in den USA, ist der Vorsitzende dieser Veranstaltung und auch gleichzeitig Regieführer des jährlich stattfindenden surrealen Geostrategen- und Militaristenspektakels. Dort treffen sich unter anderen ausgerechnet jene westlichen Politiker, Militärs, Rüstungslobbyisten, Kriegsstrategen und Gehirnwasch-Spezialisten der Think-Tank- und Medienindustrie, die die Welt nach 1990 systematisch an den Abgrund des Dritten Weltkrieges geführt haben. Wer nach Tätern sucht, wird hier fündig. Nachdem diese bis zum Hals in ihrem selbst angerichteten Scherbenhaufen stehen, fühlen sie sich nun berufen, die von ihnen

chaotisierte Welt zu retten: Die Brandstifter als Feuerwehr wäre eine freundliche Umschreibung für diese Akteure. Dieses Schaustück wird zu jedem Jahresbeginn neu aufgeführt. Den Bösewicht 2018 gab erneut vor allem Russland ab. Die guten, über jeden Verdacht erhabenen westlichen Politikdarsteller waren die Transatlantiker und Neokonservativen. Dass die eigene Politik, voran die der USA und der NATO, etwas mit der katastrophalen Instabilität auf der internationalen Bühne zu tun haben könnte, kommt den selbstgerechten Hasardeuren gar nicht in den Sinn. Schuld ist immer der andere, zumeist der Russe, um die eigenen Taten, Hass- und Fehlprojektionen in einem begründbaren Kontext erscheinen zu lassen.

In Deutschland und in anderen EU-Staaten tobt eine Scheindebatte, die weit über den sogenannten Nahost-Konflikt hinausgeht. Menschenrechtsaktivisten, Völkerrechtler, Friedensforscher, Kulturschaffende, Theologen, Religionswissenschaftler und andere, die die rechtsradikale israelische Regierungspolitik und deren Verletzungen der Menschenrechte sowie des Völkerrechts anprangern oder auch nur zu kritisieren wagen, werden von selbsternannten Antifaschisten mit Rufmordkampagnen, Auftritts- und Redeverbote terrorisiert und sanktioniert. Mit dem geistigen Umfeld dieser Trupps gegen Frieden und Völkerverständigung befasst sich Annette Groth in ihrem Beitrag: »Der Antisemitismusvorwurf als Disziplinierungsinstrument und Diskurs-Totschläger«. Dabei sei diesen sogenannten Antideutschen jedes Mittel recht. Die Apologeten dieser mentalen Fehlsteuerung sähen Israel aber auch die USA als Vorkämpfer gegen den Antifaschismus. Faktisch ignorierten sie, dass sich beide Staaten übelster Menschenrechtsverletzungen schuldig machten und eng mit rechtsradikalen Regierungen kooperierten. Teile der zur

»Transatlantifa« mutierten »antifaschistischen Bewegung« hätten mit Antifaschismus gar nichts im Sinn. Doch nicht nur die Antideutschen benutzten den Antisemitismus als Herrschaftsinstrument, sondern auch Politiker sowie Vertreter von Kirchen und Gewerkschaften. Diese sogenannte Mitte überziehe Andersdenkende mit dem Antisemitismusvorwurf und gebe den Forderungen der Antideutschen nach, indem sie Israel-kritische Veranstaltungen und Konzerte absage.

Für Kees van der Pijl, der seinen Beitrag unter den Titel stellt: »Die Achse des Bösen – die US-Israel NeoCon-Connection«, sind Neokonservatismus und Neoliberalismus nicht voneinander zu trennen. Die NeoCons spielten primär auf der soziokulturellen und (geo-)politischen Klaviatur der marktradikalen Variante des Kapitalismus, die Neoliberalen auf der ökonomischen. Die Konzeption des »War on Terror« als permanenter, weltweiter Krieg sei die Kopfgeburt des Zusammenspiels US-amerikanischer und israelischer NeoCons. Sie und ihre Netzwerke seien auch maßgeblich für die Wiederbelebung des Kalten Krieges verantwortlich. Wesentlicher Grund hierfür sei das Bemühen gewesen, den Kollaps des militärisch-industriellen Komplexes abzuwenden, der nach 1990 drohte. Ein weiterer wichtiger Grund sei, das westliche Primat der Weltherrschaft nach dem Zusammenbruch der UdSSR dauerhaft zu sichern. Die NeoCons seien in den westlichen Staaten ferner die maßgeblich Verantwortlichen für Demokratieabbau, Massenmanipulation, -überwachung und Angstproduktion. Insgesamt seien sie die wahren Architekten des weltweiten Chaos.

Chris Hedges setzt sich in seinem Beitrag »Tiefer Staat – Macht jenseits jeder Kontrolle« mit dem aktuellen US-Präsidenten Donald Trump auseinander. Dieser verkörpere die Herrschaft der

Milliardäre wie kaum ein anderer und der identitätsstiftende, parteiübergreifende Reichtum der herrschenden Akteure ließe die Differenzen zwischen Demokraten und Republikanern in erster Linie als Theater erscheinen. Trump sei lediglich ein besonders rüpelhafter Schauspieler der herrschenden Klasse, allein darum werde er von den distinguierten Kreisen nicht geschätzt. Tatsächlich habe er aber die Macht an die Generäle, Geheimdienste, Konzerne und Think Tanks abgegeben, das heißt, an den Tiefen Staat der USA. Diesen habe es jedoch lange vor Trump gegeben und er organisiere Ausbeutung, Plünderung und Zerstörung, auch treibe der Tiefe Staat die Militarisierung auf die Spitze. Der Zustand der US-Gesellschaft ist nach Hedges folgendermaßen zu beschreiben: Die Herrschaftsquellen hätten die Kleptokratie inmitten einer Willkürherrschaft errichtet, diesen fehle jeder moralische Kompass. Selbstgerechtigkeit und Verlogenheit kennzeichneten ihre Wesensart und sie ebneten den Weg in die Tyrannei.

Eine Einschätzung der realen Todeszahlen der in US-Kriegen der Post-9/11-Ära ermordeten Menschen nimmt Nicolas J.S. Davies in seinem Beitrag »Die Blutspur der US-geführten Kriege seit 9/11« vor. Er untersucht die Opferzahlen der Kriege in Afghanistan, Jemen, Libyen, Irak, Pakistan, Somalia und Syrien. Die Anschläge von 9/11 kosteten 2.996 Menschen das Leben. Nach Davies dienten sie der Rechtfertigung für den weltweit geführten »War on Terror«. Es sei von großer Bedeutung, die wahren Opferzahlen der US-geführten Kriege zu ermitteln, denn für US-amerikanische Politiker, Journalisten und Personen des öffentlichen Lebens mache es keinen Unterschied, wie viele Menschen getötet wurden. Davies vertritt im Unterschied zu diesen die Auffassung, es sei unerträglich, die unzähligen Opfer in einer Orwell'schen »Gedächtnislücke« zu entsorgen. Er schätzt die Zahl der Kriegstoten in den genannten

Ländern auf fünf bis sieben Millionen. Ziel sei letztendlich, die verantwortlichen Kriegsverbrecher in Politik und Militär strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Im Interview mit dem Herausgeber zum Thema »Piratenstaat USA« betont der international bekannte Filmmacher und Journalist John Pilger, dass die ökonomisch Mächtigen zu allen Zeiten Piraten gewesen seien und der britische Reichtum zum Beispiel vor allem das Ergebnis der Sklaverei war. Wenn die USA ihren Anspruch auf Weltbeherrschung in Gefahr sähen, von welchem Staat, von welcher Gruppe auch immer, brächen sie sämtliche Verträge oder riefen einen neuen Feind aus, um diesen schließlich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Dies sei durchgängiges Muster der US-amerikanischen Außenpolitik seit nunmehr etwa 100 Jahren. Auch hielten sich die USA abhängige Vasallenregime, die vor allem dann zu parieren hätten, wenn es um Außenpolitik geht. Nach 1990 hätten die USA neue Feinde gesucht und alte Feindbilder revitalisiert, um die einheimische Geld- und Konzernmacht nach Kräften zu unterstützen. Dabei gingen die USA gnadenlos vor. Sie und ihre europäischen Vasallen würden alles zerstören, was sich ihnen in den Weg stellt und die eigenen Völker mit Hilfe ihrer Propaganda einer umfassenden Gehirnwäsche unterziehen, um alle Verbrechen vor dem Licht der Öffentlichkeit abzuschirmen. Die USA wollten die ganze Welt unterwerfen. Russland und China seien die großen Hindernisse, China der zukünftige Hauptfeind. Darum würden um China immer neue Militärkräfte zusammengezogen.

In seinem Beitrag »Wie die ›westliche Wertegemeinschaft‹ den Kalten Krieg 2.0 installierte« untersucht Ullrich Mies, wie das außenpolitische Establishment des Westens unter Führung der USA nach 1990 seine geopolitischen Welt-Neuordnungspläne umsetzte. Die politischen Herrschaftsquaden des Westens hätten sich dazu

entschlossen, dem Weltbeherrschungsanspruch der USA zu folgen, den marktradikalen Kapitalismus nach Osten auszudehnen und dieses Projekt militärisch durch die NATO-Osterweiterung abzusichern. Diese Expansionsstrategie hätte Folgen für die gesamte Welt. Ziel des transatlantischen außenpolitischen Establishments von NATO und EU sei, die neokolonialen Territorialansprüche des Westens durch die Aufnahme immer neuer Länder maximal auszudehnen, Ressourcen, Märkte und Investitionsräume zu erobern sowie Handelswege zu sichern. Alle Länder, die es auch nur wagten, einen eigenen Entwicklungsweg zu verfolgen, wie zum Beispiel Irak, Libyen, Syrien oder der Iran, würden propagandistisch fertig gemacht, destabilisiert und schließlich mit Krieg überzogen. Der westliche Imperialismus mache selbst vor den Atommächten Russland und China nicht halt. Auch sie seien Objekte dieser Aggressionsstrategie und würden u.a. mit Geheimdienstoperationen, Sanktionen und Stellvertreterkriegen terrorisiert sowie in neue Aufrüstungsrunden gedrängt, um sie ökonomisch unter Stress zu setzen und an den Rand des Zusammenbruchs zu führen. Die NATO-Osterweiterung sei immer noch nicht abgeschlossen.

Transatlantisch-neokonservative Herrschaftsfraktionen zögen ihre Agenda ohne Rücksicht auf russische Sicherheitsbelange und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für den Weltfrieden durch. Das Ergebnis sei eine Welt im neuen Kalten Krieg 2.0.

Im politischen Wortschatz Russlands bedeutet »Kalter Krieg« die Existenz eines scharfen Wettbewerbs und einer tief greifenden Rivalität zwischen gegnerischen Staatengruppen, jedoch ohne direkte gegenseitige militärische Feindseligkeiten oder bewaffnete Konflikte zwischen ihnen. Vladimir P. Kozin untersucht in seinem Beitrag »Der neue Kalte Krieg und die geplante Eskalation des Konflikts USA/ Europa versus Russland«, ob der Kalte Krieg jemals

vorbei war beziehungsweise welche Unterschiede zwischen seiner Neuauflage, dem Kalten Krieg 2.0, oder zwischen seinen Phasen bestehen. Kozin nennt vier Merkmale des diagnostizierten neuen Kalten Krieges 2.0: erstens die zunehmende Anzahl militärischer Aktivitäten auf globaler und europäischer Ebene; zweitens die Tatsache, dass sich der gesamte Prozess der Rüstungskontrolle in einer Sackgasse befindet; drittens die starken und ungerechtfertigten wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen gegen Russland sowie viertens die Verschärfung bössartiger Anschuldigungen und einer kriegshetzerischen Rhetorik gegen Russland.

Wolfgang Jung befasst sich mit dem Thema »Könnte sich die souveräne Bundesrepublik Deutschland aus einem Atomkrieg der USA und der NATO gegen Russland heraushalten?« Mit dem »Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland« vom 12. September 1990 habe das vereinte Deutschland nach Art. 7 (2) auch seine »volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten« zurückbekommen. Bis heute befänden sich jedoch zahlreiche Militärbasen und Kommandozentren der USA sowie der NATO auf deutschem Territorium, die im Kriegsfall sofort aktiv würden. Jung stellt die Frage: »Könnte die souveräne Bundesrepublik das überhaupt verhindern?« Er ist davon überzeugt, dass die meisten Menschen in Deutschland über US- und NATO-Militäreinrichtungen nicht informiert sind und auch nicht wissen, dass diese im Kriegsfall gegen Russland Primärziele wären. Von den weltweit sechs US-Regionalkommandos seien zwei in Deutschland stationiert: EUCOM und AFRICOM. Alle in Europa stationierten US-Teilstreitkräfte unterstünden EUCOM. Von den fünf Teilstreitkräften seien vier in Deutschland stationiert, nur die U.S. Naval Forces der U.S. 6th fleet in Neapel. Die US Air Base Spangdahlem in der Eifel sei für alle US-Atomwaffen in Europa zuständig, die US Air Base

Ramstein sei wahrscheinlich die wichtigste US-Militärbasis auf der ganzen Welt. Kriegsvorbereitungen der USA gegen Russland liefen mit Wissen der deutschen Bundesregierung über diese US-Militäreinrichtungen. Nach Abschluss aller Kriegsvorbereitungen bedürfe es lediglich einer False-Flag-Operation, zum Beispiel im Baltikum, um den »Verteidigungsfall« auszurufen. Mit einem potenziellen atomaren Überraschungsangriff auf Russland könnten die US-Aggressoren der Illusion erliegen, den Krieg vom eigenen Territorium fernhalten und auf Europa beschränken zu können. In jedem Fall würden aber russische Atomraketen auf genau diese US-Stützpunkte zielen, um weitere Angriffe auf ihr Land zu verhindern. Ein derartiges Szenario würde unausweichlich zur Auslöschung der Bundesrepublik Deutschland führen.

Aktham Suliman schreibt zum Thema »Die Kontinuität des westlichen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten«. Der Nahe und Mittlere Osten sei seit Jahrhunderten durch Machtkämpfe gekennzeichnet gewesen. Aber erst im 19. bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wäre die Region unter die totale Fremdherrschaft der Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich geraten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Region Schauplatz geostrategischer und ideologischer Kämpfe zwischen den Großmächten und ihren Bündnissen, nachdem die Sowjetunion zum Feind der »Freien Welt« erklärt worden war. Gegen die UdSSR und den arabischen Sozialismus richteten sich nach Suliman fortan die Aktivitäten insbesondere der USA. Vielfältige Vorstöße hätten dazu gedient, den Weltherrschaftsanspruch der USA im Nahen und Mittleren Osten auch durch Kriege zu sichern. US-freundliche Regime und Militärstützpunkte seien installiert worden und der Frei- und Waffenhandel sei unter den Etiketten »Demokratisierung« und »Vorwärtsstrategie für Freiheit« zum Vorteil der USA unter Kontrolle

gebracht worden. Hinter Projekten wie »Greater Middle East« oder »New Middle East« stünde maßgeblich die Ideologie einer monopolaren Welt. Sie sei nur das arabisch-islamische Kapitel des sogenannten »Amerikanischen Jahrhunderts«.

Die ersten drastischen Ölpreiserhöhungen 1973/74 und die steigenden Öleinnahmen befeuerten das gezielte Wettrüsten im Mittleren Osten. Dies habe zahlreiche Kriege hervorgebracht und über zwei Millionen Tote und verbrannte Erde in der gesamten Region hinterlassen. Diesen Entwicklungen geht Mohssen Massarrat in seinem Beitrag »Die weltweite US-Kriegspolitik: Wettrüsten, Chaos im Nahen und Mittleren Osten, Iran-Atomkonflikt und Dollarimperialismus« nach. Das über ein Jahrzehnt ausgehandelte Iran-Atomabkommen sei ein Produkt dieses Wettrüstens im sich zuspitzenden Konflikt zwischen der unheiligen Allianz aus USA, Israel und Saudi-Arabien einerseits und dem Iran andererseits. Dieses von Israel immer abgelehnte Abkommen, das den Konflikt entschärfen sollte, wurde 2018 von der Trump-Administration gekündigt. Nach Auffassung von Massarrat ersetzte die Aufrüstung des Nahen und Mittleren Ostens das globale Wettrüsten in der Zeit der Ost-West-Blockkonfrontation. Dass das Feindbild Islam das Feindbild des Kommunismus verdrängte, sei kein Zufall der Weltgeschichte, sondern die ideologisch-kulturelle Begleiterscheinung der Verschiebung des hegemonialen Koordinatensystems. Vieles spreche dafür, dass sich fast gleichzeitig, aber weniger offensichtlich, die Basis der amerikanischen Weltordnung verlagert habe, denn die Ölquellen des Mittleren Ostens wurden klammheimlich zum ökonomischen Rückgrat des Dollars als Weltwährung, nachdem Anfang der 1970er-Jahre das Bretton-Woods-System und der Gold basierte Dollar sang- und klanglos zusammenbrachen.

Ernst Wolff beschließt den Band mit seinem Beitrag »US-Kriege und Stellvertreterkriege seit 1945: Jetzt rückt Iran ins Fadenkreuz«. Wolff macht die USA als den entscheidenden Treiber der Konflikte und Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg aus. Sie wollten ihre besondere Vormachtstellung als wirtschaftliche und militärische globale Supermacht sowie auf finanziellem Gebiet durch den Dollar als Weltleitwährung um jeden Preis erhalten. Hauptprofiteur dieser Entwicklung wären US-Großbanken und die US-Konzerne, die vorwiegend im Besitz weniger ultrareicher Familien seien. Die Banken hätten sich seit 1913 durch die Gründung der Zentralbank Federal Reserve System (FED) das Geldschöpfungsmonopol gesichert und die beiden vergangenen Weltkriege durch ausgiebige Kreditvergabe zum eigenen Vorteil genutzt. Seit dem Zweiten Weltkrieg überschwemmten die USA nahezu die gesamte Welt mit ihrer Währung. Auf Grund ihrer technologischen Vormachtstellung sowie ihrer Größe hätten die US-Konzerne die Massenproduktion auf dem amerikanischen Binnenmarkt als erste eingeführt und seien ihren Konkurrenten weit überlegen gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hätte der heimische Markt die produzierten Güter in Folge der Überproduktion nicht aufnehmen können. Der kapitalistische Zwang zur Erschließung neuer Märkte und der Anspruch, die Weltführerschaft auszubauen, führten zum Konzept der Stellvertreterkriege, da sich der Atomkrieg als ungeeignetes Herrschaftsinstrument erwies. Diese bestimmten fortan das weltweite Kriegsgeschehen. Neben zahllosen Regimewechsel-Operationen führten die USA seit 1945 Kriege unter anderem in Korea, Vietnam, im Nahen Osten, Angola, Äthiopien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und im Jemen. Ziel sei die weltweite US-Energiedominanz. Eine große Gefahr für den Weltfrieden sei, dass

China, Russland und die USA über den Iran in einen neuen Stellvertreterkrieg gerieten.

Sichtbare und unsichtbare Herrschaftsquellen und ihre unzähligen korrupten Helferbrigaden haben die Menschheit planvoll in den Kalten Krieg 2.0 gesteuert, der jederzeit in einen Dritten Weltkrieg münden kann. Daniel Elsberg meint dazu: »...Stalin plante nicht, in Westeuropa einzufallen oder die Weltherrschaft anzustreben, aber auf der Grundlage des Mythos kam die Welt dem Atomkrieg nahe – *und all das geschieht wieder.*«¹⁶

»Der Tiefe Staat schlägt zu« setzt die Analysen von »Fassadendemokratie und Tiefer Staat« fort, um den laufenden Wahnsinn besser verstehen zu können.

Ulrich Mies,
im Januar 2019

7. Siehe: Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992

8. Der Begriff stammt von dem Marxisten Robert Kurz, Schwarzbuch Kapitalismus, Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft, Frankfurt/Main 1999, S. 5

9. Zur perversen ökonomischen Ungleichheit auf der Welt siehe kurz und eindrucksvoll: www.youtube.com; zuletzt aufgerufen (z.a.) 08.12.2018

10. Bernd Hamm, Das Ende der Demokratie ... wie wir sie kennen, in: Ulrich Mies/Jens Wernicke (Hg.) Fassadendemokratie und Tiefer Staat. Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter, 5. Auflage, Wien 2018, S. 28

11. Ebd., S. 28

12. Siehe hierzu: Peter Dale Scott, The Deep State. Wallstreet, Big Oil, and the Attack in U.S. Democracy, London 2015

13. Die »Gelbwesten« in Frankreich sind ein Beispiel für eine reale Aufstandsbewegung gegen das marktradikale Regime Emmanuel Macrons: Ronald Barazon, Pulverfass Frankreich: Eine Revolution gegen Macron, Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 02.12.2018: <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2018/12/02/pulverfass-frankreich-eine-revolution-gegen-macron/?ls=fp>; z.a. 03.12.2018

14. Allein in Italien verfügt die NATO über ca. 100 Militärinstallationen: Video: Italy: A Whole US/NATO Strategic Military Base, »Global NATO«, GlobalResearch, 17. November 2018: <https://www.globalresearch.ca/video-italy-a-usnato-strategic-military-base/5660206>; z.a. 20.11.2018

15. Siehe: Putin: Washington plante im Voraus, INF zu verlassen und sucht jetzt nach Gründen dafür, rt, 06.12.2018: deutsch.rt.com; z.a. 07.12.2018

16. Daniel Ellsberg, The Doomsday Machine: The Big Lie of the Cold War – Daniel Ellsberg on RAI, 29.10.2018: therealnews.com; z.a. 30.11.2018; Hervorhebung vom Herausgeber

I. Grundlagen und Bestandsaufnahme

Kapitalismus: ein totalitäres Vernichtungsprogramm

Eugen Drewermann

Krieg und Kapitalismus gehören untrennbar zusammen. Bereits in Kolonialzeiten hatten die westlichen Mächte die Welt in Herrschafts-, Interessen- und Plünderungsgebiete aufgeteilt. Daran hat sich unter den Bedingungen des modernen Kapitalismus nichts geändert. Im Gegenteil. Die westlich-kapitalistischen Staaten bedienen sich heute lediglich einer besonders perfiden Propaganda, um den weltweiten, globalisierten Kapitalismus unter dem Etikett von Demokratie, Freiheit und »westlichen Werten« als einzig denkbare Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu vermarkten. Tatsächlich hat der Kapitalismus unter US-Führung Millionen Menschen ins Jenseits befördert und unbeschreibliches Leid und Zerstörung angerichtet.

Jedes kapitalistische System benötigt aufgrund seines inhärenten Zwangs zu permanentem Wachstum immer mehr Rohstoffe und damit den uneingeschränkten Zugriff auf die weltweiten Ressourcen. Doch da die vorhandenen Rohstoffe zunehmend knapper werden, kämpfen die mächtigen Staaten dieser Welt um ihre Nutzung. Wer sich also den Zugriff auf Ressourcen sichern will, muss die entsprechenden rohstoffreichen Länder dieser Welt politisch, in den meisten Fällen jedoch militärisch unter seine Kontrolle bringen. Mit anderen Worten: Das kapitalistische Wirtschaftssystem braucht den Krieg, um existieren zu können. Das gilt insbesondere für die USA als Führungsmacht der westlichen Kapital-»Demokratien«. Die aktuelle Situation in Syrien und Iran beweist anschaulich, dass das Musterland des Kapitalismus ausschließlich aus wirtschaftlichen

Gründen die Länder Afrikas und des Nahen Ostens mit Chaos, Gewalt und Krieg überzieht.

Kolonialismus im Interesse des Kapitals

Ein Blick zurück in die Zeit des Kolonialismus zeigt: Wo auch immer die Kapitalisten dieser Welt sich einen Vorteil versprechen, setzen sie ihre Interessen mit politischem, wirtschaftlichem und militärischem Zwang durch.¹⁷ So hat beispielsweise der erste Reichskanzler des Deutschen Reiches, Otto von Bismarck, im November 1884 die Delegierten von zwölf europäischen Nationen, aus den USA und dem Osmanischen Reich zur sogenannten Kongo-Konferenz¹⁸ in die Reichshauptstadt Berlin eingeladen, um den afrikanischen Kontinent in Interessengebiete der damaligen Kolonialmächte aufzuteilen. Auf dieser Konferenz einigten sich die Teilnehmer unter anderem darauf, im gesamten Kongo-Gebiet und ebenso in Zentralafrika freien Warenverkehr, also Freihandel, einzuführen und die Schifffahrt auf dem Kongo und dem Niger von Zollaufgaben zu befreien. Der Kongo wurde mit mehr als 2 Millionen km² Fläche König Leopold II. aus Belgien als Privatbesitz¹⁹ zugesprochen. Vor allem auf dem afrikanischen Kontinent haben die Kolonialländer in der ihnen eigenen Hybris überall willkürlich Grenzen gezogen und den Kontinent untereinander aufgeteilt.²⁰ Da war es nur eine Frage der Zeit, dass alleine dieses Vorgehen zu kriegerischen Auseinandersetzungen in den jeweiligen Regionen führte.

Die gewählten Begriffe »Freihandel«, »von Auflagen befreien« usw. sind uns auch heute bestens vertraut. Noch immer lenkt die »westliche Wertegemeinschaft« von ihren eigentlichen Interessen beim Einsatz militärischer Mittel ab und behauptet stattdessen, Freiheit und Menschenrechte schützen zu wollen, wenngleich es um

krude Wirtschaftsinteressen geht. Fremde Kulturen, Religionen und Menschen werden bekämpft und zerstört, wenn sie den Interessen der Kapitalisten dieser Welt im Wege stehen. Durch ihre Abhängigkeit vom permanenten Wachstum und dadurch von den Ressourcen werden besonders die politisch instabilen Länder auf dem afrikanischen Kontinent ausgebeutet. Ging es den Kolonialmächten früher um Gummi und Baumwolle, so spielen für die heutigen Neokolonialisten in den Entscheidungszentren des Westens neben Öl, Erdgas und Kohle beispielsweise Bauxit, Diamanten und Metalle wie Kupfer sowie seltene Metalle wie Niob und Coltan eine große Rolle. Da aus dem Erz Coltan das seltene Metall Tantal gewonnen wird, ist Coltan quasi Kongos Gold. Denn Tantal wird zur Herstellung der Kondensatoren in Digitalkameras und Spielkonsolen, in Laptops, Flachbildschirmen und Mobiltelefonen gebraucht.

Wenn ein Land der »Dritten Welt« versucht, sich aus der Umklammerung des westlichen Kapitalismus und der Abhängigkeit von westlichen Konzernen zu befreien, üben die Konzerne Druck auf »ihre« Regierung aus. Dafür ließen sich zahlreiche Beispiele anführen. So geschehen beispielsweise bei der United Fruit Company. Im Fall Guatemalas gelang es der Company spätestens im März 1954, die »amerikanische Regierung davon zu überzeugen, dass [Präsident Jacobo] Arbenz [Guzmán] eine Bedrohung der Freiheit darstelle und abgesetzt werden müsse. Die Gesellschaft engagierte ein Korps einflussreicher Lobbyisten und begabter Publizisten, um in den Vereinigten Staaten ein für den Sturz Arbenz' günstiges Klima zu schaffen.«²¹ »1954 kam es dann zu einem Staatsstreich in Guatemala, finanziert von der CIA, angewiesen von der United Fruit Company.«²² Noam Chomsky schreibt zu Guatemala: »Diese Schattenseiten der Demokratie wurden durch den

Militärputsch von 1954 beseitigt. Seitdem regiert der von den USA großzügig unterstützte Terror.«²³ »Unwillige« Staaten werden militärisch angegriffen und wenn immer möglich dem Westen hörige Autokraten eingesetzt. Offiziell wird der Versuch des jeweiligen Landes, das dem Zangengriff zu entkommen versucht, als Angriff auf die freie Marktordnung bezeichnet. In Wirklichkeit sehen US-amerikanische Konzerne darin einen Angriff auf ihre Pfründe. Vom Ansatz her demokratische Prozesse werden als Gefahr verunglimpft und es wird behauptet, in dem betroffenen Land mache sich der Kommunismus breit. Derartige Entwicklungen müssen mit aller Macht verhindert werden.

Techniken der Macht

Doch vor einer kriegerischen Auseinandersetzung haben in dem betreffenden Land zumeist ausländische Geheimdienste bürgerkriegsähnliche Zustände geschaffen, um das Land zu destabilisieren. Die internationale Politik kapitalistischer Staaten ist bestimmt durch den Anspruch, ihr Wirtschaftssystem global als einziges durchzusetzen. Allerdings gelingt dem Westen diese Strategie nicht immer. Ein mehr als 30-jähriges Desaster erlebten Franzosen und Amerikaner beispielsweise in Vietnam. Vietnam ist ein Paradebeispiel dafür, wie lange der Westen auf seine Überlegenheit vertraute und mit welcher unerschütterlichen Zielstrebigkeit er versuchte, seine Interessen gegen die Vietnamesen durchzusetzen. Immer ging und geht es um Ausbeutung und Machtausdehnung um jeden Preis, der dann auch alle Mittel heiligt, selbst die brutalste Gewalt.

Kein Staat darf sich ungestraft gegen die »Zivilisation der westlichen Wertegemeinschaft« auflehnen. Dann gesellt sich zur militärischen Gewalt noch zusätzlich die moralische

Verunglimpfung. Die betreffenden Staaten oder Völker werden als abgrundtief böse abgestempelt. Hierzu ein Beispiel aus der Mitte des 20. Jahrhunderts: der Aufstand der Mau-Mau aus dem Stamm der Kikujus in Kenia gegen die britischen Besatzertruppen. Den militärisch hoffnungslos unterlegenen Mau-Mau-Kriegern blieb nur ein Guerillakampf; Steinzeitkrieger nahmen den Kampf gegen eine hochmodern ausgestattete Kolonialarmee auf. Die Briten versuchten, 60.000 Weiße in Kenia vor etwa 8 Millionen Kenianern zu schützen, was misslang. Das Beispiel zeigt, dass sogar diese hochgerüstete Armee trotz militärischer Überlegenheit eine Guerilla-Armee nicht besiegen konnte. Großbritannien, dem Mutterland der Besatzer, dauerte der Krieg zu lange und er kostete zu viel Geld. So erreichte Kenia im Jahr 1963 unter Präsident Jomo Kenyatta seine Selbständigkeit.²⁴

Der Kapitalismus als Kriegsmaschine

Kein kapitalistisches Wirtschaftssystem hat jemals dem Frieden gedient. Im Wesen des Kapitalismus ist verankert, permanent Kriege vorzubereiten, aber vor allem Kriege zu führen. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs erschütterten weltweit 113 Konflikte und Kriege die Menschheit, bei denen insgesamt geschätzte 50 bis 55 Millionen Menschen getötet wurden.

Das hat zur Folge, dass sich die US-Amerikaner an den permanenten Kriegszustand gewöhnt haben, wie James Risen formulierte. Die Jugendlichen, die in die Armee eintreten und riskieren, in einem Krisengebiet zu sterben, sind meist Angehörige einer armen Gesellschaftsschicht ohne Aussicht auf eine abgesicherte Zukunft. Hingegen profitiert eine nationale, im Sicherheitsapparat fest etablierte Elite vom Kriegsgeschäft: Sie rotiert zwischen hohen Posten im Staatsapparat, in Denkfabriken,

Auftragsfirmen und Fernsehstudios. Diese Jobs würden sie sofort verlieren, würden die USA plötzlich ein friedliebendes Land. »Für einen Großteil Amerikas ist der Krieg nicht nur erträglich, sondern profitabel geworden, und daher gibt es keinen Anreiz mehr, ihn zu beenden.«²⁵

»Krieg ist der Terror der Reichen, Terror der Krieg der Armen«, formuliert der frühere CDU-Politiker und spätere Publizist Jürgen Todenhöfer²⁶ und bringt noch einmal die Fakten, »dass 90 Prozent der Toten moderner Kriege Zivilisten sind. Die völkerrechtswidrigen Angriffskriege des Westens sind ... Staatsterrorismus. Eine Zivilisation, die nicht zugibt, dass George W. Bushs Irakkrieg reiner Terrorismus war, ist keine Zivilisation.« Um im Sprachgebrauch zu bleiben, greifen die Staaten der »westlichen Wertegemeinschaft« nur dann mit militärischer Gewalt in fremde Staaten ein, wenn dort »Terroristen«, »Putschisten« oder fehlgeleitete »Fanatiker« den Vertretern der »westlichen Zivilisation« den Handel und das Leben erschweren. Im Oktober 2001 schrieb Gore Vidal treffend: »Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ... führen wir einen ... ewigen Krieg für den Frieden. Aber schließlich sind wir auch die Guten. Oder etwa nicht?«²⁷ Dass die ausschließlich von eigenen Hegemonialinteressen bestimmte Außenpolitik der USA zu Millionen Toten, weltweitem Terror und Drohnenkriegen geführt hat, wird quasi als »logische« Folge dargestellt. Berühmt-berüchtigt ist in diesem Zusammenhang die Antwort Madeleine Albright, als die bekannte TV-Journalistin Lesley Stahl sie in einem Interview fragte, ob der Tod von einer halben Million Kinder infolge der amerikanischen Sanktionen gegen den Irak den Preis wert sei: »Wir denken, es ist den Preis wert«,²⁸ meinte sie.

Ein beständiges Krisengebiet, auch mit der drohenden Gefahr eines Dritten Weltkriegs, ist seit einiger Zeit im Nahen und Mittleren

Osten entstanden. Zwar versuchen die USA, ihre eigentlichen Absichten in dieser Region mit humanistischen Parolen zu rechtfertigen. General Wesley Clark, von 1997 bis 2000 Oberbefehlshaber der NATO in Europa, zitiert aus einem Gespräch mit Paul Wolfowitz, dem damaligen Staatssekretär im Pentagon unter Bush sen., aus dem Jahr 1991 nach der Operation »Desert Storm«. Wolfowitz äußerte, die US-Armee könne im Nahen Osten in fünf bis zehn Jahren »unter den alten sowjetischen Klientelregimen aufräumen«, damit meinte er Iran, Irak und Syrien.²⁹

Ein typisches Beispiel, wie kapitalistische Staaten vorgehen, ist die Aussage des französischen Präsidenten Emmanuel Macron auf einem Gipfeltreffen in der malischen Hauptstadt Bamako 2017: Die französische Armee sei im Rahmen der Operation Barkhane bereits mit etwa 4000 Soldaten in der Sahelzone präsent. Gemeinsam mit seinen afrikanischen Partnern müsse Frankreich in der Sahelzone »Terroristen, Verbrecher und Mörder« vernichten.³⁰ Für den Aufbau der neuen G5-Truppe stellt die EU der Region 50 Millionen Euro Finanzhilfe zur Verfügung.

In einer der ärmsten, ständig von Dürre und Hunger bedrohten Weltregion müssten die Waffenlieferungen sofort gestoppt werden. Stattdessen benötigen die Menschen dort sowohl wirtschaftliche als auch diplomatische Hilfen, um die inneren sozialen und ethnischen Spannungen abzubauen. Darüber hinaus muss die medizinische Versorgung verbessert sowie die Infrastruktur aufgebaut werden, unter anderem um die Menschen mit entsalztem Wasser zu versorgen.

Medien und Kriegspropaganda

Wie gelingt es den USA und ihren Verbündeten, die eigenen Kriegshandlungen zu »humanitären« Interventionen umzulügen? In

der Berichterstattung der Mainstream-Medien ist der Aggressor immer friedfertig. In der Propaganda bringen die Aggressoren den überfallenen Ländern die Demokratie und »westliche Werte«. Da ist es nur folgerichtig, dass niemals von Geld und Geschäften die Rede ist, sondern immer von Gut und Böse, von frei und unfrei, von menschlich und unmenschlich. Die Leser sollen verinnerlichen, dass es letztlich also um höchste Ziele geht. Die Mainstream-Journalisten predigen Tag für Tag, alle militärischen Interventionen erfolgten aus humanitärer Verantwortung. Nur Verschwörungstheoretiker, Verrückte, Kriminelle oder Terroristen stellten sich laut politischer »correctness« dem Hegemonialanspruch der USA in den Weg. Der Leser eines Mainstream-Mediums erfährt nicht, dass die hoch gelobte westliche »Ordnungsmacht« mit allen erdenklichen Mitteln, angefangen bei Lügen und Verleumdung, Spionage und Zensur, über Terror und Folter, bis hin zu Inhaftierung und Mord, jeden linksorientierten Politiker von der Macht ausschließt und stattdessen rechte, dem Westen wohlgesonnene Politiker in die Regierungsmacht putscht. Im kapitalistischen Wirtschaftssystem erhalten nur diejenigen Regierungsverantwortung, die vorab eindeutig bewiesen haben, dass sie sich als Marionetten eignen und den Prozess der Reichtumsumverteilung von unten nach oben unterstützen.

Das kapitalistische Denken könnte die Köpfe der Menschen nicht derart zersetzen, wenn die Medien nicht ebenso eingekauft würden wie die Politiker. Die entscheidenden Menschen werden mit Geld gefügig gemacht. Die Zahlung von Schmiergeldern gehört wesensnotwendig zum Kapitalismus. Diese Tatsache beschreibt Eberhard von Brauchitsch in seiner Autobiographie wie folgt: »Die Wirtschaft zahlte Schutzgelder, um sich vor Repressionen in Form wirtschaftlicher Politik zu schützen.«³¹ Bestechung ist in höchsten

Kreisen so etwas wie ein gentleman agreement – mit wachsender Tendenz. Das gilt nicht nur für Politiker, sondern auch für Journalisten. Bereits im Jahr 1965 schrieb Paul Sethe, einer der Gründungsherausgeber der FAZ: »Die Freiheit der Presse im Westen ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu publizieren, inzwischen sind es keine 200 mehr, inzwischen sind es nur noch 4 oder 5 Leute.«³² Aufgrund dieser Aussage verlor Sethe auf Druck der Wirtschaft und des damaligen Kanzleramts seine Funktion in der Redaktion.

Welche »political correctness« die Mainstream-Medien befolgen, zeigt beispielhaft die Berichterstattung zum Jugoslawienkrieg, als sich Deutschland im März 1999 zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wieder an einem Krieg beteiligte. Da hieß die offizielle Botschaft: Die Bundeswehr führt dort keinen Krieg, sondern nimmt an einer humanitären Intervention teil. Das hat sich bis heute nicht geändert, wenn es heißt: Die Bundeswehr schafft Frieden, vereint mit der NATO, im Auftrag der USA. Sie bekämpft »selbstverständlich« die neuen Feinde, die Terroristen, Islamisten und Russen. Wie sehr sich die Regierung unter Angela Merkel zum Erfüllungsgehilfen US-amerikanischer Interessen macht, dokumentiert das Weißbuch der Bundeswehr vom Juni 2016:

»Durch seine auf der Krim und im Osten der Ukraine zutage getretene Bereitschaft, die eigenen Interessen auch gewaltsam durchzusetzen und völkerrechtlich garantierte Grenzen einseitig zu verschieben, stellt Russland die europäische Friedensordnung offen in Frage. [...] Ohne eine grundlegende Kursänderung wird Russland ... auf absehbare Zeit eine Herausforderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent darstellen.« Und weiter: »Die Freiheit der Meere und die Versorgung mit Rohstoffen stehen im Interessenkatalog weit oben.«³³

Seit langem ist die US-amerikanische Außenpolitik darauf ausgerichtet, mit allen Kräften einen eurasischen Wirtschaftsraum, von Lissabon im Westen bis nach Wladiwostok ganz weit im Osten, zu verhindern. Ein solch starker Wirtschaftsraum ist der Albtraum US-amerikanischer Hegemonialinteressen. Folgerichtig ist danach jeder Staat ein Feind der USA, dessen Außenpolitik US-Interessen zuwider läuft, dies gilt weltweit auch für Europa. Das erklärte Ziel der USA lautet: »Durchsetzung eines US-kontrollierten Kapitalismus in allen Ländern des amerikanischen Kontinents«³⁴ und das gilt auch für die ganze Welt. In der ganzen Welt wollen die USA die von ihnen kontrollierte »Free-Market-Economy«, das heißt also ihren US-amerikanischen Kapitalismus durchsetzen.

Dass das kapitalistische Wirtschaftssystem keine Moral kennt, lässt sich an vielen Beispielen zeigen. Und es wird immer deutlicher. Für eine Wirtschaftsform, die das Mantra der Konkurrenz predigt und bewirkt, dass sich Branchenkonkurrenten wechselseitig zu vernichten suchen, ist der Krieg permanenter Normalzustand. Seitdem der Kapitalismus seinen Systemgegner, den Kommunismus, nicht mehr zu fürchten braucht, wurde fast jeder Krieg von Reichen gegen die Armen geführt. »Die Machtanhäufung der Staaten aber, um derentwillen Kriege geführt werden, ist in Wahrheit Kapitalanhäufung bei einzelnen Kapitalisten.«³⁵ Der Kriegskapitalismus produziert viele Verlierer. Die wenigen Gewinner sind die Reichen und Superreichen, die Finanz- und die Rüstungsindustrie. Gerechtigkeit ist diesem System wesensfremd. Es ist ein System aus Macht, Gewalt und Krieg. So muss der ursprüngliche kapitalistische Zyklus aus Geld–Ware–Geld neu geschrieben werden und jetzt lauten Gewalt–Handel–Gewalt. In einer Welt der Überproduktion von Waren verhungern Millionen Menschen. Jean Ziegler nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn er

sagt: »Ein Kind, das in diesem Moment an Hunger stirbt, wird ermordet.«³⁶ Auch das jetzige Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Franziskus, äußert sich im gleichen Sinn: »Diese Wirtschaft tötet.«³⁷

Kapitalisten nehmen billigend in Kauf, dass Milliarden Menschen ohne Arbeit sind, ohne Dach über dem Kopf, ohne Aussicht darauf, dass sich an ihrer Situation zukünftig etwas ändern könnte, dass sie verelenden und dahinsiechen. Doch nicht nur in der sogenannten Dritten Welt haben sich die Lebensbedingungen der Menschen derart verschlechtert, so dass immer mehr als Migranten in die reichen Länder strömen. Auch in den reichen Staaten führt das kapitalistische Wirtschaftssystem dazu, dass die Schere zwischen Reich und Arm immer weiter auseinanderklafft. Eines der wichtigsten Gesetze dieses Wirtschaftssystems lautet: Alle Gewinne werden privatisiert, alle Verluste sozialisiert. Also wird die gesamte Gesellschaft zur Kasse gebeten.

»Erklärt man [...] das Wohl des deutschen Volkes zum Maß aller Dinge und glaubt man, dass es dem Volk gut gehen könne, wenn es auch der Wirtschaft gut geht, dann wird man selbst die hemmungslose Ausplünderung der armen Länder durch deutsche Konzerne trotz aller unfreundlichen Begleiterscheinungen gutheißen. [...] Versteht man dagegen Gemeinwohl im humanistischen Sinne der unveräußerlichen Menschenrechte, dann wird man es ablehnen, dass andere Völker für das ›Wohl des deutschen Volkes‹ bluten müssen und dass selbst dieses deutsche Wohlergehen nur einer immer kleineren Oberschicht zu Lasten der Bevölkerung zugutekommt.«³⁸

Der Frieden ist der Ernstfall

Zu wie viel menschlichem Leid Gewalt und Krieg führen, zeigt die Situation in Syrien im Jahr 2017/2018. Was muss noch geschehen, damit wir diesen zerstörerischen Kreislauf verlassen? Wir haben keine andere Wahl: Wir müssen unsere eigene Zukunft und die Zukunft des gesamten Planeten selbst gestalten. Es ist mehr als offensichtlich, in welche apokalyptische Katastrophe uns diejenigen hineinführen, die ausschließlich Klientelinteressen, unter anderem der Rüstungsindustrie, bedienen. Immanuel Kant schrieb dazu in seinen Gedanken »Zum ewigen Frieden«:

»Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören. – Denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg, durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen, reizen sie diese an, sich einander in Mengen der Gerüsteten, die keine Grenzen kennt, zu übertreffen, und, indem durch die darauf verwandten Kosten der Friede endlich noch drückender wird als ein kurzer Krieg, so sind sie selbst die Ursache von Angriffskriegen.«³⁹

Egal wohin man schaut, alle derzeitigen Entwicklungen schreien nach Veränderung. Damit auf der Welt Frieden einkehrt, müssen die Neokonservativen ihren Einfluss verlieren, sie müssen aus allen für die Außenpolitik wichtigen Ämtern entfernt werden. Das gilt nicht nur für die Regierungen, sondern auch für die Medien. Um die Bevölkerung im Griff zu halten, bedienen sich die Medien der Erzeugung von Angst, eines äußerst wirksamen Mittels. Die Herrschaft des Kapitalismus wäre unmöglich, wenn die Menschen nicht derart in Angst leben würden, in Angst vor Armut, vor Feinden und – nicht zu vergessen – vor dem Tod. Doch wie können wir dem tödlichen Kreislauf aus Angst, Sicherheitsdenken und Gewalt entkommen? Wir müssen uns von der Ersatzreligion des Kapitalismus verabschieden. Solange die kapitalistischen Länder die Welt beherrschen wollen, wird es keinen Frieden geben, nur permanente Kriege. Der Friede ist der Sieg über den Kapitalismus.

Kein Lebensentwurf kann antikapitalistischer sein als die Botschaft der Bergpredigt. Uns muss es gelingen, das menschliche Dasein wieder auf ein anderes Fundament zu stellen, indem die Menschlichkeit die Entmenschlichung der kapitalistischen Wirtschaftsform ablöst. Diese Vorstellung dürfen wir nicht länger als Utopie ansehen, sondern als anzustrebendes Ziel. Dieser Wandel muss uns gelingen, denn nicht irgendetwas steht auf dem Spiel, sondern alles.

17. Siehe hierzu u.a.: Walter Rodney, Afrika. Die Geschichte einer Unterentwicklung, Berlin 1972; Dieter Senghaas (Hg.), Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt/M. 1979

18. <http://westafrikaportal.de/kongokonferenz.html>; zuletzt aufgerufen (z.a.) 05.11.2018

19. Ebd.

20. Siehe Walter Rodney, a.a.O.

21. Stephen Schlesinger, Stephen Kinzer, Bananenkrieg. CIA-Putsch in Guatemala, München 1989 S.85

22. Eugen Drewermann, Von Krieg zu Frieden. Kapital & Christentum Band 3, Ostfildern 2017, S. 70

23. Noam Chomsky, Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung, Hamburg, Wien 1999, S. 64

24. Siehe: Christian Zentner, Die Kriege der Nachkriegszeit. Eine illustrierte Geschichte militärischer Konflikte seit 1945, München 1969, S. 162. Zu den Kriegen der USA seit 1945 siehe ferner insbesondere: William Blum, Zerstörung der Hoffnung. Globale Operationen der CIA seit dem 2. Weltkrieg. Frankfurt/M. 2014

25. James Risen, Krieg um jeden Preis. Gier, Machtmissbrauch und das Milliardengeschäft mit dem Kampf gegen den Terror. 2. Aufl., Frankfurt/M. 2015, S. 231

26. Jürgen Todenhöfer, Inside IS – 10 Tage im »Islamischen Staat«, München 2015, S. 26

27. Gore Vidal, Ewiger Krieg für ewigen Frieden. Wie Amerika den Hass erntet, den es gesät hat. Hamburg 2002, S. 25-26, 39

28. Diana Johnston: Die Chaos-Königin, Hillary Clinton und die Außenpolitik der selbsternannten Weltmacht. Frankfurt/M. 2016, S. 104

29. Michael Lüders: Die den Sturm ernten. Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte. München 2017, S. 73
30. Macron ruft in Mali zur Bekämpfung des Terrorismus auf, Standard online, 2. Juli 2017: <https://derstandard.at/2000060655948/Macron-rief-in-Mali-zur-Bekaempfung-des-Terrorismus-auf>; z.a. 04.11.2018
31. In: Cerstin Gammelin/Götz Hamann, Die Strippenzieher. Manager, Minister, Medien – Wie Deutschland regiert wird. Berlin 2005, S. 260-261
32. Udo Ulfkotte, Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken. Rottenburg 2014, S. 187
33. Weißbuch 2016, Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr: www.bundesregierung.de, S. 31f; z.a. 04.11.2018
34. Ulrich Duchow/Gert Eisenbürger/Jochen Hippler (Hg.), Totaler Krieg gegen die Armen – Geheime Strategiepapiere der amerikanischen Militärs, 2. aktualisierte Auflage, München 1991, S. 196
35. Erich Mühsam, Das große Morden, in: Pierre Ramus/Bertha von Suttner/Josef Roth (Hg.), Friedenskrieger der Hinterlandes. Der erste Weltkrieg und der zeitgenössische Antimilitarismus, Wien 2014
36. Jean Ziegler über Hunger in Afrika: »Es gibt genügend Nahrungsmittel«, TAZ, 19.04.2017: www.taz.de; z.a. 04.11.2018
37. Papst Franziskus, Evangelii Gaudium, Artikel 53, S. 45: https://w2.vatican.va/content/francesco/de/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20131124_evangelii-gaudium.html#Nein_zu_einer_Wirtschaft_der_Ausschließung; z.a. 04.11.2018
38. Thomas Wieczorek, Die geschmierte Republik. Wie Politiker und Wirtschaftsbosse sich kaufen lassen. München 2012, S. 160-161
39. Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Königsberg 1795, 2. Abschnitt, in: Werke in 12 Bänden, hg. von Wilhelm Weischedel, Bd. XI: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik I. Frankfurt/M. 1964, S. 197-198

Taumelnder Hegemon im Aggressionsmodus – Ausdruck einer globalen tektonischen Machtverschiebung

Jochen Scholz

Die überwältigende Zahl der Konflikte in der Welt wird in der veröffentlichten Meinung in aller Regel isoliert beschrieben und kommentiert, obwohl sie sich überregional auswirken. Die westliche Welt akzeptiert nur dann Ursachenanalysen, wenn die Interessen Russlands oder Chinas thematisiert werden. Dies gilt für die Medien ebenso wie für Politik und Denkfabriken, die der Außenpolitik des »Westens«⁴⁰ und seiner Führungsmacht grundsätzlich primär altruistische Motive zubilligen. Im Folgenden wird dargelegt, dass dem Aufstieg der USA zum bislang mächtigsten Imperium der Geschichte eine über hundertjährige globale geopolitische Konzeption zugrunde liegt. Diese Konzeption hat vergangene und aktuelle Konflikte ausgelöst und stößt nunmehr mit dem Aufstieg neuer Rivalen an ihre Grenzen.

Kein noch so mächtiges Imperium kann seine Herrschaft dauerhaft sichern. Für diese Tatsache hält die Geschichte eine Fülle von Beispielen bereit. Angesichts dieser Lehre dürfte man aktuell erwarten, dass sich zumindest die zurzeit führenden Politiker, Intellektuellen und die sie begleitenden Medien über diese Zusammenhänge im Klaren sind. Die herrschende Klasse des Vereinigten Königreichs musste sich spätestens seit dem Suez-Desaster von 1956⁴¹ mit dem Verlust des britischen Empires arrangieren, gleichwohl leidet sie noch heute an Phantomschmerzen

dieses Zusammenbruchs. Dies könnte eine Erklärung dafür sein, warum die führenden Politiker in Großbritannien den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy bei seinem Kriegsverbrechen 2011⁴², dem Überfall auf Libyen, unterstützten oder ihren »Brexit« hartnäckig verteidigen.

In der Lage des ehemaligen britischen Empire befinden sich die USA noch nicht. Wenn Präsident Barack Obama 2014 in einer Rede an der Militärakademie West Point⁴³ die »unverzichtbare« und »außergewöhnliche« Nation beschwört, ist dies kein Zeichen eines Realitätsverlusts, sondern eher der Versuch, die amerikanischen Wähler davon zu überzeugen, dass Amerikas globale Rolle noch lange nicht zu Ende ist. Den Eliten in Wirtschaft, Denkfabriken, in Geheimdiensten und der Politik ist durchaus klar, dass aufstrebende Mächte wie China und neue Bündnisstrukturen wie die »Shanghai Cooperation Organization (SCO)«⁴⁴ die Rolle des bislang unangefochtenen Hegemons gefährden. Gleichwohl scheint die politische Klasse der USA parteiübergreifend darauf zu bauen, dass sie das »American Empire«⁴⁵ vor dem Schicksal aller früheren Imperien bewahren kann. Der US-amerikanische Politologe Chalmers Johnson warnte bereits im Jahr 2000 vor den unweigerlichen Konsequenzen der von den USA angestrebten Hegemonie über den Rest der Welt, wurde aber nicht gehört.⁴⁶ Ganz im Gegenteil: Im selben Jahr veröffentlichte die neokonservative Arbeitsgruppe »Project for a New American Century« des American Enterprise Institute nach gut dreijähriger Arbeit ein Papier mit dem Titel »Rebuilding America's Defenses«.⁴⁷ Zwar sahen die Autoren die hegemoniale Stellung der USA in der Welt durchaus gefährdet, besonders durch China. Doch glaubten sie, diese Gefahr durch eine überlegene Rüstungs-, Stationierungs- und Bündnispolitik bannen zu können. Hier mag die Euphorie des Westens nachgewirkt haben, die

nach dem Ende der Blockkonfrontation das »Ende der Geschichte« sah.⁴⁸ Zu dieser optimistischen Sicht hat wohl auch der katastrophale Zustand der Russischen Föderation am Ende der Ära Boris Jelzin und dessen Unterwürfigkeit gegenüber den USA⁴⁹ in den 1990er-Jahren beigetragen.

Die Zuversicht, das »American Century«⁵⁰ bis weit in das 21. Jahrhundert verlängern zu können, hat 18 Jahre später an Verbissenheit zugenommen. Einige wichtige Veränderungen lassen sich nicht länger verleugnen: China wurde zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt und zum unverzichtbaren Lieferanten für die amerikanische Konsumwirtschaft. Seit 1980 konnte es seinen Anteil am Welt-BIP von 1,9 Prozent auf 18,7 Prozent erhöhen. Außerdem hat Putin Russland politisch, wirtschaftlich und militärisch stabilisiert und wieder zu einem wichtigen Faktor in der internationalen Diplomatie gemacht. Der aus dem Kalten Krieg resultierende westliche Schulterschluss gegen Russland bröckelt. In Europa wachsen Zentrifugalkräfte in Österreich, Tschechien, Spanien, Italien und Ungarn. Die Destabilisierung des Nahen Ostens⁵¹ ist ins Stocken geraten. Die Bestrebungen, den Dollar im Welthandel zu umgehen, nehmen zu.⁵² Inzwischen treibt die Militärplaner der USA sogar die Sorge um, technologisch von China abhängig zu werden.⁵³ China gründete die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank⁵⁴ als Gegengewicht zu IWF und Weltbank, die beide von den USA dominiert werden. Die Shanghai Cooperation Organization entwickelt sich zunehmend zu einem eurasischen Integrations- und Stabilitätsanker.⁵⁵ Angesichts dieser Entwicklungen schrillen in der politischen Klasse der USA die Alarmglocken. Der Hegemon stemmt sich mit allen Mitteln gegen seinen drohenden Bedeutungsverlust,

Die Vereinigten Staaten von Amerika begraben die Monroe-Doktrin⁵⁶

Der Weg vom Nationalstaat zum Imperium dauerte etwas mehr als ein Jahrhundert. In dieser Zeit entstand ein Welthegeemon, der nach seinem eigenen Selbstverständnis »mit dem Herzen, seinem Segen und seinen Gebeten dort ist, wo immer sich Freiheit und Unabhängigkeit ausbreiten. Er wird in der Welt jedoch nicht auf die Suche nach Unholden gehen, um sie zu vernichten.«⁵⁷ Das genaue Gegenteil wurde jedoch Realität: Im 19. Jahrhundert hatten die USA den gesamten nordamerikanischen Kontinent zwischen Kanada, dem Golf von Mexiko und dem Pazifischen und Atlantischen Ozean erobert. Zu Beginn der 1890er-Jahre setzte eine Debatte ein, die über das eigene Territorium hinaus zielte und die Intellektuelle und Politiker mit unterschiedlichen Begründungen und Zielen begeistert aufnahmen und beförderten, beispielsweise der Historiker Frederick Jackson Turner⁵⁸, der Marineoffizier Alfred Thayer Mahan⁵⁹ und Senator Henry Cabot Lodge.⁶⁰ Lüftet man den Schleier des Enthusiasmus, den auch die Idee der »Manifest Destiny«⁶¹ beförderte, bleibt – ebenso wie heute in der amerikanischen Außenpolitik – ein schlichtes strategisch-ökonomisches Motiv übrig. Denn gegen Ende des 19. Jahrhunderts war der heimische Markt für die US-Wirtschaft zu klein geworden und sie hatten ein Absatz- und Auslastungsproblem. Also mussten neue Märkte erschlossen werden, die die Produktionsüberschüsse aufnehmen konnten und noch nicht von anderen Staaten kontrolliert wurden. Schwache Konkurrenten oder solche, die sich im Niedergang befanden, stellten jedoch kein Hindernis dar. So erging es Spanien 1898. Die USA unterstützten die Unabhängigkeitsbewegungen Kubas und der Philippinen gegen die Kolonialmacht Spanien militärisch, beide mussten jedoch schnell erleben, dass sie lediglich den Kolonialherren gewechselt hatten. Im

Pariser Vertrag von 1898, der den spanisch-amerikanischen Krieg beendete, musste Spanien Puerto Rico, Guam und die Philippinen an die USA abtreten. Kuba blieb unter US-Besatzung und wurde 1902 durch das »Platt Amendment« Republik mit eingeschränkter Souveränität.⁶² Damit bei den europäischen Kolonialmächten und Japan keine Zweifel aufkamen, dass ihnen Konkurrenz auf der Weltbühne drohte, ließ Präsident Theodore Roosevelt die mächtige »Great White Fleet« vom 16. Dezember 1907 bis zum 22. Februar 1909 einmal um den Erdball fahren. Mit dieser Aktion wollte er den Anspruch der USA als künftige Seemacht unterstreichen.⁶³

Halford Mackinder: Seemacht gegen Landmacht

Zu dieser Zeit war das britische Empire die dominierende Seemacht. Diese Tatsache umschrieben Zeitgenossen mit den Worten: »das Reich, in dem die Sonne nie untergeht«. Seine Sorge, dass die Seemacht England sich allzu sicher fühle, brachte der in der anglo-amerikanischen akademischen Welt und in der Politik bestens vernetzte englische Geograph und Mitbegründer der London School of Economics (LSE), Halford Mackinder,⁶⁴ 1904 in seinem Vortrag⁶⁵ vor der Royal Geographic Society zum Ausdruck. Vielmehr gelte es, die riesige eurasische Landmasse in den Mittelpunkt der britischen Globalstrategie zu stellen. Sonst bestehe die Gefahr, dass von dort aus eine wirtschaftlich und technologisch potente kontinentale Landmacht die Hegemonie der Seemacht England bedrohen könne. Dies gelte es zu verhindern, indem England Osteuropa politisch beherrsche und damit das »Herzland« kontrolliere.

Seine These fasste Mackinder in seinem 1919, rechtzeitig vor der Pariser Friedenskonferenz⁶⁶ erschienenen Buch »Democratic Ideals and Reality«⁶⁷ verdichtet so zusammen:

*»Who rules Eastern Europe commands the Heartland.
Who rules the Heartland commands the World Island.
Who rules the World Island commands the World.«*

Wenn deutsche Akademiker und Politiker Mackinders Herzlandtheorie debattieren, sehen oder begreifen sie häufig nicht, welche Auswirkungen diese auf die reale Politik zunächst Englands und in der Folge der USA hatte und bis zum heutigen Tag hat. Eine rühmliche Ausnahme ist der Historiker Hans-Christof Kraus, der an der Universität Passau lehrt. Sein Beitrag zu Syrien »Und ihr denkt, es geht um einen Diktator« erschien am 24. Juli 2012 in der *FAZ*. Der Untertitel lautet: »Die Reaktionen auf den Syrien-Konflikt offenbaren die geopolitische Ahnungslosigkeit mancher deutscher Kommentatoren: Zehn Minuten Nachhilfe aus gegebenem Anlass können nicht schaden.«⁶⁸ Noch heute gilt: Diese Nachhilfe kann auch unseren Politikern, Militärs und Politologen nicht schaden. Zumal Kraus erwähnt, dass der aus Holland stammende Geopolitiker Nicholas Spykman Mackinders Lehre vom Herzland weiterentwickelt und ergänzt hat, indem er auf die strategische Bedeutung der »Rimlands«, d. h. die Länder an der Randzone des Herzlandes hinwies.

Zwei Akademiker als einflussreiche Politikberater

Mackinders Einfluss auf die englische Politik zeigt sich an zwei wichtigen Positionen. In Paris gehörte er als Berater zur englischen Delegation und 1920 war er als Präsident der LSE mit der »Round Table Group« Alfred Milners verbunden, die die Gründung der einflussreichen Denkfabrik mit dem heutigen Namen »Royal Institute on Foreign Relations (Chatham House)«⁶⁹ maßgeblich beeinflusste.⁷⁰ Die ursprüngliche Absicht, ein gemeinsames anglo-

amerikanisches Institut zu gründen, war während der Pariser Friedenskonferenz Gegenstand von Gesprächen zwischen dem engsten Berater Präsident Wilsons, Edward House, und britischen Delegierten. Letztlich entstanden mit der Gründung des »Council on Foreign Relations«⁷¹ zwei formal getrennte Einrichtungen, allerdings seit dem gemeinsamen Jahr der Protagonisten in Paris mit einem quasi symbiotischen Verhältnis im personellen Bereich. Dass sich Mackinder und der amerikanische Geograph Isaiah Bowman⁷² kannten, darf als gesichert gelten, da beide für ihre Delegationen in Paris beratend tätig waren. Ebenso darf als gesichert angesehen werden, dass Bowman Mackinders Heartlandtheorie schon zuvor kannte, denn er wurde 1915 zum Direktor der »American Geographical Society« ernannt und war bald ein führendes Mitglied von »The Inquiry«,⁷³ dem Vorläufer des Council on Foreign Relations (CFR) und der ersten wichtigen Denkfabrik für die internationalen Beziehungen der USA.⁷⁴ »Inquiry« entwickelte das Konzept, wirtschaftliche Expansion und globales geographisches Denken miteinander zu verbinden, das zum Ausgangspunkt für das »Amerikanische Jahrhundert« wurde. Dieses Konzept entsprach allerdings nicht der Art, wie die Europäer über ihre Kolonien herrschten, sondern nunmehr würden die Kräfte des Marktes selbst für eine globale Perspektive sorgen.⁷⁵

Bowman setzte sich bereits Anfang 1917 für den Kriegseintritt der USA zugunsten der Entente ein.⁷⁶ Zu diesem Zeitpunkt drohte Großbritannien durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg Deutschlands – als Vergeltung für die britische Blockade des europäischen Festlandes – die Niederlage. Ein Sieg Deutschlands hätte sich auf die USA negativ ausgewirkt: einerseits die Inquiry-Konzepte einer globalen ökonomischen Dominanz der US-Wirtschaft empfindlich gestört, andererseits die Empfehlungen Mackinders

bezüglich der Kontrolle des Herzlandes.⁷⁷ Neben diesen geopolitischen Gründen drohte der Entente der Verlust der Dollarkredite für ihre Rüstungskäufe in den USA. Diese beliefen sich damals auf die gigantische Summe von 28 Milliarden Dollar, was den Druck der Wall-Street-Banken auf Präsident Wilson sicherlich erhöhte. Am 6. April 1917 erklärte Präsident Wilson Deutschland den Krieg und legte damit den Grundstein für die künftige Rolle der USA als Weltmacht.

Roosevelts Liberal Internationalism:⁷⁸ Wegbereiter der Globalisierung

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen bezeichnen Historiker und Politikwissenschaftler gern als amerikanischen Isolationismus, u. a. deswegen, weil die USA nicht Mitglied des Völkerbundes waren. Dabei wird jedoch übersehen, dass sich Amerika nicht der Verpflichtung nach Artikel 10 der Völkerbundesakte unterwerfen wollte, die politische Unabhängigkeit jedes Mitglieds zu verteidigen, sondern eine »Außenpolitik der freien Hand« anstrebte. Zum anderen wollte die amerikanische Außenpolitik im Gegensatz zu bisherigen Gepflogenheiten von Großmächten »im Zeichen des Internationalismus und der (ökonomischen und finanziellen, Anm. d. Verf.) Interdependenz, der gegenseitigen Verflechtung aller Länder und Lebensbereiche, sämtliche Grenzen öffnen, den Welthandel liberalisieren, und die Verfassungen aller Staaten und Gesellschaften und Länder demokratisieren ...«⁷⁹, also das ursprüngliche Konzept der »Open-Door-Politik« gegenüber China weiter entwickeln.⁸⁰ Der US-amerikanische Ökonom Michael Hudson weist in seinem Buch »Finanzimperialismus« darüber hinaus auf die beherrschende Rolle hin, die die US-Regierung aufgrund ihrer Kontrolle des Schuldengflechts gegenüber der Entente in

Verbindung mit den deutschen Reparationen erlangte, so dass sie zum größten Gläubiger der Welt aufstiegen.⁸¹

Der schottische Geograph und Anthropologe Neil Smith hat in seinem Buch »American Empire: Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization« die Bedeutung von Isaiah Bowman als einem der einflussreichsten Berater Franklin D. Roosevelts wiederentdeckt.⁸² Wie sehr sich Bowman Mackinders Konzept zu eigen gemacht hatte, geht aus einem Brief kurz nach Beginn des Zweiten Weltkrieges hervor, den er dem Mitbegründer von Chatham House, Lionel Curtis, Chef des Balliol-College an der Universität Oxford, einen Freund aus Pariser Tagen, schrieb. Er mahnt angesichts der geopolitischen Auswirkungen des Hitler-Stalin-Paktes, dass »Deutschland und Russland um jeden Preis gegeneinander ausgespielt und eine Kette von Pufferstaaten zwischen ihnen errichtet werden müsste«.⁸³ Das ist eine 100-prozentige Bestätigung von Hans-Christof Kraus, der in seinem »FAZ-Nachhilfebeitrag« zu Syrien schreibt: »... der unerbittliche, bis zum Ziel der bedingungslosen Kapitulation geführte Kampf Amerikas und Großbritanniens gegen die beiden das Herzland von Westen und Osten bedrohenden Achsenmächte Deutschland und Japan ist nur vor dem Hintergrund dieser geopolitischen Konzeption zu verstehen: Der Albtraum einer von Deutschland und Japan gemeinsam oder schlimmstenfalls sogar von Deutschland allein kontrollierten ›pivot area« im Herzen Eurasiens musste mit allen Mitteln verhindert werden. Hierin bestand das erste und wichtigste Kriegsziel Roosevelts und Churchills, dem alles andere untergeordnet wurde.«

Um dieses Ziel sicherzustellen, richtete der CFR 1939, also fast zwei Jahre vor dem US-Kriegseintritt, eine Arbeitsgruppe mit dem Namen »War and Peace Studies« ein. Diese beschäftigte sich neben militärischen vor allem mit Fragen der globalen Nachkriegsordnung

sowie mit Blaupausen für die Konferenz von Bretton Woods und die Sicherheitsarchitektur nach Kriegsende.⁸⁴ Bowman bekleidete hierbei eine führende Rolle.

Dass diese in ihrem Kern über 100 Jahre alte Konzeption der »pivot area« seit dem Ersten Weltkrieg zur geopolitischen Konstante im anglo-amerikanischen strategischen Denken wurde, zeigt die Entwicklung der internationalen Beziehungen in Eurasien nach dem Zweiten Weltkrieg. Die von den USA massiv beförderte⁸⁵ europäische Einigung diente neben den ökonomischen Motiven⁸⁶ vor allem der Stabilisierung der durch den Krieg unter US-Einfluss geratenen eurasischen Gegenküste. Insbesondere mit der Gründung der NATO sicherten sich die USA ihre Machtprojektion in Richtung des eurasischen Herzlandes und verstärkten diese durch über 1000 Militärbasen, die sich wie ein Ring um den »Dreh- und Angelpunkt« der Geschichte, Mackinders »pivot area«, legen.⁸⁷ Im Jahr 1998 forderte Zbigniew Brzezinski in seinem Buch »The Grand Chessboard«, keine Mächtekonstellationen zuzulassen, die die US-Vorherrschaft auf dem eurasischen Kontinent herausfordern könnten.⁸⁸

»Aber bis es soweit ist, lautet das Gebot, keinen eurasischen Herausforderer aufkommen zu lassen, der den eurasischen Kontinent unter seine Herrschaft bringen und damit auch für Amerika eine Bedrohung darstellen könnte. Ziel dieses Buches ist es deshalb, im Hinblick auf Eurasien eine umfassende und in sich geschlossene Geostrategie zu entwerfen.«⁸⁹

Vom 28. bis zum 30. April 2000 veranstaltete das US-Außenministerium für hochrangige osteuropäische Politiker eine Konferenz in Bratislava mit dem Ziel, den Teilnehmern die Pläne der USA für die Gestaltung des Balkans und die Erweiterung der NATO nach Osten vorzustellen. Mit der Durchführung des Kongresses

wurde die republikanische Denkfabrik »American Enterprise Institute« beauftragt, deren Arbeitsgruppe »Project for a New American Century« kurz danach, im September des Jahres, das erwähnte Strategiepapier »Rebuilding America's Defenses« herausgeben sollte. Einer der Kernpunkte lautete, zwischen Russland und Westeuropa einen Riegel aus Pufferstaaten zu legen. Willy Wimmer war in seiner damaligen Funktion als Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE eingeladen. Die vorgetragenen Hauptthesen hat er Bundeskanzler Schröder in einem Brief übermittelt. Diesen Brief hat Wimmer inzwischen öffentlich gemacht.⁹⁰ Fünfzehn Jahre später erläutert der damalige Direktor des privaten, jedoch engstens mit den offiziellen Diensten der USA verbundenen Informationsdienstes STRATFOR, George Friedman, in einer Veranstaltung des »Chicago Council on Global Affairs« die langfristigen Grundzüge der US-Außenpolitik:⁹¹ Zu diesen gehöre seit hundert Jahren, ein Bündnis zwischen Russland und Deutschland zu verhindern. Wie man sich dies in der Gegenwart vorzustellen habe, veranschaulichte er graphisch auf einer Folie. Damit bestätigte er Willy Wimmers im Brief erwähnte Aussagen über das Konzept der Pufferstaaten: Es soll ein Riegel vom Baltikum über die Ukraine bis zur Türkei entstehen.

Dem italoamerikanischen Wirtschafts- und Politikwissenschaftler Guido Giacomo Preparata ist folglich zuzustimmen, wenn er schreibt: »Noch nach einhundert Jahren erklärt dieses sehr einfache Modell (die Heartlandtheorie, Anm. d. Verf.) den imperialen Ausbau des anglo-amerikanischen Commonwealth perfekt. Es bietet den bleibenden Beweis, dass die Hauptzerstörer des Weltfriedens jene Seemächte sind, die unbeirrbar an der monomanischen Strategie festhalten, die eurasische Landmasse aufzusplittern ... Das ist der Grund, weshalb es so dringend geboten ist, die Existenz dieser

Strategie im allgemeinen Bewusstsein der Öffentlichkeit fest zu verankern, um dadurch eine intelligente Friedensbewegung zu stärken.«⁹²

Vom größten Gläubiger zum größten Schuldner der Welt

Dieser Rückblick über mehr als hundert Jahre anglo-amerikanisch geprägter Weltgeschichte war nötig, um zu verstehen, dass die derzeitigen Konflikte im Nahen und Fernen Osten, in Afrika und in Europa (Ukraine, Baltikum) nicht isoliert voneinander betrachtet werden dürfen. Nur dieser Exkurs macht verständlich, warum das in Rekordtempo aufstrebende China und die unter russischer und chinesischer Ägide angestrebte eurasische Vereinigung dem Tandem aus USA und Großbritannien so bedrohlich erscheint. Wer gewohnt ist, über Jahrzehnte die wesentlichen Dinge in der Welt federführend zu bestimmen und notfalls die eigenen Vorstellungen militärisch durchzusetzen, akzeptiert nicht, wenn ihm plötzlich Grenzen aufgezeigt werden. Hinzu kommt, dass die USA innerhalb weniger Jahrzehnte ihre Stellung am Ende des Zweiten Weltkrieges als die weltweit führende, überlegene Wirtschafts- und Technologiemacht und als der größte Gläubiger der Welt verspielt haben. Die Voraussetzungen, eine friedliche und prosperierende Welt mitzugestalten, hätten 1945 nicht besser sein können. Sie wären allerdings noch besser gewesen, wenn nicht eine Intrige der Wall-Street-Fraktion der Demokraten 1944 die erneute Nominierung des US-Vizepräsidenten Henry A. Wallace verhindert hätte.⁹³ Denn Wallace hätte als Nachfolger Roosevelts gegenüber der Sowjetunion eine völlig andere Nachkriegspolitik verfolgt als Truman.

In der Konferenz von Bretton Woods im Juli 1944⁹⁴ setzten die USA den US-Dollar als Weltleit- und Handelswährung durch und banden ihn fest an das Gold. Der Internationale Währungsfond (IWF)

und die Weltbank wurden gegründet, um das internationale Finanzsystem zu stabilisieren und den Welthandel wieder in Gang zu bringen. Die USA dominierten und dominieren noch heute beide Institutionen. Überdies verpflichteten sich die USA, jedem Staat die im Handel verdienten Dollars zum festgelegten Wert in Gold zu erstatten. Diese Vereinbarung wurde als der »Gold-Dollar-Standard« bezeichnet. Gegen Ende der 1960er-Jahre war es den USA nicht mehr möglich, dieses Versprechen einzulösen. Durch die Politik der USA hatten die weltweiten Dollarbestände eine Größenordnung erreicht, für die die US-Goldbestände nicht mehr ausreichten. Dazu beigetragen hatten der Vietnamkrieg, eine inflatorische Politik und der Ausbau weltweiter Militärstützpunkte. Folglich kündigte Richard Nixon das Abkommen von Bretton Woods einseitig auf. Die größte Sorge der USA, besser: deren Finanzoligarchie, war, die Attraktivität des Dollars in der Welt aufrechterhalten zu können. Der unter Henry Kissinger im Jahr 1973 herbeigeführte Jom-Kippur-Krieg ermöglichte die Kopplung des Dollars an das Öl und eine horrende Erhöhung des Ölpreises. Die Auswirkungen für die Entwicklungsländer, aber auch für die produzierende Wirtschaft in den USA, waren verheerend. Die Verschuldung der Entwicklungsländer beim IWF und den großen privaten Geldgebern erreichte astronomische Höhen. Die Einzelheiten dazu beschreiben Frederick William Engdahl in seinem Buch »The Century of War. Anglo-American Oil Politics and the New World Order«⁹⁵ und der ägyptische Präsident Anwar el-Sadat in seinen Memoiren.

Der Beginn der schleichenden De-Industrialisierung der USA aufgrund der Interessen der Finanzwelt wurde unter dem Chef der Federal Reserve Bank Paul Volcker fortgesetzt. Denn gegen Ende der 1970er-Jahre geriet der Dollar massiv unter Druck und eine Kapitalflucht aus Amerika setzte ein. Um seine Position wieder zu

festigen, erhöhte Volcker unter dem Vorwand der Inflationsbekämpfung den Leitzins der FED innerhalb weniger Monate um 300 Prozent. Indem er den Leitzins auf 20 Prozent setzte, verstärkte Volcker die ohnehin aus Gründen des »Shareholder-Value-Prinzips« bereits bestehende Tendenz, die Produktion ins Ausland zu verlagern, vorwiegend nach Mexiko und nach Asien. Der damalige Vorstandschef von Chrysler, Lee Iacocca, warnte vor Volckers »strong dollar«-Politik, von der die US-Rüstungsindustrie profitierte: »Wenn wir nicht aufpassen, sind wir eines Tages bis an die Zähne bewaffnet und haben nichts mehr zu verteidigen als Drive-in-Banken, Video-Spielhallen und McDonald's-Stände.« Damit bewies Iacocca eine bemerkenswerte Weitsicht, wenn man die heutige US-Wirtschaft sieht. Sie ist zu 70 Prozent eine Konsumwirtschaft und basiert weitgehend auf Schulden. Der US-amerikanische Buchautor William Greider hat diese entscheidende Phase der amerikanischen Finanz- und Wirtschaftspolitik in seinem Buch »Secrets of the Temple« eingehend beleuchtet.⁹⁶ Die De-Industrialisierung der USA und die Verlagerung der Produktion nach China liefen parallel mit der Öffnung der chinesischen Wirtschaft für die Marktwirtschaft unter Deng Xiaoping.⁹⁷ Dies ermöglichte den rasanten Aufstieg Chinas zur heute zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt. Der britische Historiker Niall Ferguson erfand für das US-China-Verhältnis die treffende Vokabel »Chimerica«.⁹⁸ Kurz gesagt, China produziert für den US-Markt alle Waren, die dort nicht mehr hergestellt werden, und legt die verdienten Dollars in amerikanischen Schuldverschreibungen als Devisen an. Als inzwischen größter Gläubiger der USA ist China der Mitfinanzier des riesigen Gesamtdefizits der USA von über 20 Billionen Dollar. Damit finanziert China zugleich die aggressive US-Außenpolitik, die sich

auch gegen das eigene Land richtet. Das Handelsbilanzdefizit der USA gegenüber China liegt jährlich über 300 Milliarden Dollar.⁹⁹

Bereits 2008 warnte der Vorsitzende des Council on Foreign Relations, Richard Haass, in einem Memorandum an Präsident Obama: »Wir benötigen täglich 2 Milliarden Dollar, nur um uns über Wasser halten zu können«¹⁰⁰. Welch ein Abstieg vom größten Gläubiger zum größten Schuldner der Welt! Allerdings funktioniert dieser geschilderte Kreislauf nur, solange die Masse der Güter im Welthandel in US-Dollar fakturiert wird. Dies akzeptieren bereits jetzt etliche Länder nicht mehr. Diese Tendenz wird weiter zunehmen, wenn die USA ihre widerrechtliche extraterritoriale Jurisdiktion¹⁰¹ über das Instrument der Sanktionen nicht einstellen.

Mittelfristig dürfte auch China daran arbeiten, diesen einzig für den Inhaber der Leitwährung bestehenden Vorteil Stück für Stück zu beseitigen. Dies umso mehr, als abzusehen ist, dass die asiatische Großmacht in nicht allzu ferner Zukunft in der Welt die wirtschaftliche Nummer 1 sein wird. Der Ökonom Andre Gunder Frank, Sohn des Schriftstellers Leonhard Frank, prognostizierte im Jahr 1998, der ökonomische Schwerpunkt der Welt kehre wieder dorthin zurück, wo er über viele Jahrhunderte gelegen hatte, bevor sich die Europäer mit dem geraubten Gold und Silber aus Lateinamerika in die Weltwirtschaft quasi einkauften.¹⁰²

EU muss sich entscheiden: Bestandmarkt USA oder Zukunftsmarkt Eurasien¹⁰³

Mit Beginn des Projektes »Neue Seidenstraße« (»Belt and Road Initiative«/BRI) werden die USA nun mit einer Herausforderung für ihren imperialen Weltherrschaftsanspruch konfrontiert, wie er nicht einmal zu Zeiten der Sowjetunion bestand. BRI ist das größte Entwicklungsprojekt der Geschichte. Die Pläne umfassen die

gesamte Mackinder'sche »Weltinsel« zu Lande und zur See, von Südchina bis West- und Nordeuropa, haben ganz Afrika im Blick und strahlen bis nach Lateinamerika aus.¹⁰⁴ Ökonomisch haben die USA diesem Projekt, von dem weite Teile unentwickelter Regionen profitieren können, nichts entgegenzusetzen. Da sie jedoch von ihrer »moralischen Gewissheit durchdrungen sind« und auch nicht davon abgehen, »das auserwählte Volk Gottes zu sein, bei dem Nationalbewusstsein und Sendungsbewusstsein unlöslich verschmolzen sind«¹⁰⁵, verlegen sie sich destruktiv darauf, die Entwicklung des Projektes mit allen, auch militärischen Mitteln, zu behindern oder sogar zu verhindern. Die chinesische Führung sollte nicht den Fehler begehen, gegenüber den ins Auge gefassten Partnern die Muskeln spielen zu lassen oder sie in eine dem IWF vergleichbare Abhängigkeit zu bringen.¹⁰⁶ Denn damit lieferte sie der amerikanischen Politik die Steilvorlagen, auf die diese wartet. An warnenden, wenn auch wohlwollenden Stimmen fehlt es nicht.¹⁰⁷ Vielleicht sollte sich Chinas Führung der klugen Worte Deng Xiaopings erinnern: Verberge deine Stärke, warte deine Zeit ab, übernimm nicht die Führung.¹⁰⁸

Beim ASEAN/Apec-Gipfel im Jahr 2018 nahm US-Vizepräsident Mike Pence die Gelegenheit wahr, den Gipfelteilnehmern die Gefahren an die Wand zu malen, die ihnen von China drohen. »Wir ertränken unsere Partner nicht in einem Meer aus Schulden. Wir bieten keine einschnürenden Gürtel und keine Einbahnstraße«, sagte Pence. Der Vizepräsident spielte damit auf den offiziellen Namen der chinesischen »Belt-and-Road-Initiative« an. Diese hat in Ländern wie Sri Lanka, Malaysia und den Malediven zu hohen Schulden geführt. »Akzeptieren Sie keine Auslandsschulden, die Ihre Souveränität gefährden könnten ... Die Vereinigten Staaten bieten

eine bessere Option ... Wir üben keinen Zwang aus und beeinträchtigen nicht ihre Unabhängigkeit.«¹⁰⁹

Dass Deutschland und die EU-Kommission ausgesprochen zurückhaltend auf die chinesische »Belt-and-Road Initiative« reagieren, obwohl Duisburg einer der Endbahnhöfe der Hochgeschwindigkeitsstrecke für Güter aus Südchina ist, liegt wohl an den transatlantischen Verstrickungen und Pressionen. Der Vorstandsvorsitzende der BMW-Foundation Herbert Quandt und von 2007 bis 2013 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Volksrepublik China, Michael Schaefer, hat jedoch dieser Zögerlichkeit in einer englischsprachigen Publikation der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) den Kampf angesagt.¹¹⁰ Mehr ist dazu eigentlich nicht zu sagen. Außer: Wer sich nicht an diesem gigantischen Projekt beteiligt, kann auch nicht mitreden und nicht mitgestalten. Wer sich dies entgehen lässt, versündigt sich an der kommenden Generation, denn der Zukunftsmarkt für die Volkswirtschaften der EU liegt mitten in Mackinders Herzland.

40. Hier verstanden als die sogenannte westliche Wertegemeinschaft, wie sie sich nach 1945 über gemeinsame Interessen gegenüber der Sowjetunion herausgebildet hat.

41. www.bpb.de; zuletzt aufgerufen (z.a.) 27.11.2018

42. Libya: Can Britain and France really run this conflict?: www.telegraph.co.uk; z.a. 27.11.2018

43. »I believe in American Exceptionalism with every fiber of my being«: www.realclearpolitics.com; z.a. 24.11.2018

44. www.sectesco.org; z.a. 24.11.2018

45. Vgl. Neil Smiths Studie »American Empire. Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization«: <https://www.ucpress.edu/book/9780520243385/american-empire>; z.a. 24.11.2018

46. en.wikipedia.org; z.a. 24.11.2018

47. <http://www.informationclearinghouse.info/pdf/RebuildingAmericasDefenses.pdf>; z.a. 24.11.2018
48. Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man: www.publishersweekly.com; z.a. 24.11.2018
49. <https://clinton.presidentiallibraries.us/items/show/57569>; z.a. 24.11.2018
50. Henry Luce and 20th Century U.S. internationalism: history.state.gov; z.a. 24.11.2018
51. Wesley Clark: Seven countries in five years: www.youtube.com; z.a. 24.11.2018
52. www.zerohedge.com; z.a. 24.11.2018
53. Assessing and Strengthening the Manufacturing and Defense Industrial Base and Supply Chain Resiliency of the United States: media.defense.gov; z.a. 24.11.2018
54. www.zeit.de; z.a. 24.11.2018
55. <https://das-blaettchen.de/2015/08/der-doppelgipfel-33575.html>; z.a. 24.11.2018
56. www.wissen.de; z.a. 27.11.2018
57. John Quincy Adams, US-Präsident 1825–1829: quotationsbook.com; z.a. 24.11.2018
58. en.wikipedia.org; z.a. 24.11.2018
59. The Influence of Seapower on History. www.globalsecurity.org; z.a. 24.11.2018
60. en.wikipedia.org; z.a. 24.11.2018
61. de.wikipedia.org; z.a. 24.11.2018. Siehe auch: Christina Halwachs, Manifest Destiny und die Indigenenpolitik der USA. Wien 2017
62. Vgl. Stephen Kinzer, »Putsch!«, Frankfurt am Main, 2007, S. 51–86: <http://de.granma.cu/cuba/2017-03-02/platt-amendment-das-protektorat-als-republik-verkleidet>; z.a. 24.11.2018
63. en.wikipedia.org; z.a. 24.11.2018
64. www.britannica.com; z.a. 24.11.2018
65. The Geographical Pivot of History: https://www.iwp.edu/docLib/20131016_MackinderTheGeographicalJournal.pdf; z.a. 24.11.2018
66. www.dhm.de; z.a. 24.11.2018
67. ia902705.us.archive.org; z.a. 24.11.2018
68. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/syrien-und-ihr-denkt-es-geht-um-einen-diktator-11830492.html>; z.a. 24.11.2018
69. The Round Table Movement and the Fall of the »Second« British Empire (1909–1919)

70. Vgl. Carroll Quigley, The Anglo-American Establishment: https://www.bibliotecapleyades.net/sociopolitica/esp_sociopol_cfr_10.htm; z.a. 24.11.2018; Deutsche Ausgabe: Ders., Das Anglo-Amerikanische Establishment. Die Geschichte einer geheimen Weltregierung. Rottenburg 2016
71. de.wikipedia.org; z.a. 24.11.2018
72. www.nasonline.org; z.a. 24.11.2018
73. en.wikipedia.org; z.a. 24.11.2018
74. Neil Smith, American Empire. Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization. Berkeley-Los Angeles-London 2004, S. 113 ff.
75. Ebd., S. 135
76. Ebd., S. 117
77. Vgl. Guido Giacomo Preparata, Wer Hitler mächtig machte, Basel 2010, S. 69
78. www.thenation.com; z.a. 27.11.2018
79. Dirk Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Frankfurt/M.–Berlin 1989, S. 65-92
80. en.wikipedia.org; z.a. 22.11.2018
81. Michael Hudson, Finanzimperialismus (Originalausgabe: Super Imperialism). Stuttgart 2017, S. 19-41
82. content.time.com,16641,19360323,00.html; z.a. 22.11.2018
83. Ebd., S. 420
84. archive.org; z.a. 24.11.2018
85. Euro-federalists financed by US spy chiefs: www.telegraph.co.uk; z.a. 24.11.2018
86. Vgl. Hannes Hofbauer, Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau, Wien 1992
87. <https://www.globalresearch.ca/the-worldwide-network-of-us-military-bases-2/5564>; z.a. 24.11.2018
88. <http://www.takeoverworld.info/grandchessboard.html>; z.a. 24.11.2018
89. Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft, 4. Aufl. Frankfurt 2001, S. 16; auch als PDF verfügbar unter: de.scribd.com; z.a. 24.11.2018
90. www.nachdenkseiten.de; z.a. 24.11.2018
91. www.youtube.com; z.a. 24.11.2018
92. Ebd., S. 385
93. http://www.mnemeion.studien-von-zeitfragen.net/PORTRA_1/portra_1.HTM; z.a. 24.11.2018

94. www.bpb.de; z.a. 24.11.2018
95. F. William Engdahl, A Century of War. Anglo-American Oil Politics and the New World Order. London 2004;
96. William Greider, Secrets of the Temple. How the Federal Reserve runs the Country. New York 1989, (Mit Temple ist die Fassade der FED gemeint)
97. www.bpb.de; z.a. 24.11.2018
98. https://rp-online.de/wirtschaft/wirtschaftskolumnen/die-oekonomin/chimerica-ohne-china-sind-die-usa-nichts_aid-20659163; z.a. 24.11.2018
99. de.statista.com; z.a. 24.11.2018
100. http://askaboutpolitics.blogspot.de/2008_11_01_archive.html; z.a. 24.11.2018
101. <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/07/27/us-sanktionen-die-willkuer-ersetzt-das-voelkerrecht/?nlid=6fdc3bdea2>; z.a. 24.11.2018
102. Andre Gunder Frank, ReOrient. Globalwirtschaft im Asiatischen Zeitalter. Wien 2016; Original: »ReOrient. Global Economy in the Asian Age«. Berkeley–Los Angeles–London 1998
103. www.youtube.com; z.a. 27.11.2018
104. www.business.hsbc.com; z.a. 24.11.2018
105. Egon Bahr, Verantwortungspartnerschaft mit Moskau und Washington, Rede zur Verleihung des Dr.-Friedrich-Joseph-Haass-Preises 2015 an Prof. Dr. Egon Bahr, Friedrich-Ebert-Stiftung 2015, S. 2.
106. www.perlentaucher.de
107. www.ipg-journal.de; z.a. 24.11.2018
108. www.aljazeera.com; z.a. 24.11.2018
109. FAZ vom 19.11.2018, »Zwei Männer teilen den Pazifik«, S. 5 und »Chinas Heimspiel endet im Debakel«, S. 15
110. berlinpolicyjournal.com; z.a. 27.11.2018

Europäische Union: dem Kapital ergeben, der Demokratie abhold

Hannes Hofbauer

Mehr als viele wahr haben wollen, folgt das Projekt der Europäischen Union Vorstellungen eines deutschen Großraumes, die schon in der Vergangenheit viel Unheil angerichtet haben. Die aktuelle Struktur des EU-Projektes missachtet grundlegende demokratische Prinzipien wie die Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive, indem sich nationale Exekutiven ohne entsprechende Legitimität auf EU-Ebene zur Legislative ermächtigen. Zudem bietet die Parallelität von ökonomischer Konvergenz und sozialer Divergenz gerade den mächtigsten Kapitalgruppen ideale Voraussetzungen, auf Basis extrem ungleicher nationaler Arbeits- und Sozialregeln sowie Lohnhöhen im wirtschaftlich harmonisierten Großraum Profite einzufahren.

Landläufig betrachtet wurzelt die Europäische Union im deutsch-französischen Kohlepakt, der als »Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)« im Sommer 1952 in Kraft trat. Diese vom damaligen französischen Außenminister Robert Schumann angestoßene Montanunion, der bald darauf Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande beitraten, schlug unmittelbar im Anschluss an die vier Jahre des Marshall-Planes die Eckpfeiler für eine wirtschaftsliberale Politik in Westeuropa ein. Verboten wurden Ein- und Ausfuhrzölle, mengenmäßige Beschränkungen des Warenverkehrs sowie staatliche Subventionen und Beihilfen. Dem Kapital öffneten sich Tür und Tor, vorerst freilich beschränkt auf die wichtigen Sektoren Bergbau und Metallindustrie und die spätere Kernzone der Europäischen Union.

Die Idee zum Aufbau eines großen europäischen Wirtschaftsraumes, der den stärksten Kapitalgruppen optimale Verwertungsbedingungen garantiert, ist indes älter als der deutsch-französische Kohlepakt. Bereits mitten im Ersten Weltkrieg entwickelte der Politiker Friedrich Naumann, Mitglied des deutschen Reichsrates, Großraumpläne für den europäischen Zentralraum. Sein Plädoyer für eine deutsch geführte Wirtschaftsgemeinschaft erschien 1915 unter dem programmatischen Titel »Mitteleuropa«.¹¹¹ Das eben erst in Gang gekommene Völkerschlachten schien ihm die beste Gelegenheit für visionäre Nachkriegsvisionen. In Abgrenzung zu den damaligen Kriegsgegnern forderte Naumann einen mitteleuropäischen Zusammenschluss vom Rhein bis an die russische Grenze. Er schrieb: »Mitteleuropa wird im Kern deutsch sein, (...) muss aber vom ersten Tag an Nachgiebigkeit und Biagsamkeit gegenüber allen mitbeteiligten Nachbarsprachen zeigen, weil nur so die große Harmonie emporwachsen kann, die für einen allseitig umkämpften und umdrängten Großstaat nötig ist.«¹¹² Die von Naumann imaginierten führenden Teilnehmer an diesem Projekt, das wilhelminische Preußen und das habsburgische Österreich-Ungarn, gingen kurz darauf unter. Doch bis zur nächsten europäischen Großraumidee dauerte es keine zwei Jahrzehnte. Und wieder ging diese Idee von Berlin aus.

Auch wenn das heutzutage niemand hören will: Die Idee des deutschen Vormarsches unter nationalsozialistischer Flagge war eine europäische. Einblick in die Ausgestaltung des damaligen Europagedankens gibt eine Denkschrift des Industriellen und Leiters der Abteilung Außenhandel im Außenpolitischen Amt der NSDAP, Werner Daitz, die er anlässlich der Eröffnung der »Zentralstelle für europäische Großraumwirtschaft« im Jahr 1936 veröffentlichte.

Darin schrieb Daitz: »Europa den Europäern! (...) Deutschland, in der Mitte des europäischen Kontinents gelegen, ist an erster Stelle verpflichtet, die Aufgabe der Errichtung einer kontinentaleuropäischen Großraumwirtschaft nicht nur zu verkünden, sondern auch handelspolitisch-praktisch zu betätigen. Deutschland ist in dieser Hinsicht verantwortlich für Europa.«¹¹³

Der Überfall auf Polen im September 1939 änderte an der Europastrategie des deutschen Kapitals nichts. Figuren wie Werner Daitz, seit 1931 auch Mitglied der NSDAP-Reichsleitung, gaben die Richtung vor: »Wenn wir den europäischen Kontinent wirtschaftlich führen wollen, wie dies aus Gründen der wirtschaftlichen Stärke des europäischen Kontinents als Kernraum der weißen Rasse unbedingt erforderlich ist und eintreten wird, so dürfen wir aus verständlichen Gründen diese nicht als eine deutsche Großraumwirtschaft öffentlich deklarieren. Wir müssen grundsätzlich immer von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst ...«¹¹⁴

Nach zwei verlustreichen Kriegsjahren an der Ostfront hörte sich die möglicherweise bereits unter dem Eindruck einer drohenden Niederlage entworfene Europaidee im Auswärtigen Amt der NSDAP am 9. September 1943 dann folgendermaßen an: »Die Einigung Europas, die sich in der Geschichte bereits seit längerem abzeichnet«, heißt es da angesichts der Millionen von Kriegsoptionen in zynischer und dennoch in die Zukunft weisende Art, »ist eine zwangsläufige Entwicklung. (...) Europa ist zu klein geworden für sich befehlende und sich gegenseitig absperrende Souveränitäten. (...) Der europäische Staatenbund muss die Gemeinschaft möglichst aller europäischen Staaten sein. (...) Es war ein schwerer politischer Fehlgriff, dass die Mächte, die nach Beendigung des ersten Weltkrieges die Verantwortung für die Ordnung Europas hatten, den Unterschied zwischen Siegern und Besiegten zu verewigen suchten.

Dieser Fehlgriff darf nicht wiederholt werden, vielmehr wird den besiegten Staaten in der neuen Gemeinschaft der europäischen Völker von Anfang an ein gleichberechtigter Platz einzuräumen sein, wenn sie bereit sind, an dem Aufbau des neuen Europa legal und positiv mitzuarbeiten. (...) Die Zeit der europäischen Binnenkriege muss beendet und der europäische Partikularismus überwunden werden.«¹¹⁵ Dem letzten Satz würde kaum jemand eine NS-Feder bescheinigen, und dennoch, er stammt aus einem nazideutschen Archiv.

Es gibt also, insbesondere bei der Durchsicht wirtschafts- und geopolitischer NS-Schriften, nicht nur den großen historischen Schnitt des Jahres 1945 mit dem Sieg der Alliierten über Hitler-Deutschland, wie er in der heute gängigen Geschichtsschreibung post factum als ausschließliche historische Interpretation verbreitet wird, sondern es existieren auch Kontinuitäten über die Niederlage der Wehrmacht hinaus. Entsprechende europapolitische Vorstellungen vor und nach 1945 belegen dies, ganz abgesehen davon, dass derlei Kontinuitäten auch personell nachgezeichnet werden können. Hermann Josef Abs, jahrzehntelanges Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank (seit 1938) steht idealtypisch für das Bild eines nach den Kapitalbedürfnissen ausgerichteten Europa. Auf einem Vortrag im Oktober 1940 entwickelt er seine Vorstellungen davon: »Heute bietet der europäische Raum unserer politischen Einflussphäre reiche und lohnende Möglichkeiten, um den Rahmen unserer Leistungsfähigkeit zu füllen. Die Aufgaben, die hier der Lösung harren, sind so groß, daß neben uns auch unsere hochentwickelten Nachbarländer ein weites Feld für ihre Kapitalausfuhr finden werden.«¹¹⁶ Abs war bis 1976 Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank, danach deren

Ehrenvorsitzender, er hatte stets das große Ganze im Blick – für die Deutsche Bank und das deutsche Kapital.

Die Europaidee wird imperial

Die Teilung Deutschlands und die Einbindung Westeuropas in die militärische transatlantische Allianz der US-geführten NATO und die wirtschaftliche Logik eines US-dominierten Weltmarktes besiegelten das Ende eines selbständigen europäischen Großraumprojektes; allerdings nur vorläufig. Im Vertrag von Rom 1957 mutierte die Montanunion der sechs Mitglieder zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die in der Folge den gemeinsamen Agrarmarkt (seit 1962) mit hohen Zöllen gegen die Erzeugnisse der »grünen Revolution« in Afrika, Lateinamerika und Asien abschottete. Dieser Protektionismus hatte einerseits zur Folge, dass den Ländern des Südens für ihre wichtigsten Produkte Absatzmärkte verschlossen bzw. erschwert wurden und andererseits, dass die Preise von landwirtschaftlichen Produkten in Westeuropa hoch blieben.

Gleichzeitig entstanden in den 1960er-Jahren im damals »Dritte Welt« genannten »Globalen Süden« Weltmarktfabriken und Freie Produktionszonen, in denen billige lokale Arbeitskräfte für den Weltmarkt produzierten. Die Mischung aus Schutzzoll für Agrargüter, Verlagerung ausgereifter Industrien an Billiglohnstandorte und erzwungenen Marktöffnungen für die europäische Exportwirtschaft mündete in ein System des ungleichen Tausches, in dem arme, strukturschwache Regionen zu vom Weltmarkt abhängigen Peripherien wurden.

EU-Osterweiterung

Im Mai 1993 war die Ratifizierung des Maastricht-Vertrages durch mittlerweile zwölf EG/EU-Mitglieder abgeschlossen. Der Vertrag veränderte den Charakter Europas, indem er aus einer Wirtschaftsgemeinschaft einen ökonomisch, währungs- und außenpolitisch einheitlichen Großraum formte, der freilich nicht so genannt wurde. Die neue Hauptstadt heißt nun Brüssel und das Gebilde »Europäische Union«.

Vorausgegangen war dieser Transformation der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe im Jahr 1991. Maastricht war also auch eine institutionelle Vorbereitung auf die wirtschaftliche und geopolitische Expansion Westeuropas, die in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre in Angriff genommen wurde. Im Namen der Markterweiterung galt es, politische Kompetenzen der einzelnen Mitgliedsstaaten zu beschneiden, damit etwaiger über Wahlen geäußerter Volkswille keinen allzu großen Schaden anrichten konnte. Als Triebkraft fungierte – wiederum – das deutsche Kapital mit seinem legendären Drang nach Osten. Dieser stand sowohl als Absatz- wie als Arbeitsmarkt weit offen und bot sich als Mittel zur Überwindung struktureller kapitalistischer Überproduktionskrisen an.

Die dortigen alten, kommunistischen Eliten hatten abgedankt, fügten sich in die neue Logik der Kapitalherrschaft administrativ ein oder wurden im Falle von Unbrauchbarkeit oder Widerstand erschossen wie Rumäniens Nicolae Ceaușescu 1989 bzw. weggesperrt wie Serbiens Slobodan Milošević 2001. Wer neue, postkommunistische souveränistische Töne anschlug und gegen den in Maastricht postulierten ungehinderten Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskraft nationale Akzente setzen wollte, wie Ion Iliescu in Rumänien (1990–1996) oder Vladimír Mečiar in der Slowakei (1990–1998), wurde EU-europäisch gemobbt

und durch willfährigeres Personal ersetzt. Auch innerhalb der Europäischen Union erfolgte mit Maastricht eine radikale Kompetenzverschiebung.

Der sogenannte EU-Rat, ein aus den nationalen Exekutiven zusammengesetzter Körper, sowie die von ihm bestimmte EU-Kommission übernahmen weitgehend die bisherigen Agenden der Nationalstaaten. Wirtschaft und Außenpolitik, Finanz- und Währungspolitik, das Agrarwesen, Verkehr sowie Forschungs- und Technologiepolitik sind seit Maastricht Unionsfragen. Im nationalen Rahmen verblieben die Sozialpolitik, Kultur und Sport sowie Justiz und Inneres; seit dem Vertrag von Lissabon (2007) gebietet Brüssel auch über die beiden letzteren bzw. werden diesbezügliche Gesetzgebungen im sogenannten »Mitentscheidungsverfahren« zur Regel, mit anderen Worten: Die EU-Kommission gibt die Regel vor und das EU-Parlament darf mitentscheiden. Zur unionsweiten Durchsetzung der Großraumidee wurde ein enges budgetäres Korsett geschnürt: die Maastricht-Kriterien. Diese folgen dem monetaristischen Austeritätsgedanken wirtschaftsliberaler Apologeten und engen den Spielraum nationaler Politik extrem ein. Fortin darf die zulässige nationale Inflationsrate nicht mehr als 1,5 Prozent über jener der drei Mitgliedsstaaten mit der niedrigsten Inflationsrate liegen, das jährliche Haushaltsdefizit 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht übersteigen und die Staatsverschuldung nicht über 60 Prozent des BIP liegen.

Beschlossen wurden die Maastricht-Kriterien – sowie alle nachfolgenden EU-Regeln – vom dafür demokratisch nicht legitimierten EU-Rat, der sich aus den Ministerpräsidenten der Mitgliedsstaaten zusammensetzt, mögen sie auch unter Bezeichnungen wie »Kanzler« oder »Premierminister« firmieren. Wie das lateinische Wort »minister« aussagt, »dienen« diese den

nationalen Parlamenten, also den jeweiligen gewählten Abgeordneten, die auch die Regierung bestellen. Auf EU-Ebene erheben sich diese »Diener« allerdings selbst von der nationalen Exekutive zur supranationalen Legislative, ein vollkommen undemokratischer Vorgang, der weiter unten im Zusammenhang mit dem Vertrag von Lissabon noch behandelt wird. Das Prinzip jeder bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, die Trennung von Legislative und Exekutive, ist auf EU-Ebene ausgehebelt.

Mit der Supranationalisierung der wirtschafts-, finanz- und währungspolitischen Angelegenheiten und dem gleichzeitig in nationaler Verantwortung verbliebenen Sozialbereich ist es der EU mit Maastricht gelungen, ökonomisch konvergent und sozial- sowie steuerpolitisch divergent zu agieren; das bedeutet, dass es zwar überall freie Fahrt für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskraft gibt, Sozialgesetze und Steuern jedoch kräftig divergieren können. Um Investitionen anzulocken, kann also von den einzelnen Nationalstaaten ein sozial- und steuerpolitischer Wettlauf nach unten stattfinden ... und genau dies geschieht. Brüssel ficht das nicht an, im Gegenteil: es wacht darüber.

Bezüglich ihrer Investitionen ist diese Schere optimal für EU-weit tätige Konzerne. Sie brauchen teure sozial- oder steuerpolitische nationale Regulierungen aufgrund des EU-weiten Konkurrenzkampfes um Unternehmensansiedlungen kaum zu fürchten und profitieren zugleich von den Unterschieden bei Löhnen, Arbeitsrechten und insbesondere auch Steuern. Und diese Unterschiede sind gewaltig. Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Maastricht-Vertrages Mitte der 1990er-Jahre war eine Industriearbeiterstunde in Bulgarien 20 Mal billiger als eine in Deutschland, ein Vierteljahrhundert später beträgt die Differenz immer noch 1:8. Damit lässt sich von Unternehmerseite vorzüglich

jonglieren, zumal den Nationalstaaten die Möglichkeit genommen wurde, politisch in Wirtschaftsfragen zu intervenieren. Nach drei Erweiterungsrounds in den Jahren 2004 (Slowenien, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Polen, die drei baltischen Republiken sowie Malta und Zypern), 2007 (Rumänien und Bulgarien) und 2013 (Kroatien) umfasst der EU-Großraum (ohne das Vereinigte Königreich) im Jahr 2019 3,9 Millionen Quadratkilometer und eine EinwohnerInnenzahl von 446,5 Millionen.

Brüssels totalitärer Anspruch

Auf dem Weg in Richtung Verfestigung suprastaatlicher Strukturen ließen sich die demokratisch dafür nicht legitimierten Organe der Europäischen Union auch von drei Referenden in Frankreich (2005 mit 55,7% Nein-Stimmen), den Niederlanden (2005 mit 61,5% Nein-Stimmen) und Irland (2008 mit 54,4% Nein-Stimmen) nicht abhalten. Volksmehrheiten gegen die Ausschaltung nationalstaatlicher Souveränität wurden übergangen und Ende 2009 statt des sogenannten Verfassungsvertrages ein nur kosmetisch veränderter Vertrag von Lissabon in Kraft gesetzt. Von der medial oft herbeigeredeten Demokratisierung ist allerdings nicht viel zu sehen. Im Gegenteil. Seit »Lissabon« gibt es die Ämter eines Präsidenten des EU-Rats und eines EU-Außenministers, die üblicherweise mit daheim verbrauchten PolitikerInnen besetzt werden und die sich keiner Volkswahl stellen müssen. Dem ebenfalls nicht gewählten EU-Rat verbleibt die alleinige Entscheidungsgewalt über außen- und militärpolitische Fragen, das alleinige Vorschlagsrecht für sämtliche Posten der EU-Kommission sowie die Hoheit über das EU-Budget, insbesondere die Einnahmen. Das EU-Parlament fungiert auch nach »Lissabon« als Anhängsel ohne eigenes parlamentarisches Initiativrecht. Die mit großem Tamtam

alle fünf Jahre gewählten EU-Volksvertreter müssen sich mit dem sogenannten Mitentscheidungsverfahren begnügen, wie die demokratische Ohnmacht im EU-Sprech umschrieben wird.

Die tatsächliche Macht geht von starken Kapitalgruppen aus, die mangels demokratischer Kontrolle leichtes Spiel mit der EU-Kommission haben. Auf dem Brüsseler EU-Gipfel vom 30. Januar 2012 beschlossen dann 25 von 27 Regierungschefs (London und Prag stimmten dagegen) ihre eigene nationale Entmachtung. Unter dem Kürzel Fiskalpakt wurde auf Drängen des Internationalen Währungsfonds ein Durchgriffsrecht Brüssels auf die einzelstaatlichen Haushalte und eine sogenannte Schuldenbremse beschlossen. Das anfangs nur für »Defizitsünder« gültige Verfahren wurde ein Jahr später unter der Bezeichnung »Two Pack« auf alle EU-Staaten ausgeweitet. Seither ist der Kernbestandteil eines jeden parlamentarisch verfassten Staates, die Budgethoheit, ausgehebelt und der Kontrolle der EU-Kommission unterworfen. Bis zum 15. Oktober müssen sämtliche EU-Staaten ihre Haushaltspläne für das jeweils kommende Jahr – Bittstellern gleich – nach Brüssel zur Kontrolle schicken und auf Genehmigung hoffen. Dem Fiskalpakt liegt somit die autoritäre Idee einer Notverordnung der EU-Herrscher zugrunde, die in gewählten nationalen Parlamenten potenzielle Gefährder ihres den Kapitalinteressen ergebenden Großraumprojektes sieht. Nationale sozial- und steuerpolitische Eingriffe, die Kapital und Vermögen teuer zu stehen kommen, konnten damit – entsprechend der engen Maastricht-Kriterien – auf ein Minimum beschränkt werden.

Sollte eine Regierung dennoch eine eigenständige nationale Politik versuchen, holen die Kommissare und ihre EU-affinen Medien die Populismus-Keule aus dem Köcher und überziehen die unwilligen Parlamente oder Regierungen, die den Brüsseler

Vorgaben nicht zu 100 Prozent folgen, mit dem zum Schimpfwort degenerierten lateinischen Vokabel für Volk: Populist. Wenn die Populismus-Keule nicht die gewünschte Schlagkraft erzielt, kommen juristische Verfahren und politische Drohungen zum Zug. Am Brüsseler Pranger drängen sich mittlerweile die Delinquenten.

Das Beispiel Italien

»Roms Budgetpläne alarmieren Brüssel und Börsen.«¹¹⁷ Mit Titeln wie diesem überschrieben Ende September 2018 meinungsbildende Medien ihre Beiträge über die Veröffentlichung des Haushaltsplans der italienischen Regierung. Die Frontstellung kann deutlicher nicht zum Ausdruck gebracht werden. Auf der einen Seite steht eine gewählte Regierung, ihr gegenüber eine vom EU-Rat ohne demokratische Legitimation bestimmte EU-Kommission und die Börsen, vulgo auch »Märkte« genannt. Zu verinnerlicht haben Mainstream-Journalisten die für sie alternativlose Brüsseler Herrschaft, als dass ihnen die eigentlich entlarvende Botschaft solcher Überschriften auffiele. Mit erstaunlichem Selbstverständnis steht die Journaille auf Seiten des autoritären Suprastaates und der Kapitalherrschaft gegen den »Populismus«, der im Falle Italiens Ende 2018 als »Koalition linker und rechter Populisten« umschrieben wird.

Die tatsächlich seltsame Koalition aus »Lega« und »Fünfsterne-Bewegung« legte also Ende September 2018 ihre erste in Zahlen gegossene Politik, den Budgetentwurf für 2019, vor. Die darin enthaltene Neuverschuldung wurde mit 2,4 % des BIP ausgewiesen, verblieb also innerhalb der Maastricht-Vorgaben. Weil aber die Staatsverschuldung mit 130 Prozent weit jenseits der von der EU erlaubten 60-Prozent-Marke lag, empörte sich der für die fiskalische Zwangsjacke zuständige EU-Kommissar Pierre Moscovici und

schnellten die Renditen für kurzfristige italienische Staatsanleihen in die Höhe. Brüssel erwartete einen Kniefall vor dem Kapital, also den »Märkten«, wie ihn Jahre zuvor die linke griechische Regierung gemacht hatte, nachdem sie vom Volk per Referendum mit dem Gegenteil beauftragt worden war.

Was erregte die Kommissions- und Börsengemüter dermaßen, dass sich Rom sogleich mit Drohungen konfrontiert sah? Der italienische Budgetentwurf für 2019 sah ein bedingungsloses Grundeinkommen für Arbeitslose über einen Zeitraum von maximal drei Jahren vor, eine Erhöhung der Mindestpensionen von 500 auf 780 Euro und eine ebensolche Anhebung der Sozialhilfe sowie für kinderreiche Familien die Verteilung von pachtfreiem, kostenlosem Ackerland inklusive Gewährung eines zinsfreien Darlehens auf 20 Jahre. Des Weiteren sollten Kleinbetriebe weniger Einkommenssteuer zahlen und ein staatliches Programm für öffentliche Investitionen vor allem in die Infrastruktur aufgelegt werden – kurz davor war am 14. August 2018 die privat betriebene Autobahnbrücke in Genua zusammengebrochen. Zusätzlich wollte die Links-Rechts-Regierung liberale Vorgänger-Gesetze, die von Sozialdemokraten beschlossen worden waren, rückgängig machen. Dazu gehörten die Streichung der Erhöhung des Pensionsalters, das von 65 auf 67 Jahre angehoben worden war, sowie das Aus für die 2019 geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer von 22 auf 24,2 Prozent.

Brüssel und die Börsen waren alarmiert. Warum? Weil mit Grundeinkommen ausgestattete Arbeitslose vielleicht demnächst nicht mehr so billig am Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen? Weil Kleinbetriebe gegenüber monopolistisch auftretenden Großkonzernen am Leben erhalten werden? Weil kinderreiche Familien ihre Subsistenzgrundlage verbessern könnten? Weil die

Idee, Infrastruktur wieder zu verstaatlichen oder Überlegungen Schule machen könnten, wie man Staatseinnahmen zu Lasten des Kapitals einbringen könnte, wenn mit der ständigen Erhöhung von Massensteuern wie der Mehrwertsteuer einmal Schluss ist? Ob solcher Aussichten sind Finanzmärkte und Kapital ihrem Interesse folgend zu Recht alarmiert; und die Empörung Brüssels zeigte, auf welcher Seite die EU-Bürokratie stand und steht.

Am 23. Oktober 2018 lehnte die EU-Kommission in einem bis dahin beispiellosen Vorgang den Budgetentwurf eines Mitgliedsstaates – Italiens – ab und gab Rom drei Wochen Zeit für »Nachbesserungen«, sprich: für die Streichung sozialer Maßnahmen. Weil die Koalition aus Lega und Fünfsterne-Bewegung trotz medialen Dauerfeuers standhielt und den Austeritätsbegehren aus Brüssel nicht nachgab, erhöhte die EU-Kommission den Druck. Am 21. November 2018 ebnete die EU-Kommission den Weg für ein sogenanntes Defizitverfahren gegen Italien. Kniefall oder Strafzahlung lautete die Botschaft, letztere war bis zu diesem Zeitpunkt noch an keinem EU-Mitgliedsland durchexerziert worden, rückte aber für Rom bei weiterer Weigerung, die neoliberalen Vorgaben zu exekutieren, in greifbare Nähe. Eine solche Strafzahlung kann bis zu 0,5 % des BIP ausmachen, was für Italien mit geschätzten 9 Milliarden Euro negativ zu Buche schlagen würde.¹¹⁸

Am 18. Dezember 2018 erfolgte dann der durch enormen Druck erwartbare Kniefall. Italiens Wirtschafts- und Finanzminister Giovanni Tria legte dem EU-Kommissar Moscovici einen überarbeiteten Budgetentwurf vor, dessen Neuverschuldung nun nicht mehr 2,4% der BIP, sondern nur mehr 2% vorsah. Damit stehen Rom 4 Milliarden Euro weniger zur Verfügung, um ein Grundeinkommen für Arbeitslose und eine Senkung des

Renteneintrittsalters zu finanzieren. Dass der Kniefall vergleichsweise weich ausfiel, dürfte die italienische Koalitionsregierung dem sozialen Aufruhr in Frankreich zu verdanken haben. Dort waren zur gleichen Zeit Zigtausende wütende BürgerInnen in gelben Westen auf die Straße gegangen und hatten Emmanuel Macrons harten Austeritätsskurs ins Wanken gebracht. Dieser Schock saß den Gralshütern des Liberalismus in Brüssel noch in den Knochen, als sie den neuen italienischen Haushaltsplan absegneten.

Das Beispiel Polen

Gänzlich anders gelagert ist der Konflikt zwischen Brüssel und Warschau um die Frage der Souveränität einer nationalen Justiz. Doch auch hier geht es letztlich um den Totalitätsanspruch Brüssels. Zwar verblieb die Rechtspflege nach »Maastricht«, anders als in der Wirtschafts-, Außen- und Militärpolitik, in nationaler Oberhoheit, aber nach »Lissabon« griff der Arm der EU-Kommission auch in der Justiz länger und begehrtlicher aus. Brüssel hat Warschau bereits zwei Klagen angehängt, um die von der rechten Regierung unter der Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) beschlossene Justizreform zu Fall zu bringen. In einem sogenannten Artikel-7-Verfahren soll eine »Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit« geprüft werden und ein Eilverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof soll das polnische Gesetz über die Herabsetzung des Pensionsalters für Höchstrichter von 70 auf 65 Jahre zu Fall bringen. Auf den ersten Blick sieht das so aus, als ob Brüssel prinzipiell gegen niedriges Pensionsalter ist, doch anders als im Fall Italien, wo die EU aus Kapitalüberlegungen längere Arbeitszeiten favorisiert, birgt der polnische Fall brisanten parteipolitischen Sprengstoff.

Die Ausgangslage ist eine machtpolitische. Die nationalkonservative PiS-Regierung sah sich seit ihrem Amtsantritt im November 2015 mit einem ihr feindlich gesinnten Justizpersonal, das aus Kommune-Zeiten (wie die kommunistische Phase in Polen oft genannt wird) und von liberalen Vorgängerkabinetten stammt, konfrontiert. Dieses loszuwerden, hat sie sich zur Aufgabe gemacht. Brüssel steht dagegen; nicht deshalb, weil die Kommissare personelle Änderungen ablehnen, sondern weil die PiS ihnen nicht genehme Personen in höchste Richterämter heben will.

Wenige Monate vor dem Wahlsieg der PiS vom 25. Oktober 2015 hatte nämlich die in Umfragen bereits weit zurückliegende liberale Bürgerplattform (PO) ein neues Gesetz über den Verfassungsgerichtshof beschlossen, obwohl der polnische Präsident Andrzej Duda appellierte, keine vorschnellen Änderungen im Justizsystem zu beschließen. Dann wurden in der Parlamentssitzung am 8. Oktober 2015 unmittelbar vor den Wahlen noch rasch fünf neue Verfassungsrichter eingesetzt, obwohl deren Posten erst nach den Wahlen im November und Dezember frei werden sollten. Der liberale Vorgriff auf das Justizpersonal erfolgte mit Kalkül: Die Richter des obersten Gerichts sollten auch nach der verlorenen Wahl politisch entlang der von 39,9% auf 24,1% zusammengeschrumpften, nunmehrigen Opposition ausgerichtet werden. Brüssel ließ sich über diesen seltsamen Vorgang nicht vernehmen; es waren immerhin die »richtigen« Richter auf zweifelhafte Art bestellt worden.

Der neue, von der PiS dominierte Sejm, das polnische Parlament, hob die Ernennungen der fünf PO-Richter auf, in zwei Fällen gab der Verfassungsgerichtshof diesem Vorgehen statt, die anderen drei Fälle blieben strittig. Nun gingen die rechten Nationalkonservativen ihrerseits daran, die personelle Zusammensetzung des

Verfassungsgerichts mit einem Pensionstrick zu ändern und beschlossen ein Gesetz, das den Ruhestand für Höchstrichter von 70 Jahren auf 65 Jahre vorverlegt. Dieses betrifft 16 von 27 Richtern, was PiS genug Handhabe für die Ernennung von neuem, den Rechten ergebenem Personal gibt.¹¹⁹ Darüber tobt Brüssel. Sein Umgang mit der Rechtsstaatlichkeit ist allerdings, wie wir im Rückblick auf die gesamte Entwicklung der Frage des Justizpersonals in Polen gesehen haben, ein instrumenteller. Denn während die fragwürdige Ernennung von Richtern durch Parteifreunde des EU-Ratsvorsitzenden Donald Tusk mit schweigender Zustimmung quittiert wurde, setzten die EU-Granden alle Hebel in Bewegung, um personelles Revirement durch die PiS, das nicht ins liberale Konzept passt, zu verhindern.

Mitte Oktober 2018 erließ dann der Europäische Gerichtshof in Luxemburg eine einstweilige Verfügung, mit der er tief in die polnische Souveränität eingriff. Die Herabsetzung des Pensionsalters für die obersten Richter von 70 Jahren auf 65 Jahre wurde sistiert, Polen musste der Anordnung folgen und bestätigte dies auch im Monat darauf. Damit, so der Tenor bei EU-Kommission und deren medialen Sprachrohren, sei die Unabhängigkeit der polnischen Justiz wiederhergestellt ... indem sie von Brüssel abhängig gemacht wurde, möchte man hinzufügen.

Demokratiefreie Herrschaftsarchitektur

Die politischen und juristischen Organe der Europäischen Union haben es sich zur Aufgabe gestellt, ihnen nicht genehme Äußerungen von nationaler, regionaler oder sozialer Souveränität zu diskreditieren und in weiterer Folge zu bekämpfen. Sie tun dies im Interesse großräumig agierender Kapitalgruppen, denen Grenzen generell – ob räumlich oder sozial – hinderlich sind. Brüssel

verwaltet dafür die vier Kernelemente der Profitwirtschaft, den freien Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskraft. Um des Volkes Stimme ignorieren zu können, falls es irgendwo aufbegehrt, wurde eine Struktur gezimmert, die in jedem nationalstaatlichen, bürgerlich-parlamentarischen System als undemokratisch gelten würde. Die Einsetzung der EU-Regierung, vulgo: Kommission, erfolgt nicht durch Volksvertreter, sondern durch dafür nicht gewählte nationale Regierungschefs, die ihrerseits an den Lippen und oft sogar an den Finanztröpfchen der »Märkte« hängen.

Von Hannes Hofbauer sind zum Thema erschienen: EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen. Wien 2007; Die Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter. Wien 2014

111. Friedrich Naumann, Mitteleuropa. Berlin 1915

112. Naumann, zit. in: Reinhard Opitz (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945. Bonn 1994, S. 341

113. Denkschrift von Werner Daitz über die Errichtung einer Zentralstelle für europäische Großraumwirtschaft, zit. in: Opitz 1994, S. 630

114. Denkschrift von Werner Daitz über die Errichtung eines Reichskommissariats für Großraumwirtschaft. Zit. in: Opitz 1994, S. 669

115. Entwurf für eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes über die Schaffung eines »Europäischen Staatenbundes« vom 9.9.1943, zit. in: Opitz 1994, S. 957f.

116. Hermann Josef Abs auf einer Veranstaltung des Deutschen Instituts für Bankwissenschaft und Bankwesen am 25.10.1940, zit. in: Opitz 1994, S. 798

117. Wiener Zeitung vom 29./30.9.2018

118. Der Spiegel vom 21. November 2018

119. siehe dazu: Magdalena Bainsczyk, Die umstrittene Justizreform in Polen. In: WeltTrends. Das außenpolitische Journal, Nr. 143, Potsdam September 2018, S. 30ff.

II. Der Krieg in den Köpfen

Die Münchner Sicherheitskonferenz 2018 – Bühne für westliche Konflikt- und Kriegstreiber

Tilo Gräser¹²⁰

Die Welt steht am Abgrund und jene, die sie dahin brachten, sollen sie retten. Dieses absurde Schauspiel wurde im Februar 2018 in München geboten. Regie führte dabei Wolfgang Ischinger, bundesdeutscher Ex-Botschafter in den USA und Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz. Den Bösewicht musste unter anderem Russland abgeben, den guten Kasper spielten die Transatlantiker aus dem Westen. Dass die eigene westliche Politik, voran die der USA, etwas mit der katastrophalen Instabilität der internationalen Staatenwelt zu tun haben könnte, scheinen die westlichen Teilnehmer der Konferenz nicht zu verstehen oder verstehen zu wollen.

Ernst und entschlossen schaut der Ex-Diplomat und Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz (MSK), Wolfgang Ischinger, vom Cover seines neuen Buches¹²¹ auf die potenziellen Leser. Er sieht die »Welt in Gefahr«, wie das im September 2018 erschienene Werk heißt, »Deutschland und Europa in unsicheren Zeiten«, wie er im Untertitel verrät.

»Die Welt steht am Abgrund«, warnt Ischinger in seinem Buch, wofür »Großmachtkonflikte, ein Rüstungswettlauf und noch mehr nukleare Waffen« sorgen würden. Hinzu komme, die USA wollten nicht mehr »Hüter der Weltordnung« sein, was der als ausgewiesener Transatlantiker bekannte Ex-Botschafter in

Washington bedauert. Zudem würden Peking und Moskau die Europäische Union bzw. deren Mitglieder gegeneinander ausspielen, so seine Aussage.

Mit Blick auf Russland, von dem er behauptet, dass es sich seit der Rede von Präsident Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007¹²² vom Westen abwende, ist er sich für handfeste Unwahrheiten nicht zu schade. So schreibt er im Buch, Moskau habe 2008 »den ›kleinen Krieg‹ mit Georgien angefangen«. Dabei war das russische militärische Vorgehen in Südossetien nach georgischen Angriffen auf die abtrünnige Provinz rechtskonform, wie unter anderem der Politikwissenschaftler und Friedensforscher Reinhard Mutz 2014 in den »Blättern für deutsche und internationale Politik«¹²³ feststellte.

Mutz verwies darauf, dass sich in Südossetien nach blutigen Kämpfen ab 1992 aufgrund eines Vertrages zwischen Russland und Georgien sowie der dortigen damaligen KSZE-Mission eine Kontrollkommission und eine multinationale Überwachungstruppe unter russischem Oberkommando aufhielten. Deren Auftrag lautete, die Einhaltung der Waffenruhe zu gewährleisten. Sogar eine EU-Untersuchungskommission, jener EU, der Russlandfreundlichkeit nicht unterstellt werden kann, hatte in ihrem Abschlussbericht vom 30.9.2009 festgestellt, dass Georgien den Krieg begonnen hatte.¹²⁴

»In dem Bericht der Kommission, der von ihrer Leiterin, der im Kaukasus und Russland sehr erfahrenen Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini, an diesem Mittwoch in Brüssel vorgestellt werden soll, heißt es nach Informationen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dass der Krieg in der Nacht vom 7. auf den 8. August von Georgien begonnen wurde.«¹²⁵

Derartige Details scheinen Ischinger aber nicht anzufechten. In seinem Buch plädiert er zwar dafür, mit Russland im Gespräch zu bleiben, macht es aber zuvor für alle Konflikte und die gefährliche

aktuelle Weltlage verantwortlich. Das hatte er auch im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz vom 16. bis 18. Februar 2018 getan und damit Fakten zurechtgebogen.

Auf einer Pressekonferenz einige Tage vor der Sicherheitskonferenz kündigte er an, das Verhältnis zu Russland und die vermeintliche neue »russische Gefahr« würden zu den Themen des Treffens gehören. Ischinger machte dabei unter anderem auf einen Vergleich der militärischen Stärke der russischen Truppen im Westen des Landes und der NATO-Truppen an Russlands Grenze aufmerksam. Der Vergleich findet sich im »Munich Security Report 2018«. ¹²⁶ Er basiert dem MSK-Vorsitzenden zufolge auf einer Analyse der konservativen US-Denkfabrik Rand-Corporation. ¹²⁷

Diese Analyse wurde am selben Tag, dem 8. Februar 2018, von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) unter dem Titel »In dramatischer Unterzahl« veröffentlicht. Ausgangspunkt sei der »Fall einer überraschenden russischen Operation, die vom westlichen Militärdistrikt aus vorgetragen wird«. Die in Polen und den baltischen Staaten seit 2014 stationierten NATO-Bataillone und die in Polen bereitstehende US-Brigade wären mit 32.000 Soldaten gegenüber 78.000 russischen Soldaten deutlich unterlegen, so die FAZ. Das gelte auch für die Waffensysteme – bis auf die Zahl der einsatzfähigen Kampfflugzeuge. ¹²⁸

Ischinger bezeichnete auf der Pressekonferenz die Zahlen als »bedenklich«. Meiner Frage, für wie realistisch er einen solchen russischen Angriff auf die NATO-Ostflanke einschätze, wich er aus. Es gehe um die Kräfteverhältnisse bei einem möglichen Konflikt, nicht darum, »dass hier irgendjemand morgen früh gegen irgendjemand einen Angriff startet«. Es seien aber »besorgniserregende« Zahlen: »Hier sind Ungleichgewichte entstanden, die Instabilitäten nicht verhindern können, sondern im Falle eines Konfliktes Instabilitäten

eher verstärken würden.« Deshalb sei wieder mehr Rüstungskontrolle notwendig, so der Ex-Diplomat.

Ischinger sieht einen Grund für die ausgemachten militärischen Ungleichgewichte darin, »dass Europa massiv abgerüstet hat in den letzten längeren Jahren, Russland aber durchaus aufgerüstet hat«. Den Vorwurf illustriert eine Grafik im MSK-Report, nach der die russischen Rüstungsausgaben seit 2007 um fast 200 Prozent gestiegen sein sollen, während die Ausgaben Deutschlands, Frankreichs, der USA, Großbritanniens und Italiens sich um das alte Niveau bewegten. Mit diesem statistischen Trick wird suggeriert, dass Russland mehr rüste als die westlichen Staaten. Kalkuliert unterschlagen wird in der gesamten interessengeleiteten Debatte, dass die russischen Militärausgaben im Jahr 2016 mit 69,2 Milliarden US-Dollar knapp 11,5 Prozent der US-Ausgaben in Höhe von 611 Milliarden Dollar ausmachen. Darüber hinaus warf Ischinger, der bundesdeutsche Ex-Botschafter in den USA, sowohl Russland als auch China vor, das Völkerrecht nicht mehr zu beachten. Das sieht er als eine der Ursachen, warum es keine internationale Ordnung mehr gebe, »die von allen respektiert wird«.

Illustre Teilnehmerschar

Zu den mehr als 500 Teilnehmern der 54. Auflage der renommierten Konferenz im Jahr 2018 gehörten allein 21 Staats- und Regierungschefs, darunter der Emir von Katar, der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım, Israels Premier Benjamin Netanjahu und der ukrainische Präsident Petro Poroschenko. Auch UN-Generalsekretär António Guterres kam nach München, ebenso NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Von den Außenministern kamen Sergej Lawrow und dessen Kollegen aus

Deutschland, Frankreich, der Ukraine und zahlreichen anderen Ländern. US-Verteidigungsminister James Mattis reiste ebenfalls an, mitsamt US-Abgeordneten aus Senat und Repräsentantenhaus. Auch eine Reihe russischer Politiker und Diplomaten nahmen teil.

Ischinger hatte zudem nicht nur zahlreiche Unternehmensvertreter eingeladen, sondern ebenso Nichtregierungsorganisationen wie »Médecins Sans Frontières« (MSF), das Internationale Rote Kreuz, das mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Antiatomwaffen-Bündnis ICAN, Human Rights Watch und Amnesty International, um kritische Stimmen in die Debatte um die globale Sicherheit einzubeziehen. Der von Ischinger zuvor gesetzte Schwerpunkt mit Russland im Visier bestätigte sich dann erwartungsgemäß, wie eine Reihe der zahlreichen Veranstaltungen zeigte. Bei der Konferenzeröffnung erklärte der Vorsitzende, die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaute internationale Ordnung sei bedroht. »Die Warnsignale stehen auf Rot«, sagte er. Deshalb hieß das Konferenzmotto auch »Bis zum Abgrund – und zurück?«

Der Weg müsse wieder weg vom Abgrund führen, forderte Ischinger und sagte zu den Teilnehmenden im vollen Saal des Münchener Hotels »Bayrischer Hof«: »Nur sie können das wahr werden lassen!«

Ausgerechnet an dieses Publikum, das zum Teil für die von ihm beklagten »vielen ungelösten Konflikte und Instabilitäten« mitverantwortlich ist, richtete er die Warnung: »Wenn sie nicht einen persönlichen Beitrag leisten, wird es nicht gelingen.« Laut Ischinger muss die EU ein globaler Akteur werden. Er fragte: »Sind wir stolz genug, mitzugestalten, statt nur gestaltet zu werden?« Die Verteidigungsministerinnen Deutschlands und Frankreichs, Ursula von der Leyen¹²⁹ und Florence Parly¹³⁰, erfüllten mit ihren

Statements zu Veranstaltungsbeginn die in sie gesetzten Erwartungen. Die deutsche Ministerin sprach sich für »mehr militärisches Gewicht in der NATO« und eine »Armee der Europäer« aus. Das militärische Gewicht der EU müsse auch eingesetzt werden.

Ihre französische Amtskollegin Florence Parly betonte das Ziel, bei Militär und Rüstung besser zusammenzuarbeiten. Sie hob die europäische Initiative für mehr militärische Interventionen hervor.

»Ein Forum gleich gesinnter Länder« nennt es vorsichtig die deutsche Verteidigungsministerin von der Leyen. Doch Frankreich führt mit seiner Interventions-Initiative mehr im Schilde. Präsident Emmanuel Macron hatte sie im September erstmals ins Spiel gebracht, und am Montag unterzeichneten acht EU-Staaten und das Noch-Mitglied Großbritannien in Luxemburg die Absichtserklärung. Fernziel der Franzosen ist eine schlagkräftige und flexible Eingreiftruppe für das »nahe Ausland« der EU, die im Krisenfall schnell reagieren kann. Macron glaubt, dass sich Europa nicht mehr auf den amerikanischen Partner verlassen könne und deshalb eine strategisch autonome europäische Verteidigung anstreben müsse.«¹³¹

Nach Parly müssten die europäischen Staaten fähiger werden, einzugreifen, wo sie es für nötig halten, wenn die USA und die NATO das nicht wollten. Das solle vor allem »im Süden« erfolgen, so die Ministerin. Die Initiative sei zwar unabhängig von NATO und EU, solle aber beiden nutzen. Sie erklärte zudem: »Es genügt nicht, die Kriege von morgen vorzubereiten.« Ob das ein Übersetzungsfehler der Dolmetscherin war, ist nicht bekannt. Parly fügte hinzu, dass es auch darum gehe, sich auf die Kriege von übermorgen einzustellen, zum Beispiel in Folge von Naturkatastrophen – »Frankreich steht bereit«.

Kritische Fragen

Das westliche Bündnis unternehme zu wenig, um das Vertrauen zu Russland zu stärken, kritisierte immerhin gleich am ersten Tag der ehemalige Chef der MSK, Horst Teltschik. Aus seiner Sicht wurde in München zu viel über das Gegenteil geredet. Er habe viel darüber gehört, dass die NATO gestärkt und die militärische Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union ausgebaut werden solle. »Was wir nicht gehört haben, ist, was tun wir in Richtung Rüstungskontrolle, Abrüstung und Zusammenarbeit in diesem Zusammenhang mit Russland.« Teltschik war Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl und leitete bis 2007 selbst die Konferenz.

Teltschik richtete seine Kritik an NATO-Generalsekretär Stoltenberg nach dessen Rede am ersten Tag der Veranstaltung. »Warum setzen wir den NATO-Russland-Rat nicht ein, um zum Beispiel die Gefahr eines neuen nuklearen Wettrüstens im Mittelstrecken-Bereich zu verhindern? Die Ankündigung der US-amerikanischen Regierung, Nuklearraketen mit geringerer Sprengkraft zu entwickeln, heißt ja nichts anderes, als das damit ein neues Wettrüsten ausgelöst wird.«

Der frühere Kohl-Berater erinnerte daran, dass Anfang der 1990er-Jahre »eine Fülle von vertrauensbildenden Maßnahmen« verabredet worden sei. Davon existiere zwar noch der NATO-Russland-Rat, der aber 2016 nur auf Botschafter-Ebene getagt habe. »Warum nicht auf Ebene der Verteidigungsminister oder der Außenminister?«, fragte Teltschik und fügte hinzu: »Botschafter können keine Entscheidungen treffen.« Er bat Stoltenberg zu berichten, welche Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen die NATO beabsichtigt. Doch der NATO-Generalsekretär hatte wenig als Antwort zu bieten. In seiner Rede wiederholte er die Vorwürfe der USA an Russland, es verletze den INF-Vertrag, und appellierte an

Moskau. Er behauptete auch, die NATO habe das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen. Das westliche Bündnis müsse aber eine nukleare Allianz bleiben, solange es solche Waffen gebe. Stoltenberg legte nach: »Eine Welt, in der Russland, China und Nordkorea Nuklearwaffen haben, aber die NATO nicht, ist keine sicherere Welt.«

Stoltenberg sprach sich für einen weiteren Dialog aus: »Russland ist unser Nachbar. Deshalb müssen wir nach guten Beziehungen zu Russland streben.« Kurz vor Beginn der Konferenz hatte er bei einem Pressegespräch auf *Sputnik*-Nachfrage gesagt: »Wir sehen im Moment keine immanente Bedrohung, die gegen ein NATO-Mitglied gerichtet sein könnte, aber wir sehen ein mehr und mehr entschlossenes Russland.« Der NATO-Generalsekretär fügte hinzu: »Was wir speziell seit 2014 beobachten, ist ein entschlossenes Russland, das bereit ist, militärische Mittel gegen seine Nachbarn einzusetzen.« Deshalb müsse die NATO so reagieren, »aber wir reagieren in einer angemessenen Art und Weise. Denn wir wollen ein Wettrüsten, einen erneuten Kalten Krieg vermeiden.« Dass dem Ukraine-Konflikt und der schließlichen Sezession der Krim jahrelange Provokationen der USA, aber auch der EU mit dem Ziel vorausgingen, die Ukraine in das westliche Lager zu manövrieren, verschwieg Stoltenberg erwartungsgemäß.

In seiner außenpolitischen Grundsatzrede am zweiten MSK-Tag sah der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel¹³² die Welt ebenfalls weiter am Abgrund. Gründe dafür sind aus seiner Sicht das nordkoreanische nukleare Aufrüsten und der sechsjährige »Bürger- und Stellvertreterkonflikt in Syrien«. Der SPD-Politiker zählte dazu den »zunehmenden globalen Führungsanspruch Chinas« sowie »die Machtansprüche Russlands« und die »Renaissance von Nationalismus und Protektionismus«. Gabriel unterstellte China und Russland, »permanent die Geschlossenheit der Europäischen Union

zu testen und auch zu unterlaufen«. Einzelne Staaten oder Gruppen würden mit »Zuckerbrot und Peitsche« getestet, ob sie aus der EU herausgebrochen werden könnten. Die Streitfragen mit Russland müssten mit »neuem Ehrgeiz« angegangen werden, forderte er in seiner Rede, bevor er sich mit seinem russischen Kollegen Lawrow traf. Es gebe dabei derzeit eine Eskalationslogik wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr, meinte Gabriel. Er wandte sich gegen die Fortsetzung dieser Politik. »Das Leiden und der Tod vieler Menschen in der Ukraine ist Grund genug, nicht nur in der Pose der Empörung und der Beschreibung unserer Position zu verharren«, sagte er mit unausgesprochener Schuldzuweisung an Moskau. Der deutsche Außenminister meinte, die EU müsse »stärker und handlungsfähiger« gemacht und die Zusammenarbeit mit den USA verbessert werden. Gabriel zeigte sich als klassischer Vertreter der westlichen wertebasierten Politik. So lobte er die USA für die »Verbreitung von Freiheit in der Welt« als deren größte Leistung. Die liberale Ordnung nach den beiden Weltkriegen »ist die beste, die wir uns heute vorstellen können«. Nur die Herrschaft des Rechts könne die Herrschaft des Stärkeren verhindern, behauptete er.

Die USA seien heute nicht mehr die stärkste Macht der Welt. Andere Staaten würden inzwischen »ihre Pfeiler in das Gebäude der liberalen Ordnung« einziehen, was das Gebäude verändere. In der für die MSK herausgegebenen Zeitung *Security Times*¹³³ räumte der Minister die Existenz einer multipolaren Weltordnung ein. Die Frage sei nur, welche Rolle die EU darin einnehmen könne. In seiner Rede erklärte er: »Als einziger Vegetarier werden wir es in der Welt der Fleischfresser verdammt schwer haben.« Damit begründete er die Forderung, die EU müsse militärisch aktiv werden.

Der Bundestagsabgeordnete der Linkspartei Alexander Neu kritisierte dies nicht nur als Aufforderung, »auch ein Fleischfresser

werden zu müssen, um nicht unterzugehen«: »Das ist ein Vokabular, das doch an die ersten Jahre des 20. Jahrhunderts erinnert, als es darum ging, einen ›Platz an der Sonne‹ zu haben, seinerzeit vom deutschen Kaiserreich auch so formuliert.«¹³⁴

Antirussische Stimmung

»Russland ist ein Problem für Europa und die NATO«, behauptete Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki¹³⁵ in seiner Rede am zweiten Tag der MSK. Der Grund sei eine angebliche neue geopolitische Strategie Russlands, das eigene Einflussgebiet »systematisch auszudehnen«. Außerdem sei Russland zu einem »Machtzentrum im Informationskrieg« geworden, behauptete Morawiecki. Was ihn allerdings wundere: »Die Deutschen vertrauen dennoch laut Umfragen mehr den Russen als den US-Amerikanern. Ich kommentiere das mal nicht.« Er bevorzuge eine »Pax Americana«, so Polens Regierungschef. Er sprach sich dafür aus, dass die europäischen Staaten 2 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für das Militär ausgeben.

Die britische Premierministerin Theresa May¹³⁶ schlug auf der Sicherheitskonferenz ein neues Abkommen zwischen der EU und Großbritannien vor – auch nach dem »Brexit«. »Trotz der Tatsache, dass wir die EU verlassen, bleiben wir weiter ein wichtiger Bestandteil der NATO.« Aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen bestehen für London laut May in der Nuklear-Krise, der Migration und im Terrorismus. Sie unterstellte Russland gleichfalls »feindliche Absichten«, die sich in der angeblichen Intervention in der Ukraine oder auch in angeblichen Aktivitäten russischer Hacker im virtuellen Cyber-Raum zeigen würden.

Russische Antwort

Russlands Außenminister Lawrow¹³⁷ betonte am zweiten Tag der Konferenz, Moskau sei weiter bereit, mit dem Westen offen und gleichberechtigt zusammenzuarbeiten. Russland sei an einer stabilen EU interessiert, auch als globaler Akteur. Damit widersprach er deutlich all jenen, die auf der Konferenz wiederholt behaupteten, Russland bedrohe den Westen und dessen liberale Ordnung. Lawrow gehört seit mehreren Jahren zu den regelmäßigen Teilnehmern der Münchner Konferenz. Er erinnerte zu Beginn seiner Rede daran, beim Blick auf die heutigen internationalen Probleme die Geschichte nicht zu vergessen. So wies er darauf hin, dass in München 80 Jahre zuvor der Westen mit den deutschen Faschisten ein Abkommen geschlossen hatte, weil Letztere behaupteten, sie würden nur Russland aus Europa rauswerfen wollen.

»Die Tragödie bestand darin, dass den Nazis geglaubt wurde.« Russland habe sich nach dem Ende der Sowjetunion 1991 lange Zeit bemüht, eine »Architektur der Gleichheit und gemeinsamen Sicherheit« im euro-atlantischen Raum zu schaffen. Das militärische Potenzial im Westen des Landes sei reduziert worden. Zudem habe sich Moskau dafür eingesetzt, europäische Institutionen wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu stärken. Ziel sei eine gemeinsame Struktur der europäischen Sicherheit gewesen, einschließlich eines damit verbundenen Dialogs. »Doch oft wurden wir da nicht gehört«, stellte Lawrow fest.

Er erinnerte an das nicht eingehaltene Versprechen des Westens, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. »Es wird Propaganda einer Konfrontation mit Russland verbreitet«, bedauerte der Außenminister die wiederholten Behauptungen über den wachsenden negativen Einfluss Russlands und nannte dabei den MSK-Report 2018 als Beispiel. Russland sei immer an einer Partnerschaft mit der EU interessiert gewesen, um gemeinsam

Probleme zu lösen. Die Ergebnisse heute seien aber anders. Dazu zählte Lawrow, dass die Ukraine vor etwa fünf Jahren von der EU vor die Alternative »Europa oder Russland« gestellt wurde. Zudem habe der Westen den Staatsstreich in Kiew am 21. Februar 2014 unterstützt.

Die Politik der EU und des Westens habe ebenso wie der Versuch, auf Russland Druck auszuüben, den Kontinent nicht sicherer gemacht. »Das Konfliktpotenzial steigt. Wir haben überall neue Krisen.« Das sei auch global der Fall, so Lawrow: »Die Politik des Westens, sich in anderen Ländern einzumischen und ihnen ein Entwicklungsmodell aufzustülpen, hat nicht zu Verbesserungen geführt, sondern war kontraproduktiv. Wir sehen ein Ansteigen des internationalen Terrorismus, illegale Migration und damit einhergehende Probleme.«

Der russische Außenminister stellte klar: »Wir haben unseren Ansatz nicht geändert. Wir möchten weiterhin mit der EU zusammenarbeiten. Das ist im gegenseitigen Interesse verwurzelt.« Lawrow sprach sich für eine »berechenbare, starke EU« aus, die ein »verantwortungsvoller Akteur« weltweit sei. »Wir sollten nicht versuchen, gegen die Geschichte anzukämpfen. Das System unserer weltweiten Beziehungen muss ein gerechtes System sein, mit einer entsprechenden Rolle der UNO.« Moskau sei bereit für einen offenen und respektvollen Dialog mit der EU, den USA und anderen Ländern.

US-amerikanische Reaktion

Andere Töne waren dagegen von den US-Vertretern in München zu hören. Der Auftritt von US-General Herbert R. McMaster¹³⁸ bei der MSK am zweiten Tag zeigte, dass es um die Beziehungen des Westens und dessen führender Macht USA zu Russland weiter nicht gut

bestellt ist. Er war zu dem Zeitpunkt der Nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump, welcher ihn einen Monat später feuerte. McMasters Rede in München enthielt keinerlei Anzeichen, dass die US-Außenpolitik sich grundsätzlich ändern könnte. Dafür beschrieb er nicht nur »Schurkenregimes, die die Welt bedrohen«, und dschihadistische Kräfte als Gefahr für die »gesamte Menschheit«. Er zählte dazu auch »revisionistische Mächte, die die Stabilität der internationalen Ordnung seit dem Zweiten Weltkrieg in Frage stellen durch militärische Stärke und andere böartige Formen von Aggression«.

Ausgerechnet der US-Vertreter beklagte, dass es aktuell »nicht besonders viel Respekt für Souveränität auf der Welt« gebe. Einige der gefährlichsten Formen von Aggressionen seien nicht militärischer Art. »Repressiven revisionistischen Mächten« dürfe nicht erlaubt werden, das Vertrauen in die westlichen Prinzipien zu zerstören. Wen er konkret meinte, zeigte McMaster in seiner Antwort auf eine Frage von Konstantin Kossatschew, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des russischen Föderationsrates. Dieser zitierte russische Experten, laut denen 28 Prozent aller Angriffe auf IT-Systeme Russlands US-Ursprungs seien. Dagegen seien nur zwei bis drei Prozent der Angriffe auf US-IT-Systeme russischen Ursprungs. Kossatschew fragte auch nach den Chancen für den von Russland vorgeschlagenen Dialog mit den USA zur Cyber-Sicherheit. Der US-General erklärte darauf, er sei überrascht, dass russische Cyber-Experten Zeit für eine solche Analyse hätten. Sie seien doch damit beschäftigt, den Westen zu bedrohen, meinte er zu Kossatschew. Washington sei nicht gegen den Dialog, aber den gebe es erst, »wenn Russland versucht, die sehr fortgeschrittene Art der Spionage einzuschränken«.

Der US-General wiederholte auch Vorwürfe an Moskau, den INF-Vertrag zur Begrenzung nuklearer Mittelstreckenwaffen zu verletzen. Die eigene Entwicklung von neuen US-Atomsprengköpfen geringerer Reichweite widerspreche dem dagegen nicht. Russland nehme hingegen »ganze Länder in Geiselnhaft«. Deshalb hätten die USA ihr Abschreckungspotenzial wieder ausgebaut – »mit dem Ziel, die Gefahr einer nuklearen Auseinandersetzung wieder zu reduzieren«. Angebote und Vorschläge, sich gemeinsam für ein besseres Verhältnis zu Russland einzusetzen, waren von dem US-General nicht zu hören.

Russische Fragen

Die neue Nukleardoktrin des Pentagon, die Nuclear Posture Review vom Januar 2018¹³⁹, habe in Moskau sehr viele Fragezeichen aufgeworfen. Das erklärte Sergej Kislyak, ehemaliger russischer Botschafter in den USA und heutiger Vizevorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates Russlands, am zweiten MSK-Tag in München. In einer Diskussionsrunde zur nuklearen Sicherheit und Rüstungskontrolle sagte er: »Um das ganz vorsichtig auszudrücken: Was einem sofort auffällt, wenn man die Erklärungen liest, die vom Pentagon abgegeben wurden, ist, dass in Zukunft die US-Regierung eine recht entspannte Haltung eingeht, was die Bedingungen für den Einsatz und Erst-Einsatz für Nuklearwaffen angeht.«

Es heiÙe dort: »US-Kernwaffen könnten in kritischen Situationen eingesetzt werden.« Eine solche Situation werde nicht definiert, stellte Kislyak fest, was Moskau für besorgniserregend halte. Ein weiterer diskussionswürdiger Punkt in der neuen Pentagon-Doktrin ist für den ehemaligen russischen Botschafter in Washington die

Tatsache, »dass die USA Nuklearwaffen einsetzen wollen. Weniger leistungsstarke, als Mittel der Abschreckung.«

Moskau hingegen sehe in Kernwaffen immer nur ein »Mittel des Krieges, weniger der Abschreckung«, betonte er und fügte hinzu: »Russland setzt seine Kernwaffen nur unter zwei Bedingungen ein: Wenn es selbst von Atomwaffen angegriffen würde. Und wenn ein möglicher Konflikt das Überleben der russischen Nation grundlegend bedrohen würde.«

Kislyak, der von 2008 bis 2017 russischer Botschafter in den USA war, widersprach Behauptungen Washingtons, Russland verletze den INF-Vertrag. »All unsere Aktivitäten stehen in absolutem Einklang mit unseren vertraglichen Vereinbarungen«, betonte er. »Diese Behauptungen sind einfach nicht richtig. Wenn jetzt solche Behauptungen in die Welt gesetzt werden, fragen wir uns schon, warum und zu welchem Zweck das überhaupt geschieht.«

Klares US-Signal

Am dritten Tag der Münchner Sicherheitskonferenz kam ein klares Signal: Die USA setzen ihre Politik in der Welt fort wie bisher. Die Grundlinien der US-Außenpolitik haben sich auch unter Präsident Trump nicht geändert und werden sich nicht ändern. Das erklärten gleich vier Mitglieder des US-Kongresses in einer Diskussionsrunde auf der MSK-Bühne. Zuvor hatte Victoria Nuland, ehemalige Vize-US-Außenministerin, das ebenfalls festgestellt. Sie beruhigte jene, die durch Trumps Amtsantritt und seine Äußerungen verunsichert sind: »Man muss auf das sehen, was getan wird, nicht auf das, was getweetet wird.« Durch die neue Administration habe sich nur der Tonfall verändert und die Sicht auf die internationalen Beziehungen unter der Wettbewerbsperspektive, so die immer noch einflussreiche Ex-Politikerin (»Fuck the EU!« 2014). Die Trump-Administration

passe sich nun an und habe vom Wahlkampf-Modus in den des Regierens umgeschaltet, stellte US-Senator Sheldon Whitehouse¹⁴⁰ in der Runde fest. Es gebe eine Kontinuität in der Außenpolitik, so der Abgeordnete der Demokratischen Partei.

Ähnliches äußerte Senatorin Jeanne Shaheen¹⁴¹, ebenfalls Demokratische Partei: »Wir erleben eine Fortsetzung von dem, was vorher war, und viel Übereinstimmung im Kongress zwischen Republikanern und Demokraten sowie dem Repräsentantenhaus und dem Senat.« Als Beispiel nannte sie die Sanktionsgesetze gegen Russland, Iran und Nordkorea.

Auch James Rish, Senator der Republikaner, stimmte seinen Kollegen von den Demokraten zu und betonte in der MSK-Runde die Kontinuität in der US-Außenpolitik. Es gebe nur Unterschiede in der Rhetorik. »Aber wir wissen doch alle, dass wir weiterführen wollen, was wir aufgebaut haben, unsere Freundschaft und Partnerschaft mit unseren transatlantischen Partnern.«

»Die Ziele, die wir erreichen wollen, sind noch dieselben«, stellte Michael Turner klar, der für die Republikaner im Repräsentantenhaus sitzt. Die Trump-Administration setze nur die etablierten Systeme der US-Politik unter Druck, um mehr Ergebnisse zu erreichen. Turner verwies auch auf die Ukraine-Krise. Die USA würden Kiew dabei unterstützen und Druck für eine Lösung ausüben. Einig waren sich die US-Politiker auch darin, dass Nordkorea, China und Russland die USA herausfordern würden. Die US-Parlamentarier betonten auf die Frage eines russischen Politikwissenschaftlers, sie seien sich auch bei den Sanktionen gegen Russland einig. Senator Whitehouse bezeichnete sie als »wertvolles Werkzeug gegen Russland«.

-
120. Die Berichte von mir und meinem Kollegen Alexander Boos von der Münchner Sicherheitskonferenz 2018 sind neben weiteren Beiträgen zum Thema online hier zu finden: de.sputniknews.com; zuletzt aufgerufen (z.a.) 23.10.2018
121. Wolfgang Ischinger, Welt in Gefahr – Deutschland und Europa in unsicheren Zeiten. Berlin 2018
122. www.ag-friedensforschung.de; z.a. 23.10.2018
123. www.blaetter.de; z.a. 23.10.2018
124. www.dw.com; Originalstudie siehe: Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia, Report, 30.09.2009: news.bbc.co.uk; beide z.a. 22.10.2018
125. Reinhard Veser, Georgien hat den Krieg begonnen, FAZ-online, 30.09.2009: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/untersuchungskommission-georgien-hat-den-krieg-begonnen-1854145.html>; z.a. 22.10.2018
126. www.securityconference.de; z.a. 23.10.2018
127. Scott Boston/Michael Johnson/Nathan Beauchamp-Mustafaga/Yvonne K. Crane, Assessing the Conventional Force Imbalance in Europe, Implications for Countering Russian Local Superiority: www.rand.org; z.a. 22.10.2018
128. Lorenz Hemicker, Nato-Ost-Flanke. In dramatischer Unterzahl, FAZ-online, 08.02.2018: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nato-ostflanke-in-dramatischer-unterzahl-15437289.html?GEPC=s5>; z.a. 22.10.2018
129. www.bmvg.de; z.a. 23.10.2018
130. www.securityconference.de; z.a. 23.10.2018
131. Andreas Ernst, Was die neun EU-Staaten mit der »militärischen Interventions-Allianz« im Schilde führen, NZZ online: 26.06.2018: <https://www.nzz.ch/international/neun-eu-staaten-wollen-eine-militaerische-interventions-allianz-ld.1398039>; z.a. 22.10.2018
132. www.securityconference.de; www.auswaertiges-amt.de; beide z.a. 23.10.2018
133. Sigmar Gabriel, Power Boost, The EU must win the conflicts of the future, The Security Times, February 2018: www.securityconference.de; z.a. 22.10.2018
134. www.spiegel.de; z.a. 23.10.2018
135. www.securityconference.de; z.a. 23.10.2018
136. www.securityconference.de; www.securityconference.de; www.securityconference.de; z.a. 23.10.2018
137. www.securityconference.de; z.a. 23.10.2018
138. www.securityconference.de; z.a. 22.10.2018

139. dod.defense.gov; z.a. 23.10.2018

140. www.securityconference.de; z.a. 23.10.2018

141. www.securityconference.de; z.a. 23.10.2018

Der Antisemitismusvorwurf als Disziplinierungsinstrument und Diskurstotschläger

Annette Groth

»Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf.« Dieses Zitat passt auf die Dimension der Antisemitismus-Debatte, die seit einiger Zeit in Deutschland und anderen EU-Staaten tobt und weit über den sogenannten Nahost-Konflikt hinausgeht. Menschenrechtsaktivisten und Völkerrechtler, Friedensforscher, Kulturschaffende sowie Theologen und Religionswissenschaftler, die die israelische Regierungspolitik und deren Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts anprangern, werden mit Rufmordkampagnen, Auftritts- und Redeverbote terrorisiert sowie sanktioniert.

Seit etlichen Jahren werden Veranstaltungen, die sich kritisch mit der israelischen Regierungspolitik auseinandersetzen, von sogenannten Antideutschen und Organisationen wie der Deutsch-Israelischen Gesellschaft gestört und behindert. Viele Veranstaltungen konnten nur auf dem juristischen Klageweg durchgesetzt, viele mussten abgesagt werden. Das gängige Argument dabei ist der Antisemitismusvorwurf, der nach wie vor eine große Sprengkraft hat. Oft genügen ein Anruf bei Bürgermeistern oder Chefredakteuren und/oder ein denunziatorischer Brief, um eine Antisemitismuskampagne loszutreten. Dass es dabei sehr oft Juden und Jüdinnen trifft, die die israelische Besatzungspolitik und die Menschenrechtsverletzungen kritisieren, wird mit dem Begriff

»selbst-hassende Juden« abgetan.¹⁴² Der Antisemitismusvorwurf wird damit zu einem gefährlichen Herrschaftsinstrument, wie Moshe Zuckermann es bezeichnet, und von den herrschenden Eliten bewusst benutzt, um linke Diskurse zu eliminieren. Er ist das geeignetste Instrument, um Disziplinierungsmaßnahmen, Gesetzesverschärfungen und dergleichen mehr durchzusetzen.

Mit dem »Sicherheitskonzept« erhalten die neoliberalen, marktradikalen westlichen Industriestaaten mit ihren bekannten sozialen und ökologischen Verwerfungen eine zusätzliche Dimension: die präventiv-autoritäre Repression.

»Nationale Sicherheit« ist auch ein Synonym für das viel beschworene Existenzrecht Israels und rechtfertigt einen permanenten Ausnahmezustand, dem die Bevölkerung unterworfen ist. »Trennmauer, Kontrollposten, Militarisierung der Polizei, bewaffnete Patrouillen in den Straßen, Gesichtsprofil und Gesichtskontrollen, Überwachung und Einteilung der Bevölkerung gemäß ihrer vermuteten Gefährlichkeit, unverhältnismäßige Vollmachten der Geheimdienste, exzessive Expertenpräsenz in den Medien und Verehrung des Gottes Sicherheit sind integrale Bestandteile dieser Demokratie im Ausnahmezustand.«¹⁴³

Diese Beschreibung ist mit dem Programm »Sicherheit durch Stärke«, mit dem die CSU in Bayern den Ausbau der Polizei vorantreibt und das in der Verabschiedung des neuen Polizeigesetzes seinen Höhepunkt fand, weitgehend identisch. Der demokratische Rechtsstaat wird analog zu dem israelischen Modell der »Sicherheitsdemokratie« beziehungsweise »Sicherheitsdiktatur« außer Kraft gesetzt. Die bayerische Polizei kann nun Online-Durchsuchungen inklusive Datenveränderung und Datenlöschung vornehmen. Auch der Einsatz von Gesichtserkennungssoftware auf

Demonstrationen, die erweiterte DNA-Analyse oder das Abfangen von Paketen sind erlaubt.

Auch im grün-schwarz regierten Baden-Württemberg darf die Polizei Software zum Mitlesen verschlüsselter Chats auf den Geräten der Betroffenen installieren, elektronische Fußfesseln als Präventivmaßnahme einsetzen oder in Ausnahmefällen Handgranaten verwenden.

Mit dem Konstrukt der *drohenden Gefahr* wurde eine rechtliche Kategorie geschaffen, die es der Polizei ermöglicht, künftig auch ohne konkrete Verdachtsmomente sogenannte Gefährder präventiv zu verhaften. Dieses »legale Instrument« erinnert an die in Israel weit verbreitete Maßnahme, potenzielle jugendliche palästinensische Steinwerfer oder andere Verdächtige in israelische Militärgefängnisse zu stecken, auch wenn sie nachweislich nichts »verbrochen« haben.

Mit den antidemokratischen, autoritär-repressiven Polizeigesetzen hat die politische Elite in Deutschland das israelische Modell der »Sicherheitsdiktatur« weitgehend kopiert.

Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt, gibt es seit vielen Jahren eine intensive Kooperation zwischen israelischer und deutscher Polizei sowie zwischen Bundeswehr und den israelischen Streitkräften. Bundeswehrsoldaten werden zum Training im Tunnel- und Häuserkampf nach Israel geschickt; die GSG 9 erhält Ausbildungen in Antiterrormaßnahmen und auch die militärische Zusammenarbeit ist auf verschiedenen Ebenen äußerst »produktiv«. Hier sei exemplarisch das EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 genannt, an dem Israel als erstes nichteuropäisches Land teilnahm. Seit 1996 haben israelische Teilnehmer, darunter die größten Rüstungsunternehmen, Elbit Systems und Israel Aerospace Industries, fast 1,4 Milliarden Euro in die Fördertöpfe eingezahlt

und in 3000 Projekten 1,7 Milliarden ausbezahlt bekommen.¹⁴⁴ Im Bereich der Sicherheitsforschung haben israelische Firmen an der Entwicklung unbemannter Roboter zur Grenzüberwachung teilgenommen, gegenwärtig wird zur Risikoprognose an Flughäfen geforscht.

Im Juni 2018 hat der Bundestag die Anmietung von israelischen bewaffnungsfähigen Heron-TP-Drohnen bewilligt. Nur einen Monat vorher haben israelische Scharfschützen bei dem Great Return March in Gaza über 160 palästinensische unbewaffnete Zivilisten, einschließlich entsprechend gekennzeichnete Journalisten und medizinischem Personal, gezielt erschossen.¹⁴⁵ Die Zahl der Verletzten belief sich auf über 14.000, Hunderte werden für immer verstümmelt sein. Zwar gab es Protest gegen dieses Töten, aber keinen Aufschrei, weder in Deutschland noch anderswo. Eine weltweite Empörung gab es auch nicht, als die Sprecherin des israelischen Außenministeriums, Michal Maayan, in einem Interview mit dem irischen Fernsehsender *RTÉ* auf die Frage, warum Soldaten auf die palästinensischen Demonstranten schießen, lapidar antwortete: »Wir können nicht all diese Leute ins Gefängnis stecken.«¹⁴⁶

Man stelle sich vor, Putin oder ein Sprecher der iranischen Regierung hätten diesen Satz gesagt, es hätte einen weltweiten Aufschrei gegeben, und Außenminister Maas hätte sofort mit allen möglichen Sanktionen und Strafaktionen gedroht. Aber in unseren Mainstream-Medien war über diese barbarische Ungeheuerlichkeit von Michal Maayan nichts zu lesen.

Der Autor David Rosenberg fragt in einem bemerkenswerten Artikel in *Haaretz*: »Warum ignoriert die Welt Israels böses Verhalten?«¹⁴⁷ und beantwortet seine Frage wie folgt: »Menschenrechte geraten zunehmend ins Hintertreffen, aber die

Welt ignoriert die palästinensische Notlage, weil sie Israels Technologie will.« Rosenberg erwähnt, dass in der ersten Woche des Great Return March der chinesische Milliardär und Partner von Mark Zuckerberg, Jack Ma, Israel besuchte und Geschäftskooperationen und Investitionen von mehreren Milliarden US-Dollar tätigte. Die EU hat Israel und Zypern angeboten, ihre Stromnetze an die europäischen Netze anzuschließen. Damit erhält Israel die Garantie für eine stetige, nicht-versiegende Stromquelle, was Rosenberg als eine klare politische Konzession zugunsten Israels wertet.

Als eines der ökonomischen Schwergewichte für High-Tech-Start-Up-Unternehmen mit ausländischen Direktinvestitionen von 18,6 Milliarden US-Dollar ist Israel zu wichtig, um auf Menschenrechte Rücksicht zu nehmen. Rosenberg schlussfolgert, dass die Welt sich abkehrt vom internationalen Recht und von Menschenrechten und sich hinwendet zu mehr Nationalismus, Abschottung und Fremdenfeindlichkeit, eine Tendenz, die mit der Wahl von Donald Trump ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Rosenbergs Prognose: »Dem Weg der USA werden andere unvermeidlich folgen.« Das heißt stetig wachsende Kosten für die Militarisierung nach außen und nach innen, eine immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich, zunehmende Aushöhlung der Demokratie und die Durchsetzung von autoritären und repressiven politischen Systemen.

Wichtiger als ökonomischer Partner ist Israel aber als militärisches Versuchslaboratorium. In jedem Gaza-Krieg testet das israelische Militär neue Waffen und vermarktet diese dann als »gefechtserprobt«. Das heißt, israelische Rüstungsunternehmen werben damit, dass ihre Produkte an Palästinensern »operativ und positiv« getestet wurden, um ihre Auftragsbücher zu füllen.¹⁴⁸

Dass diese Vermarktungsstrategie höchst erfolgreich ist, zeigen die israelischen Militärexporte, die im Jahr 2017 um 40 Prozent gestiegen sind und Aufträge im Wert von 9,2 Milliarden US-Dollar gebracht haben.¹⁴⁹

Im Gegenzug liefert Deutschland Dolphin-U-Boote nach Israel, die mit Nuklearraketen bestückt werden können. »Die U-Boot-Flotte operiert tief im [Territorium des] Todfeind[es], und zwar effizient und unentdeckt«, so der Kommandeur des Marinestützpunktes Haifa.¹⁵⁰ Das heißt, die deutschen U-Boote könnten in einem Krieg gegen den Iran, zu dem Israel die USA schon lange drängt, eine bedeutende Rolle spielen.

Um effektiver den Terrorismus zu bekämpfen, hat die EU-Polizeiagentur EUROPOL im Juli 2018 mit Israel ein strategisches Abkommen beschlossen, das aber den Austausch personenbezogener Daten nicht erlaubt. Diesen Austausch soll ein baldiges operatives Abkommen ermöglichen. Erstmals enthält das EUROPOL-Abkommen keine Territorialklausel, die sonst in allen EU-Abkommen enthalten ist. Die Klausel besagt, dass ein EU-Abkommen nicht in den Gebieten gilt, die Israel 1967 im Sechstagekrieg erobert hat, also nicht im Westjordanland, in Gaza, den Golanhöhen und Ostjerusalem. Das ist ein fatales politisches Signal vonseiten der EU und zeigt der israelischen Regierung, dass eine »gute« Anti-Terror-Kooperation Vorrang vor Menschenrechten und vor internationalen Völkerrechtskonventionen hat. Bemerkenswert ist, dass dieses Abkommen kurz vor der Verabschiedung des israelischen »Nationalitätengesetzes« unterzeichnet wurde, das bereits im Vorfeld unter anderem vom israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin heftig kritisiert wurde, weil es die Apartheid in Israel gesetzlich verankert.¹⁵¹

»Aufgrund der gegenwärtigen terroristischen Bedrohung und der Migrationsproblematik« will EUROPOL auch mit anderen Ländern der MENA-Region (Naher Osten/Nordafrika) entsprechende Abkommen schließen. Das verheißt nichts Gutes, wurde aber von der friedensbewegten Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen.¹⁵²

Kaum Protest gab es auch, als der Deutsche Bundestag im Januar 2018 den von den Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Antrag »Antisemitismus entschlossen bekämpfen« annahm. In diesem Antrag wird gefordert, dass »§ 54 Absatz 1 Nr. 5 des Aufenthaltsgesetzes konsequent gegenüber Ausländern/Ausländerinnen angewandt werden, die zu antisemitischem Hass aufrufen«.¹⁵³ Das heißt, Geflüchtete oder Migranten müssen aufgrund ihrer Teilnahme an Demonstrationen, die sich gegen die menschenverachtende israelische Regierungspolitik richten, negative Konsequenzen bezüglich ihres Aufenthaltsstatus befürchten. Wenn Ausländer »zum Hass gegen Teile der Bevölkerung« aufrufen und damit das »friedliche Zusammenleben« gefährden, sei es erforderlich, diese »Verhaltensweise als besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse« einzustufen. Also droht im schlimmsten Fall die Ausweisung. Dies sind eine unverhohlene Drohung und ein Maulkorberlass insbesondere für geflüchtete Palästinenser, die oft nur einen Duldungsstatus haben.

Gefährlich ist in dem Antrag auch die Vermischung von Antisemitismus und der Kritik an der Politik des Staates Israel: »Das umfasst auch alle antisemitischen Äußerungen und Übergriffe, die als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden, tatsächlich aber einzig und allein Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion sind.« In dieser Logik überrascht es nicht, dass juristisch geprüft werden soll, ob Boykott-

Aufrufe »Straftatbestände, zum Beispiel der Volksverhetzung«, erfüllen.¹⁵⁴

Die Kriminalisierung der BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestment, Sanktionen) ist ein erklärtes Ziel vieler Politiker. Im März 2018 forderte Frankfurts Bürgermeister Uwe Becker (CDU) ein Verbot der BDS-Kampagne und ersuchte Bundesinnenminister Horst Seehofer, entsprechend initiativ zu werden, weil BDS »eine zutiefst antisemitische Bewegung« sei.¹⁵⁵

Für die israelische Regierung stellt BDS eine »erstrangige strategische Bedrohung« dar, die es im Inland wie im Ausland mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Der Vorsitzende der zentristischen Partei Yesh Atid erklärte im Juni 2015 vor der UNO: »Wir müssen von der Verteidigung zum Angriff übergehen und der Welt erklären, dass die Leute hinter dem Boykott dieselben sind, die ganze Bevölkerungen unterdrücken und im Niger und Syrien Kinder töten.«¹⁵⁶

Nachdem die BDS-Kampagne 2005 von palästinensischen Kirchen und Menschenrechtsgruppen initiiert wurde, richtete die israelische Regierung 2007 ein sogenanntes Hasbara-Forum ein, das der Welt die »positiven Seiten« der Politik Israels erklären soll. »Der Generalstab der Hasbara-Strategie untersteht direkt dem israelischen Regierungschef. Er koordiniert die verschiedenen Apparate des nationalen Hasbara-Forums, das VertreterInnen der Sicherheits- und Geheimdienste, des Außenministeriums, des Ministeriums für Diasporaangelegenheiten sowie des Ministeriums für strategische Angelegenheiten und Hasbara umfaßt.«¹⁵⁷

Hasbara ist hebräisch und bedeutet »Erklärung«. Es steht für an das Ausland gerichtete israelische Propaganda: »Hasbara ist das, was wir – die Guten – machen, um zu erklären, inwieweit wir tatsächlich gut sind und inwieweit die Bösen tatsächlich böse sind.«¹⁵⁸

Um BDS effektiver zu bekämpfen, erhielt der Minister für Innere Sicherheit, Gilad Erdan, den zusätzlichen Posten eines Ministers für Strategische Angelegenheiten und Öffentliche Diplomatie. Für diesen »Kampf« stellt das Ministerium für Strategische Angelegenheiten Millionen von Dollar bereit (30 Millionen Euro 2016) und finanziert Stiftungen, Think Tanks, Reisen für Journalisten, Studierende und »Meinungsmacher« nach Israel sowie ein Netzwerk von Juristen, das juristische Schritte gegen BDS-AktivistInnen prüfen soll.

Mit welchen Mitteln und Strategien die Hasbara vorgeht, beschreiben die israelischen Filmemacher Eyal Sivan und Armelle Laborie in ihrem exzellenten Buch »Legitimer Protest«. Darin geht es beispielsweise um die Durchsetzung neuer Formen der Meinungsfreiheit,¹⁵⁹ die Einschränkung akademischer Freiheit durch Denunziation von Professoren und akademischem Lehrpersonal¹⁶⁰ und letztendlich um die »Anpassung« des Völkerrechts, einschließlich des Kriegsrechts und der Menschenrechte: »Seit Anfang des 21. Jahrhunderts nehmen die politischen EntscheidungsträgerInnen Israels, unterstützt von StrategInnen, JuristInnen und Forschenden, an einer globalen Offensive teil, um das Völkerrecht – insbesondere das Kriegsrecht und die Menschenrechte – den heutigen Realitäten der vom Terrorismus bedrohten liberalen Demokratien anzupassen.«¹⁶¹

Als Beispiel von perfider Hasbara sei hier die Verunglimpfung der EU als Terror-finanzierende Organisation erwähnt. Im Mai 2018 hat das Ministerium für Strategische Angelegenheiten einen Bericht mit dem Titel »Die Millionen, die von EU-Institutionen an NGOs mit Verbindungen zu Terror und Boykott gegen Israel vergeben wurden« herausgegeben. Der zuständige Minister Erdan schrieb in einem Begleitbrief an die EU-Außenministerin Federica Mogherini: »Eine

vom Ministerium durchgeführte gründliche Recherchearbeit hat aufgedeckt, dass die EU 2016 vierzehn europäische und palästinensische NGOs, die offen und eindeutig BDS fördern, finanziell unterstützt hat.« Er beschuldigte die EU, dass »einige der BDS unterstützenden NGOs, die von der EU direkt oder indirekt finanzielle Unterstützungen erhalten, mit terroristischen Organisationen verbunden sind, die von der EU als terroristisch bezeichnet werden.«¹⁶²

Die EU-Außenministerin Frederica Mogherini wies die Behauptungen als »haltlos und inakzeptabel« zurück und erklärte, dass die EU keine Gelder für Aktionen gibt, »die mit Boykott-Aktivitäten in Beziehung stehen. Jedoch bedeutet die Tatsache, dass eine Organisation oder Einzelperson mit der BDS-Bewegung in Verbindung steht, nicht, dass sie mit Anstiftung zu rechtswidrigen Handlungen zu tun hat, noch dass sie sich dadurch für die Vergabe von EU-Geldern als ungeeignet erweist. Die EU steht fest zum Schutz der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit in Übereinstimmung mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Meinungsfreiheit ist auch bei Informationen und Ideen anzuwenden, die den Staat oder irgendeinen Sektor der Bevölkerung verärgern, schockieren oder beunruhigen.«¹⁶³

Mogherini bekräftigt zwar das Recht auf Meinungsfreiheit, aber ein deutliches Signal der Missbilligung wäre die Ankündigung gewesen, sich für ein Aussetzen des EU-Israel-Assoziierungsabkommens einzusetzen, das in Artikel 2 alle Vertragspartner zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet.

Ein wichtiges Statement zu BDS haben im Juli 2018 über dreißig jüdische Organisationen aus aller Welt abgegeben und die »gezielten Angriffe gegen Organisationen, die die Rechte der

PalästinenserInnen im Allgemeinen und die gewaltfreie Boykott-, Desinvestitionen- und Sanktionsbewegung (BDS) im Besonderen unterstützen«, verurteilt: »Diese Angriffe erfolgen allzu oft in Form von zynischen und falschen Antisemitismusvorwürfen, die auf eine gefährliche Art und Weise den antijüdischen Rassismus mit dem Widerstand gegen die israelische Besatzungs- und Apartheidpolitik gleichsetzen ...«¹⁶⁴

Statt BDS zu desavouieren und zu kriminalisieren, sollte BDS als eine gewaltlose, zivilgesellschaftliche Bewegung anerkannt werden, die sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzt. Beispielhaft sei hier der Rat der Sozialistischen Internationalen (SI) zu nennen, der Ende Juni 2018 die Unterstützung von BDS beschlossen und zu einem »totalen Embargo des Waffenhandels mit Israel« aufgerufen hat. Die SI ist ein Zusammenschluss von 140 Parteien, davon 35 in Regierungsverantwortung.¹⁶⁵

Die vielleicht wichtigste Initiative startete der UN-Hochkommissar für Menschenrechte (OHCHR), der seit 2017 eine schwarze Liste von Unternehmen erstellt, die in den illegalen Siedlungen tätig sind und damit Menschenrechte und das Völkerrecht verletzen. OHCHR hat bereits an 150 Firmen (unter anderem TripAdvisor, Airbnb) »Warnbriefe« geschickt und von ihnen die Einstellung ihrer Aktivitäten gefordert.¹⁶⁶ Diese Maßnahme ist vermutlich auch ein Grund für den Rückzug der USA und Israels aus diesem UN-Gremium.

Solange die »Antisemitismuskeule« bei jeglicher Kritik an der israelischen Regierungspolitik geschwungen wird, wird ein Großteil der Friedensbewegung, progressiver Organisationen sowie der Linken zu der antidemokratischen israelischen Regierungspolitik weitgehend schweigen. Damit wird nicht nur das Duckmäsertum befördert, sondern eine gefährliche Tendenz zum präventiv-

autoritären Sicherheitsstaat toleriert und gefördert, wenn auch nicht bewusst. Dies ist ein schwerwiegender politischer Fehler, weil insbesondere die Unterwanderung von linken Bewegungen sowie der Partei Die Linke durch Antideutsche oder ähnliche Gruppierungen nicht entsprechend diskutiert, geschweige denn sanktioniert wird.

Die Journalistin Susan Bonath hat dies in einer bemerkenswerten Analyse »Rassismus für Intellektuelle« aufgezeigt.¹⁶⁷ Anlässlich einer Veranstaltung »70 Jahre Israel« im Juni 2018 im ehemaligen linken Leipziger Zentrum »Conne Island« bezeichnete Thomas Maul, Redakteur der antideutschen Propaganda-Zeitschrift *Bahamas*, die AfD als »erste Antisemitismus-kritische Partei im Bundestag« und lobte deren Vorsitzenden Alexander Gauland, weil er »eine tolle Israel-freundliche Rede« gehalten habe. Damit nicht genug. Maul stellte sich auch hinter die AfD-Politikerin Beatrix von Storch, die Viktor Orbáns repressive Flüchtlingspolitik positiv bewertete. Damit mache die AfD eine »antifaschistische Volksfront überflüssig«, denn der wahre Antifaschismus heiÙe Antiislamismus.¹⁶⁸

Der krude Vortrag gipfelt in der Preisung der israelischen Atombombe: »Angesichts der internationalen antisemitischen Israelfeindschaft von braun, rot oder öko- wie islam-grüner Seite und des Appeasements von Feiglingen oder Gutmenschen ist es zu begrüÙen, dass Israel im Besitz von Atombomben ist. Denn damit ist zumindest theoretisch ausgeschlossen, dass die Welt einem zweiten Holocaust zusehen könnte, ohne dabei und davon selbst in Mitleidenschaft gezogen zu werden.«¹⁶⁹

Dieses Gedankengut ist alles andere als harmlos und darf nicht als Denken einer kleinen Gruppe von Spinnern bagatellisiert werden. Es ist angesichts der zunehmenden Zahl von rechtsextremen Gruppierungen und Bewegungen gefährlich.

Welche Dimension die Bekämpfung linker Positionen inzwischen erreicht hat, war im Juli 2018 in Großbritannien zu beobachten, als drei führende jüdische Zeitungen mit demselben Titelblatt erschienen. Unter dem Titel »United we stand« bezeichneten die Herausgeber Jeremy Corbyn als »existentielle Bedrohung für das jüdische Leben in Großbritannien« und warnten vor ihm als möglichem nächstem Ministerpräsidenten.¹⁷⁰

Den Gipfel eines journalistisch-denunziatorischen Vergleichs leistete sich der Ko-Leiter des *taz*-Auslandsressorts Dominic Johnson. Weil Heike Hänsel, Bundestagsabgeordnete der Linken, die Aufnahme der syrischen Weißhelme in Deutschland kritisierte und stattdessen Asyl für Julian Assange forderte, konstruierte Johnson den Zusammenhang zwischen der »Leugnung der Massenverbrechen des (Assad-, A.G.) Regimes und der grotesken Methodik der Holocaustleugnung. Was manche Assad-Claqueure von sich geben, von der Gleichsetzung aller Demokraten mit dem IS bis hin zur Leugnung der Massenverbrechen des Regimes, gleicht in der grotesken Methodik der Holocaustleugnung. Gegen die Aufnahme der Weißhelme zu hetzen, ist nicht besser als die Aufnahme von Syrien-Flüchtlingen insgesamt als Eroberung durch den Islam zu denunzieren. Eine große Koalition der Flüchtlingsverteufelung, die von Linken zur AfD reicht, darf nicht hingenommen werden.«¹⁷¹

Die Gleichsetzung von Linken mit der AfD ist höchst brisant, relativiert sie doch die Gefahr, die von der rechtsextremen AfD ausgeht. Der konstruierte Zusammenhang zwischen der »Leugnung der Massenverbrechen« und der »Holocaustleugnung« ist skandalös, wurde aber sicher sehr bewusst gewählt.

Die Unterwanderung von linken Organisationen durch Rechte und die Vermarktung von »rechtem als linkem Gedankengut« gehören in der Antisemitismusdebatte zu den größten

Herausforderungen, die bislang zu wenig öffentlich debattiert werden. Die Aufsätze in dem bereits 2014 erschienenen Buch von Susann Witt-Stahl und Michael Sommer »Antifa heißt Luftangriff – Regression einer revolutionären Bewegung« haben diese Gefahr bereits skizziert.¹⁷²

142. Annette Groth/Günter Rath (Hg), Meinungsfreiheit bedroht? Die Gefährdung der Meinungsfreiheit in Deutschland durch die Kampagnen der sogenannten »Freunde Israels«. O. O. Mai 2017, siehe: www.attac-leipzig.de/allg/material/2018/meinungsfreiheit_bedroht_A5_RGB_ohne_tabelle.com

143. Eyal Sivan/Armelle Laborie, Legitimer Protest – Plädoyer für einen kulturellen und akademischen Boykott Israels. Wien 2018, S. 143

144. Matthias Monroy: »Trotz Territorialklausel: EUROPOL beginnt Polizeizusammenarbeit mit Israel«, siehe: netzpolitik.org, mehr Infos: www.stopthewall.org

145. Eine Darstellung über die lange Historie von gezielten Tötungen gibt Ronen Bergmann in seinem Buch: Der Schattenkrieg – Israel und die geheimen Tötungskommandos des Mossad. München 2018, S. 339 ff.

146. www.dailysabah.com

147. www.haaretz.com

148. Miko Peled, 2.5.2018: www.mintpressnews.com; zuletzt aufgerufen (z.a.) 20.11.2018

149. <https://i-like-israel.de/terrorabwehr-in-asien-bringt-40-mehr-militaerexporte/> ; z.a. 20.11.2018

150. Jeff Halper: Hier wird mehr exportiert als nur Waffen, in: Annette Groth/Norman Paech/Richard Falk (Hg.), Palästina – Vertreibung, Krieg und Besatzung, Wie der Konflikt die Demokratie untergräbt. Köln 2017, S. 74

151. Daniel Barenboim über das israelische Nationalitätengesetz: »Ich schäme mich heute, Israeli zu sein.« www.zeit.de ; z.a. 20.11.2018

152. Europäische Kommission, COM(2017)806 final, 20.12.2017, Empfehlung für einen Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und dem Staat Israel über den Austausch personenbezogener Daten zwischen der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und den für die Bekämpfung von schwerer Kriminalität und Terrorismus zuständigen israelischen Behörden.

153. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/004/1900444.pdf>, S. 4 ; z.a. 20.11.2018
154. Ebd.
155. www.fr.de ; z.a. 20.11.2018
156. Eyal Sivan/Armelle Laborie, Legitimer Protest – Plädoyer für einen kulturellen und akademischen Boykott Israels. Wien 2018, S.20
157. Ebd., S.28
158. Ebd., S.27
159. Ebd., S.43
160. Ebd., S. 77 ff
161. Ebd., S.141
162. Haaretz_17.07.2018, Noa Landau: www.haaretz.com ; z.a. 20.11.2018
163. Ebd.
164. bds-info.at/2018/07/
165. www.socialistinternational.org ; z.a. 20.11.2018
166. www.ohchr.org <https://bdsmovement.net/economic-boycott> ; z.a. 20.11.2018
167. Susan Bonath: deutsch.rt.com; z.a. 20.11.2018
168. Thomas Maul: 28.5.2018 www.conne-island.de ; z.a. 20.11.2018
169. Ebd.
170. jewishnews.timesofisrael.com
171. Dominic Johnson: Asyl für syrischen Zivilschutz Verteufelung von links und rechts. taz, vom 24.7. 2018
172. Susann Witt-Stahl/Michael Sommer (Hg.), Antifa heißt Luftangriff – Regression einer revolutionären Bewegung. Hamburg 2014

III. Transatlantische Kriegstreiber in Aktion

Die »Achse des Bösen« – die US-Israel NeoCon-Connection

Kees van der Pijl¹⁷³

Neokonservatismus und Neoliberalismus gehören zusammen: Die Neokonservativen – NeoCons – bilden den soziokulturellen und (geo-)politischen Teil der marktradikalen Variante des Kapitalismus, die Neoliberalen den ökonomischen Aspekt. Die NeoCon-Connection zwischen den USA und Israel ist maßgeblich verantwortlich für die Konzeption des »War on Terror« als nie endender Krieg. Die NeoCons organisierten die Re-Installation des Kalten Krieges 2.0¹⁷⁴, um den Kollaps des militärisch-industriellen-Sicherheitskomplexes abzuwenden und das westliche Primat nach 1990 zu sichern. Sie sind ferner verantwortlich für Demokratieabbau, Massenmanipulation und Massenüberwachung sowie Angstproduktion. Sie sind die wahren Architekten des weltweiten Chaos, das sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR statt einer Friedensordnung entwickelte.

Die Verbindung der extremen Rechten in den USA mit dem Staat Israel, insbesondere nach [dem Jom-Kippur-Krieg, U.M.] 1967, war von großer Bedeutung für die globale Strategie der US-NeoCons. Die USA unterstützten die Besetzung arabischen Landes und nach 1976 wurde Israel der größte Empfänger von US-Auslandshilfe, der überwiegende Teil davon als Militärhilfe.¹⁷⁵ Heute ist klar, dass sich der globale Krieg gegen den Terror aus der US-Garantie für die israelische Besetzung entwickelt hat. Israel muss die Palästinenser unter Kontrolle halten, nicht nur in den besetzten Gebieten oder im Freiluftgefängnis des Gazastreifens, sondern auch in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Ländern wie dem Libanon.

Die hochkomplexen Beziehungen zwischen den USA und Israel sowie den arabischen OPEC-Ländern, insbesondere den von Saudi-Arabien geführten Golfmonarchien, überschritten eine kritische Schwelle, als der Nahe Osten dank steigender Öleinnahmen selbst zu einem wichtigen Kunden der US-amerikanischen Rüstungsindustrie wurde. Nach Aufgabe der Golddeckung des US-Dollars im Jahr 1971 versuchten die OPEC-Länder, ihre Verluste aufgrund der Dollarinflation durch Erhöhung des Rohölpreises zu reduzieren. Wie Jonathan Nitzan und Shimshon Bichler gezeigt haben, löste dies einen politisch motivierten Geschäftszyklus zwischen den großen US-Waffenproduzenten und »Big Oil« aus.¹⁷⁶

Der Jackson-Vanik-Änderungsantrag von 1974¹⁷⁷ des US-Handelsgesetzes von 1973¹⁷⁸ machte die Handelsbeziehungen mit der UdSSR davon abhängig, dass die UdSSR die jüdische Bevölkerung nach Israel auswandern ließ. Damit verpfändeten die USA ihre Entspannungspolitik an das zionistische Projekt. Das Jackson-Team führte die Opposition gegen die laufenden Rüstungskontrollverhandlungen an und untergrub die Position der USA zum Vertragsentwurf über ballistische Raketen mit Mehrfachsprengköpfen, SALT II.¹⁷⁹

Heute sehen wir, dass dies den US-israelischen NeoCon-Block geschaffen hat. Dieser diktierte und diktiert weiterhin die geopolitische Strategie des Westens, einschließlich des Krieges gegen den Terror. In den Vereinigten Staaten schlossen sich die neuen Kalten Krieger und die Unterstützer der israelischen Besatzung zusammen. Sie bekamen Auftrieb, als die einflussreiche jüdische Intelligenz New Yorks, die früher liberal und vor dem [Jom-Kippur-, U.M.] Krieg in vielen Fällen sogar trotzkistisch-marxistisch war, ihren Medieneinfluss zugunsten der militärisch-industriellen und pro-israelischen Kampagne geltend machte. Sie

waren es, die das Label »Neokonservative« erhielten. Die Neokonservativen verbanden sich mit dem Tiefen Staat, der Schatten-CIA und dem Safari-Club¹⁸⁰ in der »Team B«-Episode 1976.¹⁸¹ Die Männer, die später den Krieg gegen den Terror starten sollten, Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und sein Stellvertreter Paul Wolfowitz, waren Schützlinge des bewegenden Geistes von Andrew Marshall¹⁸², der hinter dem Team B im Pentagon stand.¹⁸³

Der Sieg der Likud-Partei in Israel 1977 war der erste Durchbruch des transnationalen NeoCon-Blocks bei regulären Wahlen. Angeführt von den ehemaligen zionistischen Terroristenführern Menachem Begin und Jitzchak Schamir, rücksichtslosen Militärkommandeuren wie Ariel Sharon und den Netanjahus (Vater Benzion, der ehemalige Sekretär des Gründers des rechtsextremen Zionismus, Zeev Jabotinsky,¹⁸⁴ und Sohn Benjamin), gab diese Partei die Idee eines Kompromisses mit den Palästinensern auf. Stattdessen entschied sie sich mit westlicher Unterstützung für die Repression. Beide Komponenten des Krieges gegen den Terror hatten eine längere Geschichte: der Gegenangriff auf einen angeblichen Feind, bestehend aus Terroristen und Staaten, die sie unterstützen, und der Demokratieabbau im eigenen Land durch Überwachung und eine Politik der Angst. Sie wurden nun zu einem einzigen Programm zusammengefasst, auch wenn sie noch im Kontext des Kampfes gegen den sowjetischen Staatssozialismus standen.

Der Ursprung des NeoCon-Konzeptes

Das Konzept des Krieges gegen den Terror wurde in den frühen Phasen des neuen Kalten Krieges eingeführt. Da Wahlen in den USA anstanden, vertraten zwei amerikanische Delegationen auf der

Jerusalemener Konferenz im Juli 1979 zum Thema Terrorismus die beiden Zweige des entstehenden NeoCon-Blocks.¹⁸⁵ Eine Delegation wurde vom republikanischen Präsidentschaftskandidaten George H.W. Bush geführt, die andere von Henry Jackson für die Demokraten. Richard Pipes,¹⁸⁶ der streng antisowjetische Akademiker, der das »Team B« der CIA leitete, nahm ebenfalls teil. Die Veranstaltung war ein Meilenstein für den Zusammenschluss der entstehenden NeoCon-Koalition. Die nationale Befreiung der »Dritten Welt« wurde nun »Terrorismus« getauft und Moskau zum Zentrum weltweiter terroristischer Operationen ernannt, in Israel/Palästina, Mittelamerika, im Apartheidstaat Südafrika usw.

Der Krieg gegen den Terror sollte durch Präventivschläge gegen »Staaten, die den Terrorismus unterstützen«, geführt werden, wobei man sich auf eine eigene nachrichtendienstliche Infrastruktur stützte; während die bürgerlichen Freiheiten für diejenigen unterdrückt werden sollten, die mit dem »Terror« (früher: nationale Befreiung) verbunden sind. Verdachtsunabhängige Überwachung, vorbeugende Inhaftierung ohne Anklage und Folter waren sämtlich Teil dieses großen Plans.¹⁸⁷

Ronald Reagans Sieg bei den US-Präsidentenwahlen im November 1980 war in jeder Hinsicht ein direkter Sieg für die NeoCons. Reagan hatte schon als Gouverneur in Kalifornien großes Interesse an Notfallprogrammen gezeigt. Nun, als Präsident, schuf er eine operative Kommandostruktur unter einem Ausnahmezustand. Dies machte den Tiefen Staat zu einer Schattenregierung, die James Mann als »den permanenten, wenn auch verborgenen, nationalen Sicherheitsapparat der Vereinigten Staaten« bezeichnet, »Bewohner einer Welt, in der Präsidenten kommen und gehen können, aber Amerika immer weiter kämpft«¹⁸⁸. Eine neue Version des Continuity of Government (COG)-Projekts, ein ultra-geheimes Unternehmen zur

Überwachung und Massenverhaftung politischer Dissidenten, wurde entwickelt, auch wurden militärische Befehlshaber ernannt, die unter Kriegsrecht herrschen sollten. Donald Rumsfeld und Dick Cheney wurden als Teamleiter für Übungen zur Vorbereitung auf den Atomkrieg rekrutiert, ebenso der spätere CIA-Direktor James Woolsey. Unter der Aufsicht von CIA-Direktor William Casey und Vizepräsident Bush wurden Rumsfeld und Cheney »Hauptfiguren in einem der geheimsten Programme der Reagan-Administration«, obwohl keiner damals ein öffentliches Amt innehatte.¹⁸⁹

Die Idee, Moskau sei die Drehscheibe eines globalen Terrornetzwerks, ist ein klares Beispiel für das, was wir heute als Fake-News bezeichnen. Dennoch waren die Mainstream-Medien bereit, diese Strategie mitzumachen. Eine der Teilnehmerinnen der Jerusalemer Konferenz, die Journalistin Claire Sterling, fasste das neue Weltbild in ihrem 1981 erschienenen Buch *The Terror Network*, zusammen. Alexander Haig, Reagans erster Außenminister, setzte dieses Weltbild um.¹⁹⁰

Weitere Entwicklungen im »Krieg gegen den Terror«

Auf der Jerusalemer Konferenz hatte George H.W. Bush noch Bedenken geäußert, dass selbst in einem Terror-Notfall die liberalen Gewohnheiten der »offenen Gesellschaft« angemessene Regierungsmaßnahmen vereiteln könnten.¹⁹¹ Doch nun stellte sich heraus, dass die öffentliche Meinung manipuliert werden konnte, damit selbst die unwahrscheinlichste Geschichte akzeptiert würde. Die *New York Times*, *Time*, *Newsweek*, *CBS News* und andere bündelten ihre Kräfte für die öffentliche Unterstützung eines neuen Wettrüstens und konterrevolutionärer Operationen in Angola, Mosambik, Nikaragua und El Salvador.¹⁹²

1984 traf sich das NeoCon-Netzwerk erneut, um in Washington D.C. mit Benjamin Netanjahu, dem damaligen Botschafter Israels bei den Vereinten Nationen, über einen Krieg gegen den Terror zu diskutieren. 1981 war Israel in den Libanon eingedrungen, und Sharon hatte den libanesischen faschistischen Milizen erlaubt, palästinensische Zivilisten in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila in Beirut zu massakrieren. Dies veranlasste einen wichtigen New Yorker NeoCon, Norman Podhoretz¹⁹³, die Kritik an Israel wegen dieser Operation in einem Beitrag in der *Washington Post* mit dem Titel »J'Accuse« als »antisemitisch« zu bezeichnen.¹⁹⁴

Das Niveau der Teilnehmer der Washingtoner Konferenz machte klar, dass die NeoCons nun die Kommandohöhen besetzten. Unter den Teilnehmern befanden sich Spitzenmitglieder des Reagan-Kabinetts: George Schultz, Außenminister nach Haigs Amtsenthebung, Generalstaatsanwalt Ed Meese, Jeane Kirkpatrick, Reagans UN-Botschafterin, und FBI-Direktor William Webster. Die prominentesten Teilnehmer aus Israel waren Verteidigungsminister Jitzchak Rabin sowie Benjamin und Benzion Netanjahu. Aus dieser Konferenz gingen drei strategische Hauptlinien hervor:

Erstens die Vorwärtsverteidigung durch Angriffe auf »staatliche Sponsoren des Terrorismus«. George Shultz identifizierte eine »Liga des Terrors« aus Libyen, Syrien, Iran und Nordkorea und empfahl für den Fall geheimdienstlicher Bestätigung den Präemptivschlag als Option.¹⁹⁵

Zweitens sollten die Medien dazu gebracht werden, jede Untersuchung möglicher Motive von Terroristen zu vermeiden. Dies war natürlich eine entscheidende Komponente bzgl. der totalen Informationsaufklärung und der Bewusstseinskontrolle, denn damals hatte die Qualitätspresse noch die Tendenz, die Ursachen des Terrors zu erklären. Stattdessen sollte sie dem Beispiel der

Boulevardzeitungen mit ihren reißerischen Beschreibungen von Blut und Zerstörung folgen. Wie italienische Analysten der Strategie der Spannung der 1970er-Jahre bereits feststellten, muss der Terror als absolutes Übel dastehen, um die Bevölkerung hinter sich zu versammeln; ein analytischer Ansatz seines wahren Ausmaßes muss vermieden werden.¹⁹⁶

Die dritte Komponente des Krieges gegen den Terror war die Aussetzung der bürgerlichen Freiheiten im eigenen Land durch verstärkte Überwachung und präventive Inhaftierung. Die Frage, ob die Bevölkerung all das akzeptieren würde, hatte Bush bereits 1979 gestellt. Nun griff Netanjahu Jr. diese auf der Washingtoner Konferenz wieder auf. Nach einer großen Empörung in Folge eines terroristischen Anschlages, so argumentierte er, sei das Volk in Angst vereint und würde sich wie »Soldaten in einem gemeinsamen Kampf« sehen und »bereit sein, Opfer und sogar ... unermesslichen Schmerz zu ertragen«. Für eine umfassende Politik der Angst würde die eine oder andere Flugzeugentführung aber nicht ausreichen. Nur wenn es einen mächtigen Schlag gebe, würde das Volk folgen und die Vereinigten Staaten könnten »ein Anti-Terror-Bündnis ... mit zwei, drei oder möglicherweise mehr Ländern bilden ... und die Neutralen dazu bringen, ihre Neutralität aufzugeben«.¹⁹⁷

Nach der Implosion der UdSSR im Jahr 1991, als der angebliche Knotenpunkt des globalen Terrorismus kapitulierte, wurde die ganze Idee eines Krieges gegen den Terror auf Eis gelegt. Die Vorbereitungen für einen Continuity-of-Government-Prozess und eine Infrastruktur zur Massenüberwachung gingen dagegen weiter. Die IT-Revolution würde dieser Struktur die sozialen Medien zur Verfügung stellen, in denen die Menschen ihre privaten Daten freiwillig preisgeben.

Erhalt der globalen Vormachtstellung und Sicherung des militärisch-industriellen Sicherheitskomplexes

Der Zusammenbruch des sowjetischen Sozialismus und der Untergang der globalen Struktur des Kalten Krieges führten in den Vereinigten Staaten zur Sorge, dass dies die Verlagerung von einem Kriegsstaat hin zum Wiederaufbau der sozialen Infrastruktur im eigenen Land bedeuten könnte. Inmitten triumphaler Äußerungen wie Fukuyamas These vom »Ende der Geschichte«¹⁹⁸ gab der damalige Verteidigungsminister Paul Wolfowitz einen Bericht in Auftrag, die *Defence Planning Guidance, FY 1994-1999*,¹⁹⁹ um die Zukunft der US-Verteidigungspolitik zu entwerfen und eine Demobilisierung wie nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg auszuschließen. Der ehemalige NATO-Kommandant General Wesley Clark berichtete, Wolfowitz hätte ihm 1991 gesagt, dass die USA jetzt ihre militärische Macht im Nahen Osten nutzen könnten, ohne dass die Sowjets sie aufhalten würden. Es gäbe ein Intervall von fünf bis zehn Jahren, um sowjetische Klienten-Regime im Nahen Osten zu säubern, bevor der nächste große Herausforderer-Staat entstehen würde.²⁰⁰

Die *Defence Planning Guidance* (DPG) legte eine Doktrin fest, in der die Vereinigten Staaten die globale militärische Vormachtstellung innehaben. Den USA wurde geraten, eine militärische »Vorwärtspräsenz« sicherzustellen.²⁰¹ In dem Dokument heißt es: »Während die Vereinigten Staaten das Ziel der europäischen Integration unterstützen, müssen wir versuchen, das Entstehen von Europa-eigenen Sicherheitsvorkehrungen zu verhindern, die die NATO – insbesondere die integrierte Kommandostruktur des Bündnisses – untergraben würden.«²⁰²

Wichtig ist, dass die DPG das ausdrückliche Ziel der USA formuliert, mit allen anderen Staaten in kritischen Technologien

Schritt zu halten, der IT-Sektor wäre der Schlüsselsektor unter ihnen. Die Clinton-Administration nahm die DPG-Doktrin in ihrer militärischen Ausrichtung an. So wurde die Continuity-of-Government-Planung von der postnuklearen Kriegsführung auf »Terrorismus« umgestellt. Unter diesem Label leitete Richard Clarke²⁰³ in den 1990er-Jahren die Continuity-of-Government-Übungen.²⁰⁴

Aber wie kann man ein globales Terrorproblem nach dem Zusammenbruch des angeblichen Zentrums des Terrorismus aufrechterhalten? Das Problem, dass es keinen glaubwürdigen Feind mehr geben könnte, löste Samuel Huntingtons Argument in seinem Buch »Kampf der Kulturen« aus dem Jahr 1998. Im Nachhinein kann die These vom »Kampf der Kulturen« als Brücke zwischen dem ursprünglichen Netanjahu-Projekt eines Krieges gegen den Terror und seiner Wiederbelebung nach dem 11. September 2001 gesehen werden. Fukuyamas Argument vom »Ende der Geschichte« war zu ambivalent, um die vollständige militärische Mobilisierung fortsetzen zu können. Huntington hingegen identifiziert China und den islamischen Terrorismus als die beiden Herausforderungen für den Westen. Auch wenn diese Behauptung etwas schwächer ist als die Verbindung zwischen der UdSSR und den nationalen Befreiungsbewegungen, so untermauert sie die Behauptung, Islam und Konfuzianismus seien inhärent fremde Zivilisationen. China, der neue Herausforderer-Staat nach 1991, verfügte über kein transnationales revolutionäres Netzwerk wie der Sowjetblock. Nach Huntington liegen die Wurzeln des islamischen Terrorismus in der »demographischen Explosion der muslimischen Gesellschaften«, die eine »große Zahl oft arbeitsloser Männer« zu einer »natürlichen Quelle von Instabilität und Gewalt« machte.²⁰⁵

COG – »Continuity of Government« nach 9/11

Es kann sein, dass »Cheney und Rumsfeld nicht in der Lage waren, 9/11 kommen zu sehen«, wie Jeremy Scahill es ausdrückt, aber sie haben sich als Meister erwiesen, die Angriffe für ihre Zwecke auszunutzen.²⁰⁶ Es geht hier darum, dass die Massenüberwachung der Gesellschaft den endlosen Krieg zur Voraussetzung hat, der nicht mehr gegen einen besiegbaren Feind geführt wird, sondern, wie von George Orwell vorhergesagt, als Disziplinierungsmechanismus für die Bevölkerung dient. Sie zielt insbesondere darauf ab, die riesige Arbeiter-Reservearmee zu kontrollieren, die als Nebenprodukt der neoliberalen Globalisierung und des Niedergangs des Staatssozialismus entstanden war. Wie auch immer die Details zu den eigentlichen Anschlägen, den Tätern und der unerklärlichen Lähmung der US-Verteidigung im Jahr vor dem Ereignis und an dem fatalen Tag selbst aussehen mögen, es besteht kein Zweifel daran, dass der Krieg gegen den Terror weit im Voraus vorbereitet worden war.

Peter Dale Scott schlägt vor, den Krieg gegen den Terror als Terrorkrieg zu bezeichnen. Dies sei ein globaler Trend, weil auch die dem Westen entgegengesetzten Regime begierig sind, sich diesem Krieg anzuschließen.

»Der Terrorkrieg in seinem globalen Kontext sollte vielleicht als die jüngste Phase der jahrhundertelangen säkularen Ausbreitung der transurbanen Zivilisation in Gebiete mit meist ländlichem Widerstand betrachtet werden, in denen sich konventionelle Formen der Kriegsführung aus geographischen oder kulturellen Gründen als nicht schlüssig erweisen.«²⁰⁷

Noch am 11. September 2001 übernahm Vizepräsident Cheney vorübergehend das gesamte Kommando im Rahmen der COG-Bestimmungen. Die COG-Pläne von Rumsfeld und Cheney, die nach

9/11 eingeführt wurden, bestanden aus anlassloser Überwachung, anlassloser Inhaftierung und der Militarisierung der inländischen Sicherheit. Den 11. September verbrachten der Milliardär Warren Buffett und der ehemalige National Security Advisor Brent Scowcroft im Hauptsitz des US-Strategic-Command auf der Offutt Air Force Base in Nebraska. Von dort aus wurde die COG-Übung »Global Guardian« geleitet, eine von fünfzehn großen militärischen Übungen, die an diesem Tag durchgeführt wurden.²⁰⁸ Die Übungen ermöglichten es der Schattenregierung, auch während der eigentlichen Angriffe einsatzbereit zu sein.²⁰⁹

Cheney installierte in seinem Bunker unter dem Ostflügel des Weißen Hauses eine 90-Tage-Schattenregierung. Für 24 Stunden täglich beorderte er etwa 100 Beamte der mittleren Ebene zu anderen Bunkern für die Dauer von 90 Tagen, ohne Rotation. Diese Maßnahme wurde mit der Behauptung gerechtfertigt, Al-Qaida verfüge über Atomwaffen.²¹⁰ Unter Umgehung mehrerer Minister und durch die Zusammenarbeit mit Untergebenen, die seine Ansichten teilten, führte Cheney das Projekt Endgame ein, einen Zehnjahresplan, der im September 2001 begann, um die Kosten der Internierungslager allein für das Geschäftsjahr 2007 auf 400 Millionen Dollar auszuweiten.²¹¹

Am 14. September erklärte Bush durch die Proklamation 7463 einen nationalen Ausnahmezustand mit der Ausführungsanordnung 13233. Damit konnten die Reservisten in den aktiven Dienst gestellt werden. 2007 wurde ihr Geltungsbereich noch erweitert.²¹² Innerhalb von acht Wochen nach den Anschlägen wurden mehr als 1200 Menschen verhaftet, zum Teil geschlagen und misshandelt. Hunderte wurden nach den Regeln des Generalstaatsanwalts John Ashcroft, der ebenfalls 70 Personen auf unbestimmte Zeit festhielt, eingesperrt. Vier wurden schließlich verurteilt.²¹³

Am 8. Oktober 2001 wurde das Office of Homeland Security innerhalb des Präsidentialbüros eingerichtet. Später entstand daraus das Homeland-Ministerium, das drittgrößte US-Ministerium. Für inländische Zwecke hat der Patriot Act vom 25. Oktober die größte Bedeutung. Der Kongress hatte eine Woche Zeit, diesen 340-seitigen Gesetzentwurf zu verabschieden, der lange vor dem 11. September geschrieben worden war. Er wurde gegen die ursprünglichen Einwände zweier demokratischer Senatoren (Tom Daschle und Patrick Leahy) verabschiedet, nachdem sie Briefe mit waffenfähigem Anthrax erhalten hatten. Wie Glenn Greenwald später feststellte, stammte das Anthrax aus einem Regierungslabor ebenso wie die falschen Berichte, dass die Briefe ihren Ursprung im Irak hätten.²¹⁴

9/11 ermöglichte, jede Politik durchzusetzen, indem man sich einfach auf »Terrorismus« berief. Das ist »eine politische Technik, politische Fragen in den Rahmen von Überlebenslogiken zu stellen, um eine Politik der Angst zu mobilisieren«.²¹⁵ So hielt die *New York Times (NYT)* 2004 und 2005 einen Bericht über die Abhörmaßnahmen der NSA [...] zurück, weil die Bush-Administration behauptete, er würde in die Hände des Terrorismus spielen – ein weiteres Zeichen dafür, dass die Medien ihre kritische Haltung den Prioritäten der Regierung untergeordnet hatten.²¹⁶ Zwischen 1979 und 2011 gingen beim FISA-Gericht²¹⁷ fast 40.000 Anträge auf Abhörmaßnahmen ein, nur elf wurden abgelehnt.²¹⁸ Mit anderen Worten: Das Abhören wurde von diesem geheimen, schein-rechtlichen »Gericht« gedeckt. Nach dem NYT-Skandal wurde zwar das FISA-Überwachungsgesetz geändert, aber tatsächlich erleichterte sein Artikel 702 nur das Abhören, da die NSA nun gebeten wurde, das FISA-Gericht einmal im Jahr über die allgemeinen Grundsätze zu informieren, nach denen sie private Kommunikation aufnimmt.²¹⁹ Inzwischen wurde der Patriot Act

weit über seine Bestimmung hinaus angewandt: Durchsuchungsbefehle ohne vorherige Information wurden hauptsächlich für Drogen- und Betrugsfälle eingesetzt und nur ein Bruchteil gegen Terrorverdächtige.²²⁰

Der allgemeine Trend, so Dominick Jenkins, besteht darin, dass die »klare Unterscheidung zwischen normalen Zeiten guter Ordnung und außergewöhnlichen Umständen durch die wiederholte Darstellung von Bedrohungen aufgehoben wird.« Dies rechtfertigt den weiteren Ausbau der Exekutive; die Exekutive wiederum »benutzt ihr Vorrecht, um die Struktur der Gesellschaft zu verändern und das Kräfteverhältnis innerhalb [...] der Regierung entscheidend zu ihren Gunsten zu verändern«.²²¹ Wieweit sich die Definition von »Terrorismus« ausdehnen lässt, um Dissens zu ersticken, zeigte sich bei der Verhaftung von Glenn Greenwalds Partner in Heathrow. Sie erfolgte mit der Behauptung, die Herausgabe der Snowden-Dokumente »diene der Förderung einer politischen oder ideologischen Sache. Dies fällt daher unter die Definition von Terrorismus«.²²²

Tatsächlich behaupten mehrere Think Tanks, dass die US-Wirtschaft Gefahr läuft, nicht nur vom »ökonomischen Jihad« durch Al-Qaida, sondern auch von Ländern wie China oder Iran angegriffen zu werden.²²³ Dies würde bedeuten, dass eine weitere schwere Rezession als casus belli interpretiert werden könnte. Das zeigt, dass die Krise selbst als Motor für militärische Aktionen und/oder Repressionen dienen könnte.

Der Krieg gegen die »Überflüssigen«

Wir kommen nun zu dem, was ich als die tiefere Logik des Krieges gegen den Terror betrachte: die Kontrolle der Überbevölkerung des Planeten unter kapitalistischen Bedingungen, insbesondere unter

den Bedingungen des neoliberalen Kapitalismus, der einerseits von spekulativen Finanzmärkten beherrscht wird, und andererseits von einem stark geschwächten, wenn nicht sogar überflüssigen Arbeitskräftepotenzial. Die Implosion des Sowjetblocks zusammen mit der Öffnung Chinas haben in zwei Jahrzehnten zu einer Verdoppelung des weltweiten Arbeitskräfteangebots von 1,5 auf mehr als 3 Milliarden Menschen geführt.²²⁴

Als der Sozialstaat rund um den Globus verkümmerte und durch Schulden und ideologische Korruption untergraben wurde, waren die Bevölkerungen direkt mit dem transnationalen Kapital konfrontiert, das in keiner Beziehung mehr zum vermittelnden Staat stand.²²⁵ Im Westen und in Japan wurde das Problem, die wachsende Überbevölkerung an die Disziplin des Arbeitsmarktes zu binden, zumindest teilweise durch eine entsprechende Arbeitsmarktpolitik gelöst. Im Gegensatz dazu verhängten Clinton und andere Vertreter des »radikalen Zentrums« in den 1990er-Jahren strenge Regeln, um die Arbeiter um jeden Preis in Arbeit zu halten, statt sie in Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Krankheit zu ernähren und fit zu halten. Als im Ergebnis die Zahl der »Working Poor« im entwickelten Teil des globalen Kapitalismus stieg, wurde die Lohnlücke durch Schulden gedeckt.²²⁶ In der neu exponierten nicht-westlichen Welt, einschließlich der ehemaligen Sowjetunion, wurde der Anstieg der verfügbaren lohnabhängigen Personen unterschiedlich gehandhabt. Nachdem die Gefahr der Verstaatlichung beseitigt wurde, wird ein Segment in den sich neu ausbreitenden »globalen Warenketten« eingesetzt.²²⁷ Entlang dieser Ketten werden Arbeiter, die unter extrem unterschiedlichen sozialen und arbeitsrechtlichen Bedingungen leben, dennoch in einem einzigen Prozess zusammengeführt. Mit David Harveys Worten:

*»Völker, die über die größte Vielfalt an historischen Erfahrungen verfügen und in einer unglaublichen Vielfalt an physischen Umständen leben, wurden [...] oft durch die Ausübung gnadenloser Gewalt zu einer komplexen Einheit in der internationalen Arbeitsteilung verschmolzen«.*²²⁸

Die für eine gewerkschaftliche Mobilisierung in Frage kommenden Arbeitnehmer sind jedoch nur ein kleiner und abnehmender Anteil der gesamten lohnabhängigen Bevölkerung. Die exportorientierte Produktion konzentriert sich auf China, Korea und Taiwan; im Rest der »Dritten Welt« haben massive Werksschließungen und die tendenzielle Deindustrialisierung u.a. infolge der neoliberalen Strukturanpassungspolitik des Westens die reguläre Beschäftigung mit katastrophalen Folgen stark reduziert.²²⁹ Da in einer weltmarktorientierten Landwirtschaft nur wettbewerbsfähige Landwirte überleben können, entleeren sich die ländlichen Regionen von ihrer Überschussbevölkerung. Vor allem die Länder in Subsahara-Afrika werden auf ihre Funktion als Rohstofflagerstätten reduziert. Konflikte in diesen Ländern machen das Leben für die Überschussbevölkerung noch gefährlicher.²³⁰ Wenn Menschen jedoch in die Städte strömen, erwartet sie auch dort keine reguläre Beschäftigung. Schätzungen zufolge waren zum Zeitpunkt der Finanzkrise 2008 82 Prozent der nicht-landwirtschaftlichen Beschäftigten in Südasien »informell« tätig, 66 Prozent in Subsahara-Afrika, 65 Prozent in Ost- und Südostasien und 51 Prozent in Lateinamerika.²³¹

Aber was ist »Informalität«? Während die Illusionen von lokalem »Unternehmertum« mit Unterstützung von NGOs oder Mikrokrediten verblassen, lässt sich die Realität der milliardenstarken Überschuss-Menschheit nicht länger leugnen.²³² Die Städte wachsen im Rekordtempo, und die Beschäftigungsmöglichkeiten nehmen ab. Mike Davis zitiert Jan Breman, der schreibt, dass »ein point of no

return erreicht ist, wenn eine Reservearmee, die darauf wartet, in den Arbeitsprozess integriert zu werden, als dauerhaft überflüssige Masse stigmatisiert wird [...] diese Metamorphose ist [...] die wahre Krise des Weltkapitalismus.«²³³ Es stellt sich die Frage, inwieweit die »permanent überflüssige Masse«, mehr noch als das Potenzial des kollektiven Arbeiters, wie das in den »globalen Warenketten« noch denkbar war, der eigentliche Treiber des späteren Krieges gegen den Terror war. Huntington bezeichnet im »Kampf der Kulturen« die menschliche Masse, für die es keine Verwendung gibt, als muslimisch. Der Aufstieg des Islam in ganz Asien, Nordafrika und auf dem Balkan, so sein Argument, wird durch das Wachstum der arbeitslosen Bevölkerung angetrieben.

»Das Wachstum der muslimischen Bevölkerung hat eine große Zahl von arbeitslosen und unzufriedenen Jugendlichen hervorgebracht, die zu Rekruten für die islamistische Sache werden, Druck auf benachbarte Gesellschaften ausüben und in den Westen abwandern [...]. Die gleichzeitigen Bemühungen des Westens, seine Werte und Institutionen zur allgemein gültigen Norm zu erheben, seine militärische und wirtschaftliche Überlegenheit zu bewahren und in Konflikte in der muslimischen Welt einzugreifen, erzeugen bei den Muslimen starke Ressentiments.«²³⁴

Mit der »muslimischen Neigung zu gewaltsamen Konflikten«²³⁵ und angesichts der Tatsache, dass es sich um eine »Religion des Schwertes«²³⁶ usw. handelt, ist der existentielle Konflikt nur einen Schritt entfernt. Ob diese Behauptungen gut- oder unbegründet sind, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Von Bedeutung ist, dass ein wichtiger US-Ideologe sie auf diese Weise präsentiert und mit dem Terrorismus verbindet.²³⁷

Der Kampf gegen die inneren Feinde

Bereits in den 1990er-Jahren wurden dem US-Militär die Probleme im Zusammenhang mit der Kontrolle sich ausbreitender Slums deutlich, als der Angriff lokaler Milizen in Mogadischu (Somalia) 1993 Opfer unter den US-Streitkräften forderte und sie zum Rückzug zwang (»Black Hawk Down«); die Besatzung des Irak lehrte Vergleichbares. Vier Jahre später wurde ein gemeinsames Trainingsprogramm initiiert, um die verschiedenen US-Streitkräfte auf die Straßenkämpfe in der »Dritten Welt« vorzubereiten. Die RAND-Corporation warnte damals vor einer »Urbanisierung des Aufstands«. ²³⁸ Da die überschüssige Bevölkerung versucht, den lokalen Bedingungen der Arbeitslosigkeit, des zivilen Ressourcenkonflikts, der Überbevölkerung und ökologischen Erschöpfung zu entkommen, kompliziert dies die Probleme im Zusammenhang mit der Kontrolle der Arbeit, sogar der organisierten Arbeit. Ein seriöses französisches Magazin sieht Frankreich durch ISIS (den Islamischen Staat) und die militante Gewerkschaft CGT bedroht. ²³⁹ Unruhen wie der Aufstand der Banlieues in den Städten Frankreichs im Jahr 2005, die die Regierung Villepin dazu veranlassten, den Ausnahmezustand auszurufen, ²⁴⁰ folgten vergleichbare Explosionen in London im August 2011, die sich auf zwölf weitere Städte ausweiteten. ²⁴¹ Häufige Unruhen in den Vereinigten Staaten, die normalerweise durch als rassistisch empfundene Polizeiaktionen ausgelöst werden, führen zu »Mogadischu«-ähnlichen Situationen auch im reichen Westen.

Damit rückt neben dem äußeren Feind, der die Verteidigung legitimieren soll, wieder der »innere Feind« in den Vordergrund. ²⁴² Seit Anfang der 1990er-Jahre hat dies zur Entstehung eines neuen Sicherheitskonzepts geführt, bei dem die rein militärische Verteidigung durch Grenzregime und Aufstandsbekämpfung auch in den Metropolen erweitert wird. ²⁴³

Die Kontrolle der überschüssigen Menschheit der Welt und die Etablierung dessen, was Jeff Halper die »globale Matrix der Kontrolle« nennt, um mit den Armen und Marginalisierten der Welt umzugehen, wird von den USA und Israel massiv vorangetrieben. Diese beiden übertreffen alle anderen in Bezug auf ihre Erfahrungen mit militarisierter Kontrolle und Überwachung: die Vereinigten Staaten als der Weltpolizist, der die globale kapitalistische Wirtschaft schützt und die eigene schwarze Bevölkerung unter Kontrolle hält, und Israel als »die vorherrschende Autorität für Kontrolle und Überwachung sowie anhaltende Befriedung«. ²⁴⁴ Das gilt nicht nur für die tatsächlich Militanten, denn sowohl bei den US-Schwarzen als auch bei den Palästinensern wehrt sich nur ein winziger Bruchteil aktiv (»Terroristen«); die meisten Menschen sind einfach mittellos und ihre Verzweiflung ist auf das Überleben ausgerichtet. Ein israelischer Spezialist für Bevölkerungskontrolle betont, dass Kriminalität und Terrorismus ineinander übergehen. Es sei die Existenz einer unruhigen Unterschicht als solche, die es zu bekämpfen gilt. ²⁴⁵

Die Erweiterung des Sicherheitskonzepts und der damit verbundenen Geschäftsmöglichkeiten hat eine Reihe von Großunternehmen ins Boot geholt, die nicht sofort als Verteidigungsunternehmen erkannt werden. Der britische Politikwissenschaftler Nafeez Ahmed nennt SAIC ²⁴⁶, Booz Allen Hamilton, RAND Corp., Cisco, Human Genome Sciences, eBay, PayPal, IBM, Google, Microsoft, AT&T, die BBC, Disney, General Electric und andere als Beispiele, die von den Bereichen Überwachung und Sicherheit der nächsten Generation angezogen werden. ²⁴⁷ In Europa ergeben sich neue Marktchancen für Unternehmen wie Thalès, Airbus und Finmeccanica, aber auch für israelische Unternehmen wie den Rüstungskonzern Elbit, der 16

Prozent seines Umsatzes in der EU erzielt. Laut Claude Serfati hat allein in Frankreich die Rüstungsindustrie ihren Markt durch Einbeziehung der neuen Sicherheitsbereiche verdoppelt.²⁴⁸

Die Beziehungen zwischen der einheimischen europäischen Bevölkerung und den Neuankömmlingen sind nach wie vor durch die mit dem Kolonialismus verbundenen Einstellungen geprägt. Die Politik der Angst, die durch die Verbindung zwischen den »illegalen Einwanderern«, den »gefährlichen Klassen« und der neuen, in den Slums zusammengepferchten überschüssigen Bevölkerung der Großstädte hervorgerufen wird, reproduziert diese Beziehung, zumal die dritte Generation von Einwanderern aus Nordafrika, der Türkei und anderswo nicht mehr auf eine Verbesserung ihres Loses hoffen kann. Anstatt dies durch die Schaffung von Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu bekämpfen, fördern die Regierungen stattdessen oft das Misstrauen der Bevölkerung.²⁴⁹

Überwachung ist ein Schlüsselfaktor bei der Kontrolle der unruhigen Vororte und der Slums, sowohl in der entwickelten als auch in der unterentwickelten Welt. Wie es in einer Luftfahrtpublikation heißt, schafft das städtische Umfeld eine »Kampfraum-Umgebung, die zunehmend unbekannt ist«.²⁵⁰ Unvollständiges Wissen vermischt sich mit dem Einsatz von Doppelagenten und Provokateuren; dabei fördert die opportunistische und autoritäre Haltung den Staatsterrorismus. Wie der israelische Schriftsteller Martin van Creveld argumentiert, untergräbt der Krieg gegen einheimische Feinde die staatliche Autorität so sehr, dass die Armee zu einer Ansammlung von bewaffneten Banden verkommt, die denen in der Revolte ähneln, wobei die Zivilbevölkerung beiden ausgesetzt ist. Der wahre »Krieg gegen den Terror«, schreibt Mike Davis, ist der »low-intensity

Weltkrieg unbegrenzter Dauer gegen kriminalisierte Teile der städtischen Armen«.²⁵¹

173. Originaltext: Kees van der Pijl, Surveillance Capitalism and Crisis, Centre for Global Political Economy, University of Sussex, January 2018, unveröffentlichtes Manuskript, 88 Seiten; für diesen Text, der sich mit dem Regime weltweiter Überwachung befasst, wurden mit freundlicher Genehmigung des Autors einige Kapitel des Originals ausgewählt, die sich auf die Neokonservativen, den Ausnahmezustand und die Aspekte der Kontinuität der Regierung [Continuity of Government, GOP] konzentrieren. Übersetzung und Zusammenfassung: Ullrich Mies

174. Hinweis des Herausgebers: Wobei hier zu bemerken ist, dass der Kalte Krieg 2.0. insofern die gefährlichere Variante des Kalten Krieges ist, als die Krisen-modulierende Diplomatie weitestgehend zerstört wurde.

175. John J. Mearsheimer/Stephen M. Walt, The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy. New York 2007, S. 26

176. Jonathan Nitzan and Shimshon Bichler, The Global Political Economy of Israel. London 2002, Kapitel 5

177. Hinweis des Herausgebers: en.wikipedia.org; zuletzt aufgerufen (z.a.) 22.11.2018

178. Hinweis des Herausgebers: en.wikipedia.org; z.a. 22.11.2018

179. Henry A. Kissinger, Years of Upheaval. London 2000 [1982] S. 1028, vgl. 994-5; Colodny, Len and Gettlin, Robert, Silent Coup. The Removal of a President. New York 1992, S. 422

180. Hinweis des Herausgebers: en.wikipedia.org; z.a. 22.11.2018

181. Hinweis des Herausgebers zu Team B, siehe: Greg Grandin, Kissingers langer Schatten, Amerikas umstrittener Staatsmann und sein Erbe, München 2016, S. 182-187

182. Hinweis des Herausgebers, siehe: en.wikipedia.org)

183. Nafeez Mossadeq Ahmed, »How the CIA made Google. Inside the secret network behind mass surveillance, endless war, and Skynet.« Insurge Intelligence, 22 January 2015: medium.com; z.a.: 01.11.2018

184. Hinweis des Herausgebers, siehe: de.wikipedia.org; z.a. 22.11.2018

185. Hinweis des Herausgebers, siehe hierzu auch: 1979 – The Birth Year of »International Terrorism«: 911blogger.com, z.a. 05.08.2018

186. Hinweis des Herausgebers: en.wikipedia.org; z.a. 22.11.2018

187. Diana Ralph, Islamophobia and the »War on Terror«: The Continuing Pretext for U.S. Imperial Conquest, in: Paul Zarembka (ed.), *The Hidden History of 9-11*, 2nd ed. New York 2008 [2006], S. 265; Nafeez Mossadeq Ahmed, *The War on Truth. 9/11, Disinformation, and the Anatomy of Terrorism*. Northampton, Mss. 2005, S. 4f
188. James Mann, *Rise of the Vulcans. The History of Bush's War Cabinet*. New York 2004, S. 145
189. Ebd., S. 138f
190. Kees van der Pijl, *Global Rivalries from the Cold War to Iraq*. London–New Delhi 2006, S. 153, 203, 214
191. Zit. in: Diana Ralph, a.a.O., S. 265
192. Edward S. Herman and Noam Chomsky, a.a.O., S. 158
193. Hinweis des Herausgebers: en.wikipedia.org; z.a. 22.11.2018
194. Zitiert in: Saul Landau, *Nieuw Rechts in Amerika* [trans. C. van Splunteren]. Amsterdam 1983, S. 68; der Verweis bezieht sich auf das Dreyfus-Affäre-Manifest von 1898.
195. Benjamin Netanyahu ed., *Terrorism. How the West Can Win*. London 1986, S. 16
196. Gianfranco Sanguinetti, *Over het terrorisme en de staat* [trans. from the French]. Bussum 1982 [1979], S. 53-55
197. Ebd., S. 225f
198. siehe Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, Berlin 1992
199. DPG, Defence Planning Guidance, FY 1994-1999 (16 April 1992, declassified 2008): www.archives.gov
200. zitiert in: Peter Dale Scott, *The American Deep State. Wall Street, Big Oil, and the Attack on U.S. Democracy*, Maryland 2015, S. 84
201. DPG, Defence Planning Guidance, FY 1994-1999, S. 13
202. Ebd., S. 42, Hervorhebung vom Autor
203. Hinweis des Herausgebers, siehe: en.wikipedia.org; z.a. 22.11.2018
204. Peter Dale Scott, 2015, a.a.O., S. 32, 39
205. Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. London 1998, S. 265
206. Jeremy Scahill, *Dirty Wars. The World Is a Battlefield*. London 2013, S. 19
207. Peter Dale Scott, 2015, a.a.O., S. 81

208. Webster G. Tarpley, 9/11. Synthetic Terror Made in USA, 4th ed. Joshua Tree, Cal.: 2008 [2005], S. xi-xii
209. Peter Dale Scott, 2015, a.a.O., S. 34
210. Ebd., S. 34, vgl. 8-9
211. Ebd., S. 35
212. Ebd., S. 38; Ders., American War Machine. Deep Politics, the CIA Global Drug Connection, and the Road to Afghanistan. Maryland 2010, S. 204f;
213. Ebd., S. 139
214. Ebd., S. 36
215. Stefan Elbe, Virus Alert. Security, Governmentality, and the AIDS Pandemic. New York 2009, S. 90f, unter Berufung auf Jef Huysmans
216. Glenn Greenwald, No Place to Hide. Edward Snowden, the NSA and the Surveillance State. London 2014, S. 54f
217. Hinweis des Herausgebers: de.wikipedia.org; z.a. 22.11.2018
218. Lauren Regan, »Electronic Communication Surveillance« Monthly Review, 66 (3) 2014, S. 34; vgl. Glenn Greenwald, 2014, a.a.O., S. 128
219. Glenn Greenwald, 2014, a.a.O., S. 74
220. Ebd., S. 200
221. Dominick Jenkins, The Final Frontier. America, Science, and Terror. London 2002, S. 75
222. Glenn Greenwald, 2014, a.a.O., S. 186
223. Beatrice Edwards, »The Zombie Bill. The Corporate Security Campaign That Would Not Die«. Monthly Review, 66 (3) 2014, S. 55
224. Raúl Delgado Wise and David T. Martin, The political economy of global labour arbitrage. In Kees van der Pijl (Ed.), Handbook of the International Political Economy of Production. Cheltenham 2015, S. 70
225. Paul Vieille, The World's Chaos and the New Paradigms of the Social Movement, in: Lelio Basso Foundation, eds. Theory and Practice of Liberation at the End of the Twentieth Century. Brussels 1988, S. 247
226. Susanne Soederberg, Debtfare states and the poverty industry. Money, discipline and the surplus population. London 2014, S. 58-61, 88
227. Ruslan Dzarasov, The Conundrum of Russian Capitalism. The Post-Soviet Economy in the World System. London 2014, S. 26f
228. David Harvey, The Limits to Capital, London 2006 [1982], S. 373; vgl. 404

229. Mike Davis, Mike, Planet of Slums. London 2017 [2006], S. 13
230. Jeff Halper, War Against the People. Israel, the Palestinians and Global Pacification. London 2015, S. 21
231. IAO- und WTO-Zahlen in: Marcus Taylor and Sébastien Rioux, Global Labour Studies. Cambridge 2018, S. 88f
232. Mike Davis 2017, a.a.O., S. 178
233. Jan Breman zitiert in: Ebd, S. 199
234. Samuel P. Huntington, a.a.O., S. 211
235. Ebd., S. 258
236. Ebd., S 263
237. Ebd., S. 187f
238. Mike Davis 2017:, a.a.O., S. 203
239. zitiert in: Claude Serfati, Le militaire. Une histoire française. Paris 2017, S. 203
240. Ebd, S. 20
241. Siehe hierzu: Wikipedia, '2011 England riots': en.wikipedia.org; z.a. 22.11.2018
242. Claude Serfati, a.a.O., S. 193
243. Ebd., S 142
244. Jeff Halper, 2015. a.a.O., S. 71
245. Ebd. S. 258
246. Hinweis des Herausgebers: Science Applications International Corporation: en.wikipedia.org; z.a. 22.11.2018
247. Nafeez Mossadeq Ahmed, 2015 a.a.O.
248. Claude Serfati 2017, a.a.O., S. 143
249. Ebd., S. 198f
250. zitiert in: Mike Davis 2017, a.a.O., S. 204
251. Mike Davis, 2017, a.a.O., S. 205

Tiefer Staat – Macht jenseits jeder Kontrolle²⁵²

Chris Hedges

US-Präsident Donald Trump verkörpert die Herrschaft der Milliardäre. Er ist lediglich ein besonders rüpelhafter Schauspieler der herrschenden Klasse. Tatsächlich hat er die Macht an die Generäle, Geheimdienste, Konzerne und Think Tanks abgegeben, das heißt, den Tiefen Staat der USA. Diesen gab es jedoch schon lange vor Trump. Der Tiefe Staat organisiert Ausbeutung, Plünderung und Zerstörung und treibt die Militarisierung auf die Spitze. Die herrschenden Eliten haben die Kleptokratie inmitten einer Willkürherrschaft errichtet. Ihnen fehlt jeder moralische Kompass, Selbstgerechtigkeit und Verlogenheit sind ihre Wesensart.

Donald Trump ist nicht deshalb ein Problem, weil er stümperhaft ist, sondern weil er seine gesamte Macht an oligarchische und militärische Eliten abgetreten hat. Diese bekommen, was sie wollen – und sie tun, was sie wollen. Obwohl sich der Präsident wie eine Ein-Mann-Abrissbirne verhält, die sich gegen demokratische Normen und Institutionen wendet, und obwohl er aus den USA weltweit eine Lachnummer gemacht hat, ist die nationale Krise der USA nicht auf Trump zurückzuführen, sondern auf den entfesselten Beutezug des Konzern-Staates.

Trump hat weder den Wunsch noch die Fähigkeit zu regieren. Er hat den Bankern, den Konzernleitungen und rechten Think Tanks, den Chefs der Geheimdienste und den Generälen den Regierungsapparat übergeben. Diese schaffen gerade die wenigen Regulierungen²⁵³ und Gesetze ab, die bislang eine nackte

Kleptokratie verhinderten. Sie sprengen die Institutionen – einschließlich des Außenministeriums –, die anderen Interessen als dem Unternehmensprofit dienen, und besetzen die Gerichte mit rechten, konzerngesteuerten Ideologen. Trump sorgt für die tägliche Unterhaltung, und die Eliten kümmern sich um Plünderung, Ausbeutung und Zerstörung.

Sind demokratische Institutionen erst einmal ausgehöhlt, ein Prozess, der bereits lange vor Trumps Wahl begann, ist eine Willkürherrschaft nicht mehr zu verhindern. Die Presse wird mundtot gemacht. Korruption und Raub finden in großem Umfang statt. Rechte und Bedürfnisse der Bürger sind irrelevant. Menschen mit abweichenden Meinungen werden kriminalisiert. Eine militarisierte Polizei überwacht, verhaftet und hält US-Amerikaner ohne hinreichenden Verdacht fest. Demokratische Rituale verkommen zur Farce. Auf diesem Weg zu innerem Kollaps und Tyrannei sind wir bereits sehr weit fortgeschritten.

Moralfreie »Eliten«

Trump hat das moralische und intellektuelle Vakuum der Eliten konsolidiert. Auch sie sind Trickbetrüger. Sie verkaufen ihre Lügen nur geschickter als Trump und haben mehr Erfahrung darin, ihre Habgier hinter absurden Ideologien wie dem Neoliberalismus²⁵⁴ und der Globalisierung zu verstecken, sie gehören jedoch zur selben kriminellen Klasse und zeigen viele der pathologischen Symptome, die auch Trump kennzeichnen. Die groteske Visage Trumps ist das wahre Gesicht von Politikern wie George W. Bush, Bill und Hillary Clinton sowie Barack Obama. Im Gegensatz zu Bush und Trump sind die Clintons und Obama zur Selbstreflexion fähig und darum zynisch – allen fehlt jedoch ein moralischer Kompass.

Wie Michael Wolff in dem Buch »Fire and Fury. Inside the Trump White House«²⁵⁵ schreibt, hat der Präsident »keine Skrupel«. Er lebt »außerhalb der Regeln« und »verachtet diese«. Dies unterscheidet ihn nicht von seinen Vorgängern. »Ein enger Freund Trumps, der auch mit Clinton gut befreundet war, fand beide auf unheimliche Weise ähnlich – abgesehen davon, dass Clinton akzeptabel aussah und Trump nicht«, schreibt Wolff.

Trump, der von den rückschrittlichsten Elementen des Konzern-Kapitalismus unterstützt wird – darunter Robert und Rebekah Mercer²⁵⁶, Sheldon Adelson²⁵⁷ und Carl Icahn²⁵⁸ – ist der Narr, der unseren Todesmarsch tänzelnd anführt. Wenn Rohstoffe knapp werden und der Reichtum des Imperiums sich in Luft auflöst, wird eine in Fesseln gelegte Bevölkerung dazu gezwungen werden, für weniger Lohn mehr zu arbeiten. Staatseinnahmen werden für bombastische Projekte und nutzlose Kriege in dem Versuch verprasst, das Imperium in ein mythisches goldenes Zeitalter zurückzuführen. Die Entscheidung, die Körperschaftssteuer für die Reichen zu senken, während gleichzeitig das bereits aufgeblähte Militärbudget um 54 Milliarden US-Dollar erhöht wird, ist typisch für zugrunde gerichtete Zivilisationen. Wenn Imperien über ihre Selbsterhaltungsfähigkeiten hinaus expandieren, gehen sie Bankrott.

Lektionen aus der Geschichte

Die sumerischen, ägyptischen, griechischen, römischen, osmanischen, österreich-ungarischen Imperien sowie die der Maya und der Khmer implodierten alle auf ähnliche Weise. Die Lektionen der Geschichte sind eindeutig. Aber die ungebildeten Scharlatane, die in den letzten Tagen des sterbenden Imperiums die Macht ergreifen, haben keinen blassen Schimmer von Geschichte. Sie werden von einer primitiven und unreifen Gier nach Macht

getrieben, die nie befriedigt werden kann, egal wie viele Milliarden sie auch immer raffen mögen.

Für die Eliten der sterbenden US-Kultur wird alles zur Ware. Menschen sind Waren. Die Natur ist eine Ware. Die Regierung und demokratische Institutionen sind Waren. Alles wird für den Profit ausgebeutet und abgewrackt. Nichts hat einen Wert an sich. Nichts ist heilig. Der unerbittliche und selbstmörderische Drang, immer mehr Reichtum zu horten, indem man die Systeme zerstört, die das Leben aufrechterhalten, ist Götzendienst. Er ignoriert die biblische Ermahnung, dass Götzen immer erst menschliche Opfer verlangen, bevor sie schließlich die Selbstaufopferung fordern. Die Eliten schieben nicht nur unseren Scheiterhaufen auf, sondern auch ihren eigenen.

Todestrieb statt Empathie

Die Eliten, denen es jenseits der Befriedigung ihrer eigenen Gier an Visionen fehlt, schwelgen in ihrer berausenden Zerstörungsmacht. Sie verwechseln Zerstörung mit Schöpfung. Sie sind die Vertreter dessen, was Sigmund Freud den Todestrieb²⁵⁹ nennt. In Akten nationaler Selbstaufopferung sehen sie eine göttliche Macht. Sie verunglimpfen lebenserhaltende Werte wie Empathie, intellektuelle Neugier, künstlerischen Ausdruck und das Gemeinwohl. Sie zelebrieren einen Hyper-Individualismus aus Ruhm, Reichtum, Hedonismus, Manipulation und dem Anspruch, andere zu dominieren. Sie wissen nichts über die Vergangenheit und denken nicht über die Zukunft nach. Die Menschen um sie herum sind vorübergehend nützlich für ihre Ziele und sie müssen umschmeichelt und belohnt werden, aber im nächsten Moment werden sie gnadenlos beiseitegeschoben. Eine mitmenschliche

Verbindung kennen sie nicht. Diese emotionale Stumpfheit liegt im Kern von Trumps Persönlichkeit.

»[Stephen] Bannon²⁶⁰ beschrieb Trump als simplen Automaten«, schreibt Wolff. »Steht der Schalter auf ›Ein‹, warf er Schmeicheleien aus; bei ›Aus‹ gab es Verleumdungen und Schmähungen. Das Geschmeichel war tiefend, sklavisch, voller Superlative und völlig abgekoppelt von der Realität: Der-und-der war der Beste, Unglaublichste, Non plus ultra, der Ewige. Die Schmähungen waren wütender Art, bitter, nachtragend, ausschließend und unversöhnlich.«

Die Eliten einer sterbenden Kultur verwechseln das, was der Ökonom Karl Polanyi²⁶¹ »reale« und »fiktive« Waren nennt. Eine Ware ist ein Produkt, das für den Verkauf produziert wird. Das Ökosystem, die Arbeitskraft und das Geld sind daher keine Waren. Sobald diese fiktiven Waren wie reale Waren behandelt werden, die ausgebeutet und manipuliert werden können, zerstört sich die menschliche Gesellschaft laut Polanyi selbst. Arbeiter werden zu entmenschlichten Rädchen im Gefüge. Währung und Handel werden von Spekulanten manipuliert – was der Wirtschaft verheerenden Schaden zufügt und zum Finanzkollaps führt. Die Natur wird zum giftigen Ödland. Wenn die Gesellschaft zusammenbricht, ziehen sich die Eliten in geschützte Enklaven zurück, wo sie sicher sind und Zugang zu Dienstleistungen haben, die dem Großteil der Bevölkerung verwehrt werden. Sie werden länger durchhalten als die Menschen auf der anderen Seite ihrer Tore, aber der Tsunami der von ihnen orchestrierten Zerstörung wird auch vor ihnen nicht Halt machen.

Solange Trump den Interessen der Eliten dient, wird er Präsident bleiben. Wenn er – warum auch immer – diesen Interessen nicht mehr gerecht wird, wird er verschwinden. In seinem Buch

beschreibt Wolff nach Trumps Wahlsieg »eine überraschende und plötzliche Affinität von Seiten des Business und der Wall Street« zu Trump. Weiter schreibt er: »Ein anti-regulatives Weißes Haus und das Versprechen einer Steuerreform wogen künftiges nerviges Twitern und andere Arten des Trump'schen Chaos auf; außerdem befand sich der Aktienmarkt seit dem 9. November, dem Tag nach der Wahl, in konstantem Aufschwung.«

Nützlicher Schauspieler

Die Russland-Ermittlungen, die einsetzen, als Robert Mueller im Mai Sonderermittler wurde, und die schwerpunktmäßig Geldwäsche, Betrug und fragwürdige Geschäftspraktiken – Charakteristika des Trump'schen Finanz-Imperiums – zu untersuchen scheinen, werden den Präsidenten wohl kaum sein Amt kosten. Es wird kein Amtsenthebungsverfahren wegen geistiger Unzurechnungsfähigkeit, wegen der Vergütungsklausel²⁶² oder wegen Strafvereitelung gegen Trump geben. Er gereicht jenen zum Nutzen, die im Konzernstaat die wirkliche Macht innehaben – so gerne sie ihn auch zähmen würden.

Trump's groteskes Geschwafel und Verhalten haben auch eine nützliche Funktion, beide sind bunte Ablenkungsmanöver für das Schleifen demokratischer Institutionen. Wenn das Kabelfernsehen uns Geschichten über seine Schäferstündchen mit einer Pornodarstellerin oder seine haarsträubenden Twitter-Nachrichten beschert, können die Eliten ihr Werk abseits der öffentlichen Wahrnehmung vollbringen. Die Gerichte sind voll von Richtern der Federalist Society²⁶³, die Erdölindustrie kippt Vorschriften, die uns vor ihren Giften schützen, und plündert öffentliches Land sowie Küstenstreifen, und das Pentagon betreibt, ausgerüstet mit einer Blankovollmacht, einem jährlichen Billionen-Budget und etwa 800

Militärstützpunkten in zahllosen Ländern der ganzen Welt eine wahre Militarismus-Orgie.

Trump hat keine Ahnung davon, was er da entfesselt hat. Er hat kein Interesse an den Komplexitäten von Regierung und Politik, sie langweilen ihn sogar. Je schneller er einen Vertreter der Oligarchie oder des Militärs findet, auf den er einen Auftrag abwälzen kann, desto glücklicher ist er. Das entspricht seinen Wünschen und den Wünschen derjenigen, die den Unternehmerstaat steuern. Der Präsident hat nur ein echtes Anliegen, die turbulente Trump-White-House-Reality-Show und wie sie im Fernsehen überkommt. Er ist ein Geschöpf, dem nur das Image wichtig ist, genauer gesagt, sein Image. Alles andere ist ihm egal.

Scheinheiligkeit und Verlogenheit

»Laut Trump gab es keine zufälligen Nachrichten. Alle Nachrichten waren manipuliert und konstruiert, geplant und platziert. Alle Nachrichten waren mehr oder weniger getürkt – etwas, das er sehr gut verstand, hatte er doch selbst im Laufe seiner Karriere so viele Nachrichten gefälscht. Deswegen verstand er das Etikett Fake News ja so gut. ›Ich habe mir schon immer Sachen ausgedacht, und sie drucken sie immer‹, prahlte er.«²⁶⁴

Die Eliten hätten gerne, dass Trump sich mehr wie ein Präsident gebärde. Das würde der Marke helfen. Aber alle Versuche, ihn dazu zu bewegen, sich äußerlich dem Erscheinungsbild der meisten Amtsträger anzupassen, sind gescheitert. Trump wird sich durch Kritik des Establishments nicht umformen lassen. Die republikanischen Senatoren Jeff Flake aus Arizona und Bob Corker aus Tennessee, die Trump anprangerten, mussten dabei zusehen, wie der Grad ihrer Beliebtheit abstürzte, und beschlossen daher, nicht zur Wiederwahl anzutreten. Es mag ja sein, dass Trump insgesamt

nur 39 Prozent Zustimmung erfährt, unter den Republikanern sind es jedoch 78 Prozent. Und ich glaube nicht, dass diese Zahlen abnehmen werden.

Die Unfähigkeit des politischen Establishments und der Presse, Trumps ungeheuerliches Verhalten zu mäßigen oder zu ändern, wurzelt in ihrem Glaubwürdigkeitsverlust. Die Presse hat gemeinsam mit politischen und intellektuellen Eliten jahrzehntelang wirtschaftliche und politische Strategien verfochten, die die Konzernmacht verfestigten und die US-Arbeiter verrieten und verarmen ließen.

Aufgrund ihrer Scheinheiligkeit und Verlogenheit haben sich die Eliten die Verachtung und das Misstrauen der Opfer von Deindustrialisierung und Austeritätsprogrammen selbst eingebrockt. Daher wird auch der Versuch fruchtlos bleiben, im öffentlichen Diskurs Anstand und in politischen Ämtern Kompetenz wiederherzustellen. Liberale Institutionen und solche des Establishments, darunter auch die Führung der zwei großen politischen Parteien, die akademische Welt und die Presse, haben ihre moralische Autorität verspielt. Die beharrliche Weigerung der Eliten, die Ursache des Unmuts, nämlich die soziale Ungleichheit, zu thematisieren, wird dafür sorgen, dass diese Situation so bestehen bleibt. Sie ebnen den Weg für die Possen Trumps und die kommende Tyrannei.

252. Übersetzung des Originaltextes aus der englischen Sprache von Gabriele Herb mit freundlicher Genehmigung des Autors, Bearbeitung: Ullrich Mies

253. »The biggest federal regulations that have disappeared under Trump«, 24. Januar 2018: www.pbs.org; zuletzt aufgerufen (z.a.) 19.10.2018

254. corpwatch.org, z.a. 19.10.2018

255. Michael Wolff, Fire and Fury, Inside the Trump White House, New York 2018; deutsche Ausgabe: Michael Wolff, Feuer und Zorn: Im Weißen Haus von Donald Trump,

Reinbek 2018

256. www.washingtonpost.com; z.a. 23.10.2018

257. www.forbes.com; z.a. 23.10.2018

258. www.forbes.com; z.a. 23.10.2018

259. Siehe hierzu: de.wikipedia.org; z.a. 23.10.2018

260. www.washingtonpost.com; z.a. 23.10.2018

261. www.britannica.com; z.a. 23.10.2018

262. www.washingtonpost.com; z.a. 23.10.2018

263. thehill.com; z.a. 23.10.2018

264. Michael Wolff, a.a.O.

Die Blutspur der US-geführten Kriege seit 9/11: Afghanistan, Jemen, Libyen, Irak, Pakistan, Somalia, Syrien²⁶⁵

Nicolas J.S. Davies

Die Opferzahlen der US-Kriege nach dem 11. September 2001 wurden in ihrer tatsächlichen Größe nie erfasst. Dennoch besteht ein dringender moralischer, politischer und rechtlicher Imperativ, sich mit dem wirklichen Ausmaß der begangenen Verbrechen auseinanderzusetzen. Darum bleibt die Frage: Wie viele Menschen haben die USA in ihren Kriegen nach 9/11 in Afghanistan, Irak, Libyen, Pakistan, Somalia und Syrien tatsächlich ermordet? Der Anschlag vom 11. September 2001 kostete 2996 Menschen das Leben. US-amerikanische Politiker, Journalisten und Personen des öffentlichen Lebens, die behaupten, es mache keinen Unterschied, wie viele Iraker zum Beispiel getötet wurden, wenden bewusst oder unbewusst einen moralisch unhaltbaren Doppelstandard auf die Folgen unserer Kriege an – und zwar genau deswegen, weil es unsere Kriege sind. Ich vertrete im Gegenteil die Auffassung, wir müssen damit aufhören, die große Mehrheit der Opfer US-amerikanischer Kriege in einer Orwell'schen »Gedächtnislücke« zu entsorgen. Kurz nachdem die USA die Post-9/11-Kriege lostraten, habe ich damit begonnen, darüber zu recherchieren und zu schreiben.²⁶⁶ Ich stimme mit den Autoren von Body Count²⁶⁷ überein, dass es absolut von Bedeutung ist, ob unsere Kriege zehntausend Menschen oder Millionen töten – nach Meinungsumfragen sehen das auch die meisten Menschen in den USA²⁶⁸ und Großbritannien²⁶⁹ so.

Benjamin Ferencz, Ankläger der Nürnberger Prozesse, sagte dem *National Public Radio (NPR)*, eine Woche nach den Terror-Anschlägen²⁷⁰, diese wären ein Verbrechen gegen die

Menschlichkeit, aber keine »Kriegsverbrechen«, weil sich die USA nicht im Krieg befunden hatten. »Menschen zu bestrafen, die gar nicht für ein begangenes Unrecht verantwortlich sind, ist nie eine legitime Reaktion«, erklärte Ferencz. »Wir müssen unterscheiden zwischen einer Bestrafung der Schuldigen und der Bestrafung anderer. Wenn man einfach massenhaft Vergeltung übt, indem man zum Beispiel Afghanistan bombardiert oder die Taliban, wird man viele Menschen töten, die nicht hinter dem stehen, was passiert ist.«²⁷¹

In dem Beitrag »Die Zahl der Todesopfer im Irak 15 Jahre nach der US-Invasion«²⁷², den ich gemeinsam mit Medea Benjamin verfasste, schätzten wir die Todesrate im Irak so genau und ehrlich, wie wir es im März 2018 vermochten. Wir schätzen, dass im Irak etwa 2,4 Millionen Menschen infolge des historischen Aggressionsaktes²⁷³ der USA und Großbritanniens gestorben sind.

Mortalitätsstudien versus passive Berichterstattung

In meinem Buch »Blut an unseren Händen: die US-amerikanische Invasion und die Zerstörung des Irak«²⁷⁴ – nur auf Englisch erschienen – sowie in früheren Artikeln²⁷⁵ erklärte ich, dass die regelmäßigen Schätzungen zu Kriegsopfern, die von UN-Behörden, Beobachtungsgruppen und den Medien veröffentlicht werden, fast ausschließlich auf bruchstückhafter »passiver Berichterstattung« basieren und nicht auf umfassenden Studien. [Als »passive Berichte« werden Berichte von Regierungsbehörden, Gesundheitseinrichtungen und lokalen oder ausländischen Medien bezeichnet, U.M.] Im Irak, als einzigem der Länder, in denen die USA und ihre Verbündeten seit 2001 Krieg geführt haben, führten Epidemiologen Mortalitätsstudien durch. Diese basieren auf den bewährten Methoden, die sie in anderen Kriegsgebieten (Angola,

Bosnien, der Demokratischen Republik Kongo, Guatemala, Kosovo, Ruanda, Sudan und Uganda) entwickelt und angewandt hatten. In all diesen Ländern wie auch im Irak ergaben diese umfassenden epidemiologischen Studien fünf- bis zwanzigmal so hohe Todesraten wie die veröffentlichten Zahlen.

Im Bericht »Body Count: Casualty Figures After 10 Years of the ›War on Terror«²⁷⁶, der Physicians for Social Responsibility (PSR) von 2015 steht, dass die Lancet-Studie von 2006²⁷⁷ die umfassendste und zuverlässigste Mortalitätsstudie war, die im Irak durchgeführt wurde. Diese Studie bezifferte die Zahl der in den ersten 39 Monaten des Krieges und der Besatzung im Irak getöteten Iraker auf etwa 601.000, zusätzlich zu 54.000 Todesfällen, die zwar auch durch den Krieg, aber nicht gewaltsam verursacht worden waren.

In den anderen von den US-Kriegen nach 9/11 betroffenen Ländern erstellte entweder die UNO die einzigen Berichte über Todesraten auf Basis von Informationen, die sie von den lokalen Hilfsmissionen der Vereinten Nationen erhielten, wie in Afghanistan. Oder die Berichte stammten von UN-unabhängigen Beobachtungsgruppen wie dem Syrian Observatory for Human Rights²⁷⁸, Iraq Body Count (IBC)²⁷⁹ und Airwars²⁸⁰. Deren Zahlen beruhten auf passiven Berichten und werden von UN- und Regierungsbehörden sowie von Medien und von Aktivisten als »Schätzungen« der Todesraten zitiert.

Eine realistische Schätzung aller Getöteten in einem vom Krieg verwüsteten Land kann nicht durch Zusammenstellung bruchstückhafter Berichte erfolgen. Bestenfalls liefern passive Berichte eine Mindestzahl an Kriegstoten. Immer wieder finden Epidemiologen zwischen den Ergebnissen von Mortalitätsstudien und passiver Berichterstattung enorme Abweichungen und zwar für

viele verschiedene Kriegsgebiete. Westliche Politiker und Medien haben jedoch die Ergebnisse der Mortalitätsstudien im Irak aus politischen Gründen abgelehnt und marginalisiert. Das Ausmaß des Gemetzels ist eine ernste Angelegenheit für die politische und strafrechtliche Verfolgung hoher Beamter, sowohl in den USA als auch in Großbritannien. Diese hatten sich entschieden, Rechtsauskünfte zu ignorieren, die Invasion des Irak sei »ein Aggressionsverbrechen«²⁸¹.

2006 informierte Sir Roy Anderson, der leitende wissenschaftliche Berater des britischen Verteidigungsministeriums, britische Beamte darüber, dass »der Aufbau der Lancet-Studie solide ist und Methoden angewendet werden, die als nahezu ›bewährte Methode‹ in diesem Bereich betrachtet werden ...«²⁸² Diese Beamten lancierten jedoch sofort eine Kampagne, um die Studie zu diskreditieren. Präsident George W. Bush erklärte öffentlich: »Ich betrachte den Bericht als unglaubwürdig«, woraufhin die dienstbaren US-amerikanischen Konzernmedien den Bericht sofort abqualifizierten.²⁸³

Ein Krieg, der immer weiter tötet

Auch unabhängige Experten wie die Autoren des Body-Count-Berichts der Physicians for Social Responsibility (PSR)²⁸⁴ erkennen die Lancet-Studie²⁸⁵ über die Mortalitätsrate im Irak nach der Invasion als die genaueste und zuverlässigste Schätzung von Kriegstoten in unseren Kriegen nach 9/11 an. Allerdings entstand die Studie vor fast zwölf Jahren und nach nur 39 Monaten Krieg und Besatzung im Irak. Tragischerweise war damals ein Ende der tödlichen und katastrophalen Folgen des historischen Aggressionsaktes seitens der USA und Großbritanniens noch lange nicht in Sicht. Die verstümmelten Leichen²⁸⁶ als Opfer der

Todesschwadronen füllten 2006 Bagdads Leichenhallen bis zum Bersten: 1800 Leichen im Juli und 1.600 im Oktober. Im Jahr 2007 wurde die US-Bombardierung des Iraks aus der Luft verfünffacht und im Januar 2008 fand die schwerste Bombardierung von Seiten der USA seit 2003 statt.²⁸⁷ Das angesehene britische Meinungsforschungsinstitut Opinion Research Business (ORB) schätzte im Juni 2007 die Zahl der bis zu diesem Zeitpunkt getöteten Iraker auf 1.033.000.²⁸⁸ Dies würde bedeuten, dass weitere etwa 430.000 Iraker im Jahr nach Erscheinen der Lancet-Studie²⁸⁹ ermordet wurden.

Im Jahr 2008 und mehrere Jahre danach nahm die Gewalt im Irak ab. Dennoch führten die Todesschwadronen der Spezialpolizei²⁹⁰ ihre Terrorherrschaft gegen sunnitische Araber im Norden und Westen des Landes fort. Diese Spezialpolizei wurde vom irakischen Innenministerium, den US-Besatzungsmächten und der CIA von 2004 bis 2006 rekrutiert, ausgebildet und eingesetzt. Nach Aufdeckung ihres Folterzentrums Al-Jadiriya²⁹¹ 2005 wurde sie in »National-Polizei« umbenannt, ab 2009 hieß sie dann »Bundespolizei«. Dies führte zum Wiederaufleben des bewaffneten Widerstands und dazu, dass große Teile des Irak 2014 die Herrschaft des Islamischen Staates als Alternative zu den unerbittlichen Missbräuchen der korrupten, sektiererischen irakischen Regierung und ihrer mörderischen Todesschwadronen akzeptierten.

Auf der Grundlage passiver Berichte in englischsprachigen Medien über zivile Todesfälle im Irak kam die in Großbritannien ansässige Organisation Iraq Body Count (IBC)²⁹² bis Juni 2006 auf 43.394 Tote. Da die Lancet-Studie 601.000 gewaltsame Todesfälle schätzte, ergibt das ein Verhältnis von etwa 14:1. Der »Todesfall-Kalkulator für den Irak«, von Just Foreign Policy (JFP)²⁹³ in den USA entwickelt, brachte die Schätzungen der Lancet-Studie auf den

neuesten Stand: Im September 2011 schätzte er die Zahl der kriegsbedingten irakischen Todesfälle auf 1,46 Millionen.

2011 begann eine völlig neue Phase des Krieges. 2011 gab es den Arabischen Frühling im Irak²⁹⁴, der jedoch schonungslos unterdrückt wurde und Fallujah und andere Städte erneut in die offene Rebellion²⁹⁵ führte. 2014 fielen größere Städte in die Hände des Islamischen Staates, wurden von irakischen Regierungstruppen belagert und dann durch Bombardierungen aus der Luft und durch Raketen- und Artilleriebeschuss der USA, des Irak und Verbündeter weitgehend zerstört.²⁹⁶ Der Iraq Body Count²⁹⁷ und die Unterstützungsmision der Vereinten Nationen im Irak²⁹⁸ haben passive Berichte über zehntausende Zivilisten gesammelt, die in dieser Phase des Krieges getötet wurden.

Die Forderung nach einer neuen Mortalitätsstudie für den Irak

Es ist sehr wichtig, dass die Fachwelt des öffentlichen Gesundheitswesens der Welt präzise und aktuelle Mortalitätsanalysen über den Irak und andere Kriegsgebiete der Post-9/11-Ära zur Verfügung stellt. Neue Mortalitätsstudien müssen realistische Verfahren zu den Schätzungen der Todesfälle entwickeln, wenn ganze Familien getötet oder ganze Häuser beziehungsweise Wohnungen zerstört oder verlassen wurden. Diese Faktoren sind Fehlerquellen in jeder Mortalitätsstudie zum Irak seit 2004.

Am 15. Jahrestag der völkerrechtswidrigen Invasion des Irak hat das Center for Constitutional Rights²⁹⁹ in den USA seine Forderungen nach Reparationszahlungen für die Menschen im Irak erneuert. Dies ist eine der Möglichkeiten, wie Länder Verantwortung für Tod und Zerstörung übernehmen können, die sich eines Angriffskrieges und anderer Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben.

Die Auseinandersetzung mit dem wahren Ausmaß der begangenen Verbrechen bleibt für die Menschen im Irak und für die USA, Großbritannien und die ganze Welt eine dringliche moralische, politische und rechtliche Notwendigkeit. Solange die Öffentlichkeit weder das Ausmaß noch den Schrecken dessen kennt, was maßgebliche US-amerikanische und britische Kriegsverbrecher getan haben, werden diese auch nicht für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Und die Welt wird keinen Frieden erleben, solange die mächtigsten Aggressoren für das »größte internationale Verbrechen« mit Straffreiheit rechnen können. In »Blood on Our Hands«³⁰⁰ verlangte ich, dass die führenden Zivil- und Militärvertreter der USA und Großbritanniens, die für das »größte internationale Verbrechen«³⁰¹ eines Angriffskrieges und für andere systematische Kriegsverbrechen im Irak verantwortlich sind, unter Anklage gestellt werden.

Afghanistan

Laut US-General a.D. Tommy Franks, der in Reaktion auf 9/11 den Krieg gegen die Taliban in Afghanistan angeführt hat, zeichnen die USA die von ihnen verursachten zivilen Todesfälle nicht auf. »Wissen Sie, wir nehmen keine Zählungen der Toten vor«, sagte Franks.³⁰² Ob dies der Wahrheit entspricht oder ob tatsächliche Zählungen verschleiert werden, wissen wir nicht. Die Nachtangriffe der US-Spezialstreitkräfte in Afghanistan untersuchte der investigative Journalist Gareth Porter im Jahr 2011 in seinem Artikel »How McChrystal and Petraeus Built an Indiscriminate Killing Machine«.³⁰³ Die Intensivierung der Nachtangriffe von 2009 bis 2011 war ein zentrales Element in Barack Obamas Eskalation des US-Krieges in Afghanistan. Seltsamerweise berichtete die UN-Unterstützungsmission für Afghanistan (UNAMA) im Jahr 2010, dass

die von US-Streitkräften getöteten Zivilisten von 135 in 2009 auf 80 in 2010 zurückgingen³⁰⁴, einschließlich der zivilen Opfer von Nachtangriffen.

Weil die Berichte der UNAMA auf Untersuchungen der Unabhängigen Menschenrechtskommission für Afghanistan (AIHRC) basierten, interviewte der afghanische Journalist Noori Shah Noori, der zusammen mit Porter an dem Artikel arbeitete, das AIHRC-Mitglied Nader Nadery. Nadery erklärte Noori, »dass die Zahlen nur die zivilen Todesfälle von 13 Vorfällen erfassten, deren Untersuchung abgeschlossen war. Nicht berücksichtigt waren die Todesfälle von weiteren 60 Ereignissen, über die Beschwerde eingelegt, die aber noch nicht umfassend untersucht worden waren.« »Nadery hat inzwischen geschätzt, dass sich die Gesamtzahl der getöteten Zivilisten aller 73 Nachtangriffe, über die Beschwerde eingelegt wurden, auf 420 beläuft«, fährt Porter fort. »Die AIHRC räumt ein, dass sie keinen Zugang zu den meisten der von den Taliban beherrschten Gebieten hat [...]. Weder die AIHRC noch die Vereinten Nationen erfahren also von einem bedeutenden Teil – und höchstwahrscheinlich sogar der Mehrheit – von Nachtangriffen, die mit zivilen Todesfällen enden.«³⁰⁵ Seitdem hat die UNAMA ihre Zahlen der in US-Nachtangriffen im Jahr 2010 getöteten Zivilisten von 80 auf 103 aktualisiert und ist damit noch weit von den 420 entfernt, die Nadery schätzte. Wie er jedoch erklärte, ist selbst seine Schätzung wahrscheinlich nur ein kleiner Bruchteil der tatsächlichen zivilen Todesfälle von etwa 5000 Nachtangriffen in 2010, erfolgten doch die meisten von ihnen vermutlich in Gebieten, in denen die Menschen weder zur UNAMA noch zur AIHRC Kontakt haben.

Hochrangige US-Militäroffiziere³⁰⁶ räumten gegenüber Dana Priest und William Arkin von der *Washington Post* ein, dass mehr als

die Hälfte der Angriffe der US-Spezialstreitkräfte die falsche Person oder das falsche Haus zum Ziel hatten. Damit war die starke Zunahme ziviler Opfer die vorhersehbare und erwartete Folge der massiven Ausweitung dieser tödlichen »Aufgreifen-oder-Töten«-Kommandounternehmen.³⁰⁷

Tatsächlich ist die Zählung von Toten nur ein Nebenprodukt der Hauptaufgabe der AIHRC, nämlich Meldungen zu Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan zu untersuchen. Porters und Nooris Ermittlungen ergaben jedoch Folgendes: Da die UNAMA ihre Aussagen über die Zahl der zivilen Todesopfer auf Untersuchungen der AIHRC stützt, verschwindet eine unbestimmte Zahl nicht abgeschlossener Untersuchungen und nicht gemeldeter Todesopfer in einer Art »Memory Hole«³⁰⁸ und damit praktisch aus allen Veröffentlichungen zu den menschlichen Kosten des Afghanistan-Krieges. Die farbigen Tortendiagramme³⁰⁹ in UNAMA-Jahresberichten verstärken den falschen Eindruck, dass dies realistische Schätzungen der zivilen Todesopfer in den entsprechenden Jahren sind und dass regierungsnahen Kräften und ausländischen Besatzungsmächten nur für einen kleinen Teil davon verantwortlich sind. Die systematischen Unterzählungen und bedeutungslosen Tortendiagramme von UNAMA sind jedoch die Grundlage für Schlagzeilen und Nachrichten auf der ganzen Welt. Aber sie alle basieren auf Zahlen, von denen UNAMA und die AIHRC sehr wohl wissen, dass sie nur einen kleinen Teil der zivilen Todesfälle in Afghanistan ausmachen. Daher führen Mainstream-Journalisten mit diesen Schätzungen Millionen Menschen bewusst oder unbewusst in die Irre.

Der Nebel der offiziellen Täuschungen

Wie können wir also möglichst intelligent und genau schätzen, wie viele Zivilisten wirklich in Afghanistan getötet wurden? Die Jahre seit 2013 sind für das afghanische Volk immer gewalttätiger geworden. Mit der Reduzierung der Besatzungstruppen der USA und der NATO tragen die afghanischen regierungsfreundlichen Kräfte seitdem die Hauptlast im Kampf gegen ihre erbitterten, unabhängigen Landsleute. Nach meinen eigenen Berechnungen und aus Nachrichtenberichten sowie der Studie des Watson Institute an der Brown University sind seit 2013 weitere 25.000 Soldaten und Polizisten getötet worden.

Aber da Pro-Regierungskräfte mit schwereren Waffen kämpfen und von den USA immer noch Luftunterstützung erhalten, sind die Verluste der Anti-Regierungstruppen wahrscheinlich größer als die der Regierungstruppen. Eine realistischere Schätzung wäre also, dass seit 2001 insgesamt zwischen 130.000 und 150.000 afghanische Kämpfer getötet wurden. Die Taliban scheinen nie Zahlen ziviler Todesopfer in den von ihnen kontrollierten Gebieten veröffentlicht zu haben, aber zweifeln die Zahlen der UNAMA an.

In Afghanistan gab es keinen Versuch wie im Irak, eine fundierte Mortalitätsstudie wie die Lancet-Studie 2006 durchzuführen. Die Welt schuldet dem afghanischen Volk diese Art ernsthafter Rechenschaft über die menschlichen Kosten des Krieges. Aber es scheint unwahrscheinlich, dass dies geschehen wird, bevor der nun 16 Jahre währende Krieg zu Ende geht.

Auf Basis der Schätzungen von Neta Crawford und dem Costs-of-War-Projekt an der Boston University für den Zeitraum zwischen 2001 und 2016 sowie der fehlerhaften Berechnung der UNO seit 2007 schätzt Body Count die Zahl der zwischen 2001 und 2013 getöteten Zivilisten auf 106.000 bis 170.000. Zum sehr konservativen Charakter seiner Schätzung hat Body Count jedoch

festgestellt, dass »im Vergleich zum Irak, wo die Urbanisierung und die Überwachung durch die lokale und ausländische Presse stärker ausgeprägt sind als in Afghanistan, die Erfassung ziviler Todesfälle viel fragmentarischer war«. ³¹⁰ Nach meiner groben Schätzung liegt die Zahl der seit 2001 auf beiden Seiten getöteten Afghanen bei etwa 875.000, minimal 640.000 und maximal 1,4 Millionen.

Pakistan

Die USA haben 2004 ihren Krieg in Afghanistan auf Pakistan ausgedehnt. Laut dem Bureau of Investigative Journalism ³¹¹ haben die USA seitdem mindestens 430 Drohnenangriffe in Pakistan und pakistanische Militärs mehrere Operationen in Grenzgebieten zu Afghanistan durchgeführt. Die pakistanischen Taliban haben von 2007 bis 2009 das schöne Swat-Tal ³¹² und drei benachbarte Bezirke erobert. Diese wurden von der pakistanischen Armee 2009 in einem verheerenden Militärfeldzug – Black Thunderstorm ³¹³ – zurückerobert, der 3,4 Millionen Flüchtlinge verursachte.

Das Bureau of Investigative Journalism ³¹⁴ berichtet, dass bei Drohnenangriffen in Pakistan 2515 bis 4026 Menschen getötet wurden, aber das ist sicher nur ein kleiner Teil der gesamten Kriegstoten. Crawford und das Costs-of-War-Programm der Boston University ³¹⁵ schätzten die Zahl der getöteten Pakistanis bis August 2016 auf etwa 61.300, hauptsächlich basierend auf Berichten des Pak Institute for Peace Studies (PIPS) ³¹⁶ in Islamabad und des South Asia Terrorism Portal (SATP) ³¹⁷ in Neu Delhi. Dazu gehörten 8200 Soldaten und Polizisten, 31.000 Rebellenkämpfer und 22.100 Zivilisten. SATP hat inzwischen die Zahl der getöteten Rebellenkämpfer auf 33.950 aktualisiert und die Zahl der getöteten Zivilisten auf 22.230.

Eine vernünftige Zwischenschätzung wäre, dass als Folge des grenzüberschreitenden US-Krieges mit Afghanistan in Pakistan etwa 325.000 Menschen getötet wurden. Wenn ich meine Schätzungen für Afghanistan und Pakistan kombiniere, komme ich bis Frühjahr 2018 auf etwa 1,2 Millionen getöteter Afghanen und Pakistanis durch die US-Invasion in Afghanistan seit 2001.

Die Strategie des »getarnten, stillen, medienfreien« Krieges

Leitende US-Militäroffiziere haben die US-Doktrin³¹⁸ verdeckter Kriege und Stellvertreterkriege begrüßt, die unter der Obama-Administration als »getarnter, stiller, medienfreier«³¹⁹ Kriegseinsatz zur vollen Blüte gelangte. Diese Doktrin geht zurück auf die US-Kriege in Mittelamerika in den 1980er-Jahren. Nach der US-Rekrutierung von Todesschwadronen im Irak³²⁰, »Salvador-Option« genannt, hat sich die US-Strategie in Libyen, Syrien, Somalia und Jemen noch stärker an dieser Terror-Doktrin orientiert. Die Strategie des »getarnten, stillen, medienfreien« Krieges war unter Propaganda-Gesichtspunkten so erfolgreich, dass die meisten Amerikaner nur sehr wenig über die brutale Gewalt und Chaospolitik der USA in der Welt wissen.

Zur Strategie des »getarnten, stillen, medienfreien «Krieges gehören die US-geführten Bombenkampagnen, die Raqqa, Mosul und andere syrische und irakische Städte mit mehr als 100.000 Bomben und Raketen seit 2014 zerstörten.³²¹ Die Menschen in Mosul, Raqqa, Kobane, Sirte, Falludscha, Ramadi, Tawergha und Deir Ez-Zor sind ohne Präsenz westlicher Reporter oder Fernseheteams gestorben, die die Massaker hätten aufzeichnen können.³²²

Libyen

Die NATO und ihre Verbündeten starteten eine verdeckte Invasion Libyens³²³ mit Tausenden von katarischen und westlichen Spezialeinheiten, planten den Vormarsch der Rebellen im ganzen Land, forderten Luftangriffe gegen die Regierungstruppen und führten 2011 den endgültigen Angriff auf das Militärhauptquartier in Tripolis Bab al-Aziziya aus.³²⁴

Gemäß glaubwürdiger Berichte hat ein französischer Sicherheitsoffizier³²⁵ sogar den Todesstoß gegen den libyschen Führer Muammar al-Gaddafi ausgeführt. Eine Untersuchung des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in Großbritannien im Jahr 2016³²⁶ kam zu dem Schluss, dass eine »begrenzte Intervention zum Schutz der Zivilbevölkerung in eine opportunistische Politik des Regimewechsels mit militärischen Mitteln« umgemünzt wurde. Dieser Regimewechsel führte zum »politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch, zum Krieg zwischen Milizen und intertribalen Kriegen, einer humanitären und Migrationskrise, zu weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen, der Verbreitung von Waffen des al-Gaddafi-Regimes in der gesamten Region und zum Anwachsen des Isil [Islamischen Staates] im Norden Afrikas.«³²⁷

Die einzige juristische Rechtfertigung dafür, dass die NATO und ihre arabisch-monarchistischen Verbündeten ab Februar 2011 mindestens 7700 Bomben und Raketen³²⁸ auf Libyen abgeworfen und mit Spezialeinsatzkräften³²⁹ in Libyen eingedrungen sind, war die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates. Diese Resolution erlaubte »alle notwendigen Maßnahmen« zum eng eingegrenzten Zweck, die Zivilisten in Libyen zu schützen. Der Krieg in seinem erklärten, autorisierten Zweck, die Zivilbevölkerung zu schützen, ist eindeutig gescheitert. In einem anderen, nicht autorisierten Fall war

er jedoch sehr erfolgreich: dem illegalen Sturz der libyschen Regierung.

Nach dem Sturz der libyschen Regierung erkundigten sich Journalisten nach dem heiklen Thema ziviler Todesfälle. Aber der Nationale Übergangsrat (NTC), die instabile neue Regierung aus vom Westen gestützten Exilanten und Rebellen, stoppte die Herausgabe öffentlicher Opferschätzungen und befahl dem Krankenhauspersonal, keine Informationen an Reporter³³⁰ weiterzugeben. Wie im Irak und in Afghanistan waren die Leichenhäuser während des Krieges überfüllt.

Am 8. September 2011 erklärte Naji Barakat, der neue Gesundheitsminister des Nationalen Übergangsrates, dass 30.000 Menschen getötet und weitere 4000 vermisst wurden. Diese Zahlen basierten auf einer Umfrage in Krankenhäusern, bei lokalen Beamten und Rebellenkommandanten im größten Teil des Landes. Barakat erwartete, dass die endgültigen Zahlen höher ausfallen würden. Ein Rebellenführer schätzte im August 2011 die Zahl der getöteten Libyer auf 50.000. Die umfassendste Erhebung über Kriegstote in Libyen bis Februar 2012 ist eine »epidemiologische gemeinschaftliche Studie« mit dem Titel »Libyan Armed Conflict 2011: Mortality, Injury and Population Displacement.³³¹ Sie wurde von drei Medizinprofessoren aus Tripolis verfasst und im *African Journal of Emergency Medicine* im Jahr 2015 veröffentlicht. Diese Studie zum libyschen bewaffneten Konflikt bestätigte die Todesfälle von mindestens 21.490 Menschen.

In 2014 flammten das Chaos und die Fraktionskämpfe in Libyen erneut auf.³³² Eine Gruppe namens Libya Body Count (LBC)³³³ begann, gewaltsame Todesfälle in Libyen nach dem Vorbild des Iraq Body Count³³⁴ (IBC) auf der Grundlage von Medienberichten zu erfassen. Aber die LBC tat dies nur von Januar 2014 bis Dezember

2016 und zählte insgesamt 5871 Tote. Das britische Projekt Armed Conflict Location and Event Data (ACLED)³³⁵ hat ebenfalls die Zahl der gewaltsamen Todesfälle in Libyen erfasst. Im Unterschied zu LBC zählte ACLED von 2014 bis 2016 4062 Todesfälle. Für die restliche Zeit bis März 2018 hat ACLED 1874 Todesfälle gezählt.

Militärische Verluste werden in der Regel genauer gezählt als zivile, und die Streitkräfte haben ein Interesse daran, die Verluste der Feinde genauer zu bewerten als die eigenen. Bei den zivilen Opfern ist das Gegenteil der Fall, da sie fast immer Beweis für Kriegsverbrechen sind, und die Truppen, die sie getötet haben, haben ein starkes Interesse daran, diese Zahlen zu unterdrücken.

In anderen Konflikten ist es der passiven Berichterstattung nie gelungen, mehr zu zählen als ein Fünftel der Todesfälle, die in umfassenden, »aktiven« epidemiologischen Studien festgestellt wurden. So scheint auch in Libyen die tatsächliche Zahl der getöteten Menschen zwischen dem Fünf- und Zwölffachen der Zahlen aus den Studien von Libya Armed Conflict 2011, Libya Body Count und ACLED zu liegen. Nimmt man also 5:1- und 12:1-Verhältnisse zur passiven Berichterstattung als Obergrenzen, dann wären es minimal 150.000 und maximal 360.000. Ich schätze also, dass etwa 250.000 Libyer durch Krieg, Gewalt und Chaos umkamen, die die USA und ihre Verbündeten im Februar 2011 in Libyen entfesselten und die bis heute andauern.

Somalia

Die meisten Amerikaner erinnern sich an die US-Intervention in Somalia, die zu dem Vorfall »Black Hawk Down«³³⁶ und dem Abzug der US-Truppen im Jahr 1993 führte. Aber die meisten Amerikaner erinnern sich nicht daran oder haben es vielleicht nie gewusst, dass die USA 2006 eine weitere »getarnte, stille, medienfreie«

Militäraktion in Somalia durchgeführt haben, um eine äthiopische Militärintervention zu unterstützen.

Somalia arbeitete sich schließlich mit eigener Kraft unter der Leitung der Islamic Courts Union (ICU)³³⁷, einer Vereinigung lokaler traditioneller Gerichte, wieder hoch. Menschen, die das Land gut kannten, begrüßten die ICU als hoffnungsvolle Entwicklung für Frieden und Stabilität in Somalia. Die ICU erklärte sich bereit, mit der Regierung des Landes zusammenzuarbeiten, verbündete sich mit einem Kriegsherrn in Mogadischu und besiegte die anderen Kriegsherren, die seit dem Zusammenbruch der Zentralregierung 1991 regiert hatten.

Im Zusammenhang mit ihrem »Krieg gegen den Terror« identifizierte die US-Regierung die Islamische Gerichtsvereinigung, ICU, als Feind und Ziel militärischer Aktionen. Also führten die USA in Verbindung mit Äthiopien, dem traditionellen, regionalen Rivalen Somalias, Luftangriffe und Spezialeinsätze durch,³³⁸ um eine äthiopische Invasion in Somalia³³⁹ zu unterstützen und die ICU zu entmachten. Das Ergebnis war, dass Somalia wieder in Gewalt und Chaos versank, die bis heute andauern.³⁴⁰ Uppsala Conflict Data Program (UCDP)³⁴¹ schätzte die Zahl gewaltsamer Todesopfer in Somalia auf Basis passiver Quellen von 2006 bis 2016 auf 20.171. Armed Conflict Location and Event Data Project (ACLED)³⁴² kam auf 24.631. Eine preisgekrönte lokale NGO, das Elman Peace and Human Rights Centre in Mogadischu³⁴³, zählte allein für die Jahre 2007 und 2008 16.210 gewaltsame Todesfälle. Aus Erfahrung wissen wir, dass die Gesamtzahl der Toten das 5- bis 20-Fache beträgt. Deshalb schätze ich, dass die tatsächliche Zahl der seit 2006 in Somalia getöteten Menschen zwischen 500.000 und 850.000 liegen muss, mit höchstwahrscheinlich etwa 650.000 gewaltsamen Todesfällen.

Syrien

Die »getarnte, stille, medienfreie« Rolle der USA in Syrien begann Ende 2011 mit einer CIA-Operation, bei der ausländische Kämpfer und Waffen durch die Türkei und Jordanien nach Syrien geschleust wurden. Sie arbeiteten mit Katar und Saudi-Arabien zusammen, um Unruhen zu militarisieren, die mit friedlichen Protesten des Arabischen Frühlings gegen die Baath-Regierung Syriens begannen.³⁴⁴ Die überwiegend linken und demokratischen syrischen Fraktionen, die 2011 gewaltfreie Proteste in Syrien koordinierten, lehnten diese ausländischen Bestrebungen zur Auslösung eines Bürgerkriegs entschieden ab und gaben Erklärungen gegen Gewalt, Sektierertum und ausländische Intervention heraus.³⁴⁵

Obwohl eine von Katar gesponserte Meinungsumfrage vom Dezember 2011 ergab, dass 55% der Syrer ihre Regierung unterstützten³⁴⁶, waren die USA und ihre Verbündeten dennoch entschlossen, ihr libysches Regimewechsel-Modell auf Syrien zu übertragen. Sie wussten von Beginn an, dass dieser Krieg viel blutiger und destruktiver sein würde. Die CIA und ihre arabischen monarchistischen Partner haben schließlich tausende Tonnen von Waffen und tausende ausländische mit Al-Qaida verbundene Dschihadisten nach Syrien verfrachtet.³⁴⁷ Die Waffen kamen zuerst aus Libyen, dann aus Kroatien und dem Balkan. Dazu gehörten Mörser und Kleinwaffen, Scharfschützengewehre, Granaten mit Raketenantrieb, Haubitzen und Raketenwerfer. Schließlich lieferten die USA sogar schwere Panzerabwehrraketen.

Statt Kofi Annan in seinen Bemühungen um Frieden in Syrien im Jahr 2012 zu unterstützen, veranstalteten die USA und ihre Verbündeten drei »Friends of Syria«-Konferenzen.³⁴⁸ Auf diesen verfolgten sie ihren eigenen »Plan B« und versprachen den zunehmend von Al-Qaida dominierten Rebellen immer größere

Unterstützung. Kofi Annan beendete seine undankbare Rolle aus Abscheu,³⁴⁹ nachdem Außenministerin Hillary Clinton und ihre britischen, französischen und saudischen Verbündeten seinen Friedensplan zynisch untergraben hatten.

Der Rest ist – wie man sagt – Geschichte. Eine Geschichte der sich ständig ausbreitenden Gewalt und des Chaos. Wie Phyllis Bennis vom Institut für politische Studien beobachtet hat, waren diese externen Kräfte alle bereit, um Syrien »bis zum letzten Syrer« zu kämpfen.³⁵⁰ Die Bombenkampagne, die Präsident Obama 2014 gegen den Islamischen Staat gestartet hat, ist die schwerste Bombenkampagne seit dem US-Krieg in Vietnam: Auf Syrien und den Irak gingen insgesamt 100.000 Bomben und Raketen nieder.³⁵¹ Patrick Cockburn, der Nahost-Korrespondenten-Veteran der britischen Zeitung *Independent*, besuchte im März 2018 Raqqa, die ehemals sechstgrößte Stadt Syriens, und schrieb: »Die Zerstörung ist total.«³⁵²

Jede öffentliche Schätzung der Zahl der in Syrien Getöteten, die ich gefunden habe, kommt direkt oder indirekt von der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR), geleitet von Rami Abdulrahman in Coventry, Großbritannien. Er ist ein ehemaliger politischer Gefangener aus Syrien und arbeitet mit vier Assistenten in Syrien, die auf ein Netzwerk von etwa 230 Anti-Regierungsaktivisten im gesamten Land zurückgreifen. Seine Arbeit wird teilweise von der Europäischen Union finanziert, aber auch von der britischen Regierung. SOHR wurde wegen ihres unverblümt oppositionellen Standpunktes kritisiert. Es scheint, als hätte sie vorsätzlich die durch US-Luftangriffe getöteten Zivilisten niedrig geschätzt.

Die SOHR erkennt an, dass ihre Zahlen keine Gesamtschätzung sind. In ihrem letzten Bericht vom März 2018 beziffert SOHR die

Todesfälle seit Beginn des Konflikts auf 353.935 Kämpfer und Zivilisten. Diese Summe setzt sich zusammen aus 106.390 Zivilisten, 63.820 syrischen Soldaten, 58.130 Mitgliedern regierungsfreundlicher Milizen (darunter 1630 Hisbollah und 7686 andere Ausländer), 63.360 vom Islamischen Staat, Jabhat Fateh al-Sham (ehemals Jabhat al-Nusra) und anderen islamistischen Dschihadis, 62.039 anderen regierungsfeindlichen Kämpfern und 196 nicht identifizierten Personen. Aber unabhängig von ihrer prorebellischen Sichtweise scheint die SOHR-Studie eine der umfassendsten Bemühungen zu sein, die Toten des Syrien-Krieges passiv zu zählen.

Wenn die Zahlen von SOHR korrekter waren, als bei passiven Berichten üblich, könnten sie insgesamt zwischen 25 % oder 30 % der getöteten Menschen (Kombattanten und Zivilisten) erfasst haben, dann könnte die tatsächliche Zahl bei einer Million liegen. Möglicherweise wurden sogar bis zu 2 Millionen Menschen getötet.

Sonderfall Jemen

Im Jemen sind die USA Teil einer Koalition, die das Land seit 2015 bombardiert, um den ehemaligen Präsidenten Abdrabbuh Mansur Hadi wieder an die Macht zu bringen. Hadi wurde 2012 gewählt, nachdem Proteste im Arabischen Frühling und bewaffnete Aufstände den früheren, von den USA unterstützten Diktator des Jemen, Ali Abdullah Saleh, im November 2011 zum Rücktritt zwangen. Hadi hatte das Mandat, innerhalb von zwei Jahren eine neue Verfassung zu erarbeiten und eine Neuwahl zu organisieren. Er tat nichts davon, so dass die mächtige Zaidi-Houthi-Bewegung im September 2014 in die Hauptstadt einmarschierte, Hadi unter Hausarrest stellte und verlangte, dass er und seine Regierung ihr Mandat erfüllen und eine Neuwahl organisieren sollten.

Die Zaidis sind eine schiitische Sekte, die 45% der jemenitischen Bevölkerung repräsentiert. Zaidi-Imams regierten den größten Teil des Jemen für über tausend Jahre. Sunniten und Zaidis leben im Jemen seit Jahrhunderten friedlich zusammen. Im Jahr 2014 weigerte sich Hadi, mit den Houthis zusammenzuarbeiten, und trat im Januar 2015 zurück. Er floh nach Aden und dann nach Saudi-Arabien, das eine brutale, von den USA unterstützte Bombenkampagne und Seeblockade startete.

Die USA haben Saudi-Arabien den überwiegenden Teil der Flugzeuge, Bomben, Raketen und anderer Waffen verkauft, mit denen die Saudis den Jemen terrorisieren. Großbritannien ist der zweitgrößte Waffenlieferant der Saudis. Ohne US-Satellitenaufklärung und Luftbetankung könnte Saudi-Arabien im Jemen keine Luftangriffe durchführen. Ein Stopp der US-Waffenlieferungen, der Luftbetankung und der diplomatischen Unterstützung könnte also zur Beendigung des Krieges führen.

Veröffentlichte Schätzungen über Kriegstote im Jemen basieren auf regelmäßigen Umfragen der Weltgesundheitsorganisation in den Krankenhäusern, die oft vom UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)³⁵³ durchgeführt werden. Die letzte Schätzung vom Dezember 2017 lautet, dass 9245 Menschen getötet wurden, darunter 5558 Zivilisten.

Doch der UNOCHA-Bericht vom Dezember 2017 enthielt folgende Notiz: »Aufgrund der hohen Zahl von Gesundheitseinrichtungen, die wegen des Konflikts nicht oder nur teilweise funktionieren, sind diese Zahlen unterbewertet und damit wahrscheinlich höher.« Mehrere Krankenhäuser im Jemen wurden von saudischen Luftangriffen getroffen, es gibt eine Seeblockade, die die Einfuhr von Medikamenten einschränkt, und die Versorgung mit Strom,

Wasser, Lebensmitteln und Treibstoff ist von den Bombenangriffen und der Blockade betroffen.

UNOCHA und die WHO wissen, dass ihre Zahlen auf einer erheblichen Unterberichterstattung beruhen. Ich schätze daher, dass etwa 175.000 Menschen getötet wurden – das ist das 15-fache der von der WHO und ACLED gemeldeten Zahlen – mit einem Minimum von 120.000 Menschen und einem Maximum von 240.000.

Die wahren menschlichen Kosten der US-Kriege

Insgesamt schätze ich, dass die USA und ihre Verbündeten in den Kriegen nach dem 11. September 2001 etwa 6 Millionen Menschen getötet haben. Vielleicht sind es »nur« 5, vielleicht jedoch 7 Millionen. Aber ich bin mir sehr sicher, dass es sich um mehrere Millionen handelt. Es sind nicht nur Hunderttausende, wie viele ansonsten gut Informierte glauben. Datensammlungen auf der Grundlage passiver Berichterstattungen können nie mehr als einen Bruchteil der tatsächlichen Zahl an Toten aus Ländern liefern, die Opfer von Gewalt und Chaos der US-Aggressionen wurden.³⁵⁴

Die »Informationskriegsführung«³⁵⁵ dient der politischen Rechtfertigung all dieser Kriege, um Feinde zu dämonisieren. Anschließend wurden diese Kriege auf »getarnte, stille, medienfreie«³⁵⁶ Weise geführt, um ihre Kosten an menschlichem Blut vor der amerikanischen Öffentlichkeit und der Welt zu verstecken.³⁵⁷ Nach 16 Jahren Krieg, etwa 6 Millionen gewaltsamen Todesfällen, sechs völlig zerstörten und chaotisierten Ländern ist es dringend erforderlich, dass sich die Weltöffentlichkeit, nicht nur die US-amerikanische, mit den wahren menschlichen Kosten der Kriege unseres Landes auseinandersetzt.

-
265. Mit freundlicher Genehmigung des Autors. Dieser Beitrag basiert auf drei separaten Aufsätzen: Nicolas J.S. Davies, How Many Millions of People Have Been Killed in America's Post-9/11 Wars? – Part One: Iraq: consortiumnews.com; Ders., How Many People Has the U.S. Killed in its Post-9/11 Wars? Part 2: Afghanistan and Pakistan: consortiumnews.com; Ders., How Many Millions Have Been Killed in America's Post-9/11 Wars? Part 3: Libya, Syria, Somalia and Yemen: consortiumnews.com; alle zuletzt aufgerufen (z.a.) 27.11.2018. Übersetzung der Originaltexte aus der englischen Sprache: 1. und 2. von Gabriele Herb; 3. U.M.; Titel, Zusammenfassung und Bearbeitung der Texte inklusive Fußnotenaktualisierung: U.M.
266. Nicolas J.S. Davies, Playing Games with War Deaths: consortiumnews.com; z.a. 01.11.2018
267. Physicans for Social Responsibility, Body Count: Casualty Figures After 10 Years of ‚The War on Terror‘. Iraq, Afghanistan, Pakistan: www.psr.org, z.a. 01.11.2018
268. Iraqi Death Toll Survey: surveys.ap.org; z.a. 01.11.2018
269. Iraqi Death Toll Survey: www.comresglobal.com; z.a. 01.11.2018
270. Zit. bei: Nicolas J.S. Davies, How Many Millions of People Have Been Killed in America's Post-9/11 Wars?, a.a.O.; Hinweis des Herausgebers: Siehe hierzu auch: www.ushmm.org; z.a. 05.11.2018
271. Hinweis des Herausgebers: Da die Originalsite von Ferencz nicht mehr aktiv ist, hier ein Transkript des Interviews, das er am 19. September 2001 gab: ratical.org; z.a. 03.11.2018
272. Nicolas J.S. Davies, »The Iraq Death Toll 15 Years After the U.S. Invasion«, www.commondreams.org; z.a. 26.10.2018
273. Nat Parry, Iraq + 15: Accumulated Evil of the Whole, consortiumnews, 19. March 2018: consortiumnews.com; z.a. 01.11.2018
274. Nicolas J.S. Davies, Blood On Our Hands: the American Invasion and Destruction of Iraq, siehe: www.amazon.com; Kapitel 7; z.a. 26.10.2018,
275. Nicolas J.S. Davies, »Burying the Lancet Report... and the Children«: <http://www.uruknet.info/?p=18696>; Ders.: »Playing Games With War Deaths«: consortiumnews.com; z.a. 26.10.2018
276. Physicans for Social Responsibility, Body Count: Casualty Figures After 10 Years of »The War on Terror«. Iraq, Afghanistan, Pakistan: www.psr.org, z.a. 26.10.2018; z.a. 01.11.2018
277. The Human Cost of the War in Iraq. A Mortality Study, 2002-2006: http://web.mit.edu/CIS/pdf/Human_Cost_of_War.pdf; z.a. 26.10.2018
278. www.syriaahr.com; z.a. 01.11.2018

279. Iraq Body Count: www.iraqbodycount.org; z.a.01.11.2018
280. Airwars, Monitoring and assessing civilian harm from airpower-dominated international military actions ...: airwars.org; z.a.01.11.2018
281. Michael Savage, Invade and be damned: Foreign Office lawyers say advice on legality of war was ignored, Independent, 27. January 2010: www.independent.co.uk; z.a.03.11.2018
282. Owen Bennett-Jones, Iraqi deaths survey »was robust«, BBC-News, 26 March 2007: news.bbc.co.uk; z.a. 01.11.2018
283. Ebd.
284. Physicans for Social Responsibility, Body Count: Casualty Figures After 10 Years of »The War on Terror«. Iraq, Afghanistan, Pakistan: www.psr.org, z.a. 01.11.2018
285. The Human Cost of the War in Iraq. A Mortality Study, 2002-2006: http://web.mit.edu/CIS/pdf/Human_Cost_of_War.pdf; z.a.01.11.2018
286. Baghdad morgue took in 1,600 bodies in October, Reuters, 19. January 2007: uk.reuters.com; z.a. 01.11.2018
287. Combined Forces Air Component Commander 2004-2009 Airpower Statistics, 30. June 2009: www.wired.com; z.a. 01.11.2018
288. Combined Forces Air Component Commander 2004-2009 Airpower Statistics, Reuters, 30. January 2008: www.reuters.com; z.a. 01.11.2008
289. The Human Cost of the War in Iraq. A Mortality Study, 2002-2006: http://web.mit.edu/CIS/pdf/Human_Cost_of_War.pdf; z.a.01.11.2018
290. Nicolas J.S. Davies, Why Iraqis May See ISIL as Lesser Evil Compared To U.S.-Backed Death Squads. Ten years of U.S. efforts to impose a brutal military solution in Iraq have only brought more death, destruction and chaos to its people, 20. November 2014: www.alternet.org; z.a. 29.10.2018
291. aljadriya.blogspot.com; z.a. 01.11.2008
292. Iraq Body Count, a.a.O.
293. www.justforeignpolicy.org; z.a. 01.11.2018
294. Dirk Adriaensens, Iraq: »Occupation« is the Highest Form of »Dictatorship« which Washington calls »Democracy«, GlobalResearch, 16. April 2011: <https://www.globalresearch.ca/iraq-occupation-is-the-highest-form-of-dictatorship-which-washington-calls-democracy/24357>; z.a. 01.11.2018
295. Nicolas J.S. Davies, Since 9-11 America's Insane Foreign Policy – Continued Under Obama – Has Killed a Million and Created ISIS. Why American policy abroad strengthens groups like ISIS: www.alternet.org; z.a. 01.11.2011

296. Nicolas J S Davies, Covering Up the Massacre of Mosul: consortiumnews, 21. August 2017: consortiumnews.com; z.a. 01.11.2018
297. Iraq Body Count, a.a.O.
298. www.uniraq.com; z.a. 01.11.2018
299. Center for Constitutional Rights, The Right to Reparations: ccrjustice.org; z.a. 01.11.2018
300. Nicolas J.S. Davies, Blood On Our Hands: the American Invasion and Destruction of Iraq, a.a.O.
301. en.wikipedia.org; z.a. 01.11.2018
302. John M. Broder, A NATION AT WAR: THE CASUALTIES; U.S. Military Has No Count of Iraqi Dead in Fighting, The New York Times vom 2. April 2003: www.nytimes.com; z.a.12.11.2018
303. Gareth Porter, How McChrystal and Petraeus Built an Indiscriminate »Killing Machine«, Truthout, 26. September 2011.: truthout.org; z.a. 01.11.2018
304. unama.unmissions.org. 01.11.2018
305. Gareth Porter, How McChrystal and Petraeus a.a.O.
306. Dana Priest, William M. Arkin, 'Top Secret America': A look at the military's Joint Special Operations Command, The Washington Post vom 2. September 2011: www.washingtonpost.com; z.a. 31.10.2018
307. Hinweis des Herausgebers: Wobei es im Beitrag von Dana Priest und William M. Arkin heißt: »Der Präsident hat dem JSOC (Joint Special Operations Command) die seltene Autorität gegeben, Personen für seine Tötungsliste auszuwählen – und sie dann zu töten, anstatt sie zu fangen.«
308. Anmerkung der Übersetzerin: Der Begriff »Memory Hole« wurde von George Orwell in seinem Werk »1984« geprägt: Dort ließ das Wahrheitsministerium Dokumente verschwinden oder veränderte sie im Sinne der herrschenden Propaganda.
309. unama.unmissions.org
310.
https://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/2016/War%20in%20Afghanistan%20and%20Pakistan%20UPDATE_FINAL_corrected%20date.pdf; z.a. 03.11.2018
311. www.thebureauinvestigates.com; z.a. 03.11.2018
312. Siehe hierzu: en.wikipedia.org; z.a. 28.10.2018
313. en.wikipedia.org; z.a. 28.10.2018

314. The Bureau of Investigative Journalism: www.thebureauinvestigates.com; Dass.: Drone Wars: The Full Data, 01.01.2017: www.thebureauinvestigates.com; Dass.: www.thebureauinvestigates.com; z.a. 03.11.2018
315. <https://watson.brown.edu/costsofwar/>; z.a. 03.11.2018
316. www.pakpips.com; www.pakpips.com; z.a. 03.11.2018
317. www.satp.org; www.satp.org; z.a. 03.11.2018
318. Nicolas J.S. Davies, Syria: Where the Obama Doctrine of Covert War Spectacularly Backfired. The U.S. policy of arming proxies in Syria is a formula for unlimited escalation and mass destruction, 25. Juni 2013: www.alternet.org; z.a. 29.10.2018
319. Maj. Gen. Alfred A. Valenzuela and Col. Victor M. Rosello, Expanding Roles and Missions in the War on Drugs and Terrorism: El Salvador and Colombia, The U.S. Army Professional Writing Collection, March-April 2004: <https://loveman.sdsu.edu/supplement/docs/MajGenValenzuelaColRosello2004.pdf>; z.a. 29.10.2018
320. Nicolas J.S. Davies, Why Iraqis May See ISIL as Lesser Evil Compared To U.S.-Backed Death Squads. Ten years of U.S. efforts to impose a brutal military solution in Iraq have only brought more death, destruction and chaos to its people, 20.November 2004: www.alternet.org; z.a. 29.10.2018
321. AFCENT Airpower Summary. Operation Inherent Resolve – destroying ISIS in Iraq and Syria: http://www.afcent.af.mil/Portals/82/Documents/Airpower%20summary/Airpower%20Summary%20-%20December%202017_Released.pdf?ver=2018-01-15-023307-640; z.a. 29.10.2018
322. Nicolas J.S. Davies, Giving War Too Many Chances, 03.Januar 2018: consortiumnews.com; z.a. 29.10.2018
323. Ebd.
324. Qatar admits sending hundreds of troops to support Libya rebels. Qatari chief-of-staff reveals extent of involvement, saying troops were responsible for training, communications and strategy, The Guardian vom 26. Oktober 2011: www.theguardian.com; z.a. 03.11.2018
325. French secret service killed Gaddafi on Sarkozy's orders: reports. New revelations reignite rumours that Sarkozy was behind Gaddafi's 2011 killing, Middle East Eye, 17.August 2014: <https://www.middleeasteye.net/news/french-secret-service-killed-gaddafi-sarkozy-s-orders-reports-1614795688>; z.a. 03.11.2018
326. MPs deliver damning verdict on David Cameron's Libya intervention. Foreign affairs committee says ex-PM was responsible for failures that helped create failed state on the

verge of civil war, The Guardian vom 14. September 2016: www.theguardian.com; z.a. 03.11.2018

327. Ebd.

328. C. J. Chivers and Eric Schmitt, In Strikes on Libya by NATO, an Unspoken Civilian Toll, 17. Dezember 2011: www.nytimes.com; z.a. 29.10.2018

329. Libya conflict: British and French soldiers help rebels prepare Sirte attack, The Guardian vom 25. August 2011: www.theguardian.com; z.a. 03.11.2018

330. Libya: Civil War Casualties Could Reach 100,000, International Business Times vom 26. Oktober 2011: www.ibtimes.co.uk; z.a. 03.11.2018

331. Übersetzung: Der libysche bewaffnete Konflikt 2011: Sterblichkeit, Verletzung und Vertreibung der Bevölkerung www.sciencedirect.com; z.a. 03.11.2018

332. Libyan Civil War (2014–present): en.wikipedia.org); z.a. 03.11.2018

333. www.libyabodycount.org; z.a. 03.11.2018

334. www.iraqbodycount.org; z.a. 03.11.2018

335. Ebd.

336. en.wikipedia.org); z.a. 03.11.2018

337. en.wikipedia.org; z.a. 03.11.2018

338. »Many dead« in US air strikes on Somalia, The Guardian vom 9. Januar 2009: www.theguardian.com; z.a. 03.11.2018

339. Ethiopians nearing Somali capital, BBC, 27. Dezember 2006: news.bbc.co.uk; z.a. 31.10.2018; »The war with Somalia was declared neither by the Ethiopians, nor by the Somali people. We all know we are fighting somebody else's war«, [»Der Krieg mit Somalia wurde weder von den Äthiopiern noch vom somalischen Volk erklärt. Wir alle wissen, dass wir den Krieg eines anderen führen«, U.M.], siehe ebd.

340. Jeremy Scahill, Blowback in Somalia. How US proxy wars helped create a militant Islamist threat, The Nation vom 7. September 2011: www.thenation.com; z.a. 31.10.2018

341. <http://ucdp.uu.se>; z.a. 31.10.2018

342. www.acleddata.com; z.a. 31.10.2018

343. elmanpeace.org; z.a. 31.10.2018

344. Philip Giraldi, NATO vs. Syria, The American Conservative vom 19. Dezember. 2011: www.theamericanconservative.com; z.a. 30.10.2018

345. National Coordination Body for Democratic Change, 15. Januar 2012: carnegie-mec.org; Anmerkung des Herausgebers, siehe hierzu auch: The Left and the Syria Debate, The Real News Network vom 19. Dezember 2016: therealnews.com; z.a. 30.10.2018

346. Jonathan Steel, Most Syrians back President Assad, but you'd never know from western media, The Guardian vom 17. Januar 2012: www.theguardian.com; z.a. 30.10.2018
347. Gareth Porter, How America Armed Terrorists in Syria, Consortium News vom 23. Juni. 2017: consortiumnews.com; z.a. 30.10.2018
348. Nicolas J.S. Davies, Armed Rebels and Middle-Eastern Power Plays: How the U.S. Is Helping to Kill Peace in Syria. The U.S. government has escalated violence in Syria by providing rebels with equipment and intelligence, Alternet vom 29. Oktober 2012: www.alternet.org; z.a. 30.10.2018
349. Michael Hirsch, The Syria Deal That Could Have Been. Last year, the UN envoy had carved a path for a government »transition.« But the White House and Hillary Clinton rejected it, The Atlantic vom 4. Oktober 2013: www.theatlantic.com, z.a. 30.10.2018
350. Phyllis Bennis, Vietnam War Created Middle East Activist – Phyllis Bennis on Reality Asserts Itself (1/4), The Real News Network, 10. Dezember 2013: therealnews.com; z.a. 30.10.2018
351.
http://www.afcent.af.mil/Portals/82/Documents/Airpower%20summary/Airpower%20Summary%20-%20December%202017_Released.pdf?ver=2018-01-15-023307-640; z.a. 30.10.2018
352. Patrik Cockburn, Raqqa: »Liberated« former Isis capital still gripped by fear, full of booby traps and bombed to oblivion, Independent, 18. March 2018: www.independent.co.uk; z.a. 30.10.2018
353. United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA), Humanitarian Response Plan, Jan. - Dec. 2018: reliefweb.int/sites/reliefweb.int; z.a. 31.10.2018
354. Hinweis des Herausgebers: James A. Lucas, US Has Killed More Than 20 Million People in 37 »Victim Nations« Since World War II, GlobalResearch, 24. October 2018: <https://www.globalresearch.ca/us-has-killed-more-than-20-million-people-in-37-victim-nations-since-world-war-ii/5492051>; z.a. 31.10.2018
355. Constant Conflict, US Army War College Quarterly, Information Clearing House: <http://www.informationclearinghouse.info/article3011.htm>; z.a. 31.10.2018
356. Expanding Roles and Missions in the War on Drugs and Terrorism: El Salvador and Colombia, a.a.O.
357. Nicolas J.S. Davies, How America Spreads Global Chaos, 30. Oktober 2017: consortiumnews.com; z.a. 31.10.2018

Piratenstaat USA³⁵⁸

John Pilger im Interview mit Ullrich Mies

Immer dann, wenn die USA ihren Anspruch auf Weltbeherrschung in Gefahr sehen, von welchem Staat, von welcher Gruppe auch immer, brechen sie Verträge oder rufen einen neuen Feind aus. Dies ist ein durchgängiges Muster US-amerikanischer Außenpolitik seit etwa 100 Jahren. Nach dem Ende des Kalten Krieges erfanden die USA neue Feinde und revitalisierten alte Feindbilder. Im Interview schildert der international bekannte Filmemacher und Journalist John Pilger, wie gnadenlos die USA und ihre europäischen Vasallen alles zerstören, was sich ihnen in den Weg stellt, und dass die Propaganda alle Verbrechen von dem Licht der Öffentlichkeit abschirmt.

Ullrich Mies: John Pilger, bevor ich Ihnen Fragen zu China stelle, bitte ich Sie um eine kurze Einschätzung der aktuellen Weltlage. Die USA beanspruchen die Weltführerschaft. Trifft es zu, dass deren herrschende Eliten jedes Land bekämpfen, das sie irgendwie als Störfaktor oder sogar Bedrohung ihrer weltweiten Hegemonie betrachten? Man hat den Eindruck, dass sie jedes Land destabilisieren, mit Umsturz bedrohen, chaotisieren oder sogar mit Krieg überziehen, das sich ihnen nicht widerspruchslos unterwirft. Gibt es eine Master-Strategie?

John Pilger: Sie nennen es Master-Strategie. Tatsächlich haben wir es mit einem durchgängigen Muster zu tun. Die Vereinigten Staaten sind eine imperiale Macht. Wie alle imperialen Mächte kontrollierten und nutzten sie die Gesellschaften, indem sie sie spalteten. Kurz vor der US/UK-Invasion im Jahr 2003 fuhr ich quer

durch den Irak. Ich kannte weder Sunniten noch Schiiten, die Kurden sind eine Ausnahme. Ich kannte jedoch Iraker, die stolz auf die lange Zivilisation ihres Landes und seinen Ruf als intellektuelle Drehscheibe im Nahen Osten sind, eines Landes, das die besten sozialen Dienste aller Länder der Region bot. Innerhalb kürzester Zeit hatten die Amerikaner dies in Stücke gerissen, und die Iraker kämpften bald gegeneinander, oft nur um das Chaos zu überleben. So funktioniert Imperialismus. Das Muster könnte nicht klarer sein.

Braucht der militärisch-industrielle Komplex der USA den permanenten Kriegszustand zu seinem Überleben? Könnte man sogar sagen, dieser Komplex ist die eigentliche US-Regierung?

Nein, es handelt sich nicht nur um die US-Regierung. Dabei geht es um die USA und alle Formen westlicher Macht, insbesondere die Geldmacht und die großen Konzerne. Die Cargill Corporation kontrolliert den weltweiten Handel mit Getreide. Lockheed Martin, Raytheon und der Rest der US-Rüstungsindustrie dominieren den Waffen- und Kriegshandel. Die US-Geldindustrie regiert einen Großteil der Welt durch den US-Dollar als Reservewährung, obwohl sich das aktuell ändert. Dies sind die Säulen der imperialen Macht, die von Vasallenstaaten in Europa, Lateinamerika und Australasien³⁵⁹ gestützt werden.

Haben sich die führenden westlichen Regierungen im neoliberalen Kapitalismus mit den ökonomisch Mächtigen in kriminelle Organisationen verwandelt? Verfügen sie noch über eine relative Autonomie oder sind sie Dienstleister der

ökonomisch Mächtigen, so wie Marxisten sie verstehen würden?

Sie waren immer Piraten und sind es immer noch. So viel britischer Reichtum wurde auf Sklaverei und geplünderten Waren wie Baumwolle aufgebaut. Die historische Aufzeichnung darüber ist klar; man braucht keine marxistische Analyse, um sie zu verstehen. Kriminalität ist nur eine neue Art, Piraterie zu beschreiben.

Wie schaffen es die herrschenden politischen Eliten nach Millionen Toten, der Schaffung von Elend, Flüchtlingen und Verbrechen, dass viele Menschen im Westen sie immer noch als die Hüter der Demokratie, sogenannter westlicher Werte und der Menschenrechte sehen? Die professionelle Gehirnwäsche scheint doch absolut erfolgreich zu sein?

Innerhalb der westlichen Gesellschaften gab und gibt es sehr viele Menschen mit demokratischen und humanitären Prinzipien. Verwechseln Sie Eliten nie mit denen, die ihr Leben so gut wie möglich gestalten. Das heißt, Propaganda hat eine nachhaltige soziale Wirkung, besonders in den USA, wo viele die Mythen der wohl umfassendsten Gehirnwäsche der Geschichte glauben. In Deutschland spielte während des Dritten Reiches die Angst eine entscheidende Rolle bei der Unterwerfung unter die Propaganda. In den USA wachsen viele Menschen auf, die den Unsinn des Exzeptionalismus glauben, der der Ideologie des Amerikanismus zu Grunde liegt. Der Exzeptionalismus ist in seinem Extrem faschistisch.

In Ihrem Film »The Coming War on China« sagt Professor Bruce Cumings etwas sehr Interessantes: Wir unterhalten unabhängige Regierungen in Südkorea, Japan und Deutschland. Wenn es um Außenpolitik geht, verfügen sie jedoch über keine Autonomie. Unser System ist sehr ausgeklügelt und effektiv. Was ist mit Großbritannien und Frankreich? Sind diese Regierungen unabhängiger?

Großbritannien und Frankreich sind ganz anders, obwohl sie in vielerlei Hinsicht Vasallenstaaten sind und obwohl Frankreich glaubt, das nicht zu sein. Japan und Südkorea wurden im Zweiten Weltkrieg vernichtet; der Preis ihrer wirtschaftlichen Wiederherstellung war der Verzicht auf ihre Unabhängigkeit, wie Bruce Cumings beschreibt. Das ändert sich in Deutschland, wo Angela Merkel einen Gaspipeline-Vertrag mit Russland aushandelt, ein Akt der Unabhängigkeit und Ketzerei. Japan, mit extremen Nationalisten an der Macht, ist immer noch an einer Kette. Insgesamt würde ich sagen, dass sich der amerikanische Griff im Allgemeinen lockert, vor allem dank Donald Trump.

Ein wichtiger Teil Ihres Filmes befasst sich mit den Atomwaffentests und der Zerstörung des Bikini-Atolls sowie der verbrecherischen Politik der USA in dieser Region, der rücksichtslosen Zerstörung des Lebensraums der Einwohner und den menschenverachtenden Versuchen an ihnen als guinea pigs. Das Ganze wurde dann damit gerechtfertigt, dass es zum Wohle der Menschheit geschah. Im Film sagt der Herausgeber des Marshall Islands Journal, Giff Johnson, alles wurde vertuscht, alles Lügen und Betrügereien. Die Strahlenwirkungen wurden an ahnungslosen Menschen

getestet. John Pilger, welchen Eindruck haben Sie? Was sind das für Menschen, die nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges und dem Abwurf von zwei Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki bereits ein Jahr später, 1946, derartige Versuche durchführten?

Ich glaube, es gibt keinen seriösen Hinweis darauf, dass das, was die USA auf den Marshallinseln taten, zum Wohle der Menschheit geschah. Sie hatten ein Ziel: effizientere Atomwaffen zu bauen, um die Sowjetunion und China einzuschüchtern. Große Macht ist gnadenlos; obwohl sie von Menschen ausgeübt wird, finden sich darin keine gutartigen menschlichen Eigenschaften. Das ist für moralisch denkende Menschen oft schwer zu verstehen, aber es ist wahr. Der Faschismus ist zwar von Menschen gemacht, ist aber in seiner Umsetzung antihuman. Eine rücksichtslose Macht wie die USA kann ihren Willen auf der ganzen Welt durchsetzen, wie es die Faschisten tun; aber zu Hause ist sie eine Demokratie, besser ausgedrückt: Sie war es. Die rücksichtslosesten Aspekte des Imperialismus haben die widerwärtige Angewohnheit, ins Ursprungsland zurückzukehren, insbesondere dann, wenn sich die imperiale Macht ihrer selbst nicht mehr sicher ist.

Was sind das für Menschen, die den militärisch-industriellen Komplex immer weiter mästen? Sind sie die Hörigen eines Herrschaftskomplexes? Gibt es in der psychischen Grundausstattung dieser Menschen Parallelen zu all den Organisatoren und Mitläufern des Grauens vergangener Jahrhunderte?

Nun, es sind oft Menschen mit Familien, die nett zu ihren Kindern sind und mit ihrem Hund spazieren gehen. Barack Obama wird in westlichen liberalen Kreisen als ein zivilisierter Mann gefeiert, eine Figur der Gnade, las ich. Es war diese Gnadenfigur, die sieben Kriege auslöste, darunter eine weltweite Mordkampagne durch Drohnen, eine Kampagne des Terrorismus, die Folterer begnadigte und Informanten verfolgte. Im Vergleich dazu ist Trump ein Weichei. Die unbarmherzige Kraft, die sie verkörpern und abgeben, wird oft maskiert. Ein Großteil der Medien widmet sich der Aufgabe, sie zu maskieren, ihre Schuld zu minimieren. Solange wir nicht wissen, wie solche Propaganda funktioniert, werden wir nicht wissen, wie wir sie bekämpfen sollen.

In Ihrem Film verweisen sie auf Mao 1950, als er den USA die Hand ausstreckte und niemals eine Antwort bekam. Auch Putin bot den USA und dem Westen nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Warschauer Vertragsorganisation mehrfach die Kooperation an und wurde zurückgewiesen. Warum schlagen die USA alle Kooperationsangebote bis heute aus?

Die USA versuchen seit der Russischen Revolution, Russland zu unterwerfen. Es gab eine kurze Unterbrechung, als die Rote Armee den Zweiten Weltkrieg gewann. Russland in der einen oder anderen Form zu bekommen, war das historische Muster. Das hat etwas mit alten und wehmütigen imperialen Entwürfen zur Kontrolle Eurasiens zu tun, aber meistens geht es einfach darum, dass die USA die ganze Welt ohne jeden Widerstand regieren wollen.

Ihr Gesprächspartner im Film, Professor Zang Weiwei, nannte Deng Xiao Ping einen Langzeitvisionär und sagte, in China erhebe sich der Kapitalismus nicht über die Kommunistische Partei. Wie sehen Sie das? Ist das eine nette Schutzbehauptung? Ist die Kommunistische Partei Chinas vielmehr nichts anderes als die autokratische Steuerungs- und Koordinationsinstanz eines neuen hemmungslosen Brutalkapitalismus, der mehr Milliardäre hervorbringt als die USA?

Es ist komplexer als das. Laut dem allgemein zuverlässigen Pew Research Center³⁶⁰ in den USA sind die Chinesen die zufriedensten Menschen der Welt. Die Historiker scheinen sich darüber einig zu sein, dass in China innerhalb von etwas mehr als einer Generation etwa 500 Millionen Menschen aus der Armut herausgeholt wurden. So etwas hat es in den menschlichen Annalen bisher nicht gegeben. Natürlich gibt es, wie Sie meinen, eine brutale Seite; aber das Schauspiel der Transformation Chinas von einer gedemütigten, kriegerischen, kolonisierten, gespaltenen Gesellschaft zu einem modernen Staat ist bemerkenswert. Es gibt keine monolithische Kommunistische Partei sondern Hunderte von Behörden und Hunderttausende von vielleicht den energischsten und innovativsten Beamten der Welt. Faszinierend – und im Westen selten zu hören – ist, dass China auch bei Streiks und Zivilprotesten den Weltrekord hält. Ich verstehe offen gesagt nicht, wie das alles zusammenpasst. Ich hoffe, ich lerne; wir alle sollten lernen, anstatt auf das Wort von CNN zu hören.

Sie stellen im Film dar, dass nicht die USA bedroht sind, sondern dass China von zahllosen US-Militärstützpunkten im Südchinesischen Meer, im Indischen Ozean, auf den

Marshallinseln, der Insel Jeju in Südkorea, Okinawa und darüber hinaus eingekreist und bedroht wird. Von wie vielen US-Militärbasen sprechen wir da?

Ja, das machen die USA schon seit einiger Zeit. Wie bewaffnet die Inseln sind, ist ein verschwiegener Punkt. Die meisten Berichte kommen aus den USA. Seit 2009 wird eine chinesische Bedrohung zusammengespinnen, die vollkommen konstruiert ist. Das ganze Konzept der Verteidigung kommt in der Medienpropaganda der USA nicht vor, denn diese wird extrem zensiert. China ist wahrscheinlich von mehr als 400 US-Basen umgeben, in einer Kette, die von Australien über den Pazifik, das Südchinesische Meer, die Philippinen bis nach Japan und Korea gespannt ist. Es wird in unseren Medien nichts darüber gesagt, dass China von einer Schlinge, so die Beschreibung eines US-Beamten, dieser etwa 400 US-Basen umgeben ist. Schiffe, Raketen, Drohnen, Bomber sind auf China gerichtet, seine Küstengewässer werden beobachtet, der Luftraum überflogen. Die Provokation ist so heftig, dass China laut Fachliteratur vor kurzem seinen Atomwaffenstatus auf High Alert geändert hat. Zuvor hatte China seine Raketen und Sprengköpfe getrennt. Das ist nicht mehr der Fall.

Brauchen die USA und ihr militärisch-industrieller Komplex für ihre langfristig angelegten Rüstungsprogramme, insbesondere die angekündigte Total-Modernisierung ihres Nuklearwaffen-Potenzials, Feinde wie Russland oder China, um den ganzen Wahnsinn vor der eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen? Diese Programme sind auf Jahrzehnte angelegt. Werden China und Russland die Feinde der kommenden Jahrzehnte?

Ja, die USA und ihr militärisch-industrieller Kongress-Geheimdienst-Medienkomplex brauchen diese Feinde. Eine Anmerkung: Ich habe zwei weitere Komponenten der US-Macht hinzugefügt: die Geheimdienste und die Desinformationsindustrie, auch bekannt als die Mainstream-Medien. Ohne Feinde gäbe es keine Notwendigkeit für Krieg und Rüstung, F-35-Flugzeuge und Super-U-Boote. Denken Sie daran, dass der Feind, den unsere Krieg führenden Eliten am meisten fürchten, wir, die Öffentlichkeit, sind. Warum sollten sie so viel Zeit und Geld für eine Propaganda aufwenden, die nicht auf die Taliban oder die Russen und Chinesen abzielt, sondern auf uns? Wir sind ihre größte Eroberung, wenn wir es zulassen.

358. John Pilger, The Coming War on China: www.youtube.com; zuletzt aufgerufen (z.a.) 28.11.2018

359. Der Begriff Australasien umfasst Australien, Neuseeland, Neuguinea sowie Teile der melanesischen und indonesischen Inselwelt, siehe auch: en.wikipedia.org

360. Das Pew-Forschungszentrum ist ein nichtstaatliches Meinungsforschungsinstitut mit Sitz in Washington, D.C.; www.pewresearch.org; z.a. am 28.11.2018

IV. Die Wiederbelebung des Ost-West-Konflikts

Wie die »westliche Wertegemeinschaft« den Kalten Krieg 2.0 installierte

Ullrich Mies

Seit dem Ende der UdSSR haben sich die USA und das außenpolitische Establishment der EU im Rahmen ihrer geopolitischen Welt-Neuordnungspläne dazu entschlossen, den marktradikalen Kapitalismus nach Osten auszudehnen und dieses Projekt militärisch durch die NATO-Osterweiterung abzusichern. Haupttreiber der NATO-Politik sind die USA. Die US-Imperialstrategie betrifft letztlich die gesamte Welt. Ziel des transatlantischen außenpolitischen Establishments in NATO und EU ist, ihre imperialistischen Territorialansprüche durch die Aufnahme immer neuer Länder maximal zu erweitern, Ressourcen, Märkte und Investitionsräume zu erobern sowie Handelswege zu sichern. Jedes Land, das sich diesen Plänen entgegenstellt, wird zunächst propagandistisch dämonisiert, dann destabilisiert und bei fortgesetztem Widerstand letztlich mit Krieg überzogen. Selbst die Atommächte Russland und China sind von dieser geostrategischen Eroberungsmision betroffen, werden mit Sanktionen und Stellvertreterkriegen terrorisiert und in neue Aufrüstungsrunden gedrängt, um sie ökonomisch maximal zu schädigen. Transatlantisch-neokonservative Cliques zogen die NATO-Osterweiterung ohne jede Rücksicht auf russische Sicherheitsinteressen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für den Frieden in Europa und in der Welt durch.³⁶¹ Das Ergebnis ist eine Welt im Kalten Krieg 2.0, der jederzeit in einen neuen Weltkrieg münden kann.

Die Herrschaftsetagen der westlichen Fassadendemokratien unter US-Führerschaft sahen sich nach 1990 als Siegermächte eines Systemkampfes. Sieger schreiben die Geschichte und darum kam für

die politischen Führungen der USA und ihre europäischen Statthalter eine an langfristiger politischer Stabilität und Zusammenarbeit mit Russland »auf Augenhöhe« orientierte Außenpolitik gar nicht in Frage. Für sie ging es fortan darum, die Satellitenstaaten der kollabierten UdSSR in ihren Interessenraum zu integrieren, um auf dem eurasischen Schachbrett³⁶² vollendete Tatsachen zu schaffen. Sie allein wollten den Gang der Geschichte bestimmen und waren fest entschlossen, ihre Einflusszonen unter geostrategischen Gesichtspunkten maßgeblich in Eurasien sowie dem Nahen und Mittleren Osten zu erweitern. Bereits die NATO-Gründung,³⁶³ vor allem jedoch die NATO-Erweiterungsrunden nach 1999 sowie alle Aufrüstungsschritte der NATO-Staaten, stehen in direktem Zusammenhang zur US-Strategie der Weltherrschaft und können nicht getrennt davon betrachtet werden.

Im Westen nichts Neues: alte und neue Weltbeherrschungsideologie

Die Zerstörung Jugoslawiens, die NATO-Osterweiterungen, das mediale Kesseltreiben gegen Russland und den »bösen Putin«, die zahllosen Militärmanöver unter anderem an den russischen Grenzen, die Zerlegung der Länder des Nahen und Mittleren Ostens, die erneute Aufrüstung der NATO und das permanente Anfachen von Konflikten gehören zu einem Handlungsensemble. Das bislang größte NATO-Militärmanöver mit ca. 50.000 Soldaten seit den 1980er-Jahren, Trident Juncture³⁶⁴, fand zwischen dem 25. Oktober und dem 7. November 2018 in Norwegen statt.³⁶⁵

Insgesamt fanden 2018 über 100 NATO-Übungen und 180 nationale und multinationale Übungen der Verbündeten statt. Im Jahr 2017 führte die NATO 108 Übungen durch, und die

Verbündeten hielten 162 nationale und multinationale Übungen ab.³⁶⁶

Gemeinsam mit der irrwitzigen Aufrüstung – inklusive Raketenabwehrkomplexen in Polen und Rumänien – dient diese Strategie in Europa einem Ziel: Russland wirtschaftlich zu ruinieren, tot zu rüsten und schließlich zu erobern.³⁶⁷ Darüber hinaus sind die NATO-Erweiterungsrunden umfassender zu sehen. Die NATO-Expansion der Post-1990-Ära folgt der Weltbeherrschungsagenda der USA und seines Anhängsels Großbritannien, aber auch den sub-imperialistischen Ambitionen der EU³⁶⁸ mit ihren Haupttreibern in Berlin und Paris. Die NATO verschafft sich ferner über »Partnership-for-Peace«-Abkommen³⁶⁹ Zugang zu Staaten, die dem transatlantischen Bündnis nicht angehören, um so ihre Einflusszonen systematisch zu erweitern.

Grundlage der US-Weltbeherrschungsideologie ist der marktradikale Kapitalismus und sein Zwang zur steten imperialistischen Ausdehnung sowie zur »Integration« neuer geopolitischer Räume in sein Einflussgebiet.

Dieser Anspruch auf Weltherrschaft wurde in dem Report des Nationalen Sicherheitsrates an Präsident Truman nach dem Zweiten Weltkrieg revitalisiert: Die »United States Objectives and Programs for National Security«, NSC-68,³⁷⁰ gilt als »die Bibel der amerikanischen Sicherheitsstrategie nach 1950 und umfassendste Stellungnahme der neuen Ideologie, die die amerikanischen Führer« in der Ära des Kalten Krieges anleitete.³⁷¹ Die Ideologie der US-Weltdominanz durchzieht diesen Report wie alle späteren nationalen Sicherheitsstrategien bis zum heutigen Tage. Sie rechtfertigte alle verbrecherischen Herrschaftspraktiken im Namen von »Demokratie und Freiheit«, einschließlich der »Intensivierung positiver und zeitgemäßer Maßnahmen und Operationen mit

verdeckten Mitteln in den Bereichen Wirtschaftskrieg sowie der politischen und psychologischen Kriegsführung, um Unruhen und Revolten in ausgewählten strategischen Satellitenländern zu schüren und zu unterstützen.«³⁷²

Da den USA und den NATO-Staaten mit dem Zusammenbruch der UdSSR nach 1990 der Feind und der Kalte Krieg abhandenkamen, brauchten sie für ihre Militärapparate neue Aufgaben und Legitimationen. Die Vorbereitungen hierzu schufen sie im Zeitraum bis etwa 1998. Ihre neue Geostrategie der Expansion war in Umrissen jedoch schon zur Mitte der 1990er-Jahre konzipiert. Sie basiert auf Machtzuwachs und Expansion in die ehemaligen UdSSR-Satellitenstaaten, um immer neue Länder in den eigenen Machtbereich aufzusaugen.³⁷³ Der alte Kalte Krieg³⁷⁴ des abgeschlossenen Systemkampfes Kapitalismus gegen Kommunismus wurde ab etwa 2000 in ein neues ideologisches Gehäuse eingebettet und als Kalter Krieg 2.0 gegen das »aggressive Russland Putins«, gegen die »Terroristen« und neuerlich gegen China fortgeführt. Die Weltbeherrschungsstrategie der USA und ihres transatlantischen NATO-/EU-Anhangs umfasst seit dem totalen Sieg des Kapitalismus 1990 folgende Komponenten, die hier nur kurz genannt werden:

- die NATO-Osterweiterung in mehreren Schritten und Aggressionsphasen 1999, 2004, 2009, 2017
- die EU-Erweiterungen 1995, 2004, 2007, 2013
- die Radikalisierung des außenpolitischen Establishments der USA durch neokonservative Cliques³⁷⁵
- die systematische Revitalisierung Russlands als neuer Feind ab etwa 2000
- den »war on terror«, formal seit 2001, den ideologischen Hintergrund formulierte Huntington in »Clash of

Civilizations«³⁷⁶

- die Greater Middle East Initiative zur Beherrschung des ölreichen Nahen und Mittleren Ostens
- den Schwenk nach Asien (Pivot to Asia) unter Obama seit 2012, um den neuen Feind China ins Visier zu nehmen
- den Kampf der Herrschaftsquellen gegen die eigenen Völker durch Massenverdummung (information warfare), Totalüberwachung und Aufstandsbekämpfung
- die Instrumentalisierung der Massenmigration unter anderem als »Herrschaftstechnik nach Innen«.³⁷⁷

Transformation der Sprache in der neoliberalen Propaganda

Der totalen Herrschaft des »Marktes« und seiner Akteure gehen die Transformation der Sprache und die Umdeutung von Begriffen voraus. Bei Pierre Bourdieu liest sich diese Strategie folgendermaßen:

»Wenn die politische Arbeit im Wesentlichen eine Arbeit vermittelt Worten ist, heißt das, dass die Worte dazu beitragen, die soziale Welt zu erzeugen. [...] In der Politik ist nichts realistischer als der Streit um Worte. Ein Wort an die Stelle eines anderen setzen heißt, die Sicht der sozialen Welt zu verändern und dadurch zu deren Veränderung beizutragen.«³⁷⁸

Die Begriffe wurden im Informationskrieg ihrer ursprünglichen Bedeutung beraubt und mit neuen Inhalten gefüllt.

- Die Herrschenden reden von Demokratie, meinen jedoch die Sicherung ihrer Oligarchenherrschaft und die Pseudo-Partizipation der breiten Massen durch Scheinwahlen.

- Freiheit³⁷⁹ wurde zum Kampfbegriff und meint die Freiheit der Herrschaftsquellen zur hemmungslosen Selbstbereicherung.
- Freie Märkte³⁸⁰ sind die von allen ethisch-moralischen Verpflichtungen freigestellten Märkte, in denen sich das internationale Anlagekapital an flexibilisierten Arbeitskräften und vagabundierenden Arbeitssklaven bereichert und daran, dass Umweltschäden als »externalisierte Kosten« in keiner betriebswirtschaftlichen Gesamtrechnung auftauchen.
- Reformen sind das millionenfach wiederholte neoliberale Mantra zur Zerstörung des Sozialstaats und damit der Demokratie.
- Der Rechtsstaat wurde im Zuge kollabierender Gewaltenteilung zum Unrechtsstaat, der z.B. Wirtschafts- und Regierungskriminelle weitgehend straffrei stellt. So laufen alle Kriegsverbrecher der seit 9/11 geführten Kriege noch frei herum. Unrecht wurde dergestalt »verrechtlicht«, dass diese Verbrecher nicht zur Rechenschaft gezogen werden können.
- Menschenrechte werden von den westlichen Scheinultra durch Kriegsvorbereitungen und Krieg ad absurdum geführt.
- Ein weiterer »Klassiker« im Reich Orwell'scher Begriffsverwirrung ist die Phrase »Verantwortung übernehmen«. Denn die selbsternannten Verantwortungsträger übernehmen generell keine Verantwortung für die Folgen der von ihnen verursachten Schäden durch Sanktionen, »Bankenrettungen«, Kriegstreiberei und Kriege.
- Hinzu tritt das innige Bekenntnis der Herrschaftsquellen, sich für den »Kampf gegen den Terrorismus« wappnen und diesen weltweit bekämpfen zu müssen, während sie in wechselnden Koalitionen die Terroristen an allen Fronten ausbilden und unterstützen.³⁸¹

Das bedeutet: Die Umdeutung von Begriffen ist die Voraussetzung für die Eroberung von Ländern. Die Transformation der Sprache dient PR-Agenturen, Spindoktoren, Regierungssprechern und Herrschaftsmedien zur professionellen Gehirnerweichung ihrer Adressaten. Darum werden Milliarden in die Massenverdummung investiert, die integraler Bestandteil der weltweiten Kriegführung ist.³⁸² Die gewendeten Begriffe und unzähligen Phrasen sind die Insignien des modernen Imperialismus und Eliten-Faschismus.³⁸³

»Tiefer« Kriegsstaat USA auf weltweitem Kreuzzug

Die gesamte US-Gesellschaft ist mit Schusswaffen und Gewaltobsessionen³⁸⁴ epidemischen Ausmaßes durchseucht und vom Militarismus³⁸⁵ durchdrungen. Damit nicht genug: In der Breite der US-amerikanischen Gesellschaft wirkt eine tief verankerte missionarisch-kriegerische Überlegenheitstheologie. Darum ist es auch kein Zufall, dass Kriegstreiber wie der kürzlich verstorbene John McCain in weiten Teilen der US-amerikanischen Gesellschaft hohes Ansehen genossen und genießen.³⁸⁶ Tief verinnerlichte Wahnvorstellungen und groteskes Sendungsbewusstsein auf der Grundlage der Manifest Destiny³⁸⁷ treibt die US-Führungskaste dazu, für vermeintlich höhere Werte alle nur erdenklichen Verbrechen gegen andere Völker zu begehen und diese für gerechtfertigt zu halten.³⁸⁸

»Die Mythologie, die um den 11. September herum geschaffen wurde, war in ihren Themen überwiegend christlich. Der Tag wurde in das politische Äquivalent eines heiligen Kreuzigungstages, eines Martyriums verwandelt, das mehrere Funktionen erfüllte: als Grundlage einer politischen Theologie, als Gemeinschaft um den mystischen Körper einer kriegerischen Republik, als Warnung vor politischem Glaubensabfall, als Heiligung des Führers der Nation und dessen Transformation [...] in ein Instrument der Erlösung. Dies, um die Glaubengemeinschaft gleichzeitig an eine Kriegsmilitanz zu erinnern, die sie

zu unkritischer Loyalität und Unterstützung auffordert und zur Teilnahme an einem Sakrament der Einheit und an einem Kreuzzug zur ›Befreiung der Welt vom Bösen‹ aufruft.«³⁸⁹

Mit dem gigantischen US-Budget in Höhe von mehr als 1 Billion US-Dollar im Jahr 2018 – schwarze, inoffizielle Budgets nicht berücksichtigt – finanzieren die USA ihren finanzkapitalistisch-staatsterroristisch-militärisch-industriellen Kommunikations-Komplex (FSMIKK). Der besteht in erster Linie aus dem Pentagon³⁹⁰, dem Department of Homeland Security, den 17 Geheimdiensten, den privaten Sicherheitsapparaten, tausenden Kontraktfirmen und dem Propagandakomplex der Systemmedien. Die Führungsmacht der NATO ist ein oligarchisch-plutokratischer Kriegsstaat. Sie erfüllt alle Kriterien einer Fassadendemokratischen Militärdiktatur, da die Herrschaftskasten die Demokratie vollends zu einem Schmierentheater umfunktioniert haben. Weite Teile der Finanzindustrie sowie von Kongress und Senat, neokonservative Think Tanks und Universitätsinstitute gehören ebenfalls zum FSMIKK. Der FSMIKK und seine Netzwerke sind der Tiefe Staat, und dieser Tiefe Staat ist die permanente, die eigentliche Regierung,³⁹¹ die der Bürger durch Wahlen nicht beeinflussen kann. Das heißt: die maßgeblichen Akteure sind weder wählbar noch abwählbar. Die Zivilgesellschaft ist die Geisel dieses Tiefen Staates. Sie hat den Macht- und Kriegsterror der herrschenden Klasse und dessen Folgen zu finanzieren und zu erleiden. Alles verläuft getreu nach dem Prinzip, wie Henry Kissinger es formulierte: »Das Illegale tun wir gleich. Das Verfassungswidrige dauert ein wenig länger.«³⁹²

Wissenschaftler des Projekts »The Cost of War« am Watson Institute für Internationale und Öffentliche Angelegenheiten der Brown-Universität, Rhode Island, kommen zu dem Ergebnis, dass

die von 2001 bis 2018 geführten US-Kriege in Irak, Syrien, Afghanistan und Pakistan sowie die Post-9/11-»Global War on Terror«-Kriege 5,632 Billionen US-Dollar kosteten, inklusive der Kosten für die Veteranenversorgung und die Homeland Security. Bis 2056 kommen voraussichtlich noch Zinsen in Höhe von 7,9 Billionen hinzu.³⁹³ Bemerkenswerterweise waren alle Post-9/11-Kriege Schulden-finanziert.³⁹⁴ Die Schulden werden die USA niemals zurückzahlen, geschweige denn Kompensationen für die angerichteten Schäden leisten.

Tatsächlich geht es im marktradikalen Kapitalismus um den uneingeschränkten Zugriff auf Ressourcen, besonders auf Öl und Gas, auf die Transportwege sowie um deregulierte Investitionsräume für das internationale Anlagekapital und Warenabsatzmärkte.³⁹⁵ Erklärte Politik der USA ist, wie wir vom Geostrategen George Friedman wissen, einen Cordon sanitaire von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu errichten, um gute nachbarschaftliche Beziehungen zwischen Russland und Deutschland zu verhindern.³⁹⁶ Das deutsche, opportunistische, parteiübergreifende außenpolitische Establishment hat diese US-oktroyierte Politik als einzig mögliche Wahrheit internalisiert. Neben Russland gerät aber auch China immer stärker ins Fadenkreuz der transatlantischen Eroberer.³⁹⁷

Das NATO-Kriegskartell folgt weiter unbeirrt dem verheerenden Kurs der »einzigsten Weltmacht« USA. Dazu gehört, dass die Trump-Administration im Herbst 2018 das Iran-Atomabkommen³⁹⁸ und den INF-Vertrag³⁹⁹ gekündigt hat. Allererste zarte europäische Absetzbewegungen entzündeten sich allein am Rüpelverhalten Trumps. Gegen die Drohnenmord- und Kriegspraxis »humanitärer Interventionen« seines Vorgängers Obama hatten das EU-Kartell und die entpolitisierte Zivilgesellschaft nichts einzuwenden. Im Gegenteil, man verstand sich bestens und so diskutierten Obama

und Merkel im Rahmen des evangelischen Kirchentages im Mai 2017 meilenweit an den Realitäten ihrer Kriegspolitik vorbei, unter dem Motto: »Engagiert Demokratie gestalten: Zuhause und in der Welt Verantwortung übernehmen.«⁴⁰⁰

Neokonservative Think Tanks

Der US-Imperialismus war stets von zahlreichen Geheimdienst- und NGO-gesteuerten Destabilisierungs- und Regimewechsel-Operationen begleitet, u.a. im Iran, Indonesien, Georgien, der Ukraine, zahlreichen arabischen Staaten, in Mittel- und Südamerika.⁴⁰¹ Ziel all dieser Operationen war die Installation Freimarktkapitalismusfreundlicher, westlich-orientierter Regime und Militärdiktaturen an den Schaltstellen der Macht bei gleichzeitiger Bekämpfung aller »sozialistischen Umtriebe«.

Nach dem scheinbaren Ende des Kalten Krieges brachten die zahlreichen neokonservativen, von Superreichen finanzierten Think Tanks die USA auf einen neuen Konfrontationskurs gegen die Russische Föderation. Damit gelang es ihnen, in den USA eine neue Ära der Hochrüstung einzuleiten und die NATO auf den alten und nunmehr wieder neuen Feind Russland einzuschwören.

Auf dem NATO-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in der lettischen Hauptstadt Riga vom 28. bis 29. November 2006⁴⁰² verkörperte kein anderer den Geist dieser Veranstaltung besser als der seinerzeitige NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer:

»Ich möchte dem German Marshall Fund, der lettischen Transatlantischen Organisation, der Kommission für strategische Analyse und der Abteilung für öffentliche Diplomatie der NATO für die Einrichtung dieses beeindruckenden Treffens sowie Präsidentin Vaira Vike-Freiberga für die Ausrichtung dieses Galadiners an einem so exquisiten Ort herzlich danken. Ich denke, dass hier ein besonderes Wort der Dankbarkeit an Craig Kennedy, Ron Asmus und den

*German Marshall Fund angebracht ist. Es gibt einfach keinen anderen großen Think Tank, der mehr getan hat, um eine starke und gesunde transatlantische Beziehung zu fördern. So ist beispielsweise das Brüsseler Forum zu einem unverzichtbaren transatlantischen Marktplatz für Ideen geworden. Und der Erfolg der vorangegangenen Think-Tank-Konferenzen auf unseren jüngsten Gipfeln hat dieses Format bereits zu einer geschätzten Tradition gemacht. [...] Ich glaube fest an die Interaktion zwischen den Praktikern auf der einen Seite und den Think Tanks und der Wissenschaft auf der anderen Seite. Unsere Sicherheitsumgebung ist viel zu komplex, um zu glauben, dass sich die Praktiker einfach auf ihre eigene Erfahrung verlassen können. Ohne das Fachwissen – und die gelegentliche Provokation – von Think Tanks würden wir Praktizierende schnell den Überblick verlieren. Wir sind auf den stetigen Strom frischer Ideen angewiesen, auch wenn wir es nicht immer zugeben.«
[...]*

Doch mit Missionen und Operationen auf drei Kontinenten mit 50.000 Mann starken Truppen, mit neuen Fähigkeiten und mit neuen globalen Partnern sorgt die NATO für Sicherheit auf neue Weise und an neuen Orten. Und mit ihrem Engagement für den Dialog zwischen den Bündnispartnern und mit der Think-Tank-Welt erwirbt die NATO auch das intellektuelle Instrumentarium, das sie braucht, um sich in einem immer komplexeren Sicherheitsumfeld durchzusetzen.«⁴⁰³

Besser kann man seine eigene Überflüssigkeit gar nicht umschreiben und die besondere Rolle der neokonservativen Think Tanks nicht hervorheben. Diese Denkfabriken ersinnen stets neue Bedrohungen, um den parasitären, militaristischen Komplex am Leben zu erhalten, der nach 1990 auf dem Müllhaufen der Geschichte hätte entsorgt werden müssen.⁴⁰⁴ Der Publizist Peter Scholl-Latour bezeichnete den Austragungsort Riga seinerzeit als »Provokation«.⁴⁰⁵

»Die NeoCons wollten, dass die Vereinigten Staaten als alleinige Supermacht über ein weltweites Imperium herrschen.«⁴⁰⁶ Die neokonservativen Think Tanks sind auch der entscheidende Personal-Pool für alle bedeutenden Ämter in Außen- und Verteidigungspolitik.⁴⁰⁷ Hierbei spielt der Council on Foreign

Relations seit Jahrzehnten eine führende Rolle.⁴⁰⁸ Einige wichtige neokonservative Think Tanks außerhalb des Pentagon und der CIA mit zum Teil europäischen und deutschen Niederlassungen sind:

AEI, American Enterprise Institute,

AFPC, American Foreign Policy Council,

AIPAC, The American Israel Public Affairs Committee,

Aspen Institute,

Atlantic Council,

Brookings Institution,

CAP, Center for American Progress,

CATO Institute,

CEIP, Carnegie Endowment for International Peace,

CFR, Council on Foreign Relations,

CSBA, Center for Strategic and Budgetary Assessments,

CSIS, Center for Strategic and International Studies,

FPRI, Foreign Policy Research Institute,

Heritage Foundation,

Hudson Institute,

ICG, International Crisis Group (Soros-Ableger),

ISW, Institute for the Study of War,

NDI, National Democratic Institute (NED-Ableger/CIA-Ableger),

NED, National Endowment for Democracy (CIA-Ableger),

New America,

PNAC, später CNAS, Center for a new American Security,

Rand Corporation,

SSI, Strategic Studies Institute of the US Army War College,

The Stimson Center,

Trilaterale Kommission

WINEP, The Washington Institute for Near East Policy.

Sanktionen und Erpressungen

Am 5. November 2018 traten die zuvor ausgesetzten US-Sanktionen⁴⁰⁹ gegen den Iran wieder voll in Wirkung, nachdem Präsident Trump am 8. Mai⁴¹⁰ den Rückzug der USA aus dem nach 13-jährigen mühsamen Verhandlungen im Januar 2016 erreichten Iran-Atomabkommen ankündigte. Dieser Ausstieg erfolgte unter fadenscheinigen Vorwänden. Selbst die US-Geheimdienstchefs konnten keinerlei Verstöße Irans gegen das Abkommen feststellen.⁴¹¹ Mit den Sanktionen gegen Iran erpressen die USA europäische Unternehmen. Diese müssen sich nach Inkrafttreten der Sanktionen entweder für Geschäfte mit den USA *oder* mit dem Iran entscheiden.⁴¹² Faktisch bedeutet dies, dass die wirtschaftspolitische Souveränität der EU reine Fiktion ist. Alle verhalten sich so, wie es der Hegemon von ihnen erwartet.⁴¹³

»Tatsächlich haben sich europäische Staaten, einschließlich der neutralen Schweiz, in der Vergangenheit gesetzlichen Übergriffen der USA meistens unterworfen – sogar ohne großen Protest seitens der Regierungen. Diese akzeptieren, dass einige US-Gesetze und US-Erlasse »extraterritorial« gelten, also auch in der EU und in der Schweiz. Diese fordern nicht einmal ein Gegenrecht.«⁴¹⁴

Darüber hinaus ist durch den Ausstieg der USA aus dem Iran-Atomabkommen ein Krieg gegen den Iran, den Israel und Saudi-Arabien so sehnlich wünschen, wahrscheinlicher geworden.⁴¹⁵

Erwünschter Sekundäreffekt sämtlicher, weit über den Iran hinausreichender US-Sanktionen, zum Beispiel auch gegen Russland, ist die Schwächung der europäischen Wirtschaft. Gegen Russland haben die USA seit 2011 62 Mal Sanktionen ausgesprochen.⁴¹⁶

Darüber hinaus sind 2014 auch die EU und weitere Länder auf den Sanktionszug aufgesprungen, um Russland für sein Verhalten in der Ukrainefrage und der Übernahme der Krim abzustrafen. Dass die USA und die EU den Putsch in der Ukraine Ende 2013/Anfang 2014 inszenierten, berücksichtigen die politischen Ignoranten und Kriegstreiber nicht. Tatsache ist, dass die politischen Führungen der EU-Staaten mit den Sanktionen ihren eigenen Mittelstand massiv beschädigen.⁴¹⁷ Die USA sind davon kaum selbst betroffen, da ihr Handelsvolumen mit Russland nicht von Bedeutung ist. Nach Aussagen des russischen Außenministers Lawrow soll der wirtschaftliche Schaden für die EU-Staaten mehr als 100 Milliarden Euro betragen,⁴¹⁸ wobei etwa 40 % des Schadens auf Deutschland entfallen.

In Europa lehnen sich die politischen Herrschaftsquaden Englands, Polens und des Baltikums besonders stark an die aggressive US-amerikanische Außenpolitik an. In ihrer Rolle als hysterisch-russophobe Transatlantiker werfen sie sich gegenseitig die Bälle zu und drehen immer weiter an der Eskalationsschraube.⁴¹⁹ Die polnische Führung drängt die USA Ende 2018 dazu, auf ihrem Territorium einen Militärstützpunkt zu errichten.⁴²⁰ Darüber hinaus planen die USA den Aufbau weiterer Militär- und Geheimdiensteinrichtungen in Deutschland, Polen, der Tschechischen Republik, Belgien und den Niederlanden im Wert von

einer Viertelmilliarde US-Dollar.⁴²¹ Die skandalöse Einmischung der USA in innereuropäische und einzelstaatliche Angelegenheiten schreitet damit immer weiter voran. Einen Gipfel erreichte die Einmischung in die Causa Nord Stream 2. So legte der US-Kongress am 11. Oktober 2018 den Gesetzentwurf »European Energy Security and Diversification Act«⁴²² zur Reduzierung der russischen Gaslieferungen an die EU vor. Ziel ist, mit vorwiegend polnischer Schützenhilfe das Nord-Stream-2-Projekt zu Fall zu bringen und den Europäern mit Erpressermethoden teures Fracking-Gas (LNG) in den Energiemarkt zu drücken.⁴²³

»Laut TASS sieht das Dokument die Bereitstellung einer Milliarde US-Dollar zur Finanzierung von Projekten zur Nutzung neuer Energiequellen in der EU sowie die Bereitstellung diplomatischer und technischer Hilfe für die Europäische Union zwischen 2019 und 2023 vor. Das Gesetz zieht Maßnahmen für eine Reihe von US-Regierungsstellen in Betracht, um private Investitionen der USA in strategisch wichtige Energieprojekte in Mittel- und Osteuropa zu unterstützen.«⁴²⁴

Faktisch richtet sich dieser reale Wirtschaftskrieg nicht nur gegen den erklärten Feind Russland, sondern auch gegen die sogenannten Bündnispartner. Diese haben ausschließlich das umzusetzen, was die »Kolonialmacht« von ihnen erwartet.⁴²⁵ Dem Präsidenten stehen »viele andere Instrumente zur Verfügung, um zu versuchen, das Projekt einzudämmen und zu stoppen.«⁴²⁶

Seit 2017 gestattet das Gesetz »Countering America's Adversaries Through Sanctions Act (CAATSA)« Washington, Firmen mit Sanktionen zu belegen, die sich an russischen Gas-Pipelines beteiligen.⁴²⁷

»Es gibt noch eine weitere geostrategische Sicht auf das, was vor sich geht. Viele russische Analysten glauben, dass es bei einer langfristigen US-Strategie nicht um einen Kampf um den Gasmarkt (europäisch oder gar global) als

solchen geht, sondern um seine Transformation in Analogie zum aktuellen Ölmarkt. Ziel Washingtons ist es, so viele bestehende und im Bau befindliche Gaspipelines zu blockieren, damit der größte Teil des Gases in Form von LNG auf dem Seeweg transportiert wird.»⁴²⁸

Im Hintergrund steht also das Ansinnen der USA, die Kontrolle über den Welt-Gasmarkt zu erreichen, Verkäufern und Käufern die Bedingungen zu diktieren und den Energiemarkt der Welt an den US-Dollar zu binden.⁴²⁹ Grotesk ist, dass 80 Prozent der europäischen Energieimporte in Höhe von jährlich etwa 300 Milliarden Euro in US-Dollar abgerechnet werden, obwohl nur 2 Prozent aus den USA kommen.⁴³⁰

Die NATO als militärischer Gewaltarm des »freien Westens«

Die NATO ist nicht der Garant des Friedens, sondern das Schutz- und Trutzbündnis, der militärische Gewaltarm der westlichen Fassadendemokratien. Via NATO streben die USA die Weltherrschaft an und die NATO-Mitgliedsstaaten sollen dieses Ansinnen mitfinanzieren. Um nichts anderes geht es bei der Forderung aus dem Pentagon an die NATO-Mitgliedsstaaten, ihre Militärausgaben auf 2% ihres Bruttoinlandsproduktes anzuheben.

Sämtliche Kriege, die die USA nach 1945⁴³¹ bzw. ab 1999 führten, waren illegale Angriffskriege,⁴³² die mit lügenhaften Narrativen propagandistisch vorbereitet wurden. Allein der Angriff auf einen NATO-Mitgliedsstaat rechtfertigt laut NATO-Statuten die Ausrufung des Bündnisfalls und damit einen »Verteidigungskrieg«. Kein Staat des NATO-Bündnisses wurde jemals von einem anderen staatlichen Akteur angegriffen. Dies gilt auch für 9/11. Anlässlich dieses Ereignisses erfand das Bush-Regime den »war on terror« und konstruierte einen Bündnisfall, um sofort gegen Afghanistan und später gegen Irak und Libyen Krieg führen zu können. 2002

kündigte das Bush-Regime den ABM-Vertrag mit Russland, den fundamentalen Pfeiler globalstrategischer Stabilität. Sämtliche Pentagon- und NATO-Weltneuordnungspläne beeinflussen über militärische Großprojekte, Rüstungsdynamiken und Budgetplanungen auch ganz massiv die Politik der westlichen Staaten im Innern. Diese Tiefenstrukturen schaffen zumeist erst die Konflikte und Feinde, die sie später bekämpfen.⁴³³ Faktisch führt die 360°-NATO⁴³⁴ mit ihren »neuen Kriegen«⁴³⁵ nicht nur Krieg an allen Fronten nach außen, sondern auch nach innen gegen die Völker der NATO-Staaten, indem sie diese durch »information warfare« – eine 360°-Propaganda an allen Medienfronten – auf ihre Aggressionskriege einchwört.

Für die gesamte NATO-Entwicklung nach 1990⁴³⁶ gilt:

1. Bei der NATO-Expansion bestimmten und bestimmen die USA die Gangart. Die Aufnahme immer neuer Länder in das Bündnis dient der Ausweitung des eigenen Ideologie- und Machtbereichs bis in die Tiefe des eurasischen Raumes. Die USA definieren die ganze Welt, insbesondere den eurasischen Raum, zu ihrem Sicherheitsinteresse.
2. Der Expansionsprozess ist noch nicht abgeschlossen.
3. Die Phasen der NATO-Expansion lassen sich grob unterteilen in
 - a. die Orientierungsphase 1990 bis 1993: Neuorientierung des Bündnisses und Suche nach neuen Aufgaben;
 - b. die Entscheidungsphase 1994 bis 1998: Revitalisierung des US-Weltführungsanspruchs, Erhaltung und Stärkung dieser Dominanz sowie Festigung der NATO-Expansionsplanungen;
 - c. die Aggressionsphase I 1999 bis 2001: Jugoslawienkrieg, PNAC-Studie,⁴³⁷ 9/11 und der »war on terror«, Krieg gegen Afghanistan, erste NATO-Erweiterungsrunde: Polen, Tschechien, Ungarn 1999;
 - d. die Aggressionsphase II 2002 bis 2010: Konsolidierung des US-Weltherrschftsanspruchs, Kündigung des ABM-Vertrages (2002), Irakkrieg, Georgienkrieg, zweite NATO-Erweiterungsrunde um 7 Staaten, Estland,

Lettland, Litauen, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Slowakei 2004, dritte NATO-Erweiterungsrunde um Albanien und Kroatien 2009;
e. die Aggressionsphase III 2011 bis 2013: Libyenkrieg, beginnender Syrienkrieg und antirussische Hysterie sowie offene Feindschaft gegen Russland, Prä-Putsch-Phase in der Ukraine mit vorläufigem Höhepunkt, Politik der Nadelstiche gegen Russland, Konflikteskalation, krude Kriegstreiberei, Militärmanöver, Dislozierung von schweren Waffen an die russischen Grenzen;
f. die Aggressionsphase IV ab 2014: Putsch in der Ukraine, Eskalation des Syrienkrieges, Propaganda-, Sanktions- und Wirtschaftskrieg, paranoider, russophober Hass, exzessive Militärmanöver, Aufrüstung, Kündigung des Iran-Atomabkommens und des INF-Vertrages, vierte NATO-Erweiterungsrunde um Montenegro 2017.

Die gezielte Aufnahme der ehemaligen UdSSR-Satellitenstaaten in die NATO und damit in den eigenen Ideologie- und Machtbereich ist weitgehend abgeschlossen. Russland hat seit Beginn der 1990er-Jahre vor der NATO-Erweiterungen in Richtung Osten und deren destabilisierenden Wirkungen für die internationale Sicherheitsarchitektur gewarnt. Bosnien-Herzegowina, die Ukraine, Georgien, Mazedonien und Kosovo bleiben mit unterschiedlichen Prioritäten in der »pipeline«. In der aktuellen Phase und absehbar zukünftig geht es für USA, die NATO und die EU darum, Russland und China als permanente Feinde zu installieren, während Wladimir Putin, und sei es auch nur aus taktischen Gründen, immer noch von unseren »Partnern« spricht.⁴³⁸

Full-spectrum-dominance⁴³⁹

Kein Staat mit wichtigen Ressourcen oder in geostrategisch exponierter Lage sollte sich dem totalitären Weltbeherrschungsanspruch der USA und ihrer Vasallen widersetzen, will er nicht Gegenstand von Medienkampagnen, Sanktionen, Destabilisierungen, Regimewechsel-Operationen oder einer

Militärintervention »zur Rettung der Demokratie und der westlichen Werte« werden.⁴⁴⁰ Militärische Grundlage der Weltbeherrschungsobsession ist die »full-spectrum-dominance«.⁴⁴¹ Laut dem Oberbefehlshaber des United States Strategic Command, John E. Hyten, müssen die USA die dominierende Atommacht sein. Sie dürfen keinem Gegner erlauben, vergleichbare militärische Fähigkeiten zu besitzen und zwar über die gesamte Bandbreite des militärischen Spektrums.

»Wir müssen immer die besten Möglichkeiten haben, die unser Land bieten kann. Wir müssen immer in der Lage sein, auf dem Schlachtfeld zu dominieren. Ich will nicht, dass es eine ausgeglichene Schlacht ist, damit unsere Gegner glauben, dass wir ebenbürtig sind. Falls es so sein wird, dann wird es ein Risiko für unser Land geben.«⁴⁴²

»Full spectrum dominance« beschreibt das Militärkonzept der USA, auf allen Gebieten überlegen sein zu müssen, und reduziert sich damit bei weitem nicht auf Atomwaffendominanz. Dies legten die Joint Chiefs of Staff (die Chefs aller Militärgattungen) bereits im Jahr 2000 in einem Strategiepapier fest:

»Der Hauptzweck [der Militärkräfte, U.M.] war und ist es, zu kämpfen und die Kriege der Nation zu gewinnen. Das übergeordnete Ziel der in diesem Dokument beschriebenen Transformation ist die Schaffung einer Streitmacht, die über das gesamte Spektrum der militärischen Operationen dominiert – überzeugend im Frieden, entscheidend im Krieg und überragend in jeder Form von Konflikt. [...] Die globalen Interessen und Verantwortlichkeiten der Vereinigten Staaten werden fortbestehen, und es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass die Bedrohungen dieser Interessen und Verantwortlichkeiten für unsere Verbündeten verschwinden werden. Die strategischen Konzepte ausschlaggebender Stärke, der Machtprojektion, der Präsenz im Ausland und der strategischen Agilität werden auch weiterhin unsere Bemühungen bestimmen, diese Verantwortung zu erfüllen und den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen.«⁴⁴³

In ihrem verquastem Denken gehen diese Militärs sogar so weit, dass sie das »Full-spectrum-dominance«-Gewaltarsenal zur »Bedingung« des Friedens hochstilisieren.

»Seit mindestens dem Kalten Krieg ist der Planet in eine Kampagne dessen eingebunden, was das US-Militär als vollständige Überlegenheit (»full-spectrum-dominance«) bezeichnet: Die Kontrolle von terrestrischen, maritimen, atmosphärischen und außerirdischen Räumen durch eine ausgeklügelte Kriegsmaschine. Als Teil dieser Überwachung, »finden, fixieren und erlegen« CIA- und Spezialeinheiten regelmäßig ihre Beute, wo immer sie auf den globalen Jagdgründen auftaucht.«⁴⁴⁴

Gemäß ihres Hegemonialanspruchs haben die USA bereits während des Zweiten Weltkrieges Fakten geschaffen: 1945 verfügten sie weltweit über mehr als 2000 Militärbasen und 30.000 Militärinstallationen.⁴⁴⁵ Aktuell unterstehen ihnen über 800 Militärbasen in etwa 170 Ländern⁴⁴⁶ außerhalb der USA, wobei es aufgrund von Geheimhaltung keine präzisen Zahlen gibt.⁴⁴⁷ Der Base Structure Report des Pentagons für das Haushaltsjahr 2015⁴⁴⁸ listet 4000 inländische Militärbasen auf.⁴⁴⁹ Ferner haben die USA die Welt in sechs militärische Interessenzonen, »Unified Combatant Commands«, ⁴⁵⁰ unter Leitung des US Strategic Command (U.S. STRATCOM) in Omaha, Nebraska, aufgeteilt.⁴⁵¹ Generell sind die errichteten Militärbasen auch bedeutende Wirtschaftsfaktoren für die jeweilige Region.

Russland und China bedrohen den Hegemon

Obwohl Russland und China als kommunistischer Block nach 1990 keinerlei militärische Gefahr für den Westen sind, stellt deren teilweise staatlich geregelter Kapitalismus die »Free-market-

Ökonomie« als einzig denkbare Wirtschaftsmodell in Frage. Genau das darf nach dem Selbstverständnis des neokonservativen US-Establishments und seiner EU-Vasallen aber nicht sein.

Da China, Russland und Iran die unipolare Weltordnung nicht anerkennen, wird der »Wertewesten« immer aggressiver, insbesondere die USA und Großbritannien,⁴⁵² die die Spannungen permanent anheizen und es scheinbar gar nicht mehr erwarten können, endlich den 3. Weltkrieg loszutreten. Also verstärken sie ihr Kriegsgeschrei, um die unipolare Weltherrschaft um jeden Preis zu verlängern. Das »hat dazu geführt, dass der Tiefe Staat der USA nach jeder verfügbaren Waffe greift und die Gefahren und Folgen einer solchen rücksichtslosen Außenpolitik nicht beachtet.«⁴⁵³

»Der grundlegende ideologische Konflikt findet hier zwischen den nach einer unipolaren Welt strebenden USA und einem Russland statt, das sich für eine multipolare Weltordnung einsetzt. Russlands Position, wie Vladimir Putin bei seiner historischen Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 klarstellte, ist es, Ländern zu erlauben, nationale Souveränität zu genießen und sich auf ihre eigene Art zu entwickeln. Die derzeitige russische Regierung ist prinzipiell gegen die Einmischung in die Politik anderer Länder. [...] Im Gegensatz dazu sind die USA prinzipiell für die Einmischung in andere Staaten [...].«⁴⁵⁴

Den Grundstein für die neue massive Konfrontation mit Russland legten die neokonservativen Ideologen um die PNAC-Gruppe (Project for a New American Century) bereits zu Beginn der 1990er-Jahre. Im Jahr 2000 konkretisierten sie ihre Welteroberungsstrategie.⁴⁵⁵ Zbigniew Brzeziński, Sicherheitsberater mehrerer Präsidenten, formulierte diese Strategie während der Clinton-Ära in seinem Buch »The Grand Chessboard«, in deutscher Sprache: »Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft«⁴⁵⁶ besonders eindrücklich. Sein Buch ist Strategiepapier für die NATO-

Osterweiterung *und* Blaupause für den späteren Umsturz in der Ukraine im Februar 2014. Die Übernahme der Krim war die unausweichliche Reaktion Russlands auf den US-geführten und EU-gestützten Putsch⁴⁵⁷ in der Ukraine und deren planvolle Destabilisierung der Region.⁴⁵⁸ Diese Sezession war nichts anderes als eine Selbstschutzmaßnahme der russischen Föderation, um den strategisch wichtigen Schwarzmeerhafen Sewastopol unter ihrer Kontrolle zu behalten und ethnische Säuberungen der vorwiegend russischsprachigen Bevölkerung der Krim zu verhindern.

Genau das Szenario, die Ukraine als Dreh- und Angelpunkt aus dem Einflussgebiet Russlands herauszubrechen, hat Brzeziński bereits 1997 in seinem Buch empfohlen. Er beschrieb die Notwendigkeit zur Destabilisierung ehemaliger Staaten der UdSSR, um die USA auf dem eurasischen Festland zu verankern. »Eurasien ist mithin das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird«,⁴⁵⁹ heißt es da. Welche psychotischen Formen diese Welteroberungsmanie annehmen kann, macht Wess Mitchell vor, stellvertretender Staatssekretär im Büro für Europäische und Eurasische Angelegenheiten des US-Außenministeriums. Am 21. August 2018 äußerte er sich vor dem Senatskomitee für auswärtige Beziehungen zur US-Strategie gegenüber Russland:

»Ausgangspunkt der Nationalen Sicherheitsstrategie⁴⁶⁰ [vom Dezember 2017, U.M.] ist die Erkenntnis, dass Amerika in eine Zeit des Big-Power-Wettbewerbs eingetreten ist und dass die bisherige US-Politik den Umfang dieses aufkommenden Trends weder ausreichend erfasst noch unsere Nation angemessen ausgestattet hat, um darin erfolgreich zu sein. Im Gegensatz zu den hoffnungsvollen Annahmen früherer Regierungen sind Russland und China ernsthafte Konkurrenten, die die materiellen und ideologischen Voraussetzungen schaffen, um das Primat und die Führung der USA im 21. Jahrhundert anzufechten. Es ist nach wie vor eines der wichtigsten nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten, die Vorherrschaft der

feindlichen Mächte über die eurasische Landmasse zu verhindern. Das zentrale Ziel der Außenpolitik der Regierung ist es, unsere Nation darauf vorzubereiten, sich dieser Herausforderung zu stellen, indem wir die militärischen, wirtschaftlichen und politischen Grundlagen der amerikanischen Macht systematisch stärken. Unsere Russlandpolitik geht von der Erkenntnis aus, dass die US-Diplomatie gegenüber Russland nur dann wirksam sein kann, wenn sie von einer »unübertroffenen militärischen Macht unterstützt wird und in die unsere Verbündeten und alle unsere Machtinstrumente integriert sind.«⁴⁶¹

Tatsächlich taucht hier die alte von Halford Mackinder im Jahr 1904 formulierte Vorstellung angelsächsischer Geopolitik der Landmächte gegen Seemächte wieder auf.⁴⁶² Hiernach müssen die Seemächte, allen voran Großbritannien und die USA, die Kontrolle über die Landmächte Eurasiens sicherstellen. Die Herrschaft über das »Herzland« ist die Voraussetzung für die Weltherrschaft. Vor allem gilt es zu verhindern, dass sich Russland und Deutschland verbünden.⁴⁶³ Ganz stolz berichtet Mitchell, wie die USA die Beziehungen zu Russland ruinieren und das Land drangsalieren:⁴⁶⁴

»Parallel dazu haben wir daran gearbeitet, die Fähigkeit Russlands, Aggressionen durchzuführen, zu verringern, indem wir dem russischen Staat und der Oligarchie, die ihn unterstützt, Kosten auferlegt haben. Aufbauend auf der jüngsten Aussage von Minister Pompeo reiche ich eine detaillierte Liste der Maßnahmen ein, die diese Regierung ergriffen hat. Dazu gehören bis heute: 217 Personen und Einrichtungen wurden sanktioniert, 6 diplomatische und konsularische Einrichtungen wurden oder blieben geschlossen und 60 Spione wurden vom US-Boden entfernt. Das Außenministerium hat eine führende Rolle dabei gespielt, sicherzustellen, dass diese Bemühungen eng und wirksam mit den europäischen Verbündeten koordiniert werden, und zwar durch synchronisierte Abschiebungen und die fortgesetzte Verlängerung der Sanktionen im Zusammenhang mit der anhaltenden Aggression Russlands gegen die Ukraine. [...] Unser Handeln zeigt Wirkung. Untersuchungen des Büros des Chefökonom im Außenministerium zeigen, dass der Gewinn sanktionierter russischer Unternehmen im Durchschnitt um ein Viertel zurückging, ihre Gesamtbewertung um die Hälfte zurückging und sie

gezwungen waren, ein Drittel ihrer Mitarbeiter zu entlassen. Wir glauben, dass unsere Sanktionen die russische Regierung kumulativ zig Milliarden Dollar gekostet haben.»⁴⁶⁵

Es sollte nicht vergessen werden, dass die Organisatoren des Ukraine-Putsches in Washington, Berlin und Brüssel sitzen. Das Ziel war, den Schlüsselstaat Ukraine aus der russischen Interessenssphäre herauszubrechen, um Russland in Eurasien geostrategisch maximal zu schwächen.⁴⁶⁶

Mitchell erklärt weiter:

»Wie bei der Gesamtstrategie war die Prämisse dieser Bemühungen, dass unsere Diplomatie am effektivsten ist, wenn sie durch starke Positionen gestützt wird. Wir haben besonderen Wert darauf gelegt, die Staaten Europas an vorderster Front zu stärken, die am anfälligsten für den geopolitischen Druck Russlands sind. In der Ukraine und in Georgien haben wir die Beschränkungen der vorherigen Regierung für den Erwerb von Abwehrwaffen gegen die russische territoriale Aggression aufgehoben. Auf dem Balkan hat die amerikanische Diplomatie eine führende Rolle bei der Beilegung des Namensstreits zwischen Griechenland und Mazedonien gespielt und engagiert sich mit Serbien und dem Kosovo, um den EU-geführten Dialog voranzutreiben. Im Kaukasus, in der Schwarzmeerregion und in Mitteleuropa arbeiten wir daran, die Vakuen⁴⁶⁷ zu schließen, die die russische Durchdringung fördern, indem wir die Energiediversifizierung fördern, die Korruption bekämpfen und im Vorfeld des 30. Jahrestages des Endes des Kommunismus um Herz und Verstand kämpfen.»⁴⁶⁸

Damit beschreibt Mitchell ganz offen, wie die USA auf der ganzen Welt wühlen und sich in alle ökonomischen, politischen und kulturellen Angelegenheiten anderer Staaten einmischen. Von Russland und vor allem dem »Bösewicht« Putin entwerfen sie ein eigenartig surreales Bild:

»Putins These ist, dass die amerikanische Verfassung ein Experiment ist, das scheitern wird, wenn es von innen heraus auf die richtige Weise angefochten

wird. Putin will die Amerikanische Republik auseinander brechen, nicht durch die Beeinflussung von ein oder zwei Wahlen, sondern durch die systematische Entzündung der wahrgenommenen Fehlerlinien, die in unserer Gesellschaft existieren. Es ist eine Strategie des Chaos mit dem Ziel einer strategischen Wirkung. Die Akzeptanz dieser Tatsache ist absolut notwendig, um eine langfristige und umfassende Antwort auf das Problem zu entwickeln. Das Gefährlichste, was wir tun können, ist, die Herausforderung zu politisieren, die an sich schon ein Geschenk an Putin wäre. Bei den russischen Bemühungen geht es um Geopolitik: den permanenten und selbstgerechten Kampf des Putinismus um internationale Dominanz.«⁴⁶⁹

In ihrem russophoben Hass unterstellen die Akteure der US-amerikanischen Außenpolitik jedem Widersacher die übelsten Motive, die durchgängig ihre eigene Außenpolitik kennzeichnen, um anschließend daraus die Rechtfertigung abzuleiten, den Feind zu vernichten. Dieses Grundmuster entlarvt die USA als Kriegsstaat. »In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt«,⁴⁷⁰ meint Egon Bahr dazu und unterschlägt damit gleichzeitig die hinter den »Interessen von Staaten« stehenden Akteure, das heißt, die Täter des Tiefen Staates.

Völlige Missachtung russischer Sicherheitsinteressen

Bei sämtlichen Erweiterungsschritten der NATO ab 1999 – aber auch schon lange davor – respektierte das westliche außenpolitische Establishment zu keinem Zeitpunkt die Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation. Russland war schlicht kein politischer Faktor von Bedeutung – glaubten sie.

»In den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten haben sich alle daran gewöhnt, dass Einwände Russlands nicht berücksichtigt werden«, stellte selbst der

westfreundliche Chefredakteur der Moskauer Fachzeitschrift Russia in Global Affairs, Fjodor Lukjanow, leicht verbittert fest.«⁴⁷¹

Russland wurde arrogant übergangen. Präsident Obama erklärte das Land sogar zur Mittelmacht. Selbst der neoliberale Jeffrey Sachs beschreibt seine Erfahrungen als Regierungsberater wie folgt:

»Ich brauchte 20 Jahre, um zu verstehen, was nach 1991 geschehen war. Warum agierten die USA, die sich in Polen so weise und vorausschauend verhalten hatten, im Falle Russlands so grausam fahrlässig? Schritt für Schritt und Memoiren für Memoiren kam die wahre Geschichte ans Licht. Der Westen hatte Polen finanziell und diplomatisch geholfen, weil Polen zum östlichen Wall einer expandierenden NATO wurde. [...] Russland hingegen wurde von den US-Führern in etwa so gesehen wie von Lloyd George und Clemenceau Deutschland in Versailles – als ein besiegter Feind, der es wert war, vernichtet zu werden, aber keine Hilfe zu erhalten. [...] Kurz gesagt, die USA würden sich wie ein Sieger und ein Tyrann verhalten und die Früchte des Sieges des Kalten Krieges durch Kriege der Wahl einfordern, wenn nötig. Die USA wären an der Spitze, und Russland wäre nicht in der Lage, sie zu stoppen.«⁴⁷²

Hätten sich die US-amerikanischen Regierungen nach George H.W. Bush (Bush sen.) und Außenminister James Baker an die 1990/1991 der UdSSR respektive Russland gegebenen Zusicherungen über die Nichtausdehnung der NATO nach Osten gehalten, so befände sich die Welt nicht in einem derart desaströsen sicherheitspolitischen Zustand. Aber die Herrschaftsquaden der USA und der EU wollten ihren Einfluss auf dem eurasischen Kontinent maximal erweitern. Dieser Wille zieht sich auch durch alle US-amerikanischen sicherheitspolitischen Dokumente. Diese hochgefährlichen Entwicklungen beschrieb Alexej Makarkin, stellvertretender Generaldirektor des Zentrums für politische Technologien in Moskau, bereits 2006:

»Für Russland wird diese Umwandlung der Ukraine in ein NATO-Land ein überaus starker Schock sein. Es geht nicht nur darum, dass Moskau den

postsowjetischen Raum als seine historische Einflussosphäre betrachtet. Die Äußerung der US-Außenamtchefin Condoleezza Rice – »Die Russen müssen anerkennen, dass wir unsere legitimen Interessen und unsere Beziehungen mit ihren Nachbarn haben« – löst in Russland ernsthafte Besorgnis aus.«⁴⁷³

Die am 12. Dezember 2017 vom National Security Archive in Washington D.C.⁴⁷⁴ veröffentlichten Dokumente belegen, dass die NATO-Expansion von den neokonservativen Serientätern der USA und ihren europäischen Statthaltern seit 1993/94 ein gewolltes und geplantes Projekt war. Alle damit verbundenen Konsequenzen und die neuen Spannungen in Europa haben sie billigend in Kauf genommen. Darum sind die vorgetragenen »Argumente« über das »aggressive Russland« Lügenkonstruktionen, die dazu dienen, einen neuen Feind zu konstruieren und die eigenen, imperialistischen Ambitionen zu verbergen, um nicht als das in die Geschichte einzugehen, was sie schon heute sind: die Wegbereiter des neuen Kalten Krieges 2.0 und die Verantwortlichen für Millionen Tote, Verletzte, Traumatisierte und Flüchtlinge sowie für unermessliche Umwelt- und Sachschäden.

361. Siehe hierzu u.a.: Karin Leukefeld, Flächenbrand. Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat, Köln 2015; Michael Lüders, Die den Sturm ernten. Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte, München 2017; Fritz Edlinger/Tyma Kraitt (Hg.), Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg, Wien 2016; Aktham Suliman, Krieg und Chaos in Nahost. Eine arabische Sicht, 2. Aufl. München 2017; Ralph Rudolph, Uwe Markus, Aufmarschgebiet Baltikum, Berlin 2018; Bernhard Rode, Das eurasische Schachbrett, Amerikas neuer Kalter Krieg gegen Russland, Tübingen 2012

362. Begriff entlehnt von Zbigniew Brzeziński »Grand Chessboard«. Siehe hierzu auch weiter unten.

363. Werner Rügemer, NATO: Die Gründungs-Lüge, NachDenkSeiten, 04.04.2018: www.nachdenkseiten.de; zuletzt aufgerufen (z.a.) 07.10.2018

364. www.nato.int; z.a. 12.11.2018

365. Größtes NATO-Manöver seit Ende des Kalten Krieges beginnt, rt.com, 25.10.2018: deutsch.rt.com; z.a. 26.10.2018; Manlio Dinucci, Das Mega-Kriegsspiel »Trident Juncture 2018«, [Voltairnet](http://voltage.net), 25.10.2018: www.voltairenet.org; z.a. 08.11.2018
366. Siehe hierzu: www.nato.int; Zur Selbstdarstellung der NATO-Militärmanöver siehe: www.nato.int; z.a. 10.11.2018
367. deutsch.rt.com; z.a. 22.11.2018
368. Zur EU-Global Strategy siehe: <https://europa.eu/globalstrategy/en/global-strategy-foreign-and-security-policy-european-union>; <https://europa.eu/globalstrategy/en/global-strategy-foreign-and-security-policy-european-union>; z.a. 10.11.2018. Siehe dort die Zusammenfassung der EU-Globalstrategie: Ein intellektuell notleidendes, voller Widersprüche steckendes Papier.
369. Partnership for Peace programme: www.nato.int; z.a. 10.11.2018
370. A Report to the President, Pursuant to the President's Directive, NSC 68: United States Objectives and Programs for National Security, April 1950: www.citizensource.com, z.a. 15.11.2018
371. Sheldon S. Wolin, Democracy Incorporated. Managed Democracy and the Specter of Inverted Totalitarianism, Princeton, New Jersey, 2017, S. 28f
372. A Report to the President, Pursuant to the President's Directive, NSC 68, a.a.O., S. 40
373. Sheldon S. Wolin, Democracy Incorporated, a.a.O., S. 30f
374. Siehe hierzu umfassend: Peter Priskil, Der Kalte Krieg. Wie der Mono-Imperialismus in die Welt kam. 2 Bände, Freiburg 2013
375. Siehe hierzu unten die Ausführungen zu PNAC = Project for a New American Century
376. Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 2002; Grundzüge dieser Position formulierte er bereits vor 1996.
377. Ziel ist hier, die Völker in den Zielländern der Migration unter Stress zu setzen und die auffallenden Energien von den Kriegstreibern und ihren Eroberungsstrategien abzulenken, um diese schließlich in Kämpfe konfligierender gesellschaftlicher Gruppen – rechts gegen links, »Rassisten« gegen »refugees-welcome«-Anhänger etc. – zu kanalisieren. Bei dieser Verfahrensweise sind die Herrschenden sehr erfolgreich. Zur Migrationsproblematik siehe: Hannes Hofbauer, Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert, Wien 2018; Kelly M. Greenhill, Massenmigration als Waffe. Vertreibung, Erpressung und Außenpolitik, Rottenburg 2016; Jochen Mischka/Tim Anderson, Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg. Die verlorene Unschuld der Menschenrechtler – Syrien, Deutschland und der Angriffskrieg, Rottenburg, November 2018

378. Pierre Bourdieu, Die verborgenen Mechanismen der Macht, Schriften zu Politik & Kultur 1, Hamburg 2005, S. 84
379. Siehe: Domenico Losurdo, Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus, Köln 2010
380. Hannes Hofbauer, Die Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter, Wien 2015; Wes Geistes Kind die herrschende politische Kaste parteiübergreifend in den USA ist, zeigt sich daran, welche Freunde sie seit Jahrzehnten haben, welche Regimes sie unterstützen bzw. installieren und wen sie bekämpfen: Faschisten, nicht nur in der Ukraine, jetzt auch wieder in Brasilien. Siehe hierzu: Jake Johnson: Praising Openly Fascist Bolsonaro as »Like-Minded«, John Bolton Hails Brazilian Strongman as Welcome Ally in Crushing Latin American Left, Common Dreams, 02.11.2018: www.commondreams.org; 02.11.2018
381. Siehe hierzu u.a. unter Punkt 4 der NATO-Studie: Study on NATO Enlargement, 3. September 1995: www.nato.int; z.a. 10.10.2018
382. Siehe hierzu: Jörg Becker, Krieg an der Propagandafront. Wie PR-Agenturen und Medien die Öffentlichkeit entmündigen, in: Ullrich Mies/Jens Wernicke (Hg.), Fassadendemokratie und Tiefer Staat, a.a.O., S. 231-243
383. Siehe hierzu: Bernd Hamm, Das Ende der Demokratie ... wie wir sie kennen, in: Fassadendemokratie und Tiefer Staat, S. 31; Ferner: Ullrich Mies, Neoliberaler Faschismus, Hinter der liberalen Fassade lauert die Diktatur, Rubikon, 14. Juli. 2018: <https://www.rubikon.news/artikel/neoliberaler-faschismus>, z.a. 15.10. 2018
384. Zur epidemischen Gewalt in den USA siehe: www.gunviolencearchive.org
385. »Indoktrination findet überall statt. Sie durchdringt das gesamte Bildungssystem, das die von Gewalt geprägte Geschichte der USA verherrlicht«, siehe: Joan Roelofs, The Political Economy of the Weapons Industry. Guess Who's Sleeping With Our Insecurity Blanket?, Counterpunch print magazine article, Vol. 25, No. 3, 2018; Übersetzung: Zur Politökonomie der US-Rüstungsindustrie. Wer steckt mit dem militärisch-industriellen Komplex unter einer Decke?, in: www.luftpost-kl.de, S. 13; z.a. 02.09.2018
386. Auch in deutschen Führungscliquen genoss McCain hohes Ansehen, siehe: Ullrich Mies, Gangster-Politik und Luder-Journaille, Rubikon, 1. September 2018: <https://www.rubikon.news/artikel/gangster-politik-und-luder-journaille>; z.a. 10.11.2108
387. Wolfgang Reinhard, Die Unterwerfung der Welt, Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415–2015, Bonn 2017; hier das Kapitel: Die Manifest Destiny der USA und Kanada, S. 698ff; ferner: Christina Halwachs, Manifest Destiny und die Indigenenpolitik der USA. Vom Indian Removal Act 1830 zum General Allotment Act 1887, Wien 2017
388. Siehe: Nat Perry, Iraq + 15: Accumulated Evil of the Whole, Consortiumnews, 19. March 2018: consortiumnews.com; z.a. 11.11.2018

389. Sheldon S. Wolin, Democracy Incorporated, a.a.O., S. 9f
390. Siehe hierzu: Ullrich Mies, Die Pentagon-Zeitbombe. Die größte Gefahr für den Weltfrieden sind die USA, Rubikon, 31.03.2018: <https://www.rubikon.news/artikel/die-pentagon-zeitbombe>; z.a. 22.10.2018
391. Siehe hierzu: Mike Lofgren, Kernelemente des Tiefen Staates der USA, In Ullrich Mies/Jens Wernicke (Hg.) a.a.O., S. 97-110
392. wikileaks.org; z.a. 29.11.2028
393. Neta C. Crawford, Boston University, United States Budgetary Costs of Post-9/11 Wars Through FY2018: A Summary of the \$5.6 Trillion in Costs for the US Wars in Iraq, Syria, Afghanistan and Pakistan, and Post-9/11 Veterans Care and Homeland Security,; Watson Institute, Brown University:
<https://watson.brown.edu/costsofwar/figures/2018/budgetary-costs-post-911-wars-through-fy2019-59-trillion>; z.a. 28.11.2018
394. Rosella Cappella Zielinski, How Do War Financing Strategies Lead to Inequality? A Brief History from the War of 1812 through the Post-9/11 Wars, 28. Juni 2018, Watson Institute, Brown University:
https://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/2018/Cappella%20Zielinski_June%202018_War%20Financing%20and%20Inequality.pdf; z.a. 28.10.2018
395. Das wird im Weißbuch 2016 auch unverblümt ausgedrückt: Weißbuch 2016, Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr: www.bundesregierung.de, S. 31f; z.a. 06.11.2018. Siehe hierzu auch: Eva C. Schweitzer, Amerikas Schattenkrieger. Wie uns die USA seit Jahrzehnten ausspionieren und manipulieren, München–Berlin–Zürich 2015, S. 306;
396. Siehe: George Friedman vor dem Chicago Council on Global Affairs: www.youtube.com; z.a. 21.10.2018
397. Tilo Gräser, Droht Präventivkrieg zur Sicherung der westlichen Hegemonie? sputnik 15.02.2018: de.sputniknews.com; USA drohen China mit totalem Handelskrieg. Peking kontert mit Mao Zedong, Sputnik, 15.11.2018: de.sputniknews.com z.a. 21.11.2018
398. Siehe hierzu den Beitrag von Mohssen Massarrat in diesem Band
399. Siehe hierzu auch den Beitrag von Vladimir P. Kozin in diesem Band
400. www.kirchentag.de; 04.11.2018
401. Achim Rödner, Rebellion or Counter-Revolution: Made In US In Nicaragua?, 31.05.2018: <http://www.informationclearinghouse.info/49539.htm>; z.a. 24.10.2018
402. www.swp-berlin.org; z.a. 23.04.2017
403. www.nato.int; z.a. 05.10.2018

404. Zur Think-Tank-Debatte siehe: Kristina Klinkforth, NATO in U.S. Policymaking and Debate – An Analysis »Drawing the Map« of the U.S. Think Tank Debate on NATO since 9/11, Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft, Heft 59/2006: www.oei.fu-berlin.de; z.a. 22.11.2018
405. NATO-Gipfel in Riga. Provokation gegenüber Moskau?, Russland-aktuell, 27.11.2006: http://www.aktuell.ru/russland/politik/nato-gipfel_in_riga_provokation_gegenueber_moskau_3240.html; z.a. 05.10.2018
406. Hierzu: F. William Engdahl, Die Denkfabriken. Wie eine unsichtbare Macht Politik und Mainstream-Medien manipuliert, Rottenburg 2015, S. 121
407. Hierzu: Ebd., S. 121
408. Walter Ötsch/Silja Graupe, Einführung, Der vergessene Lippmann – Politik, Propaganda und Markt, in: Walter Lippmann, Die öffentliche Meinung. Wie sie entsteht und manipuliert wird, Frankfurt a.M. 2018, S. 17
409. Eine umfassende Liste der Länder, Institutionen, Firmen, Personen, die von US-Sanktionen betroffen sind, gibt das Schatzamt der USA heraus: www.treasury.gov; z.a. 04.11.2018
410. Ceasing U.S. Participation in the JCPOA and Taking Additional Action to Counter Iran’s Malign Influence and Deny Iran All Paths to a Nuclear Weapon, Washington, 8. Mai 2018: www.whitehouse.gov; z.a. 04.11.2018
411. USA kündigen Atomabkommen mit dem Iran, Hintergrund, 14.05.2018: www.hintergrund.de; z.a.04.11.2018
412. Andreas Zumach, Die US-Sanktionen gegen Iran sind kontraproduktiv, Infosperber, 07.08.2018: <https://www.infosperber.ch/Artikel/Politik/US-Sanktionen-gegen-Iran-sind-kontraproduktiv>; z.a. 04.11.2018
413. Vor Inkrafttreten der Sanktionen: Pompeo lobt »Flucht« deutscher Unternehmer aus dem Iran, RT, 04.11.2018: deutsch.rt.com, z.a. 04.11.2018
414. Urs P. Gasche, Die USA haben Europas Wirtschaft (und Politik) im Würgegriff, Infosperber, 22. Mai 2018: <https://www.infosperber.ch/Politik/Sanktionen-Die-USA-haben-Europas-Wirtschaft-im-Wurdegriff>; z.a. 04.11.2018
415. USA kündigen Atomabkommen mit dem Iran, Hintergrund, 14.05.2018, a.a.O.
416. Lawrow beklagt »paranoide Fixiertheit« der USA auf Sanktionen, Sputnik, 22.11.2018: de.sputniknews.com; z.a.22.11.2018
417. Alexander Boos, Exklusiv: So leiden deutsche Firmen in Russland unter den Sanktionen, Sputnik, 21.11.2018: de.sputniknews.com; z.a. 22.11.2018
418. Lawrow: EU verlor durch Russland-Sanktionen mehr als 100 Milliarden Euro Sputnik, 06.11.2018: de.sputniknews.com; 25.11.2018

419. Natalia Pawlowa, »Russland kann alles« – London manipuliert die öffentliche Meinung, Sputnik, 28. September 2018: de.sputniknews.com; z.a. 24.10.2018
420. USA planen Ausbau von Militäreinrichtungen in Europa im Wert von knapp 250 Millionen US-Dollar, RT, 4.10.2018: deutsch.rt.com; z.a. 26.10.2018
421. Ebd.
422. European Energy Security and Diversification Act of 2018, 11. Oktober 2018: www.congress.gov; z.a. 04.11.2018
423. USA wollen Pipeline Nord Stream 2 stoppen, ZEIT online, 13.11.2018: www.zeit.de; z.a. 13.11.2018
424. Andrey Kadomtsev, »Gas War«: Europe as a Battleground, International Affairs, 24.10.2018: en.int; z.a. 25.10.2018
425. »Das wird von uns erwartet«, war ein Standardspruch des US-amerikanischen Interessenstatthalters und Ex-Außenministers Frank-Walter Steinmeier. Das gilt für alle BRD-Regierungen. Sie waren stets die »Erwartungslieferanten« US-amerikanischer Forderungen.
426. USA wollen Pipeline Nord Stream 2 stoppen, ZEIT online, 13.11.2018, a.a.O.
427. Ebd.
428. Andrey Kadomtsev, »Gas War«: Europe as a Battleground, a.a.O.
429. Siehe hierzu den Beitrag von Mohssen Massarrat in diesem Band.
430. Andrey Kadomtsev, »Gas War«: Europe as a Battleground, a.a.O.
431. Siehe: William Blum, Zerstörung der Hoffnung. Globale Operationen der CIA seit dem 2. Weltkrieg, 2. erw. Aufl., Frankfurt a. M. 2014; Armin Wertz, Die Weltbeherrscher. Militärische und geheimdienstliche Operationen der USA, aktualisierte und erw. Neuausgabe 2017; James A. Lucas, US Has Killed More Than 20 Million People in 37 »Victim Nations« Since World War II, 24. October 2018: <https://www.globalresearch.ca/us-has-killed-more-than-20-million-people-in-37-victim-nations-since-world-war-ii/5492051>; z.a. 06.11.2018
432. Daniele Ganser, Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien, 3. Auflage, Zürich 2016
433. Siehe: Stephen Lendman, »Full Spectrum Dominance: Totalitarian Democracy in the New World Order«. Review of F. William Engdahl's book, GlobalResearch, Part I, 22. Juni 2009: <https://www.globalresearch.ca/full-spectrum-dominance-totalitarian-democracy-in-the-new-world-order/14046>; Part II: <https://www.globalresearch.ca/full-spectrum-dominance-totalitarian-democracy-in-the-new-world-order-part-ii/14544>; z.a.11.10.2018

434. IMI, Tübingen, Die 360°-NATO, Mobilmachung an allen Fronten, 6. Juni 2016: www.imi-online.de; z.a. 25.08.2018
435. Uli Cremer, Neue NATO: Die ersten Kriege, Hamburg 2009
436. Zur Entwicklung der NATO-Osterweiterung siehe hierzu exzellent und umfassend: <https://nsarchive.gwu.edu/>; <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>; <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2018-03-16/nato-expansion-what-yeltsin-heard>; <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2018-10-02/clinton-yeltsin-relationship-their-own-words>; <https://clinton.presidentiallibraries.us/solr-search?q=Germany+and+NATO>; alle z.a. 15.11.2018
437. Im September 2000 veröffentlicht das »Project for a New American Century (PNAC)« die berüchtigte Studie »Rebuilding America's Defenses«. Die Autoren um Perle, Wolfowitz u.a. setzen sich für eine massive Ausweitung der US-Militärausgaben ein, damit die USA ihren Ambitionen als Weltführungsmacht nachkommen und zukünftige Rivalen bereits im Vorfeld ihres potenziellen Aufstiegs bekämpfen können: PNAC, »Rebuilding America's Defenses, Strategy, Forces and Resources For a New Century, A Report of The Project for the New American Century September 2000: <http://www.informationclearinghouse.info/pdf/RebuildingAmericasDefenses.pdf>; z.a. 15.10.2018
438. Siehe: Oliver Stone, Die Putin-Interviews. Die vollständigen Abschriften, Rottenburg 2018
439. Siehe hierzu: F. William Engdahl, Full-Spectrum-Dominance, Wiesbaden 2009. Es steht ein Download zur Verfügung: de.scribd.com; Cynthia Lazaroff, Dawn of a new Armageddon, Bulletin of the Atomic Scientists, 06.08.2018: thebulletin.org; Siehe: Stephen Lendman, a.a.O.; z.a. 15.11.2018
440. US-Militärs: Krieg gegen Russland und China ist unausweichlich, RT, 6. Oktober 2016: deutsch.rt.com; z.a. 28.10.2018
441. F. William Engdahl, Full-Spectrum-Dominance, a.a.O.
442. »Wir müssen in jeder Situation dominieren« – General zu US-Weltrolle, Sputnik, 07.08.2018: de.sputniknews.com; z.a. 24.10.2018
443. JCST, Joint Vision 2020. America's Military: Preparing for Tomorrow: <http://pentagonus.ru/doc/JV2020.pdf>; z.a. 12.11.2018
444. Ian G.R. Shaw, Predator Empire. Drone Warfare and Full Spectrum Dominance, Minneapolis–London, 2017, S. 111
445. David Vine, Base Nation, How U.S. Military Bases Abroad Harm America and the World, New York 2017, S. 36

446. noforeignbases.org; www.youtube.com; beide z.a. 20.11.2018
447. David Vine, a.a.O., S.; Siehe hierzu auch: nousnatobases.org; z.a. 20.11.2018
448.
<https://www.acq.osd.mil/eie/downloads/bsi/base%20structure%20report%20fy15.pdf>;
z.a. 02.09.2018
449. Siehe hierzu auch: militarybases.com; z.a. 02.09.2018
450. commons.wikimedia.org:Unified_Combatant_Commands_map.png; z.a. 20.11.2018
451. Siehe: Michael Chossudovsky, The Globalization of War. America's »Long War« against Humanity, Center for Research on Globalization, Montreal 2015, S. 7
452. Zu den besonderen Beziehungen beider Länder: »Unsere gemeinsame Geschichte und Interessen mit dem Vereinigten Königreich haben eine feste Bindung geschaffen, die in den letzten Jahren durch gemeinsame Einsätze in Afghanistan, im Irak und anderswo gestärkt wurde.« Aus: Quadrennial Defense Review Report vom Februar 2010, S. 58
453. Federico Pierracini, Tensions Grow as China, Russia and Iran Lead the Way Towards a New Multipolar World Order, Strategic Culture Foundation, 24.09.2018: www.strategic-culture.org; z.a.: 25.09.2018
454. Diana Johnstone, Unipolarism vs. Multipolarism - The Real Russian Interference in US Politics, Ron Paul Institute für Peace and Prosperity: www.ronpaulinstitute.org;
Übersetzung in: <https://www.rubikon.news/artikel/der-kampf-um-die-neue-weltordnung>;
z.a. 04.09.2018
455. Siehe hierzu die Beiträge von Jochen Scholz und Kees van der Pijl in diesem Band.
456. Zbigniew Brzezinski, »Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft«, 4. Aufl. Frankfurt 2001, Neuauflage Rottenburg 2015; auch als PDF verfügbar unter: de.scribd.com; z.a. 11.11.2018
457. Ivan Katchanovski, The »Euromaidan,« Democracy, and Political Values in Ukraine, School of Political Studies, University of Ottawa, September 2016:
https://www.researchgate.net/publication/321503071_The_'Euromaidan'_Democracy_and_Political_Values_in_Ukraine; Ders.: The Far Right in Ukraine During the »Euromaidan« and the War in Donbas:
https://www.researchgate.net/publication/280114848_The_Far_Right_in_Ukraine_During_the_Euromaidan_and_Beyond; z.a. 11.11.2018
458. Die Literatur zum Ukraine-Putsch ist mittlerweile gigantisch. Auch kommen immer neue Details ans Tageslicht, wie z.B. über die orchestrierten Schießereien auf dem Maidan, die den eigentlichen Regime-Change einleiteten: »Sie wollten mich zum Henker machen«. Wer steckt hinter ukrainischen Todesschwadronen?: de.sputniknews.com; z.a. 25.08.2018
459. Zbigniew Brzezinski, »Die einzige Weltmacht, a.a.O., S. 57

460. National Security Strategy of the United States, December 2017: www.whitehouse.gov; z.a. 30.09.2018
461. Statement of A. Wess Mitchell, Assistant Secretary of State for European and Eurasian Affairs, Senate Foreign Relations Committee, U.S. Strategy Towards the Russian Federation, Tuesday, August 21, 2018: www.foreign.senate.gov; z.a.: 25.09.2018, Hervorhebung vom Herausgeber
462. Halford J. Mackinder, Der geographische Drehpunkt der Geschichte. Zum Verhältnis von Geographie und Weltpolitik – Ein Vortrag von 1904, in: Lettre International, Berlin, Nr. 120, Frühjahr 2018, S. 124-129
463. Siehe auch den exzellenten Beitrag von Alfred W. McCoy, Herzland und Weltinsel. Warum Halford J. Mackinders geopolitische Thesen von Bedeutung sind, in: Lettre International, Berlin, Nr. 120, Frühjahr 2018, S. 120-124; F. William Engdahl, Behind the Anglo-American War on Russia. Prevent the Domination of Eurasia by Russia and China, Global Research, Centre for Research on Globalization, 11.10.2018: <https://www.globalresearch.ca/behind-the-anglo-american-war-on-russia-prevent-the-domination-of-eurasia-by-russia-and-china/5653745>; z.a.: 25.09.2018
464. Siehe hierzu auch den instruktiven Beitrag: Arkady Savitsky: »It's the Economy, Stupid«: What Really Drives US Sanctions Against Russia, 29.09.2018, Strategic Culture: www.strategic-culture.org; z.a. 29.09.2018; Nach Savitsky geht es den USA primär um die Ausschaltung von Konkurrenten: »Sie [die US-amerikanische Regierung, U.M.] lobt den freien Markt, solange ihr Monopol erhalten bleibt. Das Auftauchen von Konkurrenten lässt Amerika seine Prinzipien vergessen und verlagert sich auf protektionistische Politik. Internationale Abkommen und die Regeln der WTO werden sofort vergessen. Dem technologischen Fortschritt Russlands wird mit Strafmaßnahmen begegnet.«
465. Statement of A. Wess Mitchell, a.a.O., S. 2
466. Siehe hierzu die einschlägigen Aussagen in: Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht, a.a.O.
467. Mehrzahl von Vakuum (U.M.)
468. Statement of A. Wess Mitchell, a.a.O., S. 2f
469. Ebd., S. 4
470. de.wikiquote.org; z.a. 29.11.2018
471. Florian Hassel, Erst Manöver, dann Krieg, Frankfurter Rundschau 10.09.2008: www.fr.de; z.a. 15.09.2018
472. Jeffrey Sachs, Viewpoint: Why the shadow of WW1 and 1989 hangs over world events, 16. December 2014: www.bbc.com; deutsche Übersetzung von Josefa Zimmermann in: www.nachdenkseiten.de; z.a. 25.08.2018

473. Alexej Makarkin, Die Ukraine will in die NATO, Sputnik 05.05.2006:
de.sputniknews.com; z.a. 10.10.2006

474. <https://nsarchive.gwu.edu>; z.a.11.11.2018

Der neue Kalte Krieg und die geplante Eskalation des Konflikts USA/Europa versus Russland⁴⁷⁵

Vladimir P. Kozin

Im politischen Wortschatz Russlands bedeutet »Kalter Krieg« die Existenz eines scharfen Wettbewerbs und einer tief greifenden Rivalität zwischen gegnerischen Staatengruppen, jedoch ohne gegenseitige militärische Feindseligkeiten oder bewaffnete Konflikte.⁴⁷⁶ Heute stellt sich die Frage, ob der »Kalte Krieg« jemals vorbei war beziehungsweise welche Unterschiede zu seiner neuen Formation, dem »Kalten Krieg 2.0«, oder zwischen seinen Phasen bestehen. Der Beitrag untersucht vier Merkmale des diagnostizierten neuen »Kalten Krieges 2.0«: erstens die zunehmende Anzahl militärischer Aktivitäten auf globaler und europäischer Ebene; zweitens die Tatsache, dass sich der gesamte Prozess der Rüstungskontrolle in einer Sackgasse befindet; drittens die ungerechtfertigten wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen sowie viertens die Verschärfung bössartiger Anschuldigungen und kriegshetzerischer Rhetorik gegen Russland.

Den Begriff des »Kalten Krieges« verwendete erstmals der englische Schriftsteller George Orwell in einem Artikel im Jahr 1945, um auf eine nukleare Pattsituation zwischen »zwei oder drei monströsen Superstaaten hinzuweisen, die jeweils über eine Waffe verfügen, mit der Millionen von Menschen in wenigen Sekunden ausgelöscht werden können«. Bekannterweise führte Winston Churchill den Begriff »Kalter Krieg« in seiner berühmten Rede in Fulton, USA, im März 1946 politisch ein. Als Politiker der Vereinigten Staaten benutzte der amerikanische Finanzier und Präsidentenberater

Bernard Baruch den Begriff erstmals 1947 in einer Rede im State House in Columbia, South Carolina.

Aus Sicht einiger Wissenschaftler begann der »Kalte Krieg« im Dezember 1949, als die USA die Sowjetunion durch den Einsatz von Atombomben im Rahmen der *Operation Dropshot*⁴⁷⁷ zerstören wollten. Dass er offiziell im November 1990 mit der Unterzeichnung der *Charta für ein neues Europa* in Paris beendet wurde, ist die Auffassung einiger Historiker. Andere behaupten, er endete 1991 mit dem Zerfall der UdSSR und der anschließenden Auflösung des Warschauer Paktes.⁴⁷⁸

Nach Ansicht einiger Experten begann 1999 als Folge der NATO-Osterweiterung die zweite Phase des Kalten Krieges, der »Kalte Krieg 2.0«. Andere behaupten, dass die zweite Phase 2002 einsetzte, als sich die USA aus dem ABM-Vertrag⁴⁷⁹ zurückgezogen hatten, oder sogar erst 2011, als das Pentagon begann, sein ballistisches Raketenabwehrsystem, BMDS⁴⁸⁰, in Europa aufzustellen. Wieder andere datieren den Beginn des »Kalten Krieges 2.0« ins Jahr 2014 nach der Wiedervereinigung der Krim mit der Russischen Föderation und dem Eindringen der ukrainischen Armee in den Donbass.

Die Beziehungen zwischen den Präsidenten Donald Trump und Wladimir Putin ab 2016 beweisen, dass der Kalte Krieg weitergeht.⁴⁸¹ Der Kalte Krieg 2.0 ist in seiner Substanz anders, aber potenziell mindestens so bedrohlich. Er basiert nicht nur auf konkurrierenden Interessen, sondern auch auf konkurrierenden Werten,⁴⁸² kommentierte *The Guardian*.⁴⁸³

Nach meiner Auffassung begann der Kalte Krieg 2.0 faktisch nach mehreren Wellen der NATO-Erweiterung und nach dem Beschluss des Bündnisses vom 1. April 2014, alle Beziehungen mit Russland abubrechen.

Die Zeit vor dem Kalten Krieg 2.0

Noch in den 1980er- und 1990er-Jahren ermöglichte das bescheidene Vertrauen zwischen den Atomstaaten den Abschluss mehrerer Verträge. So schlossen Moskau und Washington fünf Verträge ab: einen über strategisch offensive Atomwaffen (Strategic Offensive Nuclear Arms Agreements, SOA), einen über Mittelstreckenraketen (Intermediate Nuclear Forces Treaty, INF) sowie drei Verträge über die Aufhebung der Zielvorgaben von Atomraketen zwischen Russland und drei westlichen Atomstaaten. Außerdem wurde ein Eckpfeiler der global-strategischen Stabilität – der ABM-Vertrag – unterzeichnet. Darüber hinaus schlossen die Sowjetunion/Russland und die großen NATO-Marinenationen 13 Abkommen, um Vorfälle auf hoher See (INCSEA⁴⁸⁴) zu vermeiden, sowie zwei internationale Übereinkommen zum Verbot chemischer und biologischer Waffen. Ferner trat der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE/ A-KSE⁴⁸⁵) in Kraft.

In den letzten Jahren wurde jedoch die Rhetorik zwischen der NATO und Russland militant. Das ehemals bescheidene Vertrauen Ende des letzten Jahrhunderts wurde durch Misstrauen ersetzt. Es gibt keine Rüstungskontrollgespräche, und niemand weiß genau, wann und ob neue aufgenommen werden. Gegenwärtig sind die beiden Atomgiganten, die USA und Russland, in einer Reihe von Fragen der Rüstungskontrolle nach wie vor uneins. Drei Entwicklungen wirken sich direkt auf die europäische Stabilität aus:

1. Die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten unterhalten in einigen europäischen Ländern weiterhin bedeutende Atomwaffenarsenale. So stationiert beispielsweise das Pentagon immer noch mehrere hundert taktische Atomwaffen in Europa

mit der Perspektive, die neue Atombombe B-61-12 in ihr Arsenal aufzunehmen. Im Juni 2015 hat die US Air Force ihre Präsenz in Europa durch die zeitweise Stationierung strategischer Bomber in Großbritannien verstärkt: drei Boeing B-52H Stratofortress und zwei Northrop Grumman B-2 Spirit sowie acht A-10-Thunderbolt-II-Bodenangriffsflugzeuge in Ämari, Estland.

2. Im Jahr 2018 haben die USA auf dem europäischen Kontinent und um ihn herum mit etwa 360 land- und seegestützte Abfangraketen einen globalen Raketenabwehrschild geschaffen. Die operativen Raketenabwehrsilos in Rumänien wurden 2016 installiert und Ende 2018 werden die gleichen BMDS-Silos in Polen zur Kampfbereitschaft umgebaut. Beide Anlagen werden nicht nur defensive BMDS-Abfangraketen beherbergen, sondern auch nukleare Marschflugkörper, die zu den Angriffswaffen zählen. In fünf bis sechs Jahren wird sich das BMD-Problem zwischen Moskau und Washington radikal verstärken, wenn die Gesamtmenge der strategischen Abfangraketen der USA die Zahl der russischen strategischen Nuklearträger um fast das Zwei- bis Dreifache übersteigt. Sehr bald wird der Raketenabwehr-Rüstungswettlauf den ganzen Globus umfassen. 95 Prozent aller US-BMDS-Anlagen werden in den Weltmeeren liegen. Nach dem Seerechtsübereinkommen können Kampfschiffe frei und ohne Einschränkungen auf hoher See fahren. Das Gleiche gilt für Kampfschiffe, die mit BMDS ausgerüstet sind.
3. Um herauszufinden, wie sie Luft-, Boden-, Cyber- und Weltraumkapazitäten miteinander verbinden können, richten die USA auf der Nellis Air Force Base, Nevada, ein experimentelles »Combined Air Operations Center« ein. Für den Weltraum hat das Air Force Space Command das National

Space Defense Center auf der Schriever Air Force Base in Colorado aufgebaut. Ziel ist, die Führungs- und Kontrollverbindungen zwischen den Militär- und Nachrichtendiensten im Zusammenhang mit dem Weltraum besser zu koordinieren. Das Nellis Center wird ab Herbst 2018 eine Reihe von Multi-Domain-Befehls- und Kontroll-Kriegsspielen beherbergen.⁴⁸⁶ Die Staats- und Regierungschefs, die an der Tagung des Nordatlantikrates am 11. Juli 2018 in Brüssel im Rahmen des NATO-Gipfels teilnahmen, haben sich darauf geeinigt, »eine übergreifende NATO-Raumfahrtpolitik« zu entwickeln, da die Raumfahrt »ein sehr dynamisches und sich rasch entwickelndes Gebiet ist, das für eine kohärente Abschreckungs- und Verteidigungshaltung des Bündnisses unerlässlich ist«. ⁴⁸⁷

Derzeit verfügen etwa fünfzehn Länder der Welt über Raketenabwehrkapazitäten oder haben sich der Entwicklung von BMDS-Infrastrukturen angenähert. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts werden potenziell über 30 Länder darüber verfügen. Zwischen 2025 und 2050 oder früher soll die gesamte Palette der boden-, see-, luft- und möglicherweise weltraumgestützten Raketenabwehr entstehen.

Dies wird viele Länder zwangsläufig dazu bewegen, diese Systeme mit Hilfe von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern zu überwinden. Damit wird die Welt in einen Teufelskreis getrieben. Die Zerstörung des sorgfältig kalibrierten Gleichgewichts zwischen den defensiven Abwehrsystemen (BMDS) und den nuklear-strategischen Offensivwaffen (SOA), das noch vor etwa fünfzehn Jahren Bestand hatte, kann die gesamte globale strategische Stabilität untergraben.

Im Gegensatz zur Vergangenheit sind im heutigen Europa Potenzial und Aktivität des Militärs qualitativ und quantitativ so hoch wie nie zuvor, vor allem entlang der russischen Grenzen. Das heißt, der unbegrenzte Aufbau konventioneller Kräfte gewinnt an Fahrt. Der Generalsekretär der Allianz, Jens Stoltenberg, hat zugegeben, dass sich diese Aktivität seit 2014 generell verfünffacht hat. Die NATO ist in Europa mit insgesamt 24.000 Kampfflugzeugen und 800 Kampfschiffen Russland weit überlegen.

In letzter Zeit wurde die große Zahl der US-Militärstützpunkte in Europa durch acht zusätzliche NATO-Militäranlagen, sechs Kommandozentralen und ein NATO-Marinehauptquartier in Varna, Bulgarien, an der Schwarzmeerküste ergänzt. Russland hat hingegen keine Militärstützpunkte rund um die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland oder anderen NATO-Mitgliedsstaaten errichtet.

Vor drei Jahren schuf das transatlantische Bündnis eine »angemessene Mischung« aus Atom-, Raketenabwehr- und konventionellen Streitkräften. Diese sogenannte Chicagoer Triade wurde auf dem NATO-Gipfel in Chicago im Mai 2012 verabschiedet und auf den drei folgenden Gipfeltreffen der Allianz 2014 bis 2018 erneut bekräftigt.

Moskau beklagt sich immer wieder über die NATO-Erweiterung. Trotz Auflösung des Warschauer Paktes hat die NATO, weit davon entfernt, diesem Beispiel zu folgen, ihre Mitgliederzahl während mehrerer Expansionswellen von zwölf auf 29 erweitert und damit nicht genug: drei ehemalige Sowjetrepubliken, die Ukraine, Moldawien und Georgien, stehen auf der Warteliste der transatlantischen Militärunion. Der Brüsseler Gipfel 2018 hat noch einmal bekräftigt und wiederholt: Die Tür für Neueinsteiger steht offen.

Aufbau strategisch-nuklearer Offensivwaffen

Nach der im Februar 2018 verabschiedeten neuen US-Nuklearstrategie (NPR⁴⁸⁸) sieht die materielle und technische Basis der neuen strategischen Nukleartriade⁴⁸⁹ wie folgt aus:

1. Die erste Komponente sind 400 nukleare Einzelsprengköpfe auf bodengestützten ICBMs⁴⁹⁰ vermutlich mit der Bezeichnung Minuteman IV, von denen die erste 2029 in Dienst gestellt wird.⁴⁹¹ Es werden 450 Abschussanlagen (Silos, U.M.) gebaut, um dort die Minuteman IV zu stationieren. Das soll die Überlebensfähigkeit dieses (bodengestützten, U.M.) Elements der strategischen Nukleartriade verbessern. Die Abschussanlagen werden über mehrere US-Bundesstaaten verteilt und es werden bis zu 50 leere »Köder-Silos« für solche Raketen gebaut.
2. Die zweite Komponente der Triade wird zunächst bis zu 240 Trident II (D5) U-Boot-gestützte ballistische Raketen (SLBMs)⁴⁹² umfassen, die auf 12 Atom-U-Booten (SSBNs)⁴⁹³ der Columbia-Klasse installiert sind. Das erste dieser Atom-U-Boote der neuen Klasse soll nach Planung bis 2031 in Dienst gestellt werden.⁴⁹⁴
3. Das dritte Element der neuen strategischen Nukleartriade besteht aus 100 schweren B-21-Raider-Bombern mit luftgestützten nuklearen Marschflugkörpern und flexibler nuklearer Sprengladung. Der Bau des ersten Bombers dieser Art wird 2025 abgeschlossen sein. Später werden diese Bomber mit neuen Langstrecken-Cruise-Missiles und Nuklearsprengköpfen ausgerüstet.⁴⁹⁵

Darüber hinaus wird die neue strategische Nukleartriade von mehr als 3000 Mittelstrecken-Abfangjägern unterstützt, von denen fast 66 Prozent in der Lage sind, Bomben mit Atomsprengköpfen abzuwerfen. Die Basis hierfür stellen die neuen F-35 Mehrzweck-Kampfbomber, die sowohl für Bodenangriffe als auch für die Luftabwehr eingesetzt werden können. Diese fliegen bereits für die US-Streitkräfte, was bedeutet, dass sie in absehbarer Zeit auf den Flugplätzen vieler NATO- und Nicht-NATO-US-Verbündeter auftauchen werden, die an den Grenzen zu Russland und China liegen.

Der US-Senat plant, die Ratifizierung des von Russland bereits im Jahr 2000 ratifizierten Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty⁴⁹⁶) abzulehnen. Die US-amerikanische National Nuclear Security Administration wurde angewiesen, sich auf die Wiederaufnahme unterirdischer Tests von Sprengkörpern vorzubereiten.

In Übereinstimmung mit der neuen Nukleardoktrin vom Februar 2018 (NPR) verweigern die USA, auf einen nuklearen Erstschlag zu verzichten oder ihre atomare Kampfbereitschaft zu reduzieren. Mit der Annahme ihrer neuen Nuklearstrategie hat die Trump-Administration das Ungleichgewicht der bestehenden sensiblen Mechanismen der Rüstungskontrolle ganz offensichtlich vergrößert.

Nach der Jahrtausendwende wurden bislang nur zwei Vereinbarungen zur Reduzierung von nuklearstrategischen Offensivwaffen abgeschlossen: die Verträge von Moskau im Jahr 2002 und von Prag im Jahr 2010. Beide sind im Westen als die neuen START und in Russland als START-3 bekannt.

Russland und die USA halten sich seit 2011 an die Bestimmungen des Vertrags zur Reduktion strategischer Waffen (New Strategic Arms Reduction Treaty, New START⁴⁹⁷) und sehen darin eine wichtige praktische Vereinbarung zur Kontrolle strategischer

Nuklearwaffen. Der neue START-Vertrag über strategische Angriffswaffen erlaubt jeder Seite ein maximales Arsenal von 1550 nuklearen Sprengköpfen und 800 installierten und nicht-installierten Trägerraketen und Bomben.

Die Nukleardoktrin 2018 (NPR) erwähnt die Möglichkeit, den neuen START-Vertrag, der 2021 ausläuft, um weitere fünf Jahre, also bis 2026, zu verlängern. Und doch ignorieren die USA die organische Beziehung zwischen strategischen Offensiv- und strategischen Defensiv-Nuklearwaffen. Ein Beispiel für letztere sind die Raketenabwehrwaffen, die sie weiträumig gelagert und weltweit, zusätzlich zu ihrem vorgeschobenen Arsenal, in Form von taktischen nuklearen und konventionellen Waffen in unmittelbarer Nähe zu den russischen Grenzen stationiert haben.

Das große ungelöste Problem zwischen den beiden wichtigsten Atommächten besteht darin, dass sie den Einsatz von Atomwaffen anders sehen: Die USA sind nach wie vor entschlossen, Atomwaffen zuerst einzusetzen, unabhängig davon, ob sie angegriffen wurden oder nicht, während Russland dies nur als Reaktion auf einen massiven Angriff für gerechtfertigt hält.⁴⁹⁸ Vor einigen Jahrzehnten waren sich Mikhail Gorbatschow und sein amerikanischer Amtskollege Ronald Reagan einig: »Atomkrieg kann nicht gewonnen werden und darf nie geführt werden.« Alle nachfolgenden US-Regierungen erinnern sich nicht mehr an ein solches Einvernehmen.

Insgesamt haben die USA zwölf bilaterale und multilaterale Abkommen zur Rüstungskontrolle blockiert, sich geweigert, diese zu ratifizieren, oder beschlossen, sich nicht damit zu befassen. So sei daran erinnert, dass die USA die Ratifizierung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa entgleisen ließen, sich geweigert haben, den Entwurf des Europäischen Sicherheitsvertrags zu diskutieren, den Vertrag über ballistische Raketen (ABM-Vertrag

von 2002) einseitig auflösen und die Gespräche über Anti-Satellitenwaffen, ASAT, eingestellt haben. Ferner hat Washington die Annahme eines internationalen Vertrags über eine massenvernichtungsfreie Zone (ohne WMD⁴⁹⁹) im Nahen Osten blockiert.

Bis jetzt werden nur zwei Verträge zur Rüstungskontrolle recht erfolgreich umgesetzt: der neue START und der Open-Skies-Vertrag aus dem Jahr 1992, den 34 Staaten unterzeichneten. Abgesehen davon gibt es keinerlei Fortschritte: Stillstand in der Rüstungskontrolle, ohne Licht am Ende des Tunnels.

Heute ist die Weltgemeinschaft Zeuge einer Vielzahl ungelöster Rüstungskontrollfragen zwischen zwei Atommächten: Es gibt keine Gespräche über nukleare Rüstungskontrolle, keine Verhandlungen über die Begrenzung von Antisatellitenwaffen, Raketenabwehr etc. Einige von ihnen erfordern tatsächlich eine schnelle und konstruktive Herangehensweise. Diese Fragen werden, wenn sie nicht rasch und konstruktiv gelöst werden, Bedrohungen und Herausforderungen für die regionale sowie globale Stabilität in den kommenden Jahren darstellen.

Die Hauptursache für dieses Scheitern hat sich seit Jahrzehnten nicht geändert: Wie bereits erwähnt besteht kein ausreichendes Vertrauen zwischen den USA und Russland. Dieses Vertrauen wird jedoch dringend benötigt, um greifbare Fortschritte im Bereich der nuklearen, konventionellen sowie der Raketenabwehr zu erzielen.

Taktische Nuklearwaffen noch immer ohne Beschränkungen

Trotz gewisser Erfolge bei der Reduzierung der strategischen Offensivwaffen (SOA) haben beide Seiten nie offizielle Gespräche zur Reduktion taktischer Nuklearwaffen (Tactical-Arms-Reduction-Talks/ TART) geführt. Aber der Beginn solcher Gespräche ist

unmöglich, weil beide Seiten ungleiche Ausgangspositionen eingenommen haben: Während Russland alle seine taktischen Atomwaffen (TNW) aus drei ehemaligen Sowjetrepubliken vor etwa 20 Jahren auf sein Territorium zurückgezogen hat, haben die USA dies mit ihren Partnern nicht getan und beabsichtigen auch nicht, diese auf den CONUS⁵⁰⁰, das kontinentale Staatsgebiet der USA, zurückzuziehen. Aufgrund der Krise in der Ukraine hat das Pentagon sogar zusätzliche taktische Atombomben nach Italien verbracht. Auch wird es ein Problem mit der Definition der TNW geben, denn es gibt sieben verschiedene Formeln, die sie beschreiben. Washington modernisiert seine TNW, auch die in Europa.

Zwei der fünf existierenden Atombombentypen, B-61-7 und B-61-11, sowie eine neue perspektivische Bombe B-61-12 haben »strategische Bedeutung«, da sie nicht nur von taktischen Flugzeugen, sondern auch von schweren strategischen Bombern B-52H und B-2A ans Ziel gebracht werden können: Jeder dieser Bomber kann 16 solcher Bomben tragen. Die beiden genannten strategischen Bomber können 11.000 km ohne Betankung in der Luft und mehr als 18.000 km mit Luftbetankung zurücklegen. Daher bezeichnet das Pentagon und das Außenministerium diese Bomben als »strategisch«. Die neue Bombe B-61-12 ist eine punktgenaue Erstschlagwaffe.

Russland ist damit konfrontiert, dass die USA 13 taktische Nukleardepots in Zentraleuropa modernisiert haben und bis zum Jahr 2038 mit mehr als 65 Milliarden US-Dollar ihre taktischen Atomwaffen einschließlich der in Europa modernisieren werden. Die geplante Modernisierung wird das militärische Nuklearpotenzial des Bündnisses in Europa deutlich erhöhen.⁵⁰¹

Auswirkungen der neuen US-Atomstrategie

Wie erwartet, bekommen in der neuen Nuklear-Doktrin (Nuclear Posture Review, NPR) die Atomwaffen in der US-Militärpolitik im Vergleich zur vorherigen »Obama«-NPR-Version eine größere Bedeutung. Es ist ein aggressiveres und offensiveres Dokument und wird die Beziehungen zu Russland und China weiter komplizieren.

In der NPR 2018 wird unter anderem behauptet, die Russen verfolgten eine Politik der »begrenzten nuklearen Eskalation«. Das bedeutet, sie würden einen nuklearen Erstschlag in einem lokalen Konflikt führen oder diesen androhen, obwohl dies in keiner Nukleardoktrin weder der ehemaligen Sowjetunion noch der Russischen Föderation jemals formuliert wurde.

Die NPR 2018 konzentriert sich auf die gleichzeitige Lösung von zwei Schlüsselfragen: Sie zielt auf eine radikale, langfristige Aktualisierung der strategischen und taktischen Nuklearmacht der USA ab. Gleichzeitig senkt sie die Messlatte für den Einsatz von Atomwaffen, insbesondere den Einsatz von Nuklearsprengköpfen mit geringer Sprengkraft. So wird beispielsweise die Atombombe B61-12 mit 50, 10, 1,5 oder 0,3 Kilotonnen als günstige Neuentwicklung angesehen. Darüber hinaus ist in den nächsten zwei Jahren geplant, auf den SLBM Trident II (D5) nukleare Sprengköpfe mit geringerer Sprengkraft und später einen neuen nuklear bewaffneten Marschflugkörper zu installieren. Wie militärische und politische Dokumente der USA oft bestätigt haben, wird das Pentagon in den kommenden zehn Jahren bis zu 400 Milliarden Dollar und in den nächsten 30 Jahren 1,2 Billionen Dollar erhalten, um seine Atom-Komponenten zu stärken.⁵⁰²

Das Vorwort zu NPR 2018, unterzeichnet vom damaligen Chef des Pentagons, James Mattis, stellt klar, dass der US-Präsident die Möglichkeit haben muss, Atomwaffen im Falle einer »plötzlichen Veränderung des geopolitischen Umfelds« oder sogar einer

»technologischen Überraschung« potenziell zu einem Erstschlag einzusetzen. Die Unbestimmtheit einiger Vorschriften impliziert offensichtlich die Zulässigkeit freier Handhabung beim Start von Atomraketen und zeugt von der unverantwortlichen Haltung der US-Regierung gegenüber ihrem Einsatz.

So behält die NPR 2018 im Großen und Ganzen die Politik der »bedingungslosen offensiven nuklearen Abschreckung« bei, wie sie bereits frühere US-Präsidenten proklamierten. Sie legt nicht nur den Grundstein für eine radikale Aktualisierung des gesamten Nuklearwaffenarsenals des Landes, sondern auch für die rechtliche Absicherung einer Agenda zur Schaffung einer völlig neuen strategischen Nukleartriade, die oben beschrieben wurde.

Die im Sommer 2017 verabschiedete »U.S. Nuclear Weapons Employment Strategy«⁵⁰³ zementiert das Kernfundament der US-amerikanischen Nukleardoktrin, die »offensive nukleare Abschreckung«, und ihren wichtigen Teil, die »erweiterte nukleare Abschreckung«, die allen NATO-Mitgliedsstaaten sowie einer Reihe von Verbündeten im Nahen Osten und im asiatisch-pazifischen Raum einen nuklearen Schirm bietet.⁵⁰⁴

Das Dilemma nuklearer Mittelstreckensysteme

Vor mehr als 30 Jahren, am 8. Dezember 1987, unterzeichneten die Führer der UdSSR und der USA – Mikhail Gorbatschow und Ronald Reagan – einen Vertrag zur Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen – den INF-Vertrag.⁵⁰⁵ Während der aktiven Implementierung wurden 1846 sowjetische und 846 amerikanische nuklear bewaffnete, landgestützte, ballistische und Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometern zerstört. Nach der vollständigen Beseitigung dieser Raketen bis zum Sommer 1991 waren beide Seiten zufrieden, dass

sie alle Bestimmungen dieses wichtigen bilateralen Abkommens erfüllen konnten.

Aber ab Juni 2012 beziehungsweise ab Januar 2017 behaupteten die Administrationen der Präsidenten Barack Obama respektive Donald Trump, Russland verstoße gegen diesen Vertrag. Anspielungen über angebliche russische »Verletzungen« des INF-Vertrags begannen bereits 2012, nachdem sich zwei hochrangige Vertreter der Obama-Regierung mit dem Senatsausschuss für auswärtige Beziehungen unter dem Vorsitz von John Kerry getroffen hatten. Im Juni 2012 fragte der republikanische Senator Michael Turner in einem Brief an den Nationalen Sicherheitsrat der USA (US National Security Council) sowie an die Leiter der amerikanischen Geheimdienste, warum die russischen Tests strategischer Interkontinentalraketen nicht als Verletzung des Vertrags von 1987 angesehen würden.

Auch die russische ICBM RS-26, bekannt als Rubezh, wurde ebenfalls unfair kritisiert. Es war offensichtlich, dass sich der US-Gesetzgeber über dieses viel versprechende Raketensystem beklagte, weil es den amerikanischen »Raketenabwehrschild« besser durchdringen konnte. Es wurde behauptet, die ICBM RS-26 hätte eine kürzere Flugreichweite, den Mittelstreckenraketen vergleichbar. Die US-Gesetzgeber haben also versucht, Bestimmungen des INF-Vertrags als Rechtsgrundlage heranzuziehen, um die ICBM RS-26 zu verbieten. Tatsächlich hat der Vertrag jedoch weder direkt noch indirekt etwas mit dieser ICBM zu tun, da diese Rakete eine Interkontinentalrakete ist.

Daher konnten die Russen diesen Angriff ganz einfach abwehren: Sie gaben eine Erklärung heraus, dass die von den Amerikanern zitierten Raketen überhaupt nicht unter dieses Abkommen fielen, da es ausschließlich für ballistische und Marschflugkörper mit einer

Reichweite zwischen 500 und 5500 km gilt. Daraufhin nahmen die USA dieses Thema von der Tagesordnung. Doch 2014 wurde in Washington das Fass erneut aufgemacht und behauptet, Russland hätte gegen den INF-Vertrag verstoßen, beispielsweise mit seinen einsatzbereiten Marschflugkörpern R-500 (NATO-Klassifikation SSC-7). Aber auch diese Waffe war vollständig von den Beschränkungen des Vertrags ausgenommen, da ihre Flugreichweite unterhalb der 500-Kilometer-Grenze liegt.

Als die Trump-Administration 2017 das Weiße Haus übernahm, wiederholte sie erneut die unbegründeten Vorwürfe gegenüber Russland bezüglich der »Nichteinhaltung« des Vertrags zur Beseitigung von Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite. Im Februar 2018 zitierte die *New York Times* Behauptungen der US-Regierung, das russische Militär habe angeblich eine voll funktionsfähige Division von Boden-Boden-Marschflugkörpern stationiert und verstieße damit erneut gegen den Vertrag von 1987.

Wie frühere Berichte enthält auch das Briefing des US-Außenministeriums über den INF-Vertrag, das 2017/2018 veröffentlicht wurde, keine zwingenden Beweise für russische »Verletzungen«. ⁵⁰⁶ In dem Bericht nahm das Außenministerium zwei frühere Vorwürfe der Amerikaner bezüglich angeblicher russischer »Verletzungen« des INF-Vertrags zurück. Der eine Vorwurf betraf die operationelle R-500-Rakete, der andere die ICBM RS-26. Dieses bedeutsame Eingeständnis zeigt, dass Washington in den Jahren zuvor lediglich bluffte und versuchte, die Stationierung der russischen Waffen zu verhindern.

Der amerikanische Kongress hat die USA mehr als einmal aufgefordert, sich nicht nur aus dem Vertrag von 1987 zurückzuziehen, sondern auch amerikanische NATO-Verbündete, die keine INF-Unterzeichner sind, mit neuen bodengestützten

Marschflugkörpern auszurüsten, um »Vergeltung« gegen Russland zu üben. Es gab auch Aufrufe zur Einführung spezifischer neuer Sanktionen gegen Russland.

Als weitere Rechtfertigung für einen Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag diene die Behauptung, dass China, das nicht an dieses Abkommen gebunden ist, wahrscheinlich ein Arsenal an Atomraketen entwickeln wird, das jenes der USA in den Schatten stellt. Das 2018er-US-Bundesverteidigungsgesetz (2018 National Defense Authorization Act⁵⁰⁷), das im Juni 2017 in den Kongress eingebracht wurde, erlaubt die Entwicklung eines neuen, konventionellen, straßenmobilen, bodengestützten Marschflugkörpersystems mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern und würde damit genau unter die Beschränkungen des INF-Vertrags fallen.

Seit Beginn der aktiven Tests des US-BMDS im Jahr 2001 bis zum Redaktionsschluss dieses Buches hat das Pentagon 93 Mal seine Abwehrsysteme getestet, um eine ganze Reihe von Kurz-, Mittel- und Mittelstrecken-Ballistik- und Marschflugkörpern als Dummy-Ziele abzufangen, und die USA setzen ähnliche Tests weiter fort. Damit verstoßen sie gegen den INF-Vertrag, da sie die gleichen Dummy-Raketentypen dieser Reichweite als Abfangziel verwenden.

Moskau hat Washington daran erinnert, dass die Multimissionsraketen MK 41, die an amerikanischen Raketenabwehrstandorten in Rumänien und Polen eingesetzt werden und mit dem Aegis-Ashore-Kommando- und Kontrollsystem ausgestattet sind, zum Start von Marschflugkörpern mittlerer Reichweite an Land eingesetzt werden. Dies ist ein direkter Verstoß gegen den INF-Vertrag. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass ähnliche Trägerraketen bereits im Mai 2016 in Rumänien

positioniert wurden und bis Dezember 2018 weitere in Polen installiert werden.

Die US-Kampfdrohnen, die auch in die MK-41-Trägerraketen geladen werden können, sind ein weiteres Problem für den INF-Vertrag, da sie der Definition des Abkommens für landgestützte Marschflugkörper entsprechen. Die Vereinigten Staaten haben Drohnen (auch bekannt als »unbemannte Luftfahrzeuge« oder UAVs) wie Predator, Raptor, Global Hawk und andere zu ihrem Arsenal hinzugefügt, die nach INF-Vertrag ebenfalls als landgestützte Marschflugkörper eingestuft werden müssen. Schwere UAVs dieses Typs, die Flugkörper tragen, gelten eindeutig als aerodynamische Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 5500 km, die nach dem INF-Vertrag verboten sind.

Es stellt sich die Frage: Warum braucht Präsident Donald Trump so ein Getöse über unbewiesene russische Verstöße gegen den INF-Vertrag? Noch nie zuvor wurden von hochrangigen amerikanischen Beamten auf so offen provokante Weise Drohungen geäußert. Man hat den Eindruck, dass sie die Anschuldigungen gegen Russland erfinden, um die Aufmerksamkeit von den genannten amerikanischen Verletzungen abzulenken, sowohl von den Tests der neuesten US-Raketenabwehrsysteme als auch von der Produktion eines neuen, landgestützten Mittelstrecken-Marschflugkörpers.

BMDS-Entwicklung und First-Strike-Option

Die USA bauen ihr BMDS-Arsenal kontinuierlich aus. Mit der unkontrollierten und unbegrenzten Anzahl der US-BMDS-Kapazitäten in Relation zu den verbleibenden SOA-Sprengköpfen und Trägersystemen könnten die USA der starken Versuchung erliegen, einen nuklearen Erstschlag gegen die Russische Föderation und die VR China zu führen. Dies in Vorwegnahme eines von Russland und

China gemeinsam oder jeweils einzeln durchgeführten Vergeltungsschlages. Die USA werden alle Anstrengungen unternehmen, um ihr Territorium mit Hilfe eines von Jahr zu Jahr dichter werdenden »Raketenabwehrschildes« vor eintreffenden Atomraketen zu schützen, die den ersten Nuklearangriff überstanden haben, und dies ohne jede politische und rechtliche Beschränkung.⁵⁰⁸ So wird die Gesamtzahl der von den USA produzierten Abfangraketen mit strategischer Bestimmung die Zahl von 700 operativ stationierten russischen SOA-Trägersystemen um das 2,6-fache übersteigen, das heißt, das Verhältnis wird dann 1826 : 700 betragen.

Das Problem wird sich zukünftig besonders verschärfen, wenn das Verhältnis zwischen den Abfangraketen des US-BMD und den Trägersystemen der russischen strategischen Offensivwaffen 3 : 1 beträgt und das Verhältnis zwischen den Abfangraketen der USA und den russischen strategischen Nuklearsprengköpfen auf 2 : 1 ansteigt, wobei das AAD/BMD-Patriot-PAC-3-Raketensystem hier nicht berücksichtigt wird.

Auf dem NATO-Gipfel vom 11. bis 12. Juli 2018 in Brüssel widmeten die Teilnehmer der Verbesserung des BMDS besondere Aufmerksamkeit. Erstens haben sie unterstrichen, dass die Abschreckung und Verteidigung der NATO auf »einer angemessenen Mischung aus nuklearen, konventionellen und Raketenabwehrkapazitäten beruht, die wir weiterhin anpassen«.⁵⁰⁹ So ist die Raketenabwehr integraler Bestandteil der gesamten Verteidigungsstrategie des NATO-Bündnisses und ein spezifischer Pfeiler der Abschreckungs- und Verteidigungspolitik der NATO.

Raumfahrtaktivität

Die USA versuchen, den Weltraum zu dominieren und vernachlässigen dabei dieselben Ambitionen ihrer engsten Verbündeten. Die umfassende strategische Überprüfung, die sogenannte Strategic Framework der Weltraumkriegsführung, wird von vier Zielen geleitet, die der frühere nationale Sicherheitsberater Herbert R. McMaster festgelegt hat:

1. Stärkung der Sicherheit, Stabilität und Nachhaltigkeit der Raumfahrtaktivitäten,
2. Abschreckung und, wenn nötig, Bekämpfung von Weltraum- und Weltraumbedrohungen der Gegner, die den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten feindlich gesinnt sind,
3. Partnerschaft mit dem US-Handelssektor, um sicherzustellen, dass amerikanische Unternehmen weiterhin eine herausragende Stellung in der Raumfahrt einnehmen und
4. Erhaltung und Erweiterung der menschlichen und robotischen Präsenz der USA über die Erde hinaus, um das Wissen über das Sonnensystem und das Universum zu verbessern.⁵¹⁰

Hochrangige US-Beamte sprechen zunehmend von »offensiven« Fähigkeiten im All. In der von Präsident Donald Trump am 18. Dezember 2017 unterzeichneten Nationalen Sicherheitsstrategie wurde die »Führung« und »Handlungsfreiheit« der USA im Weltraum offen verkündet.⁵¹¹

Um dieses Ziel zu erreichen, haben die USA den Nationalen Weltraumrat mit dem Mandat wieder ins Leben gerufen, die langfristigen Raumfahrtziele Amerikas zu überprüfen. Das Verteidigungsministerium wurde beauftragt, neue Einsatzkonzepte und Fähigkeiten zu entwickeln, um unter anderem im Weltraum die Vorherrschaft sicherzustellen. Die kürzlich verabschiedete US-

Verteidigungsstrategie besagt, dass das Verteidigungsministerium Investitionen in Widerstandsfähigkeit, Wiederherstellung und Operationen zur Sicherung der US-Raumfahrtfähigkeiten Priorität einräumen wird.⁵¹²

General David Goldfein, Stabschef der Luftwaffe, sagte in einer Grundsatzrede auf dem Air-Warfare-Symposium der Air Force Association am 23. Februar 2018, es sei »Zeit für uns, als Dienst [...] die Weltraumüberlegenheit mit der gleichen Leidenschaft und dem gleichen Gefühl der Eigenverantwortung anzunehmen, wie wir es heute für die Luftüberlegenheit tun«. Aus seiner Sicht müsse sich die Luftwaffe mehr auf das Geschehen im Weltraum einstellen und diesen als wichtigste Front betrachten. Er unterstrich, dass die aktiven Flieger anfangen müssten, über den Weltraum so nachzudenken, wie sie über den Luftraum denken. »Ich glaube, wir werden in ein paar Jahren aus dem All kämpfen«, sagte er, »und wir sind der Dienst, der den gemeinsamen Krieg in diesem neuen, umkämpften Gebiet führen muss. Das ist es, was die Nation verlangt.«⁵¹³

Die Staats- und Regierungschefs, die am 11. Juli 2018 in Brüssel im Rahmen des NATO-Gipfels an der Tagung des Nordatlantikkrates teilnahmen, haben sich darauf geeinigt, »eine übergreifende NATO-Raumfahrtpolitik«⁵¹⁴ zu entwickeln. Sie haben sich auch verpflichtet, die integrierte Luft- und Raketenabwehr der NATO zu stärken und ihre Luft- und Raumfahrtfähigkeiten darauf auszurichten, »gemeinsam, schneller und effektiver in Friedenszeiten, Krisen und Konflikten zusammenzuarbeiten.«⁵¹⁵

Am 7. August 2018 unterstützte US-Verteidigungsminister James Mattis die Idee, ein neues Kombi-Kommando für den Weltraum zu schaffen. Ein solcher Schritt würde den Weltraum auf die gleiche Ebene heben wie die regionalen Kommandos, zum Beispiel das U.S.

Central Command for the Middle East und themenbasierte Kommandos wie das Cyber Command. Aber es würde nicht ausreichen, einen neuen Militärdienst für den Weltraum einzurichten, wie Präsident Trump es befürwortet hat. Auf die Frage, ob er die Einrichtung eines Kampfkommandos für den Weltraum unterstützt, sagte der Pentagon-Chef zu Reportern: »Ja, wir müssen den Weltraum als ein sich entwickelndes Kampfgebiet betrachten, und ein Kampfkommando ist sicherlich eine Sache, die wir etablieren können.«⁵¹⁶

Daher sollte aus meiner Sicht ein internationaler Vertrag ausgearbeitet werden, der den Einsatz von Waffen im Weltraum verbietet, um alle potenziellen »Star- Wars«-Phantasien zu verhindern.

Konventionelle Kräfte

Europa braucht einen neuen Vertrag über die konventionelle Rüstungskontrolle oder einen Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa 2 (KSE-2). Der Grund: KSE-1 und KSE-1A sind eigentlich tot und werden nicht wiederbelebt.⁵¹⁷ Selbst symbolische Konsultationen zur Ausarbeitung eines neuen Vertrags 2 über konventionelle Streitkräfte in Europa haben noch nicht einmal begonnen.

Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa wurde am 19. November 1990 in Paris unterzeichnet und trat 1992 in Kraft. Zu Beginn wurde er von Vertretern von 16 NATO-Staaten sowie von sechs Mitgliedern des Warschauer Paktes unterzeichnet. Mit dem Abkommen wurde die Größe der konventionellen Streitkräfte begrenzt und ein Maximum für die Anzahl der konventionellen Waffen festgelegt, die die Vertragsparteien in Europa einsetzen dürfen.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Warschauer Pakts hat die Erweiterung der NATO auf Kosten der ehemaligen Verbündeten der Sowjetunion zu einem Ungleichgewicht in den oben genannten Waffenkategorien geführt. Angesichts der Auflösung des Warschauer Pakts und der Erweiterung der NATO wurde 1999 ein Vertrag über angepasste konventionelle Streitkräfte in Europa ausgearbeitet. Dieser sollte die im Vertrag festgelegten Grenzen für jeden Block durch ein System ersetzen, das auf nationalen und territorialen Obergrenzen für Waffen und Ausrüstung eines jeden Unterzeichnerstaats basiert. Das ist aber nie wirklich passiert.

Die beiden KSE-Verträge⁵¹⁸ wurden nur von Russland, Belarus, Kasachstan und der Ukraine ratifiziert, aber von keinem einzigen Staat der transatlantischen Allianz. Die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen hatten sich geweigert, dem A-KSE-Vertrag⁵¹⁹ beizutreten, obwohl sie im März 2004 Mitglieder der NATO wurden.⁵²⁰ Darüber hinaus haben sich die westlichen Unterzeichner während der gesamten Laufzeit des Vertrags gegen eine Definition des Begriffs »substanzielle Kampftruppen« ausgesprochen, mit der Absicht, eines Tages ihre konventionellen Waffen und Streitkräfte in der vom Vertrag abgedeckten Zone zu verstärken.

Ein weiterer Nachteil dieses Vertrags war auch, dass er nicht für die Seestreitkräfte und ihre Aktivitäten galt, nicht einmal in den an den europäischen Kontinent angrenzenden Meeren. Darum sollte sich ein neuer Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa oder KSE-2 an den heutigen Realitäten orientieren und den Interessensausgleich aller Beteiligten widerspiegeln. KSE-2 sollte frei von Flankenbegrenzungen sein, eine klare Definition »substanzieller Kampfkräfte« enthalten und mehr als die ursprünglichen fünf Typen

der vertraglich begrenzten Ausrüstungen oder TLE⁵²¹ umfassen. Er muss alle drei baltischen Staaten, Estland, Lettland, Litauen, einschließen und von allen Staaten, die ihn unterzeichnen, ratifiziert werden.

Die NATO hat ihre Präsenz im östlichen Teil des Bündnisses mit vier multinationalen Gefechtsverbänden in Estland, Lettland, Litauen und Polen verstärkt. Diese Gefechtsverbände, angeführt von Großbritannien, Kanada, Deutschland und den Vereinigten Staaten, sind kampfbereit und zeigen die Stärke der transatlantischen Beziehungen. Die Gefechtsverbände der NATO sind Teil der größten Verstärkung in der kollektiven NATO-Verteidigung seit einer Generation.⁵²²

In der Zeit von 1990 bis 1995 ist die Zahl der großen NATO-Militärübungen um das 1,8-Fache gestiegen. Der weitere Verlauf ist wie folgt: Im Jahr 2015 waren es 150, im Jahr 2017 108 und im Jahr 2018 106. Berücksichtigt man dazu noch nationale und multinationale militärische Übungen in Europa, so gibt es 2018 fast 180 militärische Übungen beziehungsweise 11 Prozent mehr als 2017.⁵²³ In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass einige Formen der militärischen Aktivitäten der NATO in Grenznähe zu Russland und Weißrussland bereits lange vor den tragischen Ereignissen in der Ukraine im Februar 2014 begonnen haben. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums hat die Hälfte von ihnen eindeutig antirussischen Charakter.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen von Seiten der USA gegen Russland und eine Reihe hochrangiger russischer Beamter sind sehr viel restriktiver als die Sanktionen, die der Sowjetunion in der Vergangenheit auferlegt wurden, zum Beispiel wegen ihres militärischen Engagements in Afghanistan oder in Georgien 2008. Bisher wurden wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen gegen

mehr als 400 Handelsunternehmen und mehr als 200 russische Einzelpersonen verhängt, Staatsangestellte ebenso wie Geschäftsleute. Moskau hat nichts Falsches getan, um bestraft zu werden. Aber gleichzeitig herrscht unter den Russen das starke Gefühl, dass die dem Kolonialstil entsprechenden Sanktionen des Westens gegen Russland absolut nichts damit zu tun haben, dass die ukrainische Krise gelöst werden könnte. Im Gegenteil: Je stärker die Pressionen des Westens werden und je stärker der Westen die Ukraine unterstützt, umso eher wird Kiew ins Verderben stürzen. Die wahren Ziele der Sanktionen bestehen darin, Russland umzugestalten, seine grundlegendsten Positionen in wichtigen internationalen Fragen zu verändern und es dazu zu bringen, unannehbare Visionen des Westens zu akzeptieren.

Die USA wollen Russlands militärisches, politisches, wirtschaftliches und finanzielles Potenzial schwächen. Das Hauptziel ist, Russland zu zersetzen und einen Konflikt auf seinem Territorium zu initiieren. Die gefährlichste Illusion der USA besteht darin, die slawische Zivilisation in einem Flächenbrand zu zerstören. Das wird nie passieren. Es gibt zudem strategische Ziele persönlicher Natur: Das Minimalziel, Präsident Putins Prestige zu untergraben, das Maximalziel, ihn zu stürzen und durch einen prowestlichen Führer zu ersetzen. Auch das wird nicht gelingen.

Wenn die USA das Gesetz über neue antirussische Sanktionen akzeptieren, würde dies die neue Spirale des Kalten Krieges bedeuten, sagte Dmitri Nowikow, der erste stellvertretende Vorsitzende des russischen Ausschusses für Staatsduma-Außenbeziehungen im August 2018.⁵²⁴ Der Vorsitzende des gleichen Ausschusses im russischen Senat, Konstantin Kosachev, bezeichnet die im August 2018 gegen Russland eingeführten neuen US-Sanktionen als »sanktionsähnliche Eiserne Vorhänge«. »Wir

halten den Zusammenhang zwischen den von den USA verhängten Sanktionen und dem Fall Skripal für inakzeptabel«, sagte der Sprecher des Kremls, Dmitrij Peskow, vor Journalisten am 9. August 2018 und fügte hinzu, dass Moskau einmal mehr »jegliche Anschuldigungen über Russlands Engagement im Fall Salisbury«⁵²⁵ zurückgewiesen habe. Russlands Premierminister Dmitri Medwedew warnte die Vereinigten Staaten am 10. August 2018, dass neue Sanktionen in Moskau als Erklärung des Wirtschaftskriegs gegen die Russische Föderation gesehen würden.⁵²⁶

Russland will keinen »Kalten Krieg« mit irgendeinem Land. Russland hat zu viele Invasionen und Kriege erlebt. Die Menschheit braucht einzig und allein universellen Frieden. Anstatt mehr und mehr den »Kalten Krieg« oder den »Kalten Krieg 2.0«, den »Kalten Krieg 3.0« usw. auszurufen, müssen alle betroffenen Nationen eine wirklich globale Entspannung 2.0 beginnen.

475. Originalbeitrag: »The new Cold War and the planned escalation of conflict between the USA/ Europe and Russia«, 29 Seiten. Übersetzung und Zusammenfassung: U.M.

476. Diplomatic Dictionary, Moscow: Nauka, Vol.3, 1986, p. 536-537

477. Hinweis des Herausgebers: en.wikipedia.org; zuletzt aufgerufen (z.a.) 22.11.2018

478. Lilli Behom, The Cold War: Has It Started Again or Did It Ever Actually End?, Vocal Media, February 2018

479. Hinweis des Herausgebers: ABM = Anti-Ballistic-Missile; en.wikipedia.org; z.a. 22.11.2018

480. Hinweis des Herausgebers: BMDS = Ballistic Missile Defense System; en.wikipedia.org en.wikipedia.org; en.wikipedia.org; z.a. 20.08.2018

481. Lilli Behom, The Cold War: Has It Started Again or Did It Ever Actually End?, Vocal Media, 2018, February.

482. Hinweis des Herausgebers: Es stellt sich die Frage, worin denn eigentlich die Substanz der »westlichen Werte« angesichts fortgesetzter Kriegstreiberei, permanenter Aufrüstung und der systematischen Ausgabensteigerungen für den finanzkapitalistisch-staatsterroristisch-militärisch-industriellen Kommunikationskomplex bei gleichzeitiger

Verschärfung der innergesellschaftlichen Konflikte liegen. Auffallend ist stets, dass die »westlichen Werte«, die so vollmundig von »unseren« Politikern und den Systemmedien bemüht werden, nie mit Substanz gefüllt werden. Das heißt: Es handelt sich um ein nicht exemplifiziertes Glaubenskonstrukt.

483. Patrick Wintour, Luke Harding and Julian Borger, Cold War 2.0: How Russia and the West Reheated a Historic Struggle, The Guardian, 2016, October 24.

484. Hinweis des Herausgebers: en.wikipedia.org; z.a. 11.08.2018

485. Hinweis des Herausgebers: de.wikipedia.org; z.a. 11.08.2018

486. Hinweis des Herausgebers: <https://www.nellis.af.mil/About/Fact-Sheets/Display/Article/284150/us-air-force-warfare-center/>; z.a. 20.08.2018

487. Hinweis des Herausgebers, siehe Artikel 19 der Brüsseler Abschlusserklärung des NATO-Gipfeltreffens am 11.-12. Juli 2018: www.nato.int; z.a. 20.08.2018

488. Hinweis des Herausgebers: NPR = Nuclear Posture Review vom Februar 2018: media.defense.gov; zuletzt aufgerufen: 20.08.2018

489. Hinweis des Herausgebers: Die nuklearstrategische Triade besteht aus: ICBMs, (siehe folgende Fußnote), SLBMs (= Submarine Launched Ballistic Missiles) und Interkontinentalbombnern

490. Hinweis des Herausgebers: ICBM = Intercontinental Ballistic Missile; en.wikipedia.org; z.a. 20.08.2018

491. Amy F. Woolf, Conventional Prompt Global Strike and Long-Range Ballistic Missiles: Background and Issues, Congressional Research Service, Washington, 2018, April 6. pp. 37-38; Amy F. Woolf, U.S. Strategic Nuclear Forces: Background, Developments, and Issues, Congressional Research Service, Washington, 2018. March 6., pp.17-19

492. Hinweis des Herausgebers: SLBM = Submarine-Launched-Ballistic-Missile: en.wikipedia.org; z.a. 20.08.2018

493. Hinweis des Herausgebers: SSBN = Strategic Submarine Ballistic Nuclear: en.wikipedia.org; z.a. 20.08.2018

494. O'Rourke R. Navy Columbia (SSBN-826) Class Ballistic Missile Submarine Program: Background and Issues for Congress, Congressional Research Service, 2018, March 13., Washington. 2018. p. 35; Kreisher O. Navy Optimistic Nuclear Sub USS Columbia Will be Ready for First Deterrence Patrol in 2031. USNI News, 2018, April 16.

495. Gertler J. Air Force B-21 Raider Long-Range Strike Bomber, Congressional Research Service, 2017, June 7, Washington, 2017, p.10

496. Hinweis des Herausgebers: en.wikipedia.org; z.a. 20.08.2018

497. Hinweis des Herausgebers: Zum Komplex der Abrüstungsverhandlungen strategischer Offensivwaffen siehe: en.wikipedia.org; en.wikipedia.org; en.wikipedia.org; z.a. 20.08.2018
498. Vladimir Kozin, »Launch-on-warning«. Renunciation from this strategy will increase the potential of the U.S. nuclear arms, The Red Star, 2015, April 23
499. Hinweis des Herausgebers: WMD = Weapons of Mass Destruction; en.wikipedia.org; z.a. 20.08.2018
500. Hinweis des Herausgebers: CONUS = die kontinentalen USA; en.wikipedia.org; z.a. 20.08.2018
501. Hans Kristensen, Modernizing NATO's Nuclear Forces: Implications for the Alliance's defense posture and arms control, Nuclear Policy Paper No. 11. 2012, November, p. 1
502. Hinweis des Herausgebers, siehe hierzu: Ullrich Mies, Die Pentagon-Zeitbombe, Die größte Gefahr für den Weltfrieden sind die USA, Rubikon, 3108.2018: <https://www.rubikon.news/artikel/die-pentagon-zeitbombe>; z.a. 20.10.2018
503. Hinweis des Herausgebers: 2009-2017.state.gov; 2009-2017.state.gov; z.a. 20.08.2018
504. Hinweis des Herausgebers: Eine Einschätzung der neuen US-Nuklearstrategie liefert der Autor in den folgenden drei Beiträgen: »The Unacceptable Risks of Trump's Nuclear Strategy«, Oriental Review, 2018, January 17; »Key Unresolved Issues in the WMD Sphere«, New Defence Order Strategy, 2018, No. 1. pp. 28-31; »Trump's Nuclear Doctrine Is A Threat To Strategic Stability«, Oriental Review, 2018, February 8
505. Hinweis des Herausgebers: de.wikipedia.org; z.a. 20.08.2018
506. Hinweis des Herausgebers: 2017 Report on Adherence to and Compliance With Arms Control, Nonproliferation, and Disarmament Agreements and Commitments: www.state.gov; 2018 Report on Adherence to and Compliance With Arms Control, Nonproliferation, and Disarmament Agreements and Commitments: www.state.gov; z.a. 20.08.2018
507. Hinweis des Herausgebers: www.congress.gov; www.congress.gov; z.a. 20.08.2018
508. Eine detaillierte Analyse dieser Entwicklung ist zu finden in: Vladimir Kozin, Evolution of the U.S. Missile Defense Beyond 2014 and Russia's Stance, Moscow: Russian Institute for Strategic Studies, 2016, pp. 446
509. Brussels Declaration on Transatlantic Security and Solidarity. 2018 NATO Summit. Brussels. 2018. July 11-12.: www.nato.int; z.a. 22.11.2018
510. Clark Colin, SecAF Wilson Touts »Offensive« Space Weapons; McMaster Details »Framework«, The Breaking Defense, 2017, October 6
511. National Security Strategy of the USA, Signed by President Trump December 18, 2017, Washington: The White House. 2017: www.whitehouse.gov; z.a. 22.11.2018

512. Summary of the 2018 National Defense Strategy of the United States of America Washington, 2018, January 11, S. 6: dod.defense.gov; z.a. 22.11.2018
513. AIR FORCE ASSOCIATION AIR WARFARE SYMPOSIUM Keynote Speaker General David Goldfein, Chief Of Staff, U.S. Air Force Orlando, FL, 23 February 2018: https://www.af.mil/Portals/1/documents/csaf/CSAF_AFA_Orlando-23Feb18.PDF, S. 6; z.a. 22.11.2018
514. Brussels Summit Declaration, Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Brussels 11-12 July 2018: www.nato.int; z.a. 22.11.2018
515. Ebd.
516. Jordyn Phelps and Elizabeth McLaughlin, President Trump's »space force« prepares for launch, ABC News 2018. August 7
517. Hinweis des Herausgebers: de.wikipedia.org; z.a. 11.08.2018
518. Ebd.
519. Ebd.
520. Hinweis des Herausgebers: de.wikipedia.org; z.a. 11.08.2018
521. Hinweis des Herausgebers: TLE = Treaty Limited Equipment
522. NATO's Enhanced Forward Presence, NATO Factsheet, Brussels, 2018: www.nato.int June., S. 1; z.a. 22.11.2018
523. Key NATO and Allied exercises in 2018, NATO Factsheet. Brussels, 2018, June, S. 1: www.nato.int; z.a. 22.11.2018
524. RIA Novosti News, 2018, August 8
525. Sputnik News, 2018, August 9
526. Medvedev has compared new sanctions with economic warfare, Interfax, 10. August 2018

Könnte sich die souveräne Bundesrepublik Deutschland aus einem Atomkrieg der USA und der NATO gegen Russland heraushalten?

Wolfgang Jung

Mit dem »Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland« vom 12. September 1990 hat das vereinte Deutschland nach Art. 7 (2) auch die »volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten« zurückbekommen. Bis heute befinden sich aber zahlreiche Militärbasen und Kommandozentren der USA sowie der NATO auf deutschem Territorium, die im Kriegsfall sofort aktiv würden. Könnte die souveräne Bundesrepublik das überhaupt verhindern?

Die Bundesrepublik Deutschland darf eigentlich nur bei verfassungsgemäßer Feststellung des Verteidigungsfalles in einen Krieg eintreten.

Als Adolf Hitler am Vormittag des 1. September 1939 im Berliner Reichstag brüllte: »Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen!«, war die »großdeutsche Wehrmacht« bereits in Polen eingefallen, und der Zweite Weltkrieg war nicht mehr aufzuhalten.

Leider wurde das »Friedensgebot des Grundgesetzes«⁵²⁷, das derartige »Ad-hoc-Kriegserklärungen« ein für alle Mal verhindern und sicherstellen sollte, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht, nicht konkretisiert, weil die Aufstellung eigener

»Streitkräfte zur Verteidigung« der BRD gegen die in der DDR stationierten Rotarmisten vermutlich von Anfang an einkalkuliert war.

Was schreibt das Grundgesetz für den »Verteidigungsfall« vor, der nur dann eintritt, wenn die Bundesrepublik Deutschland mit Waffengewalt angegriffen wird oder ihr ein bewaffneter Angriff droht? Die Formalien, die zu erfüllen sind, bevor die Bundesrepublik Deutschland verfassungsgemäß in einen Krieg eintreten darf, sind in Art. 115 a⁵²⁸ geregelt.

»Art. 115 a

(1) Die Feststellung, daß das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht (Verteidigungsfall), trifft der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates. Die Feststellung erfolgt auf Antrag der Bundesregierung und bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, mindestens der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages.

(2) Erfordert die Lage unabweisbar ein sofortiges Handeln und stehen einem rechtzeitigen Zusammentritt des Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegen oder ist er nicht beschlußfähig, so trifft der Gemeinsame Ausschuß diese Feststellung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, mindestens der Mehrheit seiner Mitglieder.

(3) Die Feststellung wird vom Bundespräsidenten gemäß Artikel 82 im Bundesgesetzblatte verkündet. Ist dies nicht rechtzeitig möglich, so erfolgt die Verkündung in anderer Weise; sie ist im Bundesgesetzblatt nachzuholen, sobald die Umstände es zulassen.

(4) Wird das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen und sind die zuständigen Bundesorgane außerstande, sofort die Feststellung nach Absatz 1 Satz 1 zu treffen, so gilt diese Feststellung als getroffen und als zu dem Zeitpunkt verkündet, in dem der Angriff begonnen hat. Der Bundespräsident gibt diesen Zeitpunkt bekannt, sobald die Umstände es zulassen.

(5) Ist die Feststellung des Verteidigungsfalles verkündet und wird das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen, so kann der Bundespräsident völkerrechtliche Erklärungen über das Bestehen des Verteidigungsfalles mit Zustimmung des Bundestages abgeben. Unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 tritt an die Stelle des Bundestages der Gemeinsame Ausschuß.«

Die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses regelt Artikel 53 a.⁵²⁹

Art. 53 a

(1) Der Gemeinsame Ausschuß besteht zu zwei Dritteln aus Abgeordneten des Bundestages, zu einem Drittel aus Mitgliedern des Bundesrates. Die Abgeordneten werden vom Bundestage entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen bestimmt; sie dürfen nicht der Bundesregierung angehören. Jedes Land wird durch ein von ihm bestelltes Mitglied des Bundesrates vertreten; diese Mitglieder sind nicht an Weisungen gebunden. Die Bildung des Gemeinsamen Ausschusses und sein Verfahren werden durch eine Geschäftsordnung geregelt, die vom Bundestage zu beschließen ist und der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

(2) Die Bundesregierung hat den Gemeinsamen Ausschuß über ihre Planungen für den Verteidigungsfall zu unterrichten. Die Rechte des Bundestages und seiner Ausschüsse nach Artikel 43 Abs. 1 bleiben unberührt.«

In den Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak und bei den westlichen Militäraktionen in Syrien, Libyen und anderen afrikanischen Staaten wurden diese Formalien dadurch umgangen, dass diese Kriege zu »humanitären Interventionen« oder zu »Selbstverteidigungsmaßnahmen« nach Art. 51 der UN-Charta⁵³⁰ deklariert wurden. Ob damit auch gegen den Art. 87a GG⁵³¹ verstoßen wurde, in dem festgelegt ist, dass die deutschen Streitkräfte nur zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland gegen einen auf diese erfolgenden Angriff eingesetzt werden dürfen,

ist auch nach dem Out-of-Area-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994⁵³² immer noch strittig.⁵³³

Fest steht jedenfalls, dass allen bisher vom Bundestag genehmigten Auslands- und Kriegseinsätzen der Bundeswehr weder ein Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland vorausgegangen ist, noch ein Angriff zu erwarten war.

Welche Rolle werden die Militärbasen und Kommandozentralen der US-Streitkräfte und der NATO in der Bundesrepublik Deutschland im »Verteidigungsfall« spielen?

Die meisten Bundesbürger wissen nicht, dass es in der Bundesrepublik eine ganze Reihe wichtiger Militäranlagen und Kommandozentralen der USA und der NATO⁵³⁴ gibt, die in einem Krieg mit Russland wichtige Primärziele wären und möglichst früh ausgeschaltet werden müssten. Hier sollen nur die wichtigsten genannt werden.

Die US-Streitkräfte haben unsere Erde in sechs US-Regionalkommandos⁵³⁵ aufgeteilt. Zwei davon, das EUCOM und das AFRICOM, residieren in der Bundesrepublik. Das AFRICOM,⁵³⁶ das nicht in die NATO-Kommandostruktur integriert ist, sollte eigentlich nach Afrika verlegt werden, musste aber in Stuttgart bleiben, weil kein afrikanisches Land bereit war, das neu eingerichtete Kommando aufzunehmen. Es koordiniert und kontrolliert alle militärischen US-Aktivitäten in Afrika. Nur Ägypten gehört zum Befehlsbereich des US-Regionalkommandos CENTCOM.

Das US-Regionalkommando EUCOM in Stuttgart⁵³⁷ ist zuständig für ganz Europa – einschließlich des asiatischen Teils Russlands – und für Israel. Sein Chef – 2018 war das General Curtis M. Scaparrotti⁵³⁸ – ist gleichzeitig Oberkommandierender aller Militäroperationen der NATO, hat also einen zweiten Amtssitz im NATO-Hauptquartier in Brüssel.

Das EUCOM hat den Auftrag, alle US-Militäraktionen in seinem gesamten Befehlsbereich – also auch in Russland – zu koordinieren, mit internationalen Partnern und anderen US-Regionalkommandos die transatlantische Sicherheit zu fördern und die USA vorgeschoben zu verteidigen. Ihm unterstehen alle in Europa stationierten US-Teilstreitkräfte:

- die U.S. Army Europe/USAREUR in der Lucius-D.-Clay-Kaserne in Wiesbaden,
- die U.S. Air Forces in Europe – Air Forces Africa/USAFE-AFAFRICA auf der US Air Base Ramstein,
- die U.S. Marine Forces Europe and Africa/MARFOREUR in der Panzerkaserne in Böblingen,
- das U.S. Special Operations Command Europe/SOCEUR in den Patch Barracks in Stuttgart-Vaihingen,
- die U.S. Naval Forces Europe/U.S. 6th Fleet in Neapel.
- Die U.S. Army Europe/USAREUR, der in Europa stationierte Teil des US-Heeres, hat 2013 ihr Hauptquartier von Heidelberg nach Wiesbaden verlegt.

Die US-Standorte Schweinfurt, Bamberg und Heidelberg wurden ganz, der Standort Mannheim teilweise aufgelöst. Brüssel und Chièvres in Belgien und Schinnen in den Niederlanden bilden zusammen die US-Army Garrison/USAG Benelux, Livorno und Vicenza in Italien die USAG Vicenza, Kaiserslautern mit Baumholder die USAG Rheinland-Pfalz, Grafenwöhr mit Hohenfels, Vilseck und Garmisch die USAG Bavaria. Die Einzelstandorte Stuttgart, Wiesbaden und Ansbach haben ihren Garnisonsstatus behalten.

Neben dem USAREUR-Hauptquartier in Wiesbaden⁵³⁹ hat auch das ihm untergeordnete 21st Theater Sustainment Command in

Kaiserslautern⁵⁴⁰ besondere Bedeutung, weil es alle Einheiten der US-Army in Europa auch bei Kampfeinsätzen außerhalb Europas mit Nachschub aller Art versorgen soll.

Den U.S. Air Forces in Europe – Air Forces Africa/USAFE-AFAFRICA⁵⁴¹, die ihr Hauptquartier auf der US Air Base Ramstein bei Kaiserslautern haben, unterstehen alle US-Flugplätze in Europa.

Auf der US Air Base Spangdahlem⁵⁴² in der Eifel ist außer einem US-Kampffjet-Geschwader auch die Einheit stationiert, die für die Bewachung und Wartung aller US-Atombomben in Europa zuständig ist,⁵⁴³ auch für die auf dem Bundeswehrflugplatz Büchel in der Eifel.⁵⁴⁴

Die US Air Base Ramstein⁵⁴⁵ ist das größte Luftdrehkreuz der US-Streitkräfte außerhalb der USA. Nach Meinung eines früheren Base-Kommandeurs ist sie die »größte, verkehrsreichste, beste und eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Militärbasis der Welt«. Über die Air Base Ramstein werden mehr als 90 Prozent der Personen- und Frachttransporte der US-Streitkräfte in den Mittleren Osten und nach Afrika abgewickelt. Auf der Base befinden sich wichtige Kommandozentralen, die für den militärischen Flugverkehr der USA und der NATO über Europa, Afrika und dem Mittleren Osten zuständig sind.

Die Kommandozentrale der USAFE-AFAFRICA, das 603rd Air and Space Operations Center/AOC, liegt auch auf der Air Base Ramstein. Von dort aus werden alle US-Luftoperationen über Europa und Afrika angeordnet und kontrolliert. Das AOC kann innerhalb von nur 7 Stunden Luftangriffe in ganz Europa, einschließlich Russlands, und in Afrika organisieren. Analysten des AOC sollen auch an der Vorbereitung von Drohnenangriffen in Afrika beteiligt sein.

Über eine zentrale SATCOM-Relaisstation⁵⁴⁶ auf dieser Base wird der gesamte Datenaustausch zwischen den Drohnen-Piloten in den

USA und den Kampf- und Überwachungsdrohnen über Afghanistan, Pakistan, dem Jemen, Somalia und anderen Einsatzgebieten abgewickelt.

Dem AIRCOM Ramstein⁵⁴⁷ unterstehen die Luftwaffen aller NATO-Staaten. Es wertet alle einlaufenden Informationen aus und regelt auch die Luftraumüberwachung über dem Baltikum. Eine Befehlszentrale für den Raketenabwehrschild der USA und der NATO ist in das AIRCOM integriert. Weil der Abwehrrschild die russischen Interkontinentalraketen, die einen atomaren Erstschlag der USA »überlebt« haben, über Europa abfangen soll, muss die Befehlszentrale in Ramstein sofort von russischen Raketen ausgeschaltet werden, wenn sich die Interkontinentalraketen der USA im Anflug auf Russland befinden.⁵⁴⁸

Es ist offensichtlich, dass auch in den Hauptquartieren der US-Streitkräfte und der NATO in der Bundesrepublik Vorbereitungen für einen Krieg gegen Russland laufen⁵⁴⁹, dies mit Wissen und Unterstützung des deutschen Verteidigungsministeriums und der Bundesregierung. Wenn diese Vorbereitungen abgeschlossen sind und die Kriegstreiber diesseits und jenseits des Atlantiks den richtigen Zeitpunkt für gekommen halten, ließe sich im Baltikum leicht ein ähnlicher Vorfall wie der von der SS fingierte Überfall auf den Sender Gleiwitz⁵⁵⁰ inszenieren, mit dem der Dritte und letzte Weltkrieg vom völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in einen durch Art. 51 der UN-Charta gerechtfertigten »Verteidigungskrieg« umdeklariert werden könnte. In diesem nach Art. 26 GG auch verfassungswidrigen Angriffskrieg werden dann die genannten Militärbasen und Kommandozentralen in der Bundesrepublik Deutschland Hauptrollen spielen – allerdings nur kurzzeitig, weil das geplante Schurkenstück schon sehr bald nach Beginn auch für die daran beteiligten Akteure tödlich enden wird.

Was hat die Bundesrepublik Deutschland im »Verteidigungsfall« zu erwarten?

Die Kriegstreiber in den USA glauben, einen Krieg gegen Russland ohne größere Zerstörungen im eigenen Lande gewinnen zu können, wenn es ihnen gelingt, möglichst viele der russischen Atomwaffen mit einem überraschenden atomaren Erstschlag auszuschalten. Deshalb werden sie nach einer unter falscher Flagge im Baltikum oder im Schwarzen Meer inszenierten »russischen Militäraktion« unter dem Vorwand, einem russischen Großangriff zuvorkommen zu müssen, ohne Vorwarnung sofort ihre Interkontinentalraketen, ihre mit atomar bestückten Marschflugkörpern ausgerüsteten Atombomber und atomar angetriebenen U-Boote mit Atomraketen an Bord gegen Russland in Marsch setzen.⁵⁵¹

Wegen der sehr kurz gewordenen Vorwarnzeit⁵⁵² – St. Petersburg ist in wenigen Flugminuten mit atomar bestückten US-Marschflugkörpern zu erreichen – müssen sowohl die USA als auch Westeuropa und besonders die Bundesrepublik Deutschland, sobald sich die erste US-Atomrakete dem russischen Luftraum nähert, mit einem sofortigen atomaren Gegenschlag Russlands rechnen.⁵⁵³

Weil sich auf der US Air Base Ramstein die Befehlszentrale des US-Raketenabwehrschildes, der die russischen Atomraketen abfangen soll, das USAFE-AFAFRICA-Hauptquartier und das AIRCOM der NATO befinden, müssten nicht nur dieser Flugplatz, sondern auch andere wichtige US-Militärbasen im Landkreis und in der Stadt Kaiserslautern⁵⁵⁴ sofort großflächig zerstört werden. Auch das EUCOM und die nachgeordneten Hauptquartiere der US-Teilstreitkräfte in Stuttgart und seiner Umgebung wären Ziele für russische Atomraketen. Das USAREUR-Hauptquartier in Wiesbaden, die US-Militäranlagen bei Wiesbaden-Erbenheim und die US Air Base Spangdahlem würden ebenfalls sofort angegriffen.

Wegen der in der Bundesrepublik zu erwartenden schwersten Zerstörungen und der hohen Anzahl der dann zu beklagenden Toten und Schwerstverletzten wäre eine verfassungsgemäße Feststellung des »Verteidigungsfalles« völlig unmöglich. Vermutlich wären große Teile unseres Landes schon in einem atomaren Inferno verglüht oder verstrahlt, bevor der Bundestag oder der Gemeinsame Ausschuss überhaupt zusammentreten und den Eintritt des »Verteidigungsfalles« feststellen könnten, denn in der Bundeshauptstadt Berlin schlugen ganz sicher auch russische Atomraketen ein.

Könnte die atomare Auslöschung der Bundesrepublik Deutschland verhindert werden? Aus den bisherigen Ausführungen geht hervor, dass Teile der Bundesrepublik Deutschland nur dann eine geringe Chance haben, den von den USA und der NATO geplanten Atomkrieg gegen Russland für eine begrenzte Zeit zu überstehen, wenn die Militärbasen und Kommandozentralen der USA und der NATO möglichst bald vollzählig und vollständig aus unserem Land verschwinden und die Bundesregierung umgehend den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO erklärt.⁵⁵⁵

Die Stationierung ausländischer Truppen in unserem Land wurde im »Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland«⁵⁵⁶ vom 23.10.1954 geregelt. Der Vertrag sollte nach Art. 3 nur bis zum »Abschluss einer friedensvertraglichen Regelung mit Deutschland« gelten, ist also eigentlich am 12.09.1990 mit dem »Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland«⁵⁵⁷, dem sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrag außer Kraft getreten. Durch Notenwechsel mit den westlichen Stationierungstreitkräften vom 25.09.1990 wurde festgelegt, dass der Stationierungsvertrag zwar weiter bestehen bleibt, die Bundesrepublik ihn mit einer Frist von zwei Jahren aber

jederzeit kündigen kann.⁵⁵⁸ Weil das Vereinte Deutschland nach Art. 7 (2) des Zwei-plus-Vier-Vertrages die »volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten« erhalten hat, kann es diese Kündigung umgehend aussprechen.

Der Austritt aus dem Nordatlantikvertrag vom 04.04.1949⁵⁵⁹ ist in Art. 13 folgendermaßen geregelt: »Nach zwanzigjähriger Geltungsdauer des Vertrages kann jede Partei aus dem Vertrag ausscheiden, und zwar ein Jahr, nachdem sie der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Kündigung mitgeteilt hat.« Die Bundesrepublik Deutschland ist der NATO mit Wirkung vom 24.03.1955 beigetreten. Nach dem Wortlaut des Art. 13 hätte sie bereits am 04.04.1969, vom Datum ihres Beitritts an gerechnet, spätestens am 24.03.1975 austreten können. Heute kann sie jederzeit aus der NATO austreten – ein Jahr, nachdem der Bundestag mit einfacher Mehrheit den Austritt aus der NATO beschließt und die Bundesregierung der US-Regierung den Austritt der Bundesrepublik Deutschland mitteilt.

Bei den derzeit bestehenden Mehrheitsverhältnissen wird der Bundestag weder den Stationierungsvertrag kündigen, noch den Austritt aus der NATO beschließen, obwohl sich eine repräsentative Mehrheit der Deutschen für den Abzug der US-Truppen aus der Bundesrepublik ausgesprochen hat. Eine von der *dpa* in Auftrag gegebene, von dem britischen Meinungsforschungsinstitut YouGov kurz vor dem am 11./12. Juli 2018 in Brüssel abgehaltenen turbulenten NATO-Gipfel⁵⁶⁰ durchgeführte Umfrage hat ergeben, dass 42 Prozent der Deutschen den Abzug der US-Truppen aus der Bundesrepublik wünschen und sogar 75 Prozent die von der NATO geforderte Erhöhung der Militärausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ablehnen.⁵⁶¹ Wenn man den Befragten gesagt hätte, wie einfach der Austritt aus der NATO ist, mit dem die

geforderte 2-Prozent-Erhöhung vom Tisch wäre, hätten sie vermutlich auch den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO gefordert.

Dass US-Präsident Trump die NATO eigentlich »obsolet« findet,⁵⁶² die Beistandsverpflichtung nach Art. 5 des NATO-Vertrages immer wieder in Frage stellt, trotzdem auf einer Erhöhung der Militärausgaben um 2 oder sogar 4 Prozent des BIP beharrt, die anderen NATO-Mitglieder auffordert, möglichst viel dieses Geldes für US-Waffen auszugeben und immer wieder scharfe Kritik an Deutschland übt, könnte ganz plötzlich einen tief greifenden Meinungsumschwung in der Bevölkerung der Bundesrepublik bewirken. Auf die Frage, ob sie Trump oder den russischen Präsidenten Wladimir Putin sympathischer fänden, entschieden sich nur 6 Prozent der Befragten für Trump, aber schon 36 Prozent für Putin; 58 Prozent wollten sich nicht festlegen oder gaben keine Antwort.

Die 1. Internationale Konferenz gegen Militärstützpunkte der USA und der NATO,⁵⁶³ die vom 16. bis 18. November 2018 in Dublin, Irland, stattfand, hat sich die Schließung aller Militärbasen der USA und der NATO zum Ziel gesetzt. Sie könnte Vorbild für eine möglichst breite Friedenskampagne in der Bundesrepublik Deutschland sein, denn ihr Motto lautet: »Unser Überleben sichern! Die Kündigung des Stationierungsvertrages und den Austritt aus der NATO durchsetzen!«

⁵²⁷. Dieter Deiseroth, Das Friedensgebot des Grundgesetzes, www.humanistische-union.de und Art. 26 GG. dejure.org; zuletzt aufgerufen (z.a.) 20.11.2018

⁵²⁸. Art. 115a GG, www.lexsoft.de,139; z.a. 20.11.2018

⁵²⁹. Art. 53a GG, www.gesetze-im-internet.de; z.a. 20.11.2018

⁵³⁰. Charta der Vereinten Nationen, www.unric.org; z.a. 20.11.2018

531. Art. 87 a GG, dejure.org; z.a. 20.11.2018
532. Out-of Area-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv090286.html>; z.a. 20.11.2018
533. Bundeszentrale für politische Bildung, 20 Jahre Parlamentsvorbehalt, www.bpb.de; z.a. 20.11.2018
534. Die Bedeutung der US-Militärbasen in der Bundesrepublik Deutschland und im übrigen Europa für die völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskriege der USA und der NATO, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
535. US-Regionalkommandos, de.wikipedia.org; z.a. 20.11.2018
536. AFRICOM, das Hauptquartier der US-Streitkräfte für Afrika, bleibt in Deutschland, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
537. United States European Command, de.wikipedia.org; z.a. 20.11.2018
538. Der Oberkommandierende der NATO und des EUCOM besucht US-Soldaten in der Ukraine, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
539. Wiesbaden ist zur Aufnahme weiterer US-Truppen und des Hauptquartiers der US Army in Europa bereit, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
540. Das 21st Theater Sustainment Command blickt auf das Jahr 2015 zurück, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
541. U.S. Air Forces in Europe & Air Forces Africa, <http://www.usafe.af.mil/About-Us/>; z.a. 20.11.2018
542. Das Pentagon kündigt Änderungen für Spangdahlem an, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
543. 52nd Munitions Maintenance Group, <http://www.spangdahlem.af.mil/About-Us/Fact-Sheets/Display/Article/293616/52d-munitions-maintenance-group/>; z.a. 20.11.2018
544. Die in Europa stationierten US-Atomwaffen sollen auch nach der Modernisierung hier verbleiben, www.luftpost-kl.de und www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
545. 16 Info-Tafeln zur US Air Base Ramstein, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
546. Ramstein und das Drohnen-Spiel, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
547. Die NATO vereinigt zwei Luftwaffen-Hauptquartiere und die Kommandozentrale für ihren Raketenabwehrschild auf der US Air Base Ramstein, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
548. Der US-Raketenabwehrschild in Europa, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
549. Von deutschem Boden geht Krieg aus, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
550. Überfall auf den Sender Gleiwitz, de.wikipedia.org; z.a. 20.11.2018

551. US-Verteidigungsminister Carter fordert Milliarden Dollars für die Modernisierung des gesamten US-Atomwaffenarsenals, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
552. Führende US-Wissenschaftler warnen: Die USA wollen Russland angreifen, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
553. Russlands neue Atomwaffen, www.luftpost-kl.de und www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
554. US-Militäranlagen in der Region Kaiserslautern/Ramstein und ihre Bedeutung für die Vorbereitung eines völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskrieges gegen Russland, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
555. Können der Bundestag und die Bundesregierung erreichen, dass die NATO durch ein kollektives System für Frieden und Sicherheit in Europa unter Einschluss Russlands ersetzt wird? www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
556. Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland
https://www.cvce.eu/obj/vertrag_uber_den_aufenthalt_auslandischer_streitkrafte_in_der_brd_paris_23_oktober_1954-de-54a13f91-b0ed-410e-a44c-7e1259728541.html; z.a. 20.11.2018
557. Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, www.bpb.de; z.a. 20.11.2018
558. Zum Rechtsrahmen für die Stationierung ausländischer Truppen in Deutschland, www.bundestag.de; z.a. 20.11.2018
559. Nordatlantikvertrag, www.staatsvertraege.de; z.a. 20.11.2018
560. Erst greift Trump einzelne Verbündete an und dann fordert er alle auf, ihre Verteidigungsausgaben auf 4 Prozent ihres BIP zu erhöhen, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
561. Umfrage: 42 Prozent der Deutschen wollen, dass die US-Truppen aus der Bundesrepublik abziehen, www.luftpost-kl.de; z.a. 20.11.2018
562. Hinweis des Herausgebers: Das war die Position von Donald Trump bei seinem Amtsantritt.
563. GLOBAL CAMPAIGN AGAINST US/NATO MILITARY BASES – Close All US/NATO Bases! cooptv.wordpress.com und nousnatobases.org; z.a. 20.11.2018

V. Der Krieg im Nahen und Mittleren Osten

Die Kontinuität des westlichen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten

Aktham Suliman

Der Nahe und Mittlere Osten war seit Jahrhunderten durch Machtkämpfe gekennzeichnet. Unter totale Fremdherrschaft geriet die Region aber erst im 19. bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, einer Zeit tief greifender Neugestaltung und Neuaufteilung durch die Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich. In der postkolonialen Phase nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Region Schauplatz geostrategischer und ideologischer Kämpfe zwischen den Großmächten und ihren Bündnissen. Die Sowjetunion wurde von ihnen zum Feind der »Freien Welt« erklärt, gegen sie und den arabischen Sozialismus richteten sich daher fortan die Aktivitäten der Westmächte, allen voran der USA. Nach dem Kalten Krieg goss der Westen seinen Kampf um die Vormachtstellung in dieser Region in neue Formen. Projekte wie »Greater Middle East« dienten dazu, den Weltherrschaftsanspruch der USA im Nahen und Mittleren Osten durch Kriege zu sichern. US-freundliche Regime wurden installiert, Militärstützpunkte errichtet und der Frei- und Waffenhandel sollte unter den Etiketten »Demokratisierung« und »Vorwärtsstrategie für Freiheit« unter Kontrolle der USA bleiben.

Es war einer dieser seltenen Momente im deutschen Fernsehen, bei denen in einer Talkshow mehr als nur das übliche, gelangweilte und langweilige Ping-Pong-Spiel geboten wurde. Es ging in der Sendung heiß her über die zu erwartende Außenpolitik des nur zwei Tage zuvor gewählten amerikanischen Präsidenten Donald Trump und ein mögliches Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin. Die deutsche Bundesverteidigungsministerin Ursula von der

Leyen äußerte am 10. November 2016 in der ZDF-Sendung:
»Maybrit Illner« zum Thema: »Trumps Triumph – Was steht auf dem Spiel?«:

»Ich will zu dem Thema Putin noch einmal sagen: Ich bin bei Ihnen, dass es richtig ist, wenn man miteinander spricht. Insbesondere als neuer Präsident muss er mit allen zunächst sprechen. (...) Das, was uns aber wichtig ist, ist: Es ist eben nicht so, dass Amerika sich sozusagen einfach zurückziehen kann und sagen kann, es ist mir egal, was auf dem Rest der Welt passiert. Denn Amerika ist ein Land, was auch global einen großen Einfluss hat, Amerika ist ein Land, was global enorm viele Wirtschaftsbeziehungen hat, politisch enorm viele Beziehungen hat. Das heißt, Amerika ist präsent in ganz vielen anderen Regionen der Welt und kann nicht deshalb sagen: Mit den Problemen lassen wir euch alleine, wir kümmern uns nur um unsere eigenen Themen. Mir ist vor allem wichtig, dass in diesen Gesprächen, die stattfinden, nie vergessen wird, dass die Differenz, die wir mit Russland haben, die Annexion der Krim ist, nämlich das Missachten der Grenzen eines souveränen Staates, die Bombardierung Aleppos. Wenn diese Themen zur Sprache kommen, dann ist es gut, wenn miteinander gesprochen wird. Aber diese Position, die muss Donald Trump einnehmen, dass er sehr klar sagt, auf welcher Seite er ist, ob er auf der Seite des Rechtes ist, der Friedensordnung, der Demokratien steht, oder ob ihm das egal ist und er so eine Männerfreundschaft macht (...).«⁵⁶⁴

Anders als es auf den ersten Blick erscheinen mag, handelte es sich hierbei weniger um den Moment eines Befreiungsschlags deutscher gegenüber amerikanischer Außenpolitik, als vielmehr um einen Schulterschluss dieser beiden. Dieser findet mittlerweile allerdings auf der Ebene des Tiefen Staates statt, der im strategischen Planen und Handeln zwischen den Allianzpartnern des 21. Jahrhunderts keine Grenzen mehr kennt. Auch lässt er keine Handlungsfreiräume für einen neuen Präsidenten zu, der sich in das Weiße Haus verirrt hat. Bei der heutigen westlichen Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten handelt es sich um ein grenzüberschreitendes »Tiefensystem« vieler miteinander kooperierender Tiefer Staaten.

Diese produzieren in der Summe eine einheitliche Sicht auf Themen wie die Schlacht um die syrische Stadt Aleppo und verlangen folglich eine gemeinsame Einmischungspraxis – neuer US-Präsident hin oder her.

Geschichtlicher Abriss

Auch wenn in der Nahost-Region früher nicht alles besser war, so war es dennoch abwechslungsreicher und ausgeglichener: Man war mal Angreifer, mal Angegriffener, und wenn einer angegriffen wurde, dann geschah dies mal aus östlicher, mal aus westlicher Richtung. So wurde Bagdad im Jahr 1258 von den Mongolen unter der Führung von Hülegü – einem Enkel des berühmten Dschingis Khan – erobert, der, aus Zentralasien im fernen Osten kommend, die Zerstörung der Hauptstadt der Dynastie des abbasidischen Kalifats (750–1258) anordnete und damit der Blütezeit des arabischen Islam im Orient ein Ende setzte. Fast zur gleichen Zeit hatten die Kreuzritter bzw. die Franken in mehreren Angriffswellen zwischen dem Ende des 11. und dem Ende des 13. Jahrhunderts, aus Europa im damaligen fernen Westen kommend, für 200 Jahre Angst und Schrecken in der Levante bzw. den Gebieten des östlichen Mittelmeers verbreitet.

Auf der anderen Seite behielten die Araber und Muslime bis 1492 die Kontrolle über Granada, ihre letzte Hochburg in Andalusien im heutigen Spanien. Das heißt, erst mehr als 200 Jahre nach der Eroberung Bagdads durch die Mongolen und der Levante durch die Kreuzzügler fiel Granada in die Hände der Truppen der katholischen Königin Isabella I. und ihres Mannes Ferdinand V. Die Herrschaft der Muslime auf der iberischen Halbinsel hatte insgesamt knapp 800 Jahre gedauert – inklusive des Kalifats von Córdoba.

Der Blick zurück zeigt, dass früher Siege und Niederlagen der Araber und Muslime im Orient einander abwechselten, so dass zumindest zeitweise ein Gefühl der Überlegenheit entstehen konnte. So erwähnen nicht nur arabische Quellen, dass mit dem Sieg der Mauren eine Hochkultur begann, von der auch Europa in vielerlei Hinsicht profitierte. Diese hatten Anfang des 8. Jahrhunderts zur Zeit des Kalifats der Umayyaden-Dynastie (660–750) die Meerenge zwischen dem heutigen Marokko und Spanien überquert und binnen weniger Jahre den Großteil des Westgotenreichs erobert.

Obwohl die Mongolen und Franken zeitweise in Mesopotamien und der Levante siegreich waren, empfanden die Besiegten ihre »Eroberer« als zivilisatorisch unterlegen. In der arabischen Welt hält sich bis heute die Legende, dass die als kulturlos empfundenen Mongolen so viele Bücher der berühmten Bagdader Bibliotheken in den Tigris warfen, dass sich sein Wasser durch die gelöste Tinte schwarz färbte. Die historische Sicht auf die Franken bringt der libanesisch-stämmige französische Autor Amin Maalouf mit dem Titel seines Buches sehr präzise zum Ausdruck: »Der Heilige Krieg der Barbaren. Die Kreuzzüge aus der Sicht der Araber«.⁵⁶⁵

Der Nahe und Mittlere Osten spielte auch damals auf der Weltbühne mit. Geändert hat sich diese Situation langsam mit dem Anbruch der Neuzeit bzw. der Entdeckung Amerikas und dem Beginn des Kolonialismus Ende des 15. Jahrhunderts. Anders ausgedrückt: mit der schrittweisen Verschiebung der Machtverhältnisse gen Europa im Norden bzw. im Nordwesten. Die Kolonialzeit war für die Bewohner des Nahen und Mittleren Ostens ab dem 19. bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur eine Periode der Fremdherrschaft und der Besatzung, sondern auch eine Zeit der tief greifenden Neugestaltung bzw. Neuaufteilung der Nahost-Region durch die Kolonialmächte Großbritannien und

Frankreich. Im Jahr 1916 handelten der englische Diplomat Mark Sykes und der Franzose François Georges Picot das nach ihnen genannte Sykes-Picot-Abkommen aus, das die Grenzziehung der neuen Staaten im post-osmanischen Nahen Osten bis heute bestimmt. Ein Jahr später verfasste Mark Sykes mit dem zionistischen Aktivisten Chaim Weizmann die Balfour-Deklaration, die der damalige britische Außenminister Arthur James Balfour dem britischen Zionisten Lionel Walter sandte. In dieser Deklaration sagte die britische Regierung der zionistischen Bewegung ihre Unterstützung für eine »Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina« zu. Damit wurde der Grundstein für den seit Gründung des Staates Israel bis heute andauernden israelisch-arabischen Konflikt gelegt.

Naher und Mittlerer Osten im Kalten Krieg

In der postkolonialen Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen die wirtschaftlichen und militärischen Sonderstellungen der ehemaligen Kolonialmächte andere Formen an. Das zeigt sich beispielsweise bereits in den 1950er-Jahren im Projekt Großraum Mittlerer Osten. Es hieß seinerzeit Central Treaty Organization (Zentrale Paktorganisation), CENTO, zwischen 1955 und 1959 auch Middle East Treaty Organization, METO, besser bekannt als Bagdad-Pakt. Am 24. Februar 1955 unterzeichneten der Irak, damals noch ein Königreich, und die Republik Türkei, damals erst seit drei Jahren NATO-Mitglied, ein Abkommen über das »Verteidigungsbündnis«. Großbritannien trat dem CENTO am 5. April, Pakistan am 23. September und der Iran am 3. November 1955 bei. Die USA wurden 1958 de facto Mitglied, offiziell jedoch nur mit Beobachterstatus.

Auch wenn der Bagdad-Pakt nach der Islamischen Revolution im Iran Ende der 1970er-Jahre formal endgültig aufgelöst wurde,

markierte er eine neue Stufe des westlichen Handelns im Nahen und Mittleren Osten. Ging es in den Jahrhunderten zuvor um innereuropäische Verteilungskämpfe, bei denen es den Franzosen Napoleon Bonaparte im Sommer 1798 nach Ägypten verschlagen hatte, wurde diese Region nun zu einem Schauplatz größerer geostrategischer und ideologischer Kämpfe. Im Zeitalter des Kalten Krieges war die Sowjetunion der Feind der »Freien Welt« und genau gegen diese Sowjetunion und gegen die Verbreitung des Kommunismus richtete sich der prowestliche Bagdad-Pakt. Dementsprechend galten die Länder des arabischen Sozialismus in den Augen des Westens als Feinde, als Verbündete des Ostblocks und prokommunistisch, auch wenn der arabische Sozialismus à la Präsident Gamal Abdel Nasser (1954–1970) in Ägypten oder der Baath-Partei in Syrien und Irak der 1960er- und 1970er-Jahre keine Verstaatlichung von Produktionsmitteln vorsah und sich nicht mit dem Klassenkampf, sondern vielmehr mit nationalem Befreiungskampf beschäftigte.

Der Westen blieb trotz allem skeptisch, zumal Nasser im Jahr 1956 die mehrheitlich britisch-französische Suezkanal-Gesellschaft verstaatlichte sowie die Baath-Partei des Irak 1972 die Ölindustrie, die sich in der Hand britischer und amerikanischer Konzerne befunden hatte. Die Systemauseinandersetzung des Kalten Krieges versteckte sich im Nahen Osten stets hinter Regionalkonflikten und Stellvertreterkriegen. Während sich der Westen über Jahrzehnte als Schutzmacht des Staates Israel hervorgetan hat, unterstützte die Sowjetunion die Palästinenser, vertreten durch die PLO (Palestine Liberation Organization), und arabische Staaten wie den Irak, Ägypten, Syrien, Libyen, Algerien und den kommunistischen Südjemen. Die arabischen Monarchien von Marokko im Westen bis

zu Saudi-Arabien und den Golfstaaten im Osten waren und sind bis heute Einflussgebiete des Westens.

Zu einem Beinahe-Zusammenstoß der Großmächte kam es jedoch im Mittleren Osten: Ende 1979 marschierten sowjetische Truppen in Afghanistan ein, worauf der Westen mit der Unterstützung einer Art »Islamistischer Internationale« antwortete. Kämpfer, vor allem aus prowestlichen arabischen Ländern, wurden in den 1980er-Jahren unter Federführung der CIA und des pakistanischen Geheimdienstes und mit Finanzierung aus den reichen Golfmonarchien für den Dschihad gegen die Sowjets in Afghanistan angeworben und mit modernen Waffen ausgestattet. Im Frühjahr 1989 zog Moskau nach zehn verlustreichen Jahren seine letzten Truppen aus Afghanistan ab. Nur zwölf Jahre später, nach den Anschlägen vom 11. September 2001, standen dort US-Soldaten – angeblich um genau diejenigen zu bekämpfen, die man einige Jahre zuvor unterstützt hatte.

Im Namen der Demokratie

Der Kalte Krieg lag lange zurück, als US-Präsident George W. Bush, der Jüngere, während des G8-Gipfels von Sea Island im Juni 2004 in den Vereinigten Staaten sein Drei-Säulen-Modell für das Projekt »Greater Middle East« (Großraum Mittlerer Osten) präsentierte. Es hörte sich auf den ersten Blick alles gut an: Förderung der Demokratie und Good Governance, Aufbau einer Wissensgesellschaft und Ausbau der ökonomischen Potenziale. Zuvor, 2002, wurde das Projekt in »U.S - Middle East Partnership Initiative« (MEPI) umbenannt.⁵⁶⁶

Für den anwesenden russischen Präsidenten Wladimir Putin wird sich das alles sehr viel anders angehört haben. Sein Land war erst seit 1998 Gast der alljährlichen G8-Treffen der führenden

Industrienationen der Welt. Nach der Sezession/Annexion der Krim 2014 wurde Russland von den Treffen ausgeschlossen. Das konnte Putin damals, 2004, noch nicht ahnen, aber er wird nicht übersehen haben, dass die USA mit der angeblichen »Demokratisierung« des Nahen und Mittleren Ostens hegemoniale politische Ziele verfolgten. Dazu gehören unter anderem die Installierung im Westen ausgebildeter neoliberaler Führungseliten und die Einrichtung von Militärstützpunkten auch in den ehemaligen Sowjetrepubliken Usbekistan, Turkmenistan und Aserbaidschan unter dem Etikett »Partnership for Peace« (Partnerschaft für Frieden). Business- und Geldkooperationen sowie der Waffenhandel gehören ebenfalls in dieses Umfeld.

Die russische Skepsis war nicht nur hypothetischer oder momentaner Natur, denn die USA präsentierten bei jenem G8-Gipfel zwei lebende Exemplare als Symbol für den Startschuss des MEPI-Projekts: Unter den zwölf zum Gipfel eingeladenen Staats- und Regierungschefs aus Nichtmitgliedsstaaten befanden sich Hamid Karzai und Gazi al-Yawar. Karzai war Ende 2001 bei der Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg nahe Bonn in Abwesenheit zum Präsidenten der »Übergangsregierung« in Afghanistan ernannt worden und wurde drei Monate nach jenem G8-Gipfel zum »ersten demokratisch gewählten Präsidenten Afghanistans nach Ende der Taliban-Herrschaft« bestimmt. Gazi al-Yawar wurde nur einen Monat vor dem Gipfel in Sea Island durch den von der US-Besatzung eingesetzten »Regierungsrat« zum »ersten Präsidenten des Irak nach Saddam Hussein« gewählt. Die Wiederauferstehung des Projektes Greater Middle East war zudem bei genauerer Betrachtung, anders als die allgemein herrschende Meinung suggeriert, keineswegs nur auf George W. Bush und seine Amtszeit zurückzuführen.⁵⁶⁷ Doch augenscheinlich legte der

damalige amerikanische Präsident den Grundstein für das Projekt mit seiner »Vorwärtsstrategie der Freiheit«. Dazu äußerte er sich im November 2003 vor der Stiftung »National Endowment for Democracy«⁵⁶⁸ in einer Rede zur Einführung der Demokratie in den islamischen Ländern, knapp acht Monate nach dem »Demokratisierungskrieg« im Irak und zwei Jahre und einen Monat nach dem »Anti-Terror-Krieg« in Afghanistan.

Über dieses Projekt wurde auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2004 zum ersten Mal offiziell debattiert und die Europäer waren keineswegs abgeneigt. Nach den Differenzen aufgrund des Irak-Krieges suchten die Europäer den erneuten Schulterschluss mit Washington, zumal sie ähnliche Überlegungen hatten, beispielsweise im 1995 gestarteten Barcelona-Prozess bzw. in der Euro-mediterranen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den südlichen und östlichen Mittelmeeranrainern. Ende Februar 2004 gaben US-Präsident George W. Bush und Bundeskanzler Gerhard Schröder auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus sogar eine gemeinsame Erklärung ab:

»In diesem Geiste verpflichten wir unsere Völker auf ein ehrgeiziges Ziel, das in unseren gemeinsamen Werten und unserer gemeinsamen Erfahrung verwurzelt ist: die Förderung von Frieden, Demokratie, Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftlichen Chancen und Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten. Furcht und Ressentiments müssen durch Freiheit und Hoffnung ersetzt werden. Wir müssen eine echte Partnerschaft aufbauen, die Europa und Amerika mit dem Nahen und Mittleren Osten im weiteren Sinn verbindet.«⁵⁶⁹

Die russische und – wie sich später zeigen sollte – chinesische Skepsis in Bezug auf das »Greater Middle East«-Projekt dürfte jedoch viel älter gewesen sein als dessen offizielle Verkündung im Juni

2004 auf dem G8-Gipfel in Sea Island. Denn Wladimir Putins berüchtigte »Wutrede« auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 war nicht die Antwort auf Entwicklungen, die nur drei oder vier Jahre zurücklagen:

»Ich glaube, dass das monopolare Modell für die heutige Welt nicht nur unannehmbar, sondern überhaupt unmöglich ist. [...] Die einseitigen und des Öfteren nicht legitimen Handlungen haben kein einziges Problem gelöst. Mehr noch: Sie haben zu neuen menschlichen Tragödien und zu neuen Spannungsherden geführt. Urteilen Sie selbst: Die Kriege sowie die lokalen und regionalen Konflikte sind nicht weniger geworden. [...] Dabei sterben in diesen Konflikten nicht weniger, sondern sogar mehr Menschen als früher. Wesentlich mehr.«⁵⁷⁰

Putin meinte damit die Kriege in Afghanistan 2001 und in Irak 2003, vor allem aber die Konzeption einer monopolaren Welt, die zugleich diese Kriege ermöglichte und durch sie verfestigt werden sollte. Es ging aber auch um andere strategische Entscheidungen des Westens, wie den Raketenschild am Rande von Russland.

Neue (un)schöne Welt

Die monopolare Weltsicht des Westens brachte weitere Kriege und Begriffsschöpfungen hervor. Im Juli 2006 bereicherte die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice während eines Besuchs in Tel Aviv die Welt um einen weiteren Begriff: New Middle East (Neuer Naher Osten). Während Israel damals einen Krieg gegen den benachbarten Libanon führte, sprach Rice von einem »kreativen Chaos« in der Region, aus dem ein »Neuer Naher Osten« hervorgehen sollte:

»Was wir hier sehen, ist in gewisser Weise das Entstehen der Geburtswehen eines neuen Nahen Ostens, und was immer wir tun, wir müssen sicher sein,

dass wir auf einen neuen Nahen Osten hinarbeiten und nicht zum alten zurückkehren.»⁵⁷¹

Die Idee hinter Projekten wie »Greater Middle East« oder »New Middle East« ist genauso alt wie die Ideologie der monopolaren Welt. Anders ausgedrückt: Es ist nur das arabisch-islamische Kapitel des sogenannten »Amerikanischen Jahrhunderts«, das nach dem Fall der Berliner Mauer Ende 1989 und dem Zusammenbruch der Sowjetunion Ende 1991 angebrochen zu sein schien. Eine neokonservative amerikanische Denkfabrik mit großem politischem Einfluss, auch auf die späteren Ereignisse im Nahen Osten, nannte sich zwischen 1997 und 2006 Project for the New American Century (PNAC). Ihre einfachen Prinzipien lauten: US-amerikanische Führerschaft ist gut für Amerika und die ganze Welt, die multipolare Welt hat nur zu Kriegen geführt und die US-Regierung soll nun Kapital aus ihrer militärischen und wirtschaftlichen Überlegenheit in der neuen unipolaren Welt schlagen.⁵⁷²

Ein Gang entlang der verschiedenen Fronten im Nahen und Mittleren Osten bzw. eine Auflistung der »Ereignisse« verschafft dem Beobachter ein klares Bild der seit 1991 im Namen des Amerikanischen Jahrhunderts konsequent geführten Kriege. Die sechs Etappen dieser Kriege mit den Hauptgegnern Russland und China werden im Folgenden beschrieben. Russland sucht in dieser Region den Zugang zu den »warmen Gewässern«, aber auch China ist auf die Energiequellen und Handelswege in dieser Region angewiesen.⁵⁷³

1. Arabische Halbinsel, Januar 1991: Auf der Arabischen Halbinsel betrug die Zahl der im Nordosten nahe dem ölreichen Kuwait mobilisierten Soldaten einer sogenannten »internationalen Koalition« im Januar 1991 700.000. Diese kamen zu 75% aus den USA und Großbritannien. Die Koalition wollte angeblich die

irakische Armee vom kuwaitischen Gebiet vertreiben, um Saudi-Arabien und die anderen Golfstaaten vor einem bevorstehenden irakischen Angriff zu schützen. Bei der Operation »Wüstensturm« griff die Koalition aber auch irakisches Territorium an und zerstörte die Infrastruktur des Irak. Aufgrund der Sanktionen in den Folgejahren starben laut einem Report des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (United Nations International Children's Emergency Fund, UNICEF) von 1998 hunderttausende Kinder, insbesondere Kleinkinder und Babys.⁵⁷⁴ Auf die Frage einer TV-Journalistin im Jahr 1996, ob »es den Preis wert ist«, den Tod von so vielen Kindern in Kauf zu nehmen, antwortete die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright: »Ich glaube, das ist eine sehr schwere Entscheidung, aber wir denken, es ist den Preis wert.«⁵⁷⁵ Militärstrategisch gesehen war der zweite Golfkrieg der Startschuss des Amerikanischen Jahrhunderts, denn bei diesem »Wüstensturm« ging es um sehr viel mehr als nur um eine Wüste.

2. Afghanistan, Oktober 2001: Im Oktober 2001 begann der Afghanistankrieg, der sogenannte »Anti-Terror-Krieg« am Hindukusch als Vergeltungs- und »Selbstverteidigungskrieg« und erstreckte sich u.a. bis zum Horn von Afrika. Zuvor hatte US-Präsident George W. Bush nur neun Tage nach den Angriffen vom 11. September eine Rede vor dem Kongress gehalten, die als offizieller Auftakt des sogenannten Krieges gegen den Terror in die Geschichte einging. Dieser Krieg wurde zu einem Krieg ohne jede zeitliche oder örtliche Begrenzung: »Dieser Krieg wird nicht so sein wie der Krieg gegen den Irak vor zehn Jahren mit seiner gezielten Befreiung eines Gebietes und seinem schnellen Ende. [...] Wir werden die Finanzquellen der Terroristen

austrocknen, sie gegeneinander ausspielen, sie von Ort zu Ort jagen, bis es keinen Ort der Zuflucht oder der Ruhe mehr für sie gibt.«⁵⁷⁶ Laut einer 2015 veröffentlichten Studie der Vereinigung »Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges« (International Physicians for the Prevention of Nuclear War, IPPNW) starben im Krieg gegen den Terror in Afghanistan über 200.000 Menschen und knapp 100.000 in Pakistan.⁵⁷⁷ Es ging den Kriegstreibern jedoch auch hier um mehr als nur um Terrorbekämpfung.

3. Irak, März 2003: Im März 2003 marschierten circa 250.000 Soldaten, wieder überwiegend aus Großbritannien und den USA, völkerrechtswidrig in den Irak ein, eroberten die Hauptstadt Bagdad im April und stürzten Präsident Saddam Hussein unter dem Vorwand einer argumentativen Mischung, in der mal von Massenvernichtungswaffen, mal von Terrorunterstützung oder »Demokratisierung« die Rede war, wie der Name der Operation »Operation Iraqi Freedom« (Operation Irakische Freiheit) suggeriert. Eine Untersuchungskommission des britischen Parlaments kam nach sieben Jahren im Sommer 2016 zu folgendem Ergebnis: Die Invasion war übereilt gestartet und schlecht geplant. Noch wichtiger: »Ein Militäreinsatz war damals nicht das letztmögliche Mittel.«⁵⁷⁸ Ferner hätten die Akteure ignoriert, dass mit Instabilität und Terrorismus zu rechnen war. Der Bericht der Untersuchungskommission ging aber nicht auf die Gründe der vermeintlichen Ignoranz und des »übereilten« Handelns ein. Geostrategisch gesehen war der Irak-Krieg jedenfalls ein Volltreffer: Zum ersten Mal seit der Kolonialzeit war der Irak als »Energiequelle« und wichtige Regionalmacht wieder in fester Hand des »freien Westens«.

4. Libyen, März 2011: Im März 2011 begann eine »internationale« Militäroperation, zwei Tage nach Verabschiedung der Resolution 1973 des UNO-Sicherheitsrates, in der festgestellt wurde, dass es die libyschen Behörden versäumt hätten, sich an die knapp einen Monat ältere Resolution 1970 zu halten. In dieser war die libysche Regierung aufgefordert worden, ihre Zivilbevölkerung zu schützen. Gemeint war die halluzinierte Gefahr eines Massakers, das der Bevölkerung in der von Rebellen kontrollierten Stadt Bengasi bevorstünde. Aus der Errichtung einer Flugverbotszone unter Verweis auf die »notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung« in UN-Resolution 1973 wurde etwas ganz anderes – zum Erstaunen von Russland und China, die sich bei der Abstimmung im Sicherheitsrat enthielten. Spät wurde Moskau und Peking klar, dass es den westlichen Kampfjets, die die Operation »Unified Protector« (einheitlicher Schutz) in Libyen durchführten, nicht um die Durchsetzung einer Flugverbotszone ging. Vielmehr wurde daraus ein Angriffskrieg aus der Luft gegen die libyschen Truppen zugunsten der Rebellen, die Tripolis wenige Monate später eroberten.
5. Syrien, September 2014: Die westlichen Militäroperationen in Syrien im September 2014 fanden, anders als in Libyen, nicht auf Basis des Prinzips der »Schutzverantwortung« (Responsibility to Protect) statt. Russland und China blockierten nach den Lehren aus dem Fall Libyen immer wieder entsprechende Resolutionen im Sicherheitsrat. Nun griff Washington auf das Thema der »Terrorbekämpfung« zurück. Nach der Ausrufung und Expansion des sogenannten »Islamischen Staates« (IS) im Irak im Sommer 2014 riefen die USA beim NATO-Gipfel Anfang September ein »internationales

Militärbündnis« gegen den IS ins Leben. Ende September 2014 fanden dann in Syrien die ersten Luftangriffe dieser »Internationalen Allianz gegen den IS« unter Führung der Vereinigten Staaten statt. Die dortige westliche militärische Präsenz, die inzwischen amerikanische, britische und französische Militärbasen im Osten des Landes umfasste, blieb nicht unbeantwortet. Nur ein Jahr später, Ende September 2015, intervenierte auf Bitten Damaskus' auch Russland militärisch in den Syrien-Konflikt. Seitdem stehen sich Washington und Moskau zum ersten Mal seit dem Kalten Krieg politisch und militärisch unmittelbar gegenüber.

6. Jemen, März 2015: Nicht nur Russland und China haben aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt. Auch der Westen, allen voran die USA, hat seine Lehren gezogen; eine davon: Man muss nicht immer alles selbst machen und dadurch internationale Konfrontationen riskieren. So fand die Militärintervention im Jemen Ende März 2015 unter dem Deckmantel einer von Saudi-Arabien geführten »arabischen Allianz« statt, neben den Saudis bestehend aus Ägypten, Bahrain, Katar, Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Jordanien, Marokko und Sudan. Diese Allianz wird allerdings nicht nur logistisch von den USA, Frankreich und Großbritannien unterstützt. Bereits der Name der Operation verrät den westlichen Ursprung »Operation Decisive Storm« (Sturm der Entschlossenheit). Offizielles Ziel der Militäroperation ist, die »legitime« Regierung vor dem vollständigen Zusammenbruch zu schützen und die Übernahme des Staates durch die Huthi-Bewegung, der eine Nähe zum Iran unterstellt wird, zu verhindern. Ohne in innerjemenitische Details einzusteigen, lässt sich feststellen, dass dieser Krieg die

westliche militärische Präsenz südlich der Arabischen Halbinsel stärkte. Indirekt wendet sich der Krieg auch gegen den Kandidaten kommender US-Interventionskriege, die Regionalmacht Iran. Die Folgen des Jemen-Krieges sind verheerend: In einem Ende Oktober 2018 bekannt gewordenen internen Bericht der UNO⁵⁷⁹ heißt es, dass bis zu 14 Millionen Menschen im Jemen von Hunger bedroht sind, das entspricht drei Vierteln der Bevölkerung.

Fazit

In der Nationalen Verteidigungsstrategie der USA vom Frühjahr 2018 (National Defense Strategy)⁵⁸⁰ steht es zum ersten Mal nach Ende des Kalten Krieges explizit schwarz auf weiß: Russland und China sind die Feinde der USA.⁵⁸¹ Angesichts der westlichen Interventionen im Nahen und Mittleren Osten in den letzten fast 30 Jahren klingt das wie ein spätes Geständnis. Nein, nicht die Araber, die Muslime oder gar der Islam, wie viele Bewohner dieser Region lange geglaubt haben, waren das Ziel westlicher Aggression. Vielmehr ging und geht es immer um westliche geostrategische Interessen gegenüber Russland und China. Nur auf dieser geostrategischen Ebene lässt sich das augenscheinlich widersprüchliche und kontraproduktive Verhalten des Westens in der arabischen und islamischen Welt erklären. Trotz fünf britischer Premierminister und französischer sowie amerikanischer Präsidenten seit 1990 blieb die strategische Ausrichtung des transnationalen »Tiefen Staates« zur Beherrschung des Nahen und Mittleren Ostens immer konstant und im Geist des Kalten Krieges.⁵⁸²

564. www.youtube.com; zuletzt aufgerufen (z.a.) 16.09.2018

565. Maalouf, Amin, Der Heilige Krieg der Barbaren. Die Kreuzzüge aus der Sicht der Araber. München 1996
566. Siehe hierzu: en.wikipedia.org; z.a. 27.11.2018
567. Z. B. in: de.wikipedia.org; z.a.10.11.2018
568. Eine US-amerikanische private Stiftung aus dem neokonservativen Umfeld, siehe hierzu: en.wikipedia.org
569. www.focus.de; z.a. 10.11.2018
570. de.sputniknews.com; z.a. 30.10.2018
571. <https://www.globalresearch.ca/dem-projekt-eines-neuen-nahen-ostens-kreative-zerst-ung-als-revolution-re-kraft/23196>; z.a. 31.10.2018
572. Siehe www.newamericancentury.org; z.a. 15.11.2018
573. Siehe zur allgemeinen Rolle der Geografie bei geostrategischer Planung: Tim Marshall, Die Macht der Geografie – Wie sich die Weltpolitik anhand von 10 Karten erklären lässt. München 2017
574. www.welt.de; z.a. 16.11.2018
575. www.youtube.com z.a. 17.11.2018
576. <https://usa.usembassy.de/etexts/docs/ga1-092001d.htm>; z.a. 17.11.2018
577. www.ippnw.de; z.a. 17.11.2018
578. www.zeit.de; z.a. 20.11.2018
579. www.n-tv.de; z.a. 25.11.2018
580. dod.defense.gov; z.a. 02.12.2018
581. Siehe hierzu: www.cicero.de; z.a. 26.11.2018 dod.defense.gov; z.a. 02.12.2018
582. Mehr zur Wirkung und Wahrnehmung dieser strategischen Ausrichtung im Nahen und Mittleren Osten siehe: Suliman, Aktham: Krieg und Chaos in Nahost – eine arabische Sicht. München 2017

Die weltweite US-Kriegspolitik: Wettrüsten, Chaos im Nahen und Mittleren Osten, Iran-Atomkonflikt und Dollarimperialismus

Mohssen Massarrat

Das gezielt geschürte Wettrüsten im Mittleren Osten war die Folge der ersten drastischen Erhöhung des Ölpreises 1973/74 und der steigenden Öleinnahmen. Diese Entwicklung hat bisher zahlreiche Kriege hervorgerufen, über 2 Millionen Tote und verbrannte Erde in der gesamten Region hinterlassen. Das Iran-Atomabkommen von 2016 ist ein Produkt dieses Wettrüstens im sich zuspitzenden Konflikt zwischen der unheiligen Allianz aus USA, Israel und Saudi-Arabien einerseits und dem Iran andererseits. Aus meiner Sicht ersetzt diese Aufrüstung das globale Wettrüsten während der Ost-West-Blockkonfrontation. So gesehen war auch die Tatsache, dass das Feindbild Islam das Feindbild Kommunismus verdrängte, kein Zufall der Weltgeschichte, sondern die ideologisch-kulturelle Begleiterscheinung dieser Verlagerung des hegemonialen Koordinatensystems. Viele Indizien sprechen dafür, dass sich beinahe gleichzeitig – weniger sichtbar – die Grundlagen der amerikanischen Weltordnung verlagert haben: Die Ölquellen des Mittleren Ostens wurden klammheimlich zum ökonomischen Rückgrat des Dollars als Weltwährung, nachdem Anfang der 1970er-Jahre das Bretton-Woods-System und der Gold basierte Dollar sang- und klanglos zusammengebrochen sind.

Wettrüsten im Mittleren Osten

Der Syrienkonflikt war im Herbst 2018 zweifellos die größte Herausforderung für die Weltpolitik. Dieser Konflikt darf aber nicht von dem gleichzeitigen gigantischen Wettrüsten zwischen Saudi-

Arabien und Iran ablenken. Gelingt es der Weltgemeinschaft nicht, den drohenden Feuerausbruch rechtzeitig einzudämmen, werden wir alle einen sehr hohen Preis dafür bezahlen. Denn ein saudi-arabisch-iranischer Krieg dürfte alle bisherigen Kriege nach dem US-Krieg im Irak in den Schatten stellen. Auffällig ist jedenfalls die massive Aufrüstung Saudi-Arabiens und der Emirate am Persischen Golf.

Das in den letzten Dekaden entstandene militärische Übergewicht des Iran nehmen die Nachbarstaaten als Bedrohung wahr. Ein wichtiger Grund für die iranische Aufrüstung war unbestreitbar das iranische Trauma durch den irakischen Chemiewaffeneinsatz im iranisch-irakischen Krieg (1981–1988), der auf der iranischen Seite einige zehntausend Tote und hunderttausende Invaliden zur Folge hatte. Die Spur dieses Verbrechens führt zu deutschen, vor allem aber zu amerikanischen Lieferungen von chemischen Massenvernichtungsmitteln an Saddam Hussein, die George W. Bushs Kriegsminister, Donald Rumsfeld, eingefädelt hatte. Saddam Hussein setzte im iranisch-irakischen Krieg Massenvernichtungswaffen ein. Diese Tatsache führte dazu, dass der Iran erneut damit begann, Atomwaffenarsenale aufzubauen, wie schon zuvor das Schah-Regime. Daraus resultierte Irans Atomprogramm und es entstand ein militärisch-industrieller Komplex (MIK) einschließlich eines eigenen Raketenprogramms mit Trägerraketen verschiedener Reichweiten. Nicht zuletzt half Russland dem Iran, die bestehenden Waffenlücken, vor allem bei der Luftwaffe und der Marine, zu schließen. Dabei brauchten die Herrschenden der Islamischen Republik ihre kostspielige Aufrüstung innenpolitisch nicht einmal zu legitimieren. Der neokonservative US-Präsident George W. Bush lieferte mit seiner unverhohlenen Absicht,

im Iran einen Regimewechsel herbeizuführen, die Legitimation für die iranische Aufrüstung frei Haus.

Militarisierung des sunnitisch-schiitischen Konflikts

Auf dem Höhepunkt des Atomkonflikts rief Condoleezza Rice, die in der US-Rüstungsindustrie gut vernetzte Außenministerin der Bush-Regierung, im Sommer 2006 in der Hauptstadt Saudi-Arabiens die sunnitischen Staaten auf, gegen den schiitischen Gürtel der Islamischen Republik (Iran-Syrien-Libanon auf der Gegenseite) einen eigenen sunnitischen Gürtel aufzubauen. Dies war der historische Anfang der Militarisierung des sunnitisch-schiitischen Konflikts. Riad intensivierte rasch die militärische Kooperation mit den sunnitischen Staaten Ägypten, Jordanien, den Golfemiraten sowie Palästina und unterstützte schließlich massiv den »Islamischen Staat« und andere sunnitische Terrorgruppen. Die Parteinahme Teherans für das Regime von Baschar Al-Assad seit Beginn des Syrienkonflikts trug das Ihrige dazu bei, die schiitischen Iraner in der arabisch-sunnitischen Welt zum Hassobjekt und zu einer Bedrohung par excellence hochzustilisieren.

Wettrüsten zwischen Saudi-Arabien und Iran

Um das Wettrüsten am Persischen Golf als quasi Aufrüstungsautomatismus in Gang zu halten, sorgten die MIK-Strategen der USA für ein militärisches Ungleichgewicht, also ein historisch bewährtes Instrument. Diese sogenannte Sicherheitslücke entstand durch den Sturz Saddam Husseins 2003 und den Aufstieg Irans als stärkste Regionalmacht.

Barack Obama rechtfertigte 2011 den Abschluss eines gigantischen Rüstungsabkommens mit Saudi-Arabien genau mit dem

Argument, der Iran sei Saudi-Arabien militärisch weit überlegen. Als Folge stiegen die saudischen Rüstungsausgaben laut SIPRI-Report 2015 dramatisch an: von 29,5 Mrd. US-Dollar in 2011 auf 81 Mrd. im Jahr 2015. Damit stand Saudi-Arabien auf der Liste der Länder mit den größten Rüstungsausgaben hinter den USA und China und noch vor Russland. Im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen steht dieses Land mit 13,7 Prozent des BIP sogar an erster Stelle, weit vor den Arabischen Emiraten mit 5,7, Israel mit 5,4 und den USA mit 3,3 Prozent des BIP.

Zur saudischen Aufrüstung gemäß dem am 24. November 2011 mit den USA abgeschlossenen Rüstungsabkommen gehören Waffenimporte aller Gattungen, modernste Kampfflugzeuge und -hubschrauber, Panzer und Kriegsschiffe, vornehmlich aus den USA. Schon 2015 schien dadurch das »militärische Gleichgewicht« zwischen Saudi-Arabien und dem Iran weitgehend hergestellt. Saudi-Arabien verfügt inzwischen über die größte Armee seiner Geschichte mit 227.000 Soldaten, darunter Bodentruppen mit 175.000 Soldaten und 600 Panzern. Dem gegenüber stehen auf iranischer Seite 523.000 Soldaten, darunter Bodentruppen mit 450.000 Soldaten und 2300 Panzern. Zahlenmäßig scheint das iranische Heer dem saudischen überlegen zu sein, faktisch verfügt Saudi-Arabien jedoch über deutlich modernere Waffen. Den Vorteil der iranischen Seite mit ihren kampferfahrenen Bodentruppen können aber die Saudis, nach Meinung von Experten, mit ihren 313 modernsten Kampfflugzeugen wettmachen, da die 332 iranischen Flugzeuge stark veraltet sind und zudem dringend benötigte Ersatzteile fehlen. Diese Schwäche versucht der Iran mit selbst produzierten Mittelstreckenraketen auszugleichen.

Dem militärisch-industriellen Komplex der USA geht es um eine weitere Rüstungseskalation, um das »konstruktive Chaos«, wie

Pentagon-Strategen die US-Politik im Mittleren Osten nennen. Die politischen Ziele Donald Trumps gehen eindeutig in diese Richtung: Zum einen vereinbarte der US-Präsident im Mai 2017 in Riad einen neuen Rüstungsdeal mit Saudi-Arabien in der Rekordhöhe von ca. 110 Milliarden US-Dollar. Zum anderen scheint Trump mit der Aufkündigung des Iran-Atomabkommens und einer Neuverhandlung den Iran zum Abbau von dessen Trägerraketen zwingen zu wollen, um dessen militärisches Abschreckungspotenzial empfindlich zu schwächen und das Land angreifbar zu machen. Auf jeden Fall soll der Iran in eine neue, massive Aufrüstungsrunde getrieben werden. Die historische Parallele zu Reagans Politik des Totrüstens der Sowjetunion ist offensichtlich. Unabhängig von diesem Vergleich haben Israel und Saudi-Arabien großes Interesse an einem Regimewechsel im Iran. Deshalb ist es durchaus denkbar, dass diese Staaten selbst einen Krieg vom Zaun brechen, nachdem sie damit gescheitert sind, die USA zu einem Krieg gegen den Iran zu bewegen. Zudem hoffen sie, die USA wegen deren geostrategischer Interessen doch noch in ein neues Kriegsabenteuer hineinziehen zu können.

Rüstungswettlauf der 1970er-Jahre erschütterte die gesamte Region

Das Wettrüsten im Mittleren Osten hat eine lange Geschichte.⁵⁸³ Nach 1975 wurde das Schah-Regime im Iran, der Hauptverbündete der USA mit allerlei US-Waffen, darunter modernsten Kampfflugzeugen, aufgerüstet und zur stärksten Regionalmacht. Die Antwort um die Vorherrschaft in der Region kam prompt: die massive Aufrüstung des Irak von Saddam Hussein, vor allem durch die Sowjetunion. Während Irans Rüstungsausgaben in den 1970er-Jahren um mehr als das Dreifache anstiegen, von jährlich 2,058 auf 6,229 Mrd. US-Dollar, erhöhte der Irak seine Rüstungsausgaben im

selben Zeitraum von 0,336 auf 2,080 Mrd. US-Dollar im Jahr – also um mehr als das Sechsfache (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Wettrüsten im Mittleren Osten in den 1970er-Jahren
in Milliarden US-Dollar

1970–1974	1975–1979
1 Syrien 2320	Iran 6229
2 Ägypten 2181	Saudi-Arabien 2806
3 Iran 2058	Jordanien 2615
4 Israel 1688	Irak 2080
5 Irak 336	Israel 2008
6 Saudi-Arabien 324	Syrien 1170

Quelle: SIPRI Rüstungsjahrbuch 1980/81, 95 f.

Dieses Wettrüsten erschütterte die inneren und äußeren Machtverhältnisse in der Region. 1979 stürzte die Islamische Revolution das Schah-Regime. Durch den Zusammenbruch der Führungsstruktur der iranischen Armee entstand ein militärisches Machtvakuum. Für Iraks Diktator Saddam Hussein, der sich nunmehr militärisch überlegen fühlte, hatte damit die Stunde geschlagen, seinen alten Traum Wirklichkeit werden zu lassen: direkten Zugang zum Persischen Golf zu erlangen. In einem Blitzkrieg besetzte er 1980 die südiranische Ölregion. Der iranisch-irakische Rüstungswettlauf in den 1970er-Jahren hat damit nicht nur den ersten acht Jahre dauernden Golfkrieg mit einer Million Kriegsopfern, darunter dreihunderttausend Tote, davon einige zehntausend Tote als Opfer der irakischen Chemiewaffen, ausgelöst, sondern auch zwei weitere Golfkriege 1991 und 2003 mitverursacht. Diese führten schließlich zum Sturz des irakischen Diktators. Auch

die anschließende Gewalteskalation in der Region, einschließlich der Entstehung des »Islamischen Staates«, resultiert bei genauerem Hinsehen aus diesem grausamen Kriegsgeschehen.

Die gegenwärtigen Konfliktstrukturen im Mittleren Osten sind mit jenen der 1970er-Jahre in vielerlei Hinsicht vergleichbar. Verändert hat sich nur die Bündniskonstellation. Damals stand Iran im Bündnis mit den USA, dem Westen insgesamt und Israel, und der Irak befand sich im geostrategischen Bündnis mit der Sowjetunion und nationalistischen arabischen Staaten. Heute sind die USA der Verbündete auf der arabischen Seite und Russland steht auf der iranischen. Aus Sicht des militärisch-industriellen Komplexes sind geopolitische Bündniskonstellationen allerdings irrelevant, Hauptsache, das Wettrüsten führt zu einem neuen Krieg, zu Zerstörung und zu neuen Rüstungsaufträgen.

Man müsste mehr als ignorant sein, um nicht zu erkennen, dass hinter dem zweimaligen Wettrüsten im Mittleren Osten, sowohl in den 1970er-Jahren wie heute, der US-Rüstungssektor und – in seinem Schlepptau – der europäische Rüstungssektor stecken. Beide leben davon, dass irgendwo in der Welt Millionen Menschen mit ihren Waffen abgeschlachtet und neue Kulturkämpfe geschürt werden, dass immer mehr Hass zwischen den Völkern gesät wird, aus dem nicht zuletzt auch der Terrorismus erwächst. Millionenfaches Leid und eine gigantische Zerstörung von Ressourcen und Menschenleben im Mittleren Osten sind die Folge des teuflischen Tauschgeschäfts von Öl gegen Waffen. Zudem erzeugen die gegenwärtigen Konflikte massenhafte Flüchtlingsströme in Richtung Europa.

Ausstieg aus dem Iran-Atomabkommen

Der Iran-Atomkonflikt ist zweifellos ein Bestandteil des regionalen Wettrüstens und das gefährlichste Element dieser Entwicklung. Dieser Konflikt ist sehr stark mit dem vielschichtigen iranisch-israelischen Konflikt verwoben und außerdem durch den irakischen Chemiewaffeneinsatz im iranisch-irakischen Krieg bedingt.

Der iranisch-israelische Konflikt entstand einerseits dadurch, dass der Iran sich nach der Islamischen Revolution von 1979 klar gegen die israelische Besatzung Palästinas positionierte, und andererseits, weil Israel mit seinem Atomarsenal als einzige Atommacht im Mittleren und Nahen Osten auch für den Iran eine nukleare Bedrohung darstellt. Offensichtlich hat letzter Punkt bei der Entstehung des iranischen Atomprogramms eine wichtige Rolle gespielt. Ungeachtet dieser Tatsache haben sich die USA und die EU – statt den Weg einer atomwaffenfreien Zone für die gesamte Region einzuschlagen – dafür entschieden, einseitig Iran als neue regionale Atommacht zu verhindern. In Bezug auf den iranisch-irakischen Krieg sind es die traumatischen Erfahrungen, die die Islamische Republik während des acht Jahre dauernden Krieges (1980–1988) mit 64 Giftgaseinsätzen von Saddam Husseins Regimes gemacht hat.

Vor dem Hintergrund des Atomwaffenarsenals Israels mit schätzungsweise 300 bis 400 Nuklearsprengköpfen und des irakischen Giftgaseinsatzes beschloss die iranische Führung Anfang der 1990er-Jahre, als Gegengewicht zur antiiranischen Haltung ein eigenes Nuklearprogramm aufzubauen.⁵⁸⁴ Dazu gehörte der Weiterbau des Atomkraftwerks Bushir – ein vom Schah-Regime bei Siemens bestelltes Atomkraftwerk, das nach der Revolution zunächst eingemottet worden war. Dazu gehörte auch der Aufbau des gesamten nuklearen Brennstoffkreislaufs mit dem Uranabbau, einer Nuklearfabrik in Isfahan, der Uran-Anreicherungsanlagen in Natanz, des Schwerwasserreaktors in Arak und weiterer Elemente.

Der Atomkonflikt mit dem Iran selbst begann Anfang der 2000er-Jahre, nachdem der israelische Geheimdienst das bis dato geheime iranische Nuklearprogramm der Weltöffentlichkeit bekannt machte. Seitdem verhängen die USA umfangreiche Sanktionen gegen Iran. Bis 2003 hat die Führung der Islamischen Republik offensichtlich daran festgehalten, nukleare Sprengköpfe herzustellen, dies danach jedoch auf Druck der USA und anderer westlicher Staaten aufgegeben. Stattdessen hat die politische Führung Irans nach 2003 das Ziel verfolgt, sich sämtliche technologischen Fähigkeiten im nuklearen Brennstoffkreislauf unterhalb der Herstellung von nuklearen Sprengköpfen anzueignen. Bei diesem Strategiewechsel des Irans spielte auch die Befürchtung eine Rolle, die USA könnten den Atomkonflikt als Vorwand für einen Krieg gegen den Iran instrumentalisieren und ihre Regimewechsel-Strategie nach dem Sturz von Saddam Hussein nun auch im Iran fortsetzen.

Den Ausbau des eigenen nuklearen Brennstoffkreislaufs begründete der Iran mit der Produktion von Atomstrom im Rahmen der Bestimmungen der Internationalen Atomenergiebehörde und damit des Völkerrechts und pochte eindringlich auf sein Recht der friedlichen Nutzung der Nukleartechnologie. Dennoch forderten die USA und Israel (obgleich Israel dem Atomwaffensperrvertrag⁵⁸⁵ selbst nie beigetreten ist) entgegen den völkerrechtlichen Vereinbarungen, dass der Iran auch sein ziviles Nuklearprogramm einstellt. So eskalierte ab 2003 der Atomkonflikt mit dem Iran und bescherte dem Land unter massivem Druck der USA und auch teilweise der EU die schärfsten Resolutionen des UN-Sicherheitsrats mit umfangreichen Wirtschaftssanktionen. 2008, im letzten Amtsjahr von US-Präsident George Bush Junior, drohte die Eskalation sogar in einen US-Krieg gegen Iran auszuarten. Doch wurde dieser gerade noch verhindert, nachdem 13 US-

Geheimdienste in einer gemeinsamen Stellungnahme die Bush-Regierung vehement vor den unkalkulierbaren Folgen eines US-Krieges im Mittleren Osten gewarnt hatten.

Erst während der Obama-Ära und nach der Wahl des Reformers Hassan Rohani zum neuen iranischen Präsidenten einigten sich 2013 die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats zusammen mit Deutschland darauf, mit dem Iran ein umfassendes Atomabkommen oder einen Joint Comprehensive Plan of Action (JCPA), so der offizielle Name, auszuhandeln, das im Juli 2015 geschlossen wurde. Gemäß dieses Abkommens hat der Iran die Zahl der Zentrifugen in den Uran-Anreicherungsanlagen Natanz und Fordo erheblich reduziert und die Urankonzentration auf 20 Prozent begrenzt, also deutlich unterhalb des für den Bombenbau erforderlichen Niveaus, den Wasserstoffreaktor in Arak umgebaut und sämtliche anderen vereinbarten Details umgesetzt sowie alle Anlagen des nuklearen Brennstoffkreislaufs der Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde unterstellt. »Iran ist der am intensivsten kontrollierte Nichtatomwaffenstaat. Die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) hat in mittlerweile sechs Berichten festgestellt, dass Iran bei der Verifikation erfolgreich mitwirkt.«⁵⁸⁶ Im Gegenzug sind die USA während der Obama-Präsidentschaft ihren Verpflichtungen gegenüber dem Iran nur teilweise nachgekommen und haben nur einen Teil der Sanktionen aufgehoben.

Neues Wettrüsten unter Trump

Schon während seines Wahlkampfes bezeichnete Donald Trump das Atomabkommen mit Iran als das »schlechteste internationale Abkommen, das die USA jemals abgeschlossen haben« und erklärte, im Falle seines Wahlsieges dieses Abkommen aufzukündigen. Mit der Bekanntgabe seiner Iran-Strategie hat Donald Trump im Januar

2018 die europäischen Verhandlungspartner Großbritannien, Frankreich und Deutschland aufgefordert, »die schrecklichen Mängel« im Abkommen zu beseitigen und den Iran von Nachverhandlungen zu überzeugen. Mit den Mängeln meint der US-Präsident – ganz im Sinne seiner Verbündeten im Mittleren und Nahen Osten, Israel und Saudi-Arabien – den »Verzicht Irans auf Raketentests und Unterstützung der Terrorgruppen«. Für den Iran sind Trumps Forderungen der Beginn einer neuen ernstzunehmenden Eskalation und eine inakzeptable Einmischung in die eigene Souveränität. »Das iranische Raketenprogramm dient der Verteidigung des Landes«, so die iranische Regierung. Zudem zielten die USA darauf ab, »Irans Abschreckungspotenzial zu zerstören und das Land gegenüber seinen Feinden schutzlos zu machen«.

Die EU und die deutsche Bundesregierung hatten starken Anteil am Zustandekommen des Iran-Atomabkommens und widersprachen umgehend und unmissverständlich der Absicht des US-Präsidenten, das Atomabkommen mit dem Iran in Frage zu stellen. So warnte der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel davor, das Iran-Abkommen aufs Spiel zu setzen, es handle sich »um ein beispielhaftes Abkommen gegen die nukleare Weiterverbreitung«. Demonstrativ unterstrichen die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands sowie die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini am 11. Januar 2018 – einen Tag vor Trumps neuer Stellungnahme – beim Treffen mit dem iranischen Außenminister Mohammed Sarif in Brüssel ihre Unterstützung des Iran-Atomdeals.

Dreh- und Angelpunkt des Atomdeals mit dem Iran bildet die Aufhebung der US-Sanktionen, vor allem gegen die iranische Wirtschaft. Nur dadurch ließen sich die massiv gegen das Abkommen opponierenden Hardliner der Islamischen Republik für den Deal gewinnen. Die US-Sanktionen gegen den Iran sind jedoch

ein »exterritoriales« Instrument, das nicht nur die US-Firmen bei jeglichen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran mit Geldstrafen in astronomischer Höhe belegt, sondern auch sämtliche globale Unternehmen und Banken, die mit den USA Geschäftsbeziehungen unterhalten. Um negative Auswirkungen für die eigene Wirtschaft zu verhindern, hatte die EU ab 2012 ihre eigenen Iran-Sanktionen denen der USA weitgehend angepasst – offensichtlich aus Angst vor den Auswirkungen der Sekundärsanktionen der USA. So liegen sämtliche vorherige Absichtserklärungen der EU-Unternehmen gegenüber der iranischen Regierung bis heute auf Eis.

US-Präsident Trump hat Anfang Mai 2018 seine Ankündigungen wahr gemacht und das Iran-Atomabkommen aufgekündigt. Demnach wurden seit Anfang August 2018 die Geschäftsbeziehungen und der Geldverkehr mit dem Iran blockiert, ab November 2018 werden iranische Ölexporte verhindert. In beiden Etappen setzten die USA »Sekundärsanktionen« in Kraft, also exterritoriale Sanktionen, die alle internationalen Wirtschaftsunternehmen (de facto aber auch alle gesellschaftlichen Akteure – wissenschaftliche, kulturelle und sonstige) treffen, die Beziehungen mit den USA und dem Iran unterhalten. Wer seine Beziehung mit dem Iran nicht beendet, muss mit sehr hohen Bußgeldern rechnen.

Wie ist aber Donald Trumps Aufkündigung des Iran-Atomabkommens zu erklären? Warum spielt er mit dem Feuer eines neuen Atomkonflikts? Und was hat der US-Präsident davon, wenn er so gezielt und so akribisch in allen Regionen der Welt, in Europa, in Asien und im Mittleren Osten, mit einem hemmungslosen Wettrüsten zündelt? Irgendwann könnte das in einen Dritten Weltkrieg einmünden. Für das Verhalten der Trump-Administration gibt es mehrere Erklärungen:

Zum einen wird Trumps Aufkündigung des Iran-Atomabkommens darauf zurückgeführt, dass die Verbündeten der USA im Mittleren und Nahen Osten, Israel und Saudi-Arabien, massiv auf Trump eingewirkt und ihn durch kräftige Unterstützung seines Wahlkampfs zu einem Politikwechsel gegenüber Iran bewogen haben.

Zum anderen habe ich den Verdacht, dass Donald Trump insgesamt ein erneutes Wettrüsten in der Welt entfachen will. Gleich nach seinem Wahlsieg geißelte der US-Präsident neben Nordkorea auch den Iran: Die Islamische Republik sei der größte Unsicherheitsfaktor im Mittleren Osten. Die Früchte seiner zutiefst antiiranischen Drohgebärden erntete er im Mai 2017, als er in Saudi-Arabien für die US-Rüstungsindustrie in einem ersten Schritt Aufträge in Höhe von knapp 110 Mrd. US-Dollar an Land zog, denen in den kommenden zehn Jahren schätzungsweise weitere 250 Mrd. folgen werden.⁵⁸⁷ In einer UN-Vollversammlung bezeichnete Trump die Islamische Republik sogar als Schurkenstaat. Mit der Aufkündigung des Iran-Atomabkommens will er offensichtlich durch einen noch engeren Schulterschluss mit dem militärisch-industriellen Komplex seine Wiederwahl sichern. Angesichts seines grandiosen Scheiterns, zum Beispiel bei Obamacare, der Einwanderungspolitik oder der Beziehung zur EU, wird für ihn die Gefahr immer realer, dass seine Amtszeit noch vor der nächsten Wahl endet. In den USA kann ohne Rückendeckung der Rüstungsindustrie kein US-Präsident gewählt oder abgewählt werden. Zudem dürften die massiven US-Rüstungsexporte dank seiner verantwortungslosen Politik des »Nach mir die Sintflut!« die amerikanische Wirtschaft kräftig ankurbeln und neue Arbeitsplätze schaffen. Damit würde Trump wenigstens ein zentrales Wahlversprechen erfüllen. Diese Arbeitsplätze werden allerdings in

der gesamten Welt mit millionenfachem Blutvergießen, gerade auch der Zivilbevölkerung, erkaufte. Von der Gefahr eines Dritten Weltkrieges ganz zu schweigen.

Verantwortung der EU

Alle anderen Unterzeichner, also China, Russland und die drei EU-Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland, wollten am Iran-Atomabkommen festhalten. Die EU befand sich in einem schweren Dilemma: Sollte sie das Scheitern des mühsam zustande gebrachten Atomabkommens mit dem Iran hinnehmen oder die Schäden der US-Sekundärsanktionen für die europäischen Unternehmen ausgleichen? Damit könnten sie die ökonomischen Folgen der US-Sanktionspolitik für den Iran abschwächen und verhindern, dass die Hardliner im Iran die Regierung zum Austritt aus dem Abkommen zwingen. Dazu müsste die EU allerdings ihr Verhältnis gegenüber den USA grundsätzlich überdenken. Denn die bisherigen Maßnahmen der EU, wie die EU-Verordnung zum amerikanischen *Helms Burton Act*, auch *blocking regulation* genannt, die die EU-Kommission 1996 anlässlich von US-Sekundärsanktionen gegen Kuba und Iran beschlossen hatte, reichen bei weitem nicht aus, um die EU-Unternehmen zu weiteren Geschäftsbeziehungen mit dem Iran zu ermuntern.⁵⁸⁸ So haben sich sogleich nach Inkrafttreten der US-Sanktionen im Herbst 2018 zahlreiche EU-Unternehmen wie Siemens, Mercedes, Total und Peugeot aus dem Iran-Geschäft zurückgezogen.

Doch offensichtlich ist in der EU bereits ein Prozess in Gang gekommen, über das eigene Verhältnis zu den Vereinigten Staaten nachzudenken. Der deutsche Außenminister Heiko Maas wollte beispielsweise die europäische Autonomie durch die Einrichtung eines Währungsfonds und US-unabhängiger Zahlungskanäle

stärken.⁵⁸⁹ Dadurch sollen europäische Unternehmen vor US-Sanktionen geschützt werden. Darüber hinaus sollte die EU schon jetzt den Folgewirkungen der US-Sanktionen gegen den Iran wirkungsvoll entgegentreten. Dazu könnte die EU-Kommission für alle Unternehmen und Banken, die mit dem Iran Geschäftsbeziehungen pflegen wollen, den zu erwartenden Schaden als Folge der von den USA verhängten Bußgelder übernehmen. Ferner müsste die EU den Haager Gerichtshof anrufen, um das Erpressungsinstrument »Exterritoriale Sekundärsanktionen« als völkerrechtswidrig zu verurteilen. Die Verteidigung des Iran-Atomabkommens bietet sich meines Erachtens für die EU geradezu als historische Chance an, ihre Iran- und Mittelostpolitik auf neue und von den Vereinigten Staaten unabhängige Gleise zu stellen. Folgende kurz- und langfristigen Schritte könnten helfen, einen neuen Krieg im Mittleren Osten zu verhindern:

Die EU müsste erklären, dass sie einen Krieg gegen Iran ablehnt und sich nicht an ihm beteiligen wird. Bei einer massiven Ablehnung der EU dürfte es Trump schwer fallen, in den USA einen innenpolitischen Konsens für einen solchen Krieg herbeizuführen.

Schließlich müsste die EU anlässlich des Konflikts um das Iran-Atomabkommen ankündigen, alsbald die UN-Konferenz für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren und Nahen Osten zu reaktivieren, die die USA und Israel seit 2014 blockieren. Dafür müsste aber erst der Strukturfehler des UN-Beschlusses behoben werden, wonach alle betroffenen Staaten der Konferenz zustimmen müssten. Gerade weil die USA und Israel ihr Veto zur Verhinderung der Konferenz missbrauchen, könnte die UN-Konferenz zunächst mit willigen Staaten beginnen und in einem späteren Stadium sämtliche betroffene Staaten miteinbeziehen.

Sieg des militärisch-industriellen Komplexes auf der ganzen Linie

Im Kalten Krieg lief das Geschäft der Rüstungsindustrie auf Hochtouren. Am Ende dieser Ära hofften viele, es beginne ein neues Zeitalter mit weniger Rüstung und Kriegen und die frei werdenden Mittel würden als Friedensdividende für gute Zwecke genutzt, vor allem zur Beseitigung von Armut. Doch die Vereinigten Staaten sahen das Ende des nuklearen Wettrüstens offensichtlich als Wendepunkt zu einer neuen gigantischen Aufrüstung: Sie steigerten ihre Rüstungsausgaben in nur zwei Jahrzehnten um mehr als 500 %, von 150 Mrd. Dollar (1990) auf 768,45 Mrd. (2010), soviel wie die gesamte restliche Welt zusammengenommen.

Dem militärisch-industriellen Komplex (MIK) der USA gelang es offensichtlich, nach Ende des Kalten Krieges das Rad der Geschichte zurückzudrehen.⁵⁹⁰ Eine internationale Abrüstung, wie sie Gorbatschow und Reagan 1986 in Reykjavik vereinbart hatten, hätte für den MIK eine ökonomische Krise großen Ausmaßes, aber auch einen herben Verlust an politischem Einfluss auf Washington bedeutet. Gorbatschow hat in einem Interview bei *Russia Today*⁵⁹¹ eindringlich gewarnt, die USA könnten offensichtlich ohne MIK nicht leben, sie seien deshalb zu Sklaven ihrer eigenen Militärindustrie geworden. Gorbatschows Mahnung sollten jene Deutschen beherzigen, die sich als »Sklaven« in den Dienst der gefährlichen Seite der USA gestellt haben.

Alle Indizien sprechen dafür, dass der MIK sich – zur eigenen Existenz – gegen Ende der 1980er-Jahre mit Hilfe der US-Neokonservativen auf der ganzen Linie durchgesetzt hat.⁵⁹² Die nukleare Abrüstung wurde gestoppt, offensichtlich um erstens das nukleare West-Ost-Wettrüsten weiter anzuhetzen, zweitens die Ängste der Europäer vor russischen Atomwaffen aufrechtzuerhalten

und drittens Europa in sicherheitspolitischer Abhängigkeit zu halten. Basis der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik war seit Jahrzehnten und ist bis heute die »Strategie der Vorherrschaft«. Konsequenterweise wurden die weltweiten Militärstützpunkte massiv ausgebaut – inzwischen auf über 800 –, die Weltraumgestützten Raketenabwehrsysteme aus dem Boden gestampft, dann der Rüstungsetat so immens erhöht wie nie zuvor. So wurde die Welt scheibchenweise militärisch umgekrempelt: mit den Jugoslawienkriegen in den 1990er-Jahren, den Kriegen im Mittleren Osten (Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien) im vergangenen Jahrzehnt, dem Atomstreit mit dem Iran seit 2003, dem Ukraine Konflikt und der Vertiefung gefährlicher Spannungen in Europa, der unablässigen NATO-Osterweiterung und schließlich der gezielten Einkreisung Russlands.

Rüstungsfinanzierung durch Staatsverschuldung

Die US-Ökonomie befindet sich seit über zwei Dekaden in einer massiven Strukturkrise: In vielen Sektoren ist die Wirtschaft auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig, seit über 18 Jahren weist die US-Handelsbilanz deshalb ein chronisches Defizit auf. Und trotzdem leisten sich die USA mit Rüstungsausgaben von 4% des BIP – mehr als doppelt so hoch wie die meisten westlichen Staaten – einen Luxus, der jede andere Volkswirtschaft zum Kollaps brächte. In Amerika ist das gigantische Militärbudget dagegen ein Tabuthema auch bei der Opposition und in den Medien. Wie ist aber die weitgehende Ignoranz der US-Amerikaner gegenüber dieser Geldverschwendung zu erklären?

Wie Tabelle 2 zeigt, scheinen die USA ihre Rüstungsausgaben mit der Staatsverschuldung zu finanzieren. Die US-Staatsverschuldung steigt jedenfalls ziemlich parallel zu den Rüstungsausgaben, nur mit

einer höheren Geschwindigkeit. Da die Vereinigten Staaten seit dem Ersten Weltkrieg permanent an zahlreichen Kriegen beteiligt waren, ist ihre Staatsverschuldung folglich exponentiell gestiegen. Zwischen den drei Parametern Krieg, Rüstungsausgaben und Staatsverschuldung gibt es aus zwei wesentlichen Gründen einen kausalen Zusammenhang:

Erstens können Regierungen – nicht nur in den USA – Kriege und Rüstungsausgaben durch Staatsverschuldung leichter akzeptanzfähig machen als durch Steuererhöhungen, da sie so die Kriegskosten zum großen Teil auf künftige Generationen verlagern.

Zweitens verursachen Kriegsschulden generell exponentielles Schuldenwachstum. Denn im Unterschied zu allen anderen Investitionen sind Rüstungsinvestitionen unproduktiv und vernichten, ökonomisch gesehen, Kapital. Generell sind also Rüstungsausgaben und Kriege die Hauptquelle der steigenden Staatsverschuldung und nicht steigende Sozialausgaben, wie irreführenderweise immer wieder behauptet wird. Denn Sozialausgaben einer Gesellschaft erhöhen auch die Gesamtproduktivität, die Wertschöpfung und durch zurückfließende Steuern die Staatseinnahmen. Wer die Staatsverschuldung wirklich reduzieren will, muss zuallererst die Rüstungsausgaben verringern.

Tabelle 2: US-Verteidigungsetat und Auslandsverschuldung seit 1900 in Milliarden US-Dollar⁵⁹³ im Jahresdurchschnitt

Dekaden	US- Verteidigungsetat	Staatsverschuldung	Beteiligung an Kriegen
---------	--------------------------	--------------------	------------------------

1900-09	kA	2,3	
1910-19	kA	6,8	
1920-29	kA	22,83	1. Weltkrieg
1930-39	kA	35,35	
1940-49	33,350	182,71	2. Weltkrieg
1950-59	41,496	269,45	Koreakrieg
1960-69	60,280	323,82	Vietnamkrieg
1970-79	88,997	547,27	
1980-89	231,612	924,05	Beginn der Jugoslawienkriege
1990-99	272,495	4.635,56	Jugoslawienkriege und Irakkrieg
2000-2009	465,363	7.888,10	Kriege in Afghanistan, Irak, Libyen
2010	768,470	14.176,8	Kriegsfolgekosten
2012	715,840	16.557,3	Kriegsfolgekosten
2014	618,340	18.178,6	Kriegsfolgekosten
2016	601,199	19.918,7	Kriegsfolgekosten
2017	609,760	kA	

Quellen: Das Schulden-Porträt der USA 1791-2014; Fiscal Year 2015. Historical Tables. Budget of the U.S. Government, Washington DC., S. 143f. sowie eigene Berechnungen

Dollarimperialismus⁵⁹⁴

Jeder Ökonom weiß, dass kein Staat seine Haushaltsdefizite auf Dauer durch Staatsverschuldung lösen kann. Dieser Weisheit widersprach aber Theo Weigel, Finanzminister der CDU-FDP-Regierung unter Helmut Kohl, als er behauptete: Die USA fahren – im Gegensatz zu Japan – damit sehr gut und ihre Wirtschaft sei mit 3% Wachstum stabil. Doch Weigel unterschlug absichtlich oder aus Unkenntnis die Sonderrolle der USA.⁵⁹⁵ Als einzige Ökonomie der Welt müssen sie ihre Staatsschulden praktisch nie zurückzahlen. Denn durch die Vergabe von Staatsanleihen verfügen Amerikas Regierungen über eine Geldquelle, mit der sie sowohl ihre Haushaltsdefizite als auch die US-Leistungsbilanzdefizite finanzieren. Das bedeutet konkret: Zur Finanzierung laufender Staatsausgaben tauscht das US-Finanzministerium Staatsanleihen bei der FED gegen frisch gedruckte Dollar. Die FED wiederum vermarktet diese Staatsanleihen auf dem Weltmarkt und gleicht so durch ständig neues Kapital die Leistungsbilanzdefizite aus. Der Preis für diese Geldschöpfungspolitik ist eine unermessliche Staatsverschuldung. Um die alten Anleihen samt Renditen bei Fälligkeit zu bedienen, geben Amerikas Regierungen einfach neue Staatsanleihen aus, die sie – gegen frisches Geld bei der FED eingetauscht – erneut in Umlauf bringen. Auf diese Weise entsteht zwar eine Dollarinflation, die jedoch in den gesamten Globus und zu Lasten aller Dollarbesitzer exportiert wird. Dieser Prozess kann beliebig fortgesetzt werden, solange Kapitalanleger aus der ganzen Welt trotz Dollarinflation auf US-Staatsanleihen als sichere und profitable Investitionsanlage vertrauen. Dieser weitestgehend verborgene Dollarkreislauf – Investitionen in US-Staatsanleihen, steigende Nachfrage nach Dollar, Geldschöpfung durch die FED – sorgt dafür, dass das Vertrauen in US-Staatsanleihen erhalten bleibt und ständig Kapital in die US-Ökonomie fließt. Kein Wunder, dass eine unter

großen Handelsbilanzdefiziten leidende Ökonomie keinen Staatsbankrott befürchten muss. In der Kapitalbilanz schlägt sich die Auslandsverschuldung als Kapitalimportüberschuss nieder. Von 2000 bis 2016 stieg die Auslandsverschuldung der USA von 5.628 Mrd. US-Dollar auf die astronomische Summe von 19.918 Mrd. Dollar und liegt aktuell im Jahr 2018 bei nahezu 21.500 Mrd. Dollar. Dieses zusätzliche Kapital stammt aus realen Wirtschaftsleistungen der ganzen Welt, während sich die USA darauf beschränkten, neues Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen. Das Gesamtvolumen der ausstehenden US-Staatsanleihen betrug im September 2018 über 12.002 Mrd. bzw. 12 Billionen US-Dollar.

Diese privilegierte Position der USA setzt voraus, dass der Dollar in absehbarer Zeit sein Monopol als Leitwährung beim internationalen Ölhandel behält. Bis zur Aufkündigung des Bretton-Woods-Abkommens im Jahr 1973 durch die USA hatte der Dollar eine Gold-Deckung. Doch danach übernahm der globale Ölhandel faktisch die Golddeckungsfunktion des Dollars. Denn das Öl war inzwischen zur wichtigsten Einzelware im Welthandel aufgestiegen, die weltweit steigende Nachfrage nach Öl verstetigte folglich die Nachfrage nach Dollar und zementierte so dessen Stabilität.⁵⁹⁶ Der Ölhandel in Dollar ist allerdings nur möglich, solange die USA sämtliche Ölstaaten des Mittleren Ostens unter ihrer totalen Kontrolle halten. Das erklärt die US-Kriege im Mittleren Osten und nach meiner Einschätzung auch das Ziel der US-Neokonservativen, ihr Greater-Middle-East-Projekt zu verwirklichen: An die Stelle starker Staaten sollen möglichst viele, schwache Ölstaaten treten, die sich in den nächsten Dekaden des US-Diktats nicht werden erwehren können. Somit schließt sich ein Kreis aus US-amerikanischer Staatsverschuldung zur Finanzierung der gigantischen Rüstungsausgaben, dem Zufluss eines beträchtlichen

Teils der Wirtschaftsleistung aus der ganzen Welt durch das Instrument des Dollar-Imperialismus und der kriegerischen Umwälzung des Mittleren Ostens, die die Nachfrage für die Rüstungsgüter aufrechterhält.

Der Dollar-Imperialismus erstreckt sich auch auf andere Felder der US-Hegemonie. Um ihre Interessen durchzusetzen, verhängen die US-Regierungen zunehmend Wirtschaftssanktionen als Hebel politischer Macht. So haben sie beispielsweise Russland angesichts des Ukraine-Konflikts mit umfassenden Sanktionen belegt. Noch dramatischer sind die Wirtschaftssanktionen gegen den Iran angesichts von Trumps Ausstiegs aus dem Iran-Atomabkommen. US-Wirtschaftssanktionen sind deshalb so wirkungsvoll, weil über 80 Prozent des Welthandels in Dollar abgewickelt werden.

Zur Ironie der Geschichte gehört, dass die Welt für die Kosten dieser imperialistischen Politik der USA aufkommen muss: Erstens werden Millionen Menschen abgeschlachtet oder aus ihren Dörfern und Städten vertrieben, denn die Welt muss in Chaos und permanenten Kriegen gehalten werden, damit der militärisch-industrielle Komplex der USA fortbesteht. Zweitens werden ganze Ölstaaten in Geiselhaft genommen, damit die USA weiterhin an ihrem Weltwährungsmonopol festhalten können. Drittens wird ein Ölstaat wie der Iran, dessen Öl eine Machtquelle für den Dollar darstellt, dank der Macht des Dollars ständig mit Wirtschaftssanktionen bestraft. Darum wird es höchste Zeit, dass das US-Monopol auf die Weltwährung endlich durch den Euro und Renminbi, also Weltwährungen der anderen beiden Welthandelsmächte EU und China, aufgehoben wird.

583. Über die historischen Zusammenhänge von Öl, US-Hegemonie und Kriege im Mittleren Osten vgl. Mohssen Massarrat, Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl. Hamburg 2003

584. Zur Wahrheit gehört auch, dass die Elite der Islamischen Republik an der Entstehung der antiiranischen Haltung des Westens nicht ganz unschuldig war. Dabei spielte ihre Duldung der Besetzung der US-Botschaft im November 1979 und die Geiselnahme von 90 Botschaftsangehörigen eine wichtige Rolle.

585. de.wikipedia.org

586. Sascha Lohmann/Oliver Meier/Azadeh Zamirirad, Juni 2017: Iran Atomprogramm: Washington und Brüssel auf Kollisionskurs, SWP-Aktuell 53, S. 2

587. www.welt.de

588. Vgl. ausführlicher dazu: Michael Brzoska, 2017: Trump und der Atomdeal mit Iran. Jetzt ist Europa gefordert, IFSH Stellungnahme vom 16.10. 2017

589. Heiko Maas, Gastbeitrag: »Wir lassen nicht zu, dass die USA über unsere Köpfe hinweg handeln Es ist höchste Zeit, die Partnerschaft zwischen den USA und Europa neu zu vermessen. Als Bauplan kann dazu die Idee einer balancierten Partnerschaft dienen«, Handelsblatt vom 2. August 2018, www.handelsblatt.com

590. Siehe hierzu auch den Beitrag von Ullrich Mies in diesem Band.

591. www.rtdeutsch.com

592. Siehe hierzu den Beitrag von Kees van der Pijl in diesem Band.

593. Für die Dekaden/Jahre als Jahresdurchschnitt, ab 2010 Jahreszahlen

594. Ausführlichere Darlegungen vgl. Mohssen Massarrat, Chaos und Hegemonie. Wie der US-Dollar-Imperialismus die Welt dominiert, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2014, S. 93-100 und derselbe: Zauberformel: Öl- statt Gold-gedechte Weltwährung, in: Lunapark 21, Heft 26, Sommer 2014.

595. In der ZDF-Sendung Markus Lanz am 18. Dez. 2014

596. Ausführlichere Darlegungen vgl. Mohssen Massarrat: Braucht die Welt den Finanzsektor? Postkapitalistische Perspektiven. Hamburg 2017

US-Kriege und Stellvertreterkriege seit 1945: Jetzt rückt Iran ins Fadenkreuz

Ernst Wolff

»Nie wieder Krieg!« forderten die Menschen 1945. Nach den Grausamkeiten und Zerstörungen zweier Weltkriege war der Wunsch nach dauerhaftem Frieden allgegenwärtig. Doch er erfüllte sich nicht. Bis heute wird die Welt immer wieder von Kriegen und Militärkonflikten erschüttert. Ein Akteur spielt dabei durchgehend eine entscheidende Rolle: Die USA.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann ein neues Kapitel der Weltgeschichte. Die USA stiegen als erstes Land zur globalen »Supermacht« auf und beherrschten fortan den größten Teil der Erde – wirtschaftlich, militärisch und mit Hilfe ihres 1944 zur weltweiten Leitwährung erklärten Dollars auch finanziell.

Motor und Hauptprofiteur dieser Entwicklung waren die US-Großbanken und die US-Konzerne, beide hauptsächlich im Besitz weniger ultrareicher Familien. Die Banken hatten sich 1913 durch die Gründung der Zentralbank Federal Reserve System (FED) das Geldschöpfungsmonopol gesichert, die Weltkriege durch ausgiebige Kreditvergabe zum eigenen Vorteil genutzt und überschwemmt nach Kriegsende fast die gesamte Welt mit ihrer Währung. Die US-Konzerne hatten aufgrund der technologischen Entwicklung und der Größe des amerikanischen Binnenmarktes als erste die Massenproduktion eingeführt und waren ihrer Konkurrenz daher weit überlegen. Nach Kriegsende aber standen sie vor einem

Problem: Sie produzierten mehr Waren, als der heimische Markt aufnehmen konnte.

Wichtigstes Ziel der USA war also die Erschließung neuer Märkte. Größtes Hindernis auf diesem Weg war die Führung der UdSSR,⁵⁹⁷ die nach der Revolution 1917 die Planwirtschaft eingeführt und der globalen Marktwirtschaft damit ein Sechstel der Erdoberfläche entzogen hatte. Aber das war nicht alles: Nach der Aufteilung Europas unter den Siegermächten entstand auch noch der von der Sowjetunion dominierte »Ostblock«, der ebenfalls planwirtschaftlich organisiert wurde. Zudem gewannen die großen kommunistischen Parteien in West- und Südeuropa immer mehr Anhänger, so dass in Frankreich, Italien und Griechenland sogar der Übergang in den sowjetischen Einflussbereich möglich erschien. Um diese Entwicklung zu stoppen, verkündete US-Präsident Harry S. Truman 1947 die nach ihm benannte »Truman«-Doktrin: Ihr zufolge waren die USA von nun an bereit, allen »freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen.«⁵⁹⁸ Weniger diplomatisch ausgedrückt hieß das: Die USA, die im Zweiten Weltkrieg noch an der Seite der Sowjetunion in der Anti-Hitler-Koalition gekämpft hatten, gingen nun auf Konfrontationskurs zum ehemaligen Verbündeten und erklärten sich bereit, die Einführung weiterer Planwirtschaften und damit den Verlust zusätzlicher Märkte notfalls gewaltsam zu verhindern.

Es sollte nicht lange dauern, bis der nächste Markt fiel. Am 1. Oktober 1949 übernahm in China die Kommunistische Partei unter Mao Zedong die Macht. Der Truman-Doktrin zufolge hätten die USA nun militärisch eingreifen müssen. Davor aber scheuten sie zurück, denn die Sowjetunion hatte in den Jahrzehnten zuvor Mao Zedong, die US-Regierung dessen Gegner Chiang Kai-shek unterstützt. Ein

militärisches Eingreifen der USA hätte also zum direkten Konflikt zwischen beiden Großmächten führen und, da die Sowjetunion inzwischen ebenfalls Nuklearmacht geworden war,⁵⁹⁹ einen Atomkrieg auslösen können.

Korea: Erster US-Stellvertreterkrieg im Atomzeitalter

Ein Teil der militärischen Führung der USA drängte dennoch auf den Einsatz von Atomwaffen,⁶⁰⁰ doch sowohl die Finanzelite als auch die Politik zögerten. Nicht etwa aus humanitären Erwägungen – schließlich hatte man 1945 bereits zwei Atombomben auf die japanischen Großstädte Hiroshima und Nagasaki abgeworfen, sondern aus folgenden Gründen: Zum einen war nicht klar, wie man die kriegsmüde amerikanische Bevölkerung dazu bewegen konnte, einen weiteren Militärkonflikt zu unterstützen. Zum anderen konnte niemand vorhersagen, wie ein Atomkrieg ausgehen würde und ob die USA ihn nicht vielleicht sogar verlieren könnten.

Also entschied sich die Regierung in Washington für eine andere Variante, die sie nicht nur in die Lage versetzte, den planwirtschaftlich organisierten Nationen den Fehdehandschuh hinzuwerfen und sich geostrategisch gegen sie zu positionieren, sondern der eigenen Finanzelite auch noch die Möglichkeit verschaffte, viel Geld zu verdienen – einen *Stellvertreterkrieg*.

Als Schauplatz bot sich Korea an, das direkt an den neuen Widersacher, die Volksrepublik (VR) China, angrenzte und 1945 nach 35-jähriger Besetzung durch Japan in einen von der Sowjetunion besetzten Norden und einen von den USA besetzten Süden aufgeteilt worden war. Während die Regierungen in Washington und Beijing der Weltöffentlichkeit versicherten, die »Wiedervereinigung« des Landes herbeiführen zu wollen, setzten sie in ihren jeweiligen Protektoraten politische Führer ein, die ihnen

treu ergeben und keinesfalls an der Zusammenführung beider Landesteile interessiert waren.

Im Gegenteil: Der Ton zwischen Nord- und Südkorea wurde zusehends schärfer, es entwickelten sich erste Grenzkonflikte, die durch gezielte Provokationen angeheizt wurden. Als nordkoreanische Truppen im Juni 1950 die Grenze überschritten, griffen die USA zusammen mit UN-Truppen offen auf der Seite des Südens ein. Die Kämpfe weiteten sich schnell aus und nachdem China im Oktober begann, die nordkoreanischen Truppen mit einem »Freiwilligenheer«⁶⁰¹ zu unterstützen, kam es zum offenen Krieg.

Die Gefechte dauerten drei Jahre lang an und kosteten etwa vier Millionen Menschen das Leben. Nach Kriegsende erklärte General Curtis LeMay, Befehlshaber der US-Luftstreitkräfte in Korea, man habe etwa 20 Prozent der nordkoreanischen Bevölkerung getötet und »schlussendlich jeden einzelnen Ort im Land niedergebrannt«.⁶⁰²

Während die koreanische Zivilbevölkerung mit ihrem Leid und ihrer Trauer fertig werden musste, war man in Washington und an der Wall Street zufrieden. Zwar war der Koreakrieg der erste Krieg im 20. Jahrhundert, den die USA nicht gewonnen hatten, doch dafür hatte die US-Army 635.000 Tonnen Bomben abgeworfen, Nervengas, Napalm sowie weitere chemische und – wie man heute weiß – auch biologische Kampfstoffe erprobt und so der Welt ihre ungeheure Vernichtungskraft eindrucksvoll demonstriert. Vor allem aber hatte der Krieg die Kassen der Rüstungsindustrie und der hinter ihr stehenden Investoren und Kreditgeber prall gefüllt.

Vietnam: Das »Gleichgewicht des Schreckens« und der nächste Stellvertreterkrieg

Die öffentliche Propaganda gegen die UdSSR und die VR China, die den Koreakrieg begleitete, löste in den USA eine antikommunistische Hysterie aus, die der Waffenindustrie eine ganz neue – historisch nie dagewesene – Perspektive eröffnete: Unter dem Vorwand, ein dauerhafter Weltfrieden könne angesichts der »kommunistischen Bedrohung« nur durch nukleare Abschreckung gesichert werden, drängten die Rüstungskonzerne die Politik, die USA atomar aufzurüsten. Washington entfachte daraufhin unter dem Schlagwort vom »Gleichgewicht des Schreckens« ein von ständigen Drohungen begleitetes Wettrüsten mit der Folge, dass die Rüstungsindustrie nun auch im »Kalten Krieg«, also ohne Kampfhandlungen, riesige Profite einfahren, noch mehr Macht und Einfluss gewinnen und teilweise mit dem Militärapparat zum »militärisch-industriellen Komplex« verschmelzen konnte.

Es war ausgerechnet US-Präsident Dwight D. Eisenhower, der am Ende seiner achtjährigen Amtszeit im Januar 1961 auf die Gefahren dieser zunehmenden Machtkonzentration hinwies. »Wir müssen auf der Hut sein vor unberechtigten Einflüssen des militärisch-industriellen Komplexes, ob diese gewollt oder ungewollt sind«, sagte er in seiner Abschiedsrede an das amerikanische Volk. »Die Gefahr für ein katastrophales Anwachsen unbefugter Macht besteht und wird weiter bestehen. Wir dürfen niemals zulassen, dass das Gewicht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unseren demokratischen Prozess bedroht.«⁶⁰³

Obwohl die Worte aus dem Munde eines Mannes kamen, der als einer der höchstdekorierten US-Armeegeneräle aus dem Zweiten Weltkrieg zurückgekehrt war, fanden sie bei den Verantwortlichen kein Gehör. Im Gegenteil: Der Kalte Krieg ging nicht nur weiter, sondern erreichte 1962 mit der Kuba-Krise⁶⁰⁴ einen seiner Höhepunkte.

Gleichzeitig schwelte im Hintergrund ein weiterer Konflikt, dessen Konstellation fast wie eine Wiederholung des Koreakrieges wirkte: In Vietnam, das 1954 nach der Niederlage Frankreichs im Indochina-Krieg in zwei Staaten geteilt worden war, drohte der Süden Mitte der 1960er-Jahre von einer Befreiungsbewegung aus dem Norden eingenommen zu werden, die ihre Waffen vor allem aus der UdSSR und der VR China bezog.

1965 entsandten die USA, die das ihnen ergebene Regime im Süden seit der Teilung unterstützten, eigene Truppen ins Land und entfachten damit den zweiten großen Stellvertreterkrieg nach 1945. Er wurde verloren, kostete mehr als drei Millionen Menschenleben und hinterließ ein in Trümmern gelegtes Land.

Für die Rüstungsindustrie allerdings erwies sich auch dieser Krieg als Goldgrube. Der Abwurf von acht Millionen Tonnen Bomben, mehr als doppelt so viel wie im Zweiten Weltkrieg, spülte erneut riesige Profite in ihre Kassen. Und ähnlich wie in Korea wurden auch in Vietnam ganze Landstriche als Testlabor für neu entwickelte Kampfstoffe benutzt, darunter das berüchtigte Agent Orange, ein hochgiftiges Pflanzenvernichtungsmittel, mit dem Urwälder großflächig entlaubt wurden, um feindliche Truppenbewegungen aus der Luft verfolgen zu können, und an dessen Spätfolgen bis heute noch über eine Million Vietnamesen leiden.⁶⁰⁵

Bis 1990: Stellvertreterkriege am Fließband

Noch während der Vietnamkrieg tobte, kam es 1973 zwischen Ägypten und Syrien einerseits und Israel andererseits zu einem weiteren Stellvertreterkrieg. Der Jom-Kippur-Krieg markierte allerdings eine strategische Wende für die USA, denn diesmal ging es für sie nicht mehr darum, die Ausbreitung von Planwirtschaften zu

verhindern. Hauptziel war es vielmehr, Israel, dem nach Saudi-Arabien wichtigsten US-Verbündeten im Nahen Osten, den Rücken zu stärken und den eigenen Einfluss in der ölreichen Region zu behaupten.

Der Bürgerkrieg im afrikanischen Angola 1974/75 bis 2002, in dem die USA zusammen mit dem Apartheid-Regime in Südafrika die westlich orientierte Befreiungsbewegung UNITA,⁶⁰⁶ die Sowjetunion und Kuba dagegen die rivalisierende MPLA⁶⁰⁷ unterstützten, setzte diesen Trend fort: Auch hier ging es den USA nicht mehr um die Verhinderung einer Planwirtschaft, die von der MPLA auch nicht mehr gefordert wurde, sondern in erster Linie darum, sich geostrategisch zu positionieren. Ähnliches galt für den Ogadenkrieg 1977 bis 1978⁶⁰⁸ in Äthiopien und zahlreiche weitere regionale Stellvertreter-Konflikte: In fast allen Fällen kam es den USA darauf an, den eigenen geostrategischen Einfluss zu sichern und die gegnerische Ausdehnung zu verhindern.

Sämtliche Stellvertreterkriege endeten, ohne dass die USA jemals als Sieger daraus hervorgingen. Alle trugen aber entscheidend dazu bei, ganze Staaten auf Jahre hinaus zu destabilisieren, und schufen somit die Grundlage, auf der die Machthaber in Washington ihren Einfluss in den betroffenen Regionen wirtschaftlich, militärisch oder durch den Einsatz ihrer Geheimdienste festigen oder erweitern konnten. Darüber hinaus wuchsen mit jedem Krieg die Macht und der Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes.

Der Afghanistankrieg schließlich wurde zum letzten großen Stellvertreterkrieg zwischen der Sowjetunion und den USA. Die UdSSR unterstützte die mit ihrer Hilfe an die Macht gebrachte Regierung unter Mohammed Nadschibullāh, während die USA zusammen mit Saudi-Arabien, Großbritannien und Pakistan die Guerilla-Organisation Mudschaheddin – aus der später u.a. die Taliban

hervorgingen –, mit Waffen und Geld versorgten. Der Krieg kostete nicht nur zwei Millionen Afghanen das Leben, sondern erwies sich für die Führung in Moskau als historisches Desaster, denn er trug wegen der hohen Kosten zur Schwächung des Regimes und zum Zusammenbruch der Sowjetunion bei.

Mit der Auflösung der UdSSR zu Beginn der 1990er-Jahre⁶⁰⁹ ging schließlich eine historische Epoche zu Ende: Die globale Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR war vorüber, dem Rüstungswettlauf und den Stellvertreterkriegen somit die Grundlage entzogen. Medien und Politik im Westen jubelten, ein Buch des US-Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama («Das Ende der Geschichte») eroberte die Bestseller-Listen mit der Botschaft, die Marktwirtschaft und der Liberalismus hätten ihre Überlegenheit gegenüber totalitären Systemen bewiesen. Nun stehe die Welt an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter des friedlichen Miteinanders und des globalen Wohlstands.

Die Euphorie sollte nur von kurzer Dauer sein, und das aus einem einfachen wirtschaftlichen Grund: Hinter der Fassade der Demokratie hatte sich der militärisch-industrielle Komplex durch das Wettrüsten im Kalten Krieg und die zahllosen Stellvertreterkriege zum wichtigsten und lukrativsten Industriesektor der USA entwickelt. Die Aktien der Rüstungskonzerne warfen höhere Dividenden ab als die anderer Wirtschaftszweige, die Banken verdienten an der Kreditvergabe immense Summen und immer mehr Investoren drängten mit eigenem und geliehenem Geld in diesen Sektor. Zusammen mit einem ständig wachsenden Heer von Lobbyisten in Washington setzten Konzerne, Banken und Privatinvestoren die Politik zunehmend unter Druck und forderten weiteres Wachstum und höhere Renditen. Das aber hieß nichts anderes als: weitere Kriege.

Die USA auf der Suche nach einem neuen Feindbild

Wie so oft unterwarf sich die Politik den Interessen der Wirtschaft: Als sich nach dem Zerfall der Sowjetunion in Jugoslawien nationalistische Bewegungen bildeten, ergriffen führende US-Politiker, unterstützt von ihren NATO-Partnern, die Gelegenheit und setzten sich plötzlich für die Freiheit von Volksgruppen ein, deren Namen sie bis dahin vermutlich nicht einmal gehört hatten. Die US-Geheimdienste schalteten sich ein, unterstützten die Nationalisten durch materielle und finanzielle Zuwendungen und trieben systematisch Keile zwischen die verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Der IWF, die von den USA dominierte mächtigste Finanzorganisation der Welt, wurde ebenfalls aktiv und destabilisierte die jugoslawische Zentralregierung in Belgrad, indem er dafür sorgte, dass die Provinzen von den Geldströmen aus der Hauptstadt abgeschnitten wurden.⁶¹⁰ Die Lage eskalierte, es kam landesweit zu Unruhen und Aufständen. Die USA griffen zusammen mit NATO-Truppen ein und entfachten den ersten Krieg nach 1945 auf europäischem Boden. Er endete mit der Zerstörung des südslawischen Vielvölkerstaats und der Gründung neuer Staaten durch politische Kräfte, die den USA und ihren NATO-Partnern genehm waren. Der US-Finanzelite brachte er erneut riesige Gewinne ein.

Nur zwei Jahre nachdem der Jugoslawienkrieg durch einen Waffenstillstand in Mazedonien beigelegt war, ereigneten sich am 11. September 2001 in New York und Washington die bislang schwersten Terroranschläge in den USA. Die Hintergründe liegen nach wie vor im Dunkeln, aber für den militärisch-industriellen Komplex der USA kamen die Anschläge wie gerufen: Ein Jahrzehnt nach dem Fall der Sowjetunion präsentierten sie der US-Finanzelite

und der US-Politik ein geradezu ideales neues Feindbild – den Terrorismus. Schon wenige Tage nach den Anschlägen verkündete US-Präsident George W. Bush die neue Strategie der USA und rief den globalen »Krieg gegen den Terror« aus.

Den Auftakt bildete wenige Wochen später die US-Intervention in Afghanistan. Obwohl fünfzehn der achtzehn Attentäter vom 11. September aus Saudi-Arabien stammten, verlangte kein einziger Politiker in den USA Vergeltungsmaßnahmen gegen den wichtigsten US-Verbündeten im Nahen Osten. Stattdessen musste die Duldung terroristischer Ausbildungslager in den Bergen Afghanistans durch die Taliban als Vorwand für das Eingreifen der USA herhalten. Weder Medien noch Politik erinnerten die Öffentlichkeit daran, dass es sich bei den Taliban um eine Nachfolgeorganisation der von den USA zuvor unterstützten Mudschaheddin handelte.

Der bis heute andauernde Kriegszustand hat die Region seit mittlerweile mehr als eineinhalb Jahrzehnten destabilisiert. Allein bis 2010 errichteten USA und NATO siebenhundert Militärstützpunkte, von denen aus sie das Land bis heute zum Teil militärisch beherrschen. Damit sind sie im Zentrum Eurasiens einem Ziel eines ihrer bedeutendsten außenpolitischen Strategen einen großen Schritt näher gekommen. Zbigniew Brzezinski, Berater von vier aufeinanderfolgenden US-Präsidenten, schrieb in seinem Buch »Die einzige Weltmacht«: »Eine Macht, die Eurasien beherrscht, würde über zwei der drei höchstentwickelten und wirtschaftlich produktivsten Regionen der Welt gebieten.«⁶¹¹

Zusätzlich haben sich die USA durch ihre Präsenz in Afghanistan gegen ein Land positioniert, das in den 1990er-Jahren einen atemberaubenden wirtschaftlichen Aufstieg hinter sich gebracht hatte und von dem spätestens seit der Jahrtausendwende feststeht,

dass es zur größten Herausforderung für die globale Hegemonie der USA werden wird – China.

China – die neue Bedrohung für die globale Vorherrschaft der USA

Die Kommunistische Partei Chinas hatte 1989 eine landesweite Demokratiebewegung vom Militär niederschlagen lassen und sich danach rasch von den Prinzipien der Planwirtschaft verabschiedet. Da ihre Führung durch den seit 1949 bestehenden staatlichen Zentralismus mehr Macht in ihren Händen hielt als jede westliche Regierung, konnte sie eine Art Turbo-Kapitalismus entfesseln, dessen Wachstumsraten die aller übrigen Industriestaaten bei weitem übertrafen.

Zur Jahrtausendwende wurde immer deutlicher, dass mit China ein globaler Wirtschaftsgigant entstand, der die Vormachtstellung der USA als weltweit größter Warenproduzent und wichtigste Handelsnation der Erde in absehbarer Zukunft infrage stellen würde. Vor allem aber zeichnete sich ab, dass dieser Aufstieg zu einer wachsenden Bedeutung des chinesischen Yuan führen und damit die globale Sonderstellung des US-Dollars mittel- bis langfristig untergraben würde.

Damit aber traf die Entwicklung den wundesten Punkt der US-Eliten, und zwar aus folgendem Grund: Nach der Auflösung der Gold-Dollar-Bindung 1971 haben die USA den Dollar durch ein Abkommen mit Saudi-Arabien als »Petro-Dollar« an das Erdöl, die meistgehandelte Ware der Welt, gebunden. Da alle Länder der Erde auf Erdöl angewiesen sind und ihre Zentralbanken seitdem einen großen Teil ihrer Reserven in Dollar vorhalten müssen, haben sie den Dollar so zur global wichtigsten Reservewährung und damit zu

ihrem stärksten politischen und ökonomischen Druckmittel gemacht.

Weil gleichzeitig Millionen von amerikanischen Arbeitsplätzen durch die Globalisierung außer Landes – und zum großen Teil nach China – geschafft wurden und dadurch eine nie dagewesene Abhängigkeit vom Ausland, insbesondere von China, entstand, ist der Petro-Dollar heute neben dem US-Militär die bedeutendste Stütze der Vormachtstellung der USA. Wie weit die USA gehen, um diese Sonderstellung des Dollars zu erhalten, zeigte sich ab 2003 im Irakkrieg und ab 2011 im Libyenkrieg.

In beiden Fällen setzten die USA ihre ganze Militärmacht ein, begingen schwerste Kriegsverbrechen und nahmen zehntausende Opfer in Kauf, um ihre Gegner in die Knie zu zwingen. Als Kriegsvorwand wurde im Fall des Irak die Bedrohung durch »Massenvernichtungswaffen« angegeben, im Fall von Libyen hieß es, man greife militärisch ein, um weitere Massaker von Staatschef Gaddafi an der Zivilbevölkerung zu verhindern.

Die Kriege im 21. Jahrhundert: Es geht um den Petro-Dollar, Öl und Erdgas

Beide Gründe wurden inzwischen als Lügen entlarvt. Tatsächlich hatten die jeweiligen Staatschefs den Zorn der USA aus ganz anderen Gründen auf sich gezogen: Saddam Hussein, weil er irakisches Öl für Euro verkaufen, und Muammar Gaddafi, weil er eine goldgedeckte nordafrikanische Währung einführen wollte. Dass der eine am Galgen endete und der andere durch Lynchmord ums Leben kam, kann vermutlich als Warnung an mögliche Nachahmer verstanden werden.

Ein dritter Staatschef, der sein Öl ab 2006 in Euro zu verkaufen begann, hatte bisher mehr Glück: Syriens Präsident Assad, der mit

Russland, Iran und der libanesischen Hisbollah mächtige Verbündete an seiner Seite hat, ist bis heute im Amt. Dafür aber ist sein Land seit 2011 Schauplatz des bislang letzten großen Stellvertreterkrieges, der nach dem gleichen Muster wie die meisten seiner Vorgänger entfacht wurde: Indem interne Probleme von außen geschürt, auf die Spitze getrieben und als Vorwand für ausländische Interventionen benutzt wurden.

Tatsächlicher Kriegsgrund dürfte eine von Katar mit Unterstützung der USA geplante Ölpipeline durch Saudi-Arabien, Jordanien, Syrien und die Türkei gewesen sein. Deren Bau lehnte Assad ab – vermutlich auf Druck seines Verbündeten Russland –, um stattdessen Iran zu erlauben, eine Pipeline durch Irak und Syrien bauen zu lassen – mit Russlands Unterstützung. Dieses Projekt hat der Krieg bis heute erfolgreich verhindert.

Im Gegensatz zu den übrigen Nahost-Kriegen hat der Syrien-Krieg nicht nur eine weit über die Region hinausgehende Bedeutung, sondern könnte auch zum Katalysator eines weiteren Stellvertreterkrieges werden, der alle bisher dagewesenen Militärkonflikte seiner Art in den Schatten stellen würde: eines Krieges auf iranischem Boden, bei dem die Interessen der drei Großmächte USA, China und Russland direkt aufeinanderprallen.

Hintergrund ist der zunehmende iranische Einfluss im Nahen Osten. Iran unterstützt neben Machthaber Assad in Syrien die Hisbollah im Libanon, die Huthi-Rebellen in Jemen, die Hamas im Gazastreifen und ist nach der weitgehenden Zerschlagung des IS ein wichtiger Faktor im Irak. Hinzu kommt, dass Iran zu den größten Erdölproduzenten der Erde zählt, Hauptlieferant Chinas ist und mit der chinesischen Führung einen Vertrag zur Ausbeutung des größten Erdgasfeldes der Erde, dem auch von Katar beanspruchten South Pars, abgeschlossen hat.⁶¹² Außerdem plant China mit der »Neuen

Seidenstraße« das größte Wirtschaftsprojekt aller Zeiten und hat Iran in diesem Projekt die zentrale Rolle des Energielieferanten zgedacht, womit der Regierung in Teheran für die Zukunft Europas und Asiens eine Schlüsselstellung zufällt.

Um diese für sie überaus ungünstige Entwicklung zu verhindern, gehen die USA nach einem altbewährten Muster vor: Sie setzen ihre ganze mediale Kraft ein, um die Regierung in Teheran zu diskreditieren, unterstützen alle oppositionellen Bewegungen im Land materiell und finanziell, schalten ihre Geheimdienste ein und belegen die Wirtschaft mit scharfen Sanktionen, um einen Keil zwischen die Bevölkerung und die Führung zu treiben und das Land international zu isolieren.

Sollte alles das nicht zum beabsichtigten Regimewechsel führen, werden sie möglicherweise nach einem Anlass suchen, um militärisch einzugreifen. Hierbei könnten die Verbündeten der USA, Saudi-Arabien und Israel, zwei Erzfeinde Irans, ins Spiel kommen. Vorsorge dafür ist bereits getroffen: Beide Länder zählen zu den größten Abnehmern von US-Waffen: Israel verfügt mit großer Wahrscheinlichkeit – auch wenn es öffentlich nicht zugegeben wird – über Atomwaffen und mit Saudi-Arabien wurde im Mai 2017 der größte US-Waffendeal aller Zeiten abgeschlossen, der dem Königshaus über einen Zeitraum von zehn Jahren Lieferungen in Höhe von 350 Mrd. US-Dollar garantiert.

Der Schlüssel zur Zukunft: Fracking und US-»Energie-Dominanz«

Der Nahe Osten gleicht also einem Pulverfass, das jederzeit explodieren kann. Was eine derartige Explosion auslösen wird, kann niemand vorhersagen, aber es gibt drei Faktoren, die den Zeitpunkt möglicherweise entscheidend beeinflussen werden: die Veränderung

des globalen Energiemarktes durch das Fracking, die neue Rolle der USA auf diesem Markt und US-Präsident Trumps Strategie der »Energie-Dominanz«.

Obwohl das Fracking schwere Umweltschäden anrichtet und eine Gefährdung durch Erdbeben mit sich bringt, wird es in den USA seit der Jahrtausendwende in immer größerem Ausmaß angewandt. Es hat die Gas- und Ölförderung durch die Erschließung riesiger Vorkommen vervielfacht und dafür gesorgt, dass die USA im zurückliegenden Jahrzehnt in beiden Bereichen zu einem der weltweit größten Produzenten geworden sind.⁶¹³

Grundlage für die Veränderung war der »Energy Policy Act« von 2005, ein Gesetz, das der US-Energieindustrie bestehende Auflagen aus dem Weg räumte, indem es die Öl- und Gasindustrie von Wasserschutzgesetzen, Schadstoff-Richtlinien für Öl- und Gasquellen und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturen auf öffentlichen Flächen befreite und so dafür sorgte, dass die Konzerne hohe Gewinne einstreichen können, die Gesellschaft aber für die Kosten der Umweltschäden aufkommen muss.

Durch den so ausgelösten Fracking-Boom sind die USA aber nicht nur von ausländischem Öl und Gas fast unabhängig und selbst zu einem der größten Anbieter geworden, sondern vor allem zum potenziellen Konkurrenten der bisherigen Marktführer wie Saudi-Arabien, Iran und insbesondere Russland, von dessen Lieferungen Europa zu einem großen Teil abhängig ist.

Haupthindernis auf dem Weg zum Weltmarktführer waren in der Vergangenheit die relativ niedrigen Preise für Erdöl und Erdgas, denn das Fracking-Verfahren ist kostspieliger als herkömmliche Methoden der Gewinnung. Doch ganz offensichtlich rechnet man in US-Investorenkreisen für die Zukunft mit einem erheblichen Anstieg der Preise, denn es sind in den vergangenen Jahren in den Fracking-

Sektor dreistellige Milliardenbeträge geflossen, um neue Quellen zu erschließen, hunderttausende Arbeitskräfte einzustellen und alle Vorbereitungen für einen gigantischen Aufschwung im Öl- und Gasgeschäft zu treffen.

Was aber macht die Investoren so sicher, dass es dazu kommt? Die Antwort ist simpel: Präsident Trumps wirtschaftliche und außenpolitische Strategie der »Energie-Dominanz«. Trump, der den Klimawandel bereits vor seiner Wahl bestritten und als »Verschwörung gegen die USA« bezeichnet hatte, hat seit seinem Amtsantritt alles in seiner Macht Stehende getan, um die US-Energiekonzerne zu begünstigen. Er hat für sie die Steuern gesenkt, Umweltschutzbestimmungen aufgehoben, das Pariser Klimaabkommen gekündigt, Pipelines durch Indianer-Reservate genehmigt und einen Leugner des Klimawandels zum Umweltminister ernannt. Er lässt keine Gelegenheit aus, seine Ablehnung für erneuerbare Energien zu beteuern, und hat die Doktrin der US-Energie-Dominanz im Dezember 2017 in einem Dokument zur »Nationalen Sicherheitsstrategie« festschreiben lassen.

Trump's Provokationen gegen das Regime in Teheran sind nur die außenpolitische Fortsetzung dieser Begünstigungspolitik. Sollte es tatsächlich zum Krieg in Iran kommen, würde dieser die Preise für Erdöl und Erdgas mit Sicherheit in die Höhe schießen lassen – und der US-Fracking-Industrie damit Tür und Tor für eine Offensive auf dem Weltmarkt öffnen. Gleichzeitig würde er China wegen der Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten schwer schaden und US-Konzernen ermöglichen, Russland den europäischen Markt und damit eine der Haupteinnahmequellen Moskaus streitig zu machen.

Niemand kann voraussagen, wie sich die Dinge entwickeln werden, aber eines steht auf jeden Fall schon heute fest: In Iran

prallen so viele lebenswichtige Interessen der drei Großmächte aufeinander, dass es schwer vorstellbar ist, wie ein Stellvertreterkrieg auf Dauer regional begrenzt werden kann. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Folgen, die ein Irankrieg hätte, muss man befürchten, dass er außer Kontrolle geraten, sich wie ein Lauffeuer ausbreiten und auf direktem Weg in die Apokalypse eines Dritten Weltkrieges führen könnte.

597. UdSSR = Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken = Sowjetunion

598. Harry S. Truman am 12. März 1947 in einer Rede vor dem US-Kongress (www.youtube.com)

599. Die Sowjetunion hatte am 29. August 1949 in der Steppe Kasachstans ihre erste Atombombe getestet.

600. General Douglas MacArthur schlug damals vor, 30 bis 50 Atombomben auf chinesische Flugplätze und Depots in der Mandschurei abzuwerfen und einen Einfall der Chinesen durch das Legen eines radioaktiven Kobaltgürtels südlich des Jalu-Flusses auf sechzig Jahre hinaus zu verhindern. MacArthur wurde im April 1951 von Präsident Truman als Oberbefehlshaber in Korea abberufen.

601. Die von der Führung in Beijing als »Freiwilligenheer« bezeichnete Streitkraft umfasste zunächst 250.000 Mann, die aus der chinesischen Volksbefreiungsarmee rekrutiert worden waren.

602. In: »Strategic Air Warfare«, Office of Air Force History, Washington, D.C. 1988

603. Im Original: www.youtube.com

604. Als die Sowjetunion im Oktober 1962 nach der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Türkei eigene Raketen auf Kuba installieren wollte, drohte US-Präsident Kennedy ihr mit dem Einsatz von Atomwaffen. Die Sowjetunion verzichtete daraufhin auf die Stationierung ihrer Raketen.

605. Agent Orange, mit dem mehr als 1 Million Hektar vietnamesischer und laotischer Urwald besprüht wurden, enthält TCDD, das giftigste aller Dioxine, das u.a. Ungeborene im Mutterleib schädigt.

606. UNITA = União Nacional para a Independência Total de Angola, National Union for the Total Independence of Angola

607. MPLA = Movimento Popular de Libertação de Angola, People's Movement for the Liberation of Angola

608. siehe hierzu: de.wikipedia.org; zuletzt aufgerufen am 27.8.2018

609. Die 15 Unionsrepubliken, aus denen die UdSSR bestanden hatte, erklärten zwischen dem 11. März 1990 und dem 25. Dezember 1991 ihre Unabhängigkeit.

610. Anfang der 1990er-Jahre zwang der IWF die Regierung in Belgrad, der Bedienung von Auslandsschulden den Vorrang vor Zahlungen an die Provinzen zu geben.

611. Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht. Frankfurt/Main 2004.

612. China hat den Vertrag im August 2018 vom französischen Konzern Total übernommen, der ihn wegen der US-Sanktionen auf Druck Washingtons kündigen musste.

613. Die USA waren 2017 mit 767 Mrd. Kubikmeter vor Russland (694 Mrd. Kubikmeter) und Iran (209 Mrd. Kubikmeter) größtes Erdgas-Förderland der Welt.
(<https://energiestatistik.enerdata.net/erdgas/welt-erdgas-produktion-statistik.html>)

Autorinnen und Autoren

Nicolas J.S. Davies

US-amerikanischer Publizist und Autor von »Blood On Our Hands: The American Invasion and Destruction of Iraq« (2010). Er schreibt u.a. für die Internetplattform *Consortium News* und arbeitet für die Bürgerrechtsbewegung »Code Pink – Women for Peace«.

Eugen Drewermann

Geboren 1940 in Bergkamen/NRW, ist Theologe, Psychoanalytiker, Schriftsteller und Friedensaktivist. Autor zahlreicher Bücher, darunter die drei Bände »Kapital & Christentum« (2016/2017).

Tilo Gräser

Geboren 1965, Journalist. Seit März 2017 Redakteur und Korrespondent für *Sputniknews*.

Annette Groth

Geboren 1954 in Gadderbaum/NRW, Entwicklungssoziologin. Sie arbeitet seit vielen Jahren zu EU-Politik, Migration und Nahost, tätig u.a. für UNHCR in Genf und Diakonisches Werk in Stuttgart. Von 2009 bis 2017 war sie menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag.

Chris Hedges

Geboren 1956, US-amerikanischer Journalist, politischer Aktivist und Pulitzer-Preisträger. Er war 15 Jahre lang Auslandskorrespondent der *New York Times* im Nahen Osten und auf dem Balkan. Autor zahlreicher Bücher, zuletzt »America – The Farewell Tour« (2018).

Hannes Hofbauer

Geboren 1955 in Wien, Wirtschafts- und Sozialhistoriker, Publizist und Verleger. Autor zahlreicher Bücher. Im Promedia Verlag sind von ihm zuletzt erschienen: »Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung« (2016) und »Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert« (2018).

Wolfgang Jung

Geboren 1938 in Ramstein-Miesenbach, Lehrer i.R., Herausgeber der *Luftpost – Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein*. Seine Klage gegen die völkerrechts- und verfassungswidrige Nutzung des Militärstützpunktes Ramstein durch die USA wurde letztinstanzlich abgewiesen.

Vladimir P. Kozin

Mitglied der Russischen Akademie der Naturwissenschaften und Professor an der Akademie der Militärwissenschaften. Experte am Center of Military-Political Studies in Moskau. Autor zahlreicher Monografien zur Rüstungskontrolle.

Mohssen Massarrat

Geboren 1942 in Teheran, Professor i. R. für Politik und Wirtschaft des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück. Zuletzt erschien von ihm »Braucht die Welt den Finanzsektor?« (2017).

Ullrich Mies

Geboren 1951, Studium der Sozialwissenschaften und Internationalen Politik in Duisburg und Kingston/Jamaika. Unternehmer und Autor in zahlreichen Medien, beispielsweise auf *www.rubikon.news*. Zuletzt erschien von ihm bei Promedia (zusammen mit Jens Wernicke) »Fassadendemokratie und Tiefer Staat. Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter« (2017).

Kees van der Pijl

Geboren 1947 in Dordrecht/Niederlanden, emeritierter Professor für Internationale Beziehungen an der Universität von Sussex (Großbritannien). Zahlreiche Publikationen zur transnationalen Klassenbildung. Zuletzt erschien von ihm »Der Abschuss. Flug MH17, die Ukraine und der neue Kalte Krieg« (2018).

John Pilger

Geboren 1939 in Sydney, Journalist, Dokumentarfilmer und Publizist. Von 1963 bis 1986 war er Chef der Auslandsredaktion des *Daily Mirror*. Zahlreiche Auszeichnungen, zuletzt 2008 der One

World Media Award für seinen Film »War on Democracy«, neuester Film: »The Coming War on China« (2016).

Rainer Rupp

Geboren 1945 in Saarlouis, Volkswirt, Journalist, Publizist. Er war als Agent des Auslandsnachrichtendienstes der DDR hochrangiger Mitarbeiter im NATO-Hauptquartier, wofür er in der BRD wegen schweren Landesverrats von 1994 bis 2000 in Haft saß.

Jochen Scholz

Geboren 1943 in Kassel, Offizier in der bundesdeutschen Luftwaffe. Nach zwölfjährigem Dienst in multinationalen Stäben und politischen Gremien der NATO sowie sechs Jahren Referententätigkeit im bundesdeutschen Verteidigungsministerium ging er 2000 in Pension. Er widmet sich geopolitischen Fragen.

Aktham Suliman

Geboren 1970 in Damaskus, Studium der Publizistik, Politologie und Islamwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Als Nahostexperte und Journalist arbeitete er für führende deutsche und arabische Medienhäuser, u. a. für die *Deutsche Welle* und *Al-Jazeera*. Zuletzt erschien von ihm »Krieg und Chaos in Nahost – eine arabische Sicht« (2017).

Ernst Wolff

Geboren 1950 in Südostasien, Journalist, Publizist und Vortragsreisender. Studium in den USA. Zuletzt erschien von ihm »Finanz-Tsunami: Wie das globale Finanzsystem uns alle bedroht« (2017).

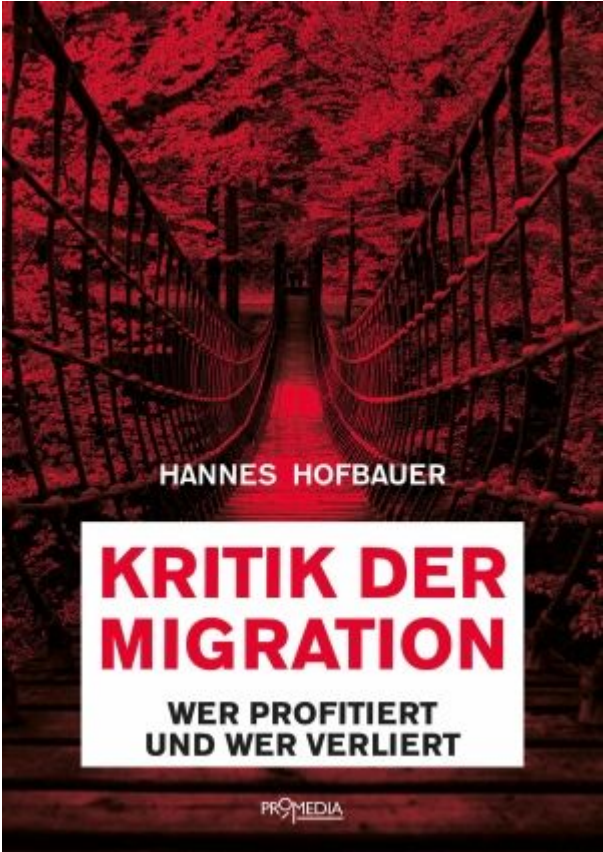
Der Promedia Verlag im Internet

Besuchen Sie unsere [Homepage](#).

Erfahren Sie Neuigkeiten über den Verlag auf [Facebook](#).

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Instagram](#).

Sollten Sie Probleme mit der Darstellung dieses E-Books haben, senden Sie uns eine Nachricht an: ebooks@mediashop.at



HANNES HOFBAUER

KRITIK DER MIGRATION

WER PROFITIERT
UND WER VERLIERT

PROMEDIA

Kritik der Migration

Hofbauer, Hannes

9783853718643

256 Seiten

[Titel jetzt kaufen und lesen](#)

Ist Migration grundsätzlich zu bejahen? Oder ist sie nicht vielmehr ein wichtiger Bestandteil von Ausbeutungsstrukturen? Die Näherin in einer bengalischen Bekleidungsfabrik erfüllt jedenfalls vergleichbare Funktionen im weltweiten Konkurrenzkampf wie der aus Asien nach Europa gekommene Migrant. Beide sind gezwungen, ihre Arbeitskraft extrem billig auf den Markt zu werfen. Doch während sich die Öffentlichkeit darüber einig ist, Weltmarktfabriken in Billiglohnländern zu kritisieren, umgibt den Import billiger ArbeiterInnen in die Zentren der Weltwirtschaft ein Mythos von Mobilität, die als fortschrittlich gilt. Das sozial, regional und kulturell zerstörerische Potenzial der

Migration in den Herkunfts- und Zielländern gerät damit aus dem Blickfeld. Hannes Hofbauer gibt einen historischen Überblick über die großen Wanderungsbewegungen und ruft die Ursachen dafür in Erinnerung, die von Umweltkatastrophen über Kriege bis zu Krisen reichen, von denen die allermeisten menschlichen Eingriffen geschuldet sind. So zeichnen allein von westlichen Allianzen geführte Kriege für Millionen entwurzelte Menschen verantwortlich, die ebenso ihrer Lebensgrundlagen beraubt sind wie jene, die von ihrem Land vertrieben werden. Diesen Verwerfungen ist es geschuldet, dass ganze Generationen junger Menschen im globalen Süden, aber auch im Osten Europas ihre persönliche Zukunft in der Emigration sehen. Mit der Massenmigration aus der Peripherie werden die Folgen der weltweiten Ungleichheit nun auch in den europäischen Zentralräumen – negativ – spürbar. Deregulierungen am Arbeits- und Wohnungsmarkt erreichen neue Dimensionen. Eine politische Antwort darauf scheint nur die Rechte zu haben, indem sie statt einer notwendigen Kritik an der Migration die Migranten zu Sündenböcken macht. Die Linke

hingegen sträubt sich, den strukturell zerstörerischen Charakter von Wanderungsbewegungen zu erkennen.

[Titel jetzt kaufen und lesen](#)



PROMEDIA

Mit dem Elektroauto in die Sackgasse

Wolf, Winfried

9783853718704

240 Seiten

[Titel jetzt kaufen und lesen](#)

E-Mobilität heißt das neue Zauberwort. Tesla ist Kult. Winfried Wolf hingegen sieht im Elektroauto nur eine neue Variante zur Intensivierung einer individuellen Automobilität, die für das Klima, die Umwelt und die Städte zerstörerisch ist und jährlich weltweit einen Blutzoll von einer Million Straßenverkehrstoten fordert. Bislang war es den Autokonzernen und ihrer Lobby noch nach jeder tiefen Branchenkrise gelungen, mit einer inneren Scheinreform zu antworten und damit einen neuen weltweiten Auto-Boom auszulösen. Die neue Zauberformel "Elektromobilität" wird laut Wolf aus drei Gründen in die nächste Sackgasse führen. Erstens, weil unter

den gegebenen Bedingungen ein Elektro-Pkw im Lebenszyklus nur maximal 25 Prozent weniger CO₂ emittiert als ein Benzin- oder Diesel-Pkw. Dabei wächst gleichzeitig mit dem Einsatz von Millionen neuer Elektro-Pkw die Zahl der Autos mit herkömmlichen Antrieben pro Jahr um 70 bis 100 Millionen. Die Gesamtsumme der CO₂-Belastung steigt damit von Jahr zu Jahr deutlich. Zweitens, weil Elektroautos meist Zweitwägen sind, die zur Intensivierung des städtischen Verkehrs führen und dabei drei bis vier Mal mehr Fläche beanspruchen als der öffentliche Verkehr. Drittens, weil die damit verbundene zusätzliche Menge an Elektrizität die dringend notwendige Verringerung von Kohlestrom verlangsamt und das Hochfahren der Atomstromerzeugung zur Folge haben wird. So verdreifacht China, das stark auf E-Mobilität setzt, aktuell die Zahl der Atomkraftwerke auf 100. Aus Sicht der Autolobby beabsichtigt und aus Sicht der Umweltfreunde fatal: Mit dem Kult um das Elektroauto wird die Tatsache ausgeblendet, dass es für Mobilität einfache und überzeugende Lösungen gibt. Winfried Wolf plädiert in seinem Buch

eindringlich für dezentrale Strukturen, die "Wiederentdeckung der Nähe", die Entwicklung der "Stadt der kurzen Wege" und für eine umfassende Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs – des Zu-Fuß-Gehens und Radfahrens. Dazu braucht es den Ausbau öffentlichen Verkehrs mit umfassendem Nulltarif.

[Titel jetzt kaufen und lesen](#)

Ulrich Mies
Jens Wernicke (Hg.)

FASSADEN- DEMOKRATIE UND TIEFER STAAT

Auf dem Weg in ein
autoritäres Zeitalter

PROMEDIA

Fassadendemokratie und Tiefer Staat

Becker, Jörg

9783853718551

272 Seiten

[Titel jetzt kaufen und lesen](#)

Immer sichtbarer wird für Beobachter des Zeitgeschehens die schleichende Transformation parlamentarischer Demokratien in Richtung autoritärer Systeme. Organisationen, die sich ausschließlich Kapitalinteressen verpflichtet fühlen, schaffen suprastaatliche Strukturen, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen. Vom Volk gewählte politische Repräsentanten sehen sich zu Handlangern der ökonomisch Mächtigen degradiert, viele von ihnen vollziehen den Schulterchluss mit ihnen. Politik im bürgerlichen Staat war zwar schon immer interessengeleitet, neu an der aktuellen Situation ist aber die Tatsache, dass sich die

Einflussnahme der Global Player nicht mehr auf die Lobby – die Vorhalle – politischer Institutionen beschränkt, sondern dass Budget-, Finanz-, Sozial- und Umweltpolitik zunehmend auf Konzernrechnern konzipiert und dann nur mehr den einzelnen nationalen Parlamenten zum Absegnen vorgelegt werden. "Das Ende der Demokratie ... wie wir sie kennen" übertitelte der 2015 verstorbene Soziologe Bernd Hamm seinen Beitrag und gab damit den Anstoß für dieses Buch. Die hier versammelten Autoren analysieren seinen Befund aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Gemeinsam teilen sie die Überzeugung, dass sich die liberalen Demokratien, wie sie sich seit dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet haben, im Niedergang befinden. Ihr aktueller Status ist mit dem Begriff der "Fassadendemokratie" passend beschrieben.

[Titel jetzt kaufen und lesen](#)

FABIAN SCHEIDLER

DAS ENDE DER
MEGA
MASCHINE

GESCHICHTE EINER
SCHEITERNDEN ZIVILISATION



PRΩMEDIA

Das Ende der Megamaschine

Scheidler, Fabian

9783853718261

272 Seiten

[Titel jetzt kaufen und lesen](#)

Warum schreitet die ökologische Zerstörung des Planeten trotz unzähliger Klimagipfel ungebremsst voran? Warum hungern mehr Menschen als je zuvor auf der Erde, obwohl noch nie so ungeheure Reichtümer angehäuft wurden wie heute? Warum erweisen sich die globalen Eliten als unfähig, die Richtung zu ändern, obwohl ihr Kurs in einen planetaren Crash führt? Der Berliner Autor und Journalist Fabian Scheidler legt in seinem Buch "Das Ende der Megamaschine" die Wurzeln der Zerstörungskräfte frei, die heute die menschliche Zukunft infrage stellen. In einer Spurensuche durch fünf Jahrtausende führt das Buch zu den Ursprüngen ökonomischer, militärischer und ideologischer Macht.

Der Autor erzählt die Vorgeschichte und Genese des modernen Weltsystems, das Mensch und Natur einer radikalen Ausbeutung unterwirft. Dabei demontiert er Fortschrittsmythen der westlichen Zivilisation und zeigt, wie die Logik der endlosen Geldvermehrung von Anfang an menschliche Gesellschaften und Ökosysteme verwüstet hat. So entsteht eine faszinierende Gegengeschichte unserer Zivilisation. Das Buch schöpft aus einer Vielzahl von Quellen, von der Anthropologie und Geschichtswissenschaft über die Chaosforschung bis zur Populärkultur. Es verändert eingefahrene Sichtweisen, indem es Verbindungen quer durch Zeiten, Räume und Denktraditionen herstellt. Die Kenntnis der historischen Zusammenhänge bildet die Grundlage dafür, neue Möglichkeiten für eine notwendige zivilisatorische Wende zu entdecken. Wer verstehen will, warum wir menschheitsgeschichtlich in eine Sackgasse geraten sind und wie wir aus ihr wieder herauskommen können, der kommt an Fabian Scheidlers "Das Ende der Megamaschine" nicht vorbei. Es ist ein Buch, das zum Handeln einlädt und

Möglichkeiten eröffnet, gemeinsam einen Ausgang aus der gefühlten Ohnmacht zu finden.

[Titel jetzt kaufen und lesen](#)

FABIAN SCHEIDLER

CHAOS

DAS NEUE ZEITALTER
DER REVOLUTIONEN



PROMEDIA

Chaos

Scheidler, Fabian

9783853718568

240 Seiten

[Titel jetzt kaufen und lesen](#)

Weltweit breitet sich zunehmend Chaos aus: Der Klimawandel wird zur Realität, die Weltwirtschaft bewegt sich zwischen Stagnation und Crash, immer mehr Staaten zerfallen oder stehen vor dem Bankrott, während die UNO die größten Fluchtbewegungen registriert, seit es Aufzeichnungen gibt. Diese Krisen bringen die traditionellen politischen Systeme, die keine angemessenen Antworten darauf finden, in Bedrängnis und führen zu weltanschaulichen Verwerfungen. Der Glaube an den Fortschritt weicht zusehends Skepsis, Angst und Unsicherheit, religiös-fundamentalistische und politisch rechte Strömungen erhalten Auftrieb. Fabian Scheidlers Diagnose: Nach

500 Jahren Expansion ist die kapitalistische Megamaschine in die tiefste Krise ihrer Geschichte geraten. Wir bewegen uns in eine chaotische Übergangsphase hinein, die einige Jahrzehnte andauern kann und deren Ausgang vollkommen offen ist. Während die alten Ordnungen brüchig werden, entflammt ein Kampf darum, wer die Zukunft bestimmen und wie diese aussehen wird. Werden sich autoritäre Kräfte durchsetzen oder können soziale und ökologische Bewegungen die systemischen Risse nutzen, um eine gerechtere und friedlichere Welt aufzubauen? Welche Rolle spielt Chinas Aufstieg in der neuen Weltordnung? Und wo zeichnen sich neue Wege des Wirtschaftens und Zusammenlebens ab, die das gegenwärtige System der "globalen Apartheid" überwinden könnten? "Das neue Zeitalter der Revolutionen" lotet Gefahren und Chancen dieser Übergangszeit aus und bietet einen Kompass für politisches Engagement in Zeiten wachsender Unübersichtlichkeit.

[Titel jetzt kaufen und lesen](#)